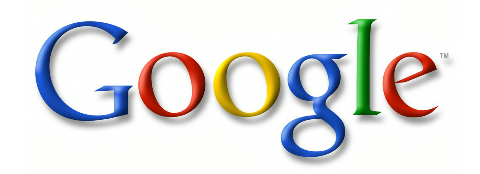
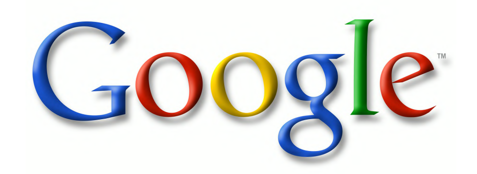
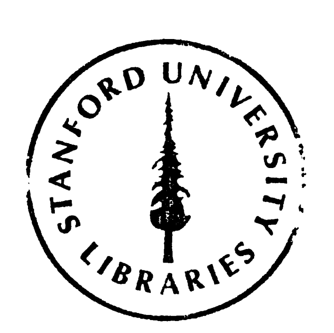







STANFORD UNIVERSITY
LIBRARIES

Baron von Falkenegg.



Politische Schriften.

Berlin 1894.
R. Boll's Verlag.



Politische Schriften

von

Baron von Fa[illegible]



Berlin

Druck und Verlag von R. Boll.

18[illegible].



[illegible]

[illegible]



BERLIN

DRUCK UND VERLAG [illegible]

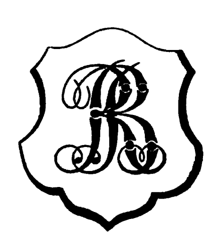
[illegible]



POLITISCHE SCHRIFTEN

VON

BARON VON FALKENEGG.



BERLIN
DRUCK UND VERLAG VON R. BOLL
1894.

VORWORT.

„In magnis voluisse sat est“ — mit diesem lateinischen Trostwort muss sich der Autor der nachfolgenden Arbeiten, die, zu einem Bande vereint, hiermit der Oeffentlichkeit unterbreitet werden, bescheiden, wenn er heute das Sammelwerk überblickt.

Grosses allerdings will derjenige, der den Beruf in sich fühlt, auch seine Stimme als Publicist da laut werden zu lassen, wo die Zeit von grossen Geschehnissen bewegt ist.

Ob das Vollbringen mit meinem Willen übereinstimmt, das überlasse ich dem Urtheil der Leser; eines nur nehme ich für meine Arbeiten, die einen Zeitraum von zwei Jahrzehnten umspannen, in Anspruch: das Bestreben, die Dinge vorurtheilsfrei zu betrachten und nicht unter dem Gesichtswinkel einer Parteirichtung.

Bei diesem Bestreben kam mir, da es sich bei den nachfolgenden Arbeiten zumeist um deutsche und österreichische Verhältnisse handelt, der Umstand zu Statten, dass ich Deutsch-Oesterreicher von Geburt und deutscher Reichsangehöriger geworden bin. Der „grossdeutsche“ Gedanke war stets der Leitgedanke meines Lebens, soweit sich mein Blick auf die Begebenheiten der Zeit richtete, die in den zwei letzten Jahrzehnten wahrlich auch bedeutsam genug waren.

Als „Grossdeutscher“ (nicht im politischen Sinne der seinerzeit bestandenen Parteischriften, sondern im weiteren vergeistigten) versuchte ich in der Schrift „Des deutschen Reiches Ausbau“ meinen Anschauungen über die Ausgestaltung des deutschen Reichsgedanken Ausdruck zu geben; als „Grossdeutscher“ beklagte ich „das Schwinden des Deutschthums in Oesterreich“.

Es gereicht mir zur hohen Genugthuung, dass die Ereignisse in den verflossenen zwei Decennien manchen meiner Urtheile und Voraussetzungen, die sich in politischen Betrachtungen ja leicht aufdrängen, recht gegeben, und es darf meinen vorerwähnten Anspruch, der Wahrheit nachgestrebt zu haben, nicht schmälern, wenn hie und da in den der Zeit nach so weit auseinander liegenden Ausführungen ein kleiner Widerspruch entdeckt wird.

Das seit Alters her mit Recht hochbewerthete Wort „die Zeiten ändern sich und wir uns in ihnen“ hat durch den grössten Staatsmann unserer Zeit, durch den Fürsten Bismarck, erhöhten Cours bekommen.

Dieser alles Durchschnittsmaass hoch überragende Politiker hat sich nie gescheut, öffentlich zu bekennen, wenn ihn seine Gegner auf irgend eine früher gethane Aeusserung „festnageln“ wollten, dass er seit jener Zeit „dazugelernt“ habe.

Wenn es gestattet ist, Kleines mit Grossem zu vergleichen, so möchte ich dieses Bismarck'sche Axiom auch als Erklärung für manche Unterschiedlichkeiten für mich anrufen.

Es hiesse, sich zur fossilen Erstarrung verurtheilen, wollte man im Wechsel der Zeiten seinen Ruhm darin suchen, neuen Erscheinungen sein Auge verschlossen zu haben.

Die nachfolgenden Arbeiten haben bei ihrem Einzelerscheinen mir manch' anerkennendes Urtheil von hochgeschätzter Seite eingetragen — möge auch das Sammelwerk mir wohlwollende Beurtheilung werben!

Der Verfasser.

Berlin, im December 1898.

DES DEUTSCHEN REICHES AUSBAU.

Vorwort.

In einer grossen Zahl von Broschüren, die alle ein und dasselbe Thema, nämlich Entstehung und Fortgang des Deutschen Reiches behandeln, werden einzelne Punkte der Gesetzgebung und der politischen Gestaltung besprochen, zu dem bestimmten Zwecke, der Wechselwirkung des Verständnisses zwischen Volk und Volksvertretung in vorbereitender Weise zu Hülfe zu kommen oder in synchronistischen Uebersichten, auch wohl in zeitgeschichtlichen Skizzen die inzwischen erfolgten Resultate der Zeitgeschichte für die weitere Entwickelung des Deutschen Reiches zu verzeichnen und nachzuweisen.

Der Nutzen derartiger kurzgefasster Schriften beruht vornehmlich in ihrer geschichtlichen Uebersichtlichkeit und trägt dazu bei, die Erinnerungen an wichtige parlamentarische Debatten und Beschlüsse des Deutschen Reichstages gleichsam wie einen festen Grundstock in den Boden des politischen Interesses

bei jedem einzelnen Leser zu versenken und die wunderbare Regsamkeit der gesetzgeberischen Arbeit im neuen Deutschen Reiche im rechten Lichte zu zeigen.

Eine andere Aufgabe hat sich vorliegende Schrift gestellt. Es gilt, neben der Bertrachtung des Geschehenen und Vollbrachten, wie es unter dem Namen endgültig vollzogener Gesetze bereits in die praktische Wirksamkeit getreten ist, eine Reihe von Cardinalfragen zu stellen, die als die naturgemässen Produkte aus der gewaltigen Gegenwart uns näher und näher treten und über kurz oder lang eine feste Gestalt annehmen werden. Alle diese Cardinalfragen berühren den innersten ethischen Kern des deutschen Volkslebens und greifen das patriotische Fühlen und Denken bei der Wurzel an.

Es sind Interiora, innere Dinge von eminentester Bedeutung, welche unsere Aufmerksamkeit in Anspruch nehmen, deutsch-nationale und anti-nationale Strebungen, particulare und territoriale Eigenthümlichkeiten, welche innerhalb des Deutschen Grenzgebiets in überraschender Vielartigkeit vorhanden sind und eben deshalb eine Untersuchung nach der Seite hin verdienen, in wie weit auf ihre Mitwirkung bei Fortbildung des deutschen Einheitsgedankens zu zählen, wie hoch oder wie niedrig ihre systematische Gegnerschaft zu veran-

schlagen und welcher Mittel und Wege es bedarf, um einer gefahrdrohenden Feindschaft der reichsfeindlichen Elemente mit den Waffen entgegenzutreten, welche einerseits ihre verblendete offene Auflehnung gegen Gesetz und Recht selbst in die Hände giebt, andererseits die Nothwendigkeit einer ungeschwächten Initiative der deutschen Reichsregierung gebieterisch erheischt.

Eine solche Aufgabe, wie sie sich die vorliegende Schrift stellt, wird selbstverständlich ein blosser Versuch genannt werden dürfen, dahingehend, auf einem Gebiete mitzuwirken, das vor Allem eine sanguinische Hoffnungsfreudigkeit, eine poetische Selbstüberhebung gänzlich ausschliesst. Daher wird sich der Leser vergebens nach lyrischen Anklängen und Citaten aus dem Liederschatze unserer National-Literatur umsehen, denn die Politik ist eine reine Verstandessache, ist eine in der Tretmühle des eisernen Fleisses grossgezogene Berufsarbeit, welche ihre Selbstgenugthuung schöpfen muss aus der klaren Erkenntniss der tieferliegenden Ursachen und von Glück sagen darf, wenn die Wirkung der verständigen Absicht entspricht. — Aber noch eine zweite Decoration wird mancher sachverständige Leser vermissen: die Berufung auf fachwissenschaftliche Autoritäten. Der Nimbus der grossen Geschichtsschreiber,

Juristen, Staatsmänner und Volkswirthschafter, speciell der deutschen Nation, lässt seine Strahlen auf dunkelgebliebene Gebiete fallen und erfreut durch Tiefsinn und universellen Kern der Betrachtungsweise; ihre Aussprüche sind Schätze in Bezug auf Objectivität; allein dem subjectiven Zuge der Zeitverhältnisse hat sich selten einer der grossen Männer ungestraft entziehen können. Die subjectiven Ueberzeugungen behalten in einer Zeit, die, wie die unsrige, die bewegenden Zeitfragen, Allem voran, in den Vordergrund stellt, vollständig die Oberhand und lassen neben der kühlen Erwägung der rasch handelnden Energie den grössten Spielraum. Welche Vorzüge auch die Culturerscheinungen vergangener Perioden haben mögen, — sie strahlten von Einzelnen aus und liessen in vornehmer Abgeschlossenheit die grosse Masse des deutschen Volkes unberührt, während heute der Journalismus und die Tagesliteratur die vornehmsten Factoren für alle Bildungszwecke geworden sind. So bildet denn die vorüberziehende Gegenwart den alleinigen Fond für die politische Orientirung und lässt über Wachsen und Werden unserer deutschnationalen Zukunft eine stattliche Anzahl von Fragen offen, deren Beantwortung nur durch eine Betrachtungsweise ermöglicht wird, welche sich fern hält von allem Autoritätsglauben und sich

allein auf die Kraft der eigenen Ueberzeugungen stellt, denn eben in ihnen wurzelt auch die Kraft: dem Vaterlande zu dienen mit der ganzen Innerlichkeit der Hingebung und, unbekümmert um Lob oder Tadel, an der geschaffenen Einigung des Deutschen Reiches rüstig weiter zu arbeiten mit den friedlichen Waffen des politischen Freisinns und der kritischen Unabhängigkeit.

Berlin, Februar 1874.

Capitel I.

Summarischer Ueberblick der zehn Jahre 1864—1874.

Zehn Jahre der deutschen Geschichte sind verflossen seit dem Dänischen Feldzuge, zehn Jahre voll der grössten Erwartungen und Befürchtungen, voll der erstaunlichsten Wandlungen für die Politik Preussens und des Deutschen Reiches.

Zehn Jahre, die so reich gewesen wären an Erfolgen nach innen und aussen, hat kein anderer europäischer Staat aufzuweisen. Es drängt sich in ihnen der Entwickelungsgang zusammen, der sonst ein volles Jahrhundert für ein politisch thatreifes Volk erfordert hätte; es pulsirte in ihnen ein zuerst fremdartiges, dann vielfachen Widerspruch erregendes, dann zuletzt allen Deutschen sympathisches politisches Leben, das nach der Stille der Reactionsperiode zunächst zwar einen ernsten inneren Conflict heraufbeschwor, aber auch die politische Theilnahme

im Volke vermehrte, um schliesslich ohne Conflict in der grössten historischen That der Neuzeit, in der Gründung des Deutschen Reiches, seinen vorläufigen Abschluss zu finden.

Wer diese zehn Jahre als einseitige Triumphe der militärischen oder der staatsmännischen Ueberlegenheit Preussens auffassen wollte, der würde vergessen, dass die Schule der Prüfungen und Erfahrungen so wenig einem jungen Staate wie einem unternehmungslustigen Jünglinge erspart bleiben kann. Langsam und allmählich treten in einzelnen hervorragenden Köpfen Ideen hervor, die zuerst nur tiefen Studien entstammen und auf eine Reform als auf eine Nothwendigkeit verweisen; man legt schweigend die Hand ans Werk, noch von keinem Beifallszeichen der Umstehenden ermuntert, und erwartet dereinstige Anerkennung des ohne Aufsehen vollendeten Werkes nur von der Hand der Erfahrung.

Eine so stille geräuschlose Thätigkeit ging mit der Reorganisation der Preussischen Armee vor sich, nachdem der König Wilhelm die Bedeutung eines schlagfertigen Heeres, die sofortige Kriegsbereitschaft von sich stets neu ergänzenden Cadres und das militärische Genie als Leitsterne erkannt hatte, welche Preussen neue Wege in der auswärtigen Politik bahnen und seiner Stimme den

verloren gegangenen Nachdruck wieder verschaffen sollten.

Die Schule der Erfahrung begann im Jahre 1864 mit Auswetzung der militärischen Scharte von 1848 und 49, mit der Wiederermannung zu der echten Thatkraft des Hohenzollerngeistes. Preussens Stern, der zu erbleichen schien, stieg wieder an dem politischen Horizont herauf, und wenn auch der Sieg über den trotzigen Dänen keineswegs den inneren Conflict beschwichtigen half, so war bei den noch immer spürbaren Wehen der voraufgehenden Reactionszeit die fortdauernde, zähe Opposition der Fortschrittspartei gegen das Ministerum Bismarck im Grunde genommen kein Nachtheil für die öffentlichen Interessen, da eben jener gesetzliche Widerstand wider Minister gerichtet war, deren politisches Vorleben zur grösseren Hälfte durch ihre anticonstitutionellen oder bureaukratischen Tendenzen gekennzeichnet wurde. Jener vielbeklagte Conflict, der sich zu dem extremen Ausdruck der Budgetverweigerung zuspitzte, hatte neben vielen Uebeln das Gute, dass ein kräftiger Pulsschlag des politischen Interesses an die Stelle des durch die Reactionsperiode erzeugten dumpfen Hinbrütens trat. Denn nur politische Betheiligung der regsten Art, in die allerweitesten Kreise der Nation getragen, vermag jeweilen einen Maasstab der Ab-

schätzung zu bieten, wie weit eine politische Richtung oder Partei es verstanden hat, ihren Lehren Ausdehnung zu geben; wichtiger ist aber noch der daraus zu ziehende Maassstab, in wie weit die politische Betheiligung ein Factor wird für die Hebung der allgemeinen Bildung. Und da muss zugestanden werden, dass bisher keine der politischen Parteien in Preussen für allgemeine Volksbildungszwecke so sehr und mit so grossem Erfolge bestrebt gewesen ist wie die Fortschrittspartei. Sie wusste sich Liebe und Vertrauen zu erwerben in den „Bildungsvereinen" durch die Fernhaltung aller einseitig politischen Discussionen, durch Einimpfung von Ordnungsliebe und Bewahrung strengen Anstandes. Durch keine andere Parteigruppirung gelähmt oder gespalten, identificirte sie ihre Interessen mit denen des ganzen Volkes. Zahlreicher als vorher ging sie aus den Wahlen hervor und bethätigte die Zähigkeit der bürgerlichen Demokratie, wie sie sich gern nennen hörte, gegenüber allen Beschwichtigungsversuchen einer für sie „unmöglichen" Regierung. Für sie gab es eigentlich nur eine innere Regierung; ein Ministerium des Auswärtigen mit den ressortirenden Gesandtschaftsposten lag ausserhalb ihrer bürgerlich sich auf das Nothwendigste beschränkenden Ideensphäre. — Eine Fortschrittspartei, die, zur Macht gelangt, die Ministerstühle

mit ihren Genossen besetzt hätte, sie wäre niemals eine kräftige Vertreterin des deutschen Gesammtinteresses geworden; beengt und beschränkt durch ihre eigenen Principien, welche für einen passiven Widerstand wohl ausreichten, aber bei einer Initiative, praktisch und technisch betrachtet, den Dienst versagen mussten, würde sie bei dem Mangel an politischem Stoffwechsel, wie er sich z. B. in Belgien und Holland äussert, zufrieden gewesen sein mit der Politik der Schweizer Cantone: Abrüstung, Volkswehr, „humane" Behandlung der Zuchthauscandidaten u. a. d. — Das wäre — wenn auch nur für kurze Zeit — nach ihrer ganzen damaligen Zusammensetzung das Regierungssystem geworden, dessen politische Beschränktheit jeden kühnen Blick nach aussen, jeden feurigen Gedanken an das Zustandebringen der nationalen Einheit ausgeschlossen und bei Seite gehalten hätte.

Gewiss und sicher ist es, dass in dem Zeitraume von 1864—1866 die ganze politische Atmosphäre Preussens von einer dumpfen Gährung erfüllt war, wenig fehlte und das Barometer hätte auf Sturm gestanden. Als äussere Illustration dieser glücklich überwundenen Epoche darf das üppige Emporschiessen fortschrittlicher Clubs und Vereine betrachtet werden, in denen die Tonleiter der Disharmonien mit jenem naiven Selbst-

gefühl auf- und abgesungen wurde, das den Mangel an arbeitsamem Studium der Geschichte hinter der knöchernen Hand eines in seiner Gebahrung äusserst komischen Terrorismus zu verstecken suchte. Allen voran mit seinem demokratischen Beispiel schritt Berlin, welches in jener Zeit an zwei Uebeln heftig krankte: einmal an dem vergeblichen Bemühen, sich in den englischen Verfassungsconflict (unter Karl I. 1630--1640) intuitiv hineinzudenken und zweitens an einer gewissen Solidarität der jüdischen Interessen, deren Hauptvertreter, namentlich Aerzte ohne Praxis und Journalisten ohne Anstellung, in den circa 40 Bezirksvereinen von damals das grosse Wort führten und der gutmüthigen, germanischen Race eine Droh- und Widerstandsresolution nach der andern abzulocken wussten. Es ist überhaupt eine eigenthümliche Erscheinung jener entschwundenen Zeit, dass das jüdische Element wie auf ein gegebenes Zeichen für die Grundsätze seines confessionellen Mitstreiters Johann Jacoby mit besonderer Wärme eintrat, als gälte es, die erst vor Kurzem erlangte bürgerliche Gleichberechtigung in einem Sinne zur Anwendung zu bringen, welcher den monarchischen Boden mit Dampfkraft in ein demokratisches Staatswesen umzugestalten hätte. — Es scheint eine zutreffende Beobachtung zu sein, welche durch einzelne rühmliche Ausnahmen nicht

entkräftet wird, dass ein wirkliches Vaterlandsgefühl den Juden überhaupt nicht bei- und innewohnt und dass ein rücksichtsloses Princip der Ausbeutung zu den Traditionen gehört, durch deren zähe Festhaltung sie ihren ritualen Conservatismus, der doch wahrlich seines Gleichen sucht, in den gröbsten Widerspruch mit ihren liberalisirenden Tendenzen setzen würden, wenn allerdings nicht Jedermann bekannt wäre, dass der tiefdurchgeistigte Inhalt des jüdischen Monotheismus heute zur blossen Schablone des Ceremoniells herabgesunken ist.

Mit Fug und Recht lässt sich daher die Frage stellen, ob die damalige politische Erregung ein Symptom wirklicher Erkrankung des Staatsganzen war?

Wie man auch über Verfassungsconflicte denken mag, — Eines werden alle Parteien zugestehen, in Einem werden sie alle übereinstimmen, falls ihnen nur der Grundsatz heilig ist, dass man aus dem Geschehenen politisch zu lernen und diese Lehre zum Nutzen des Vaterlandes und der Gesammtinteressen zu beherzigen hat, dass die blosse Interessenpolitik verwerflich ist.

Gar zu leicht bilden sich in unserer politischen Arena zünftige Interessen und Parteien aus, welche den Beruf, Politik zu treiben, in keiner höheren Aufgabe sehen, als corporativ für eine Idee, für

eine intellectuelle Geburt des Verstandes oder auch der Phantasie einzutreten, zugleich aber auch das Wahrzeichen aller Zünfte, die willkürliche Ausschliessung aller derjenigen, die nicht mit Ja und Amen die Zugehörigkeit besiegelt, mit handwerksmässigem Selbstgefühl auf ihren Schild gesetzt haben. Zeit und Gegenwart, Menschen und jeweiliger Bildungsstand, Vaterland und augenblickliche Bedürfnisse gehen diese politischen Zünftler wenig oder nichts an; die schlimmste Sorte der Selbstsucht, die kleinliche Nörgelei an allen Regierungs-Maassregeln und Handlungen, sorgt dafür, dass auch der letzte Rest von Unparteilichkeit und patriotischem Mitgefühl weggewischt und übertönt wird mit dem billigen Refrain aus Hamlet: „dass etwas faul sei im Staate Dänemark."

Wer jene unglückselige Periode mitbeobachtet hat, wer das Misstrauen aus dem Hause der Abgeordneten wie eine ansteckende Krankheit sich über ganz Preussen ausdehnen und in Folge dessen den ganzen Staatsmechanismus gehemmt gesehen hat, — der kann eine Wiederkehr jener Zeiten unmöglich wünschen. War das Ministerium Bismarck-Schönhausen ein durchaus unbeliebtes, so war es zugleich ein durch seltene Kraft und Ausdauer hervorragendes, welchem entweder eine gewaltsame Lösung der wichtigsten Verfassungsfrage, des absoluten

Budget-Bewilligungsrechts, oder sein jäher Rücktritt allein übrig blieb. -- Dass dieser von der grossen Mehrheit im preussischen Landtage wie auch im Lande trotzig geforderte Rücktritt des Ministeriums Bismarck damals nicht erfolgt ist, wird heute von allen reichsfreundlichen Parteien als ein grosser, unermesslicher Vortheil und als ein Beweis dafür angesehen, dass die preussische Königskrone nach Maassgabe der Geschichte damals so wenig wie jetzt degradirt werden kann zu dem blos nominellen Träger der Macht ohne Würde und ohne die Kraft der Initiative. Mögen andere Staatengebilde mit dem Rechte, welches glücklich vollzogene Revolutionen geben, ihre Herrscher sich wählen, wo und wie sie wollen, mögen solche Staaten ihre Verfassung mit einem eisernen Zaun gegen etwaige Uebergriffe des Dynasten verschanzen, — kein verständiger Politiker wird Grossbritanniens und Belgiens Verfassungsverhältnisse übertragen wollen auf specifisch preussischen Boden; denn kein Volk Europas hat so viel geschichtliche Veranlassung, seinem Herrscherhause mit loyalstem Vertrauen entgegenzukommen, wie das preussische Volk seinen Hohenzollern.

Aus der wüsten Zeit des Conflicts ward Preussen errettet durch die geniale Durchführung einer genialen Idee, die in eben jenes Mannes Kopf, dem von der öffentlichen Tribüne systematisch jedes Genie abge-

sprochen wurde, vielleicht zuerst zur vollen Kraft der Gestaltung gelangt war. Die ungeheure Misere der Deutschen Bundesverfassung mit ihren drei Bleigewichten, welche den kleinlichsten Krämerneid zwischen Oesterreich, Preussen und den deutschen Kleinstaaten zum politischen Regulator erhoben, Preussen jede freie Bewegung verwehrt, sein politisches Aufstreben im Geiste Friedrichs des Grossen unmöglich gemacht und dafür Metternich'sche Reaction und Corruption in ganz Dentschland eingeimpft hatte, — welcher Staat hatte unter dieser stabilirten Ohnmacht schwerer gelitten, als Preussen? Der ehemalige preussische Bundestagsgesandte, Herr v. Bismarck war der Mann, der als preussischer Ministerpräsident durchzuführen unternahm, was dem Bundestagsgesandten als die einzige Möglichkeit der Erlösung Preussens von dem Knebel der fünfzigjährigen österreichischen Bevormundung längst schon als Leitstern der künftigen preussischen Politik aufgegangen war: Wegschaffung des reactionären Schutts, der Preussens Machtstellung von Oesterreichs drückender Superiorität abhängig machte, Zertrümmerung der überlebten politischen Dreieinigkeit, Anbahnung einer wahrhaft deutschen Nationalpolitik.

Dass die Durchführung dieses still und verschwiegen gehegten Gedankens im gegebenen Augenblicke bei der Kammermajorität auf entschiedenen

Widerstand stossen, dass angesichts der militärischen Rüstungen der Höhepunkt des constitutionellen Conflicts erreicht werden würde, war im Juni 1866 unschwer vorauszusehen. Die Kühnheit, mit welcher ein damals durch seine Unpopularität besonders gekennzeichnetes Ministerium — gleichsam als Antwort auf den inneren Conflict — die Kriegserklärung gegen den Waffengenossen im Dänenkriege und gegen die bundestagsfreundlichen „Deutschen Brüder" in die erstaunte Welt schleuderte, brachte die Führer der Kammermajorität um alle Fassung. Unbegreiflich erschien es, wie ein Staat, der nach ihrer Meinung im Innersten krank war, auf ein blosses Machtwort von seiuem Krankenlager aufspringen und plötzlich mit nie geahnter Kraft sich eingreifeud verhalten könne bei Dingen, die ausserhalb seiner „häuslichen Sphäre" lagen. Wie konnte eine Regierung, — so lauteten ungefähr die Schlussfolgerungen der damaligen Conflicts-Doctrinäre — deren Errungenschaften im Innern bisher nur Misstrauensvota gewesen, glauben, das blindeste Vertrauen sich entgegengetragen zu sehen bei einem Attentat — denn dieses Wort fiel mehr als einmal in den sogenannten Fortschrittsorganen — auf die Verfassung des Deutschen Bundes, die, obschon von einer anerkannt besonders schlechten und verkümmerten Qualität, doch immerhin eidlich beglaubigte Gesetzeskraft hatte? —

Mit dem überraschend glücklichen Ausgang des Deutschen Bundeskrieges trat erst langsam und allmählich, dann aber immer siegreicher die ungeheure Tragweite der grossartigen Bismarck'schen Idee hervor; aber auch ein weniger glänzender Ausgang, der z. B. keinen Fussbreit Landes dem bisherigen preussischen Staatsgebiet zugefügt, also Hannover, Hessen und Nassau ihren Dynasten ohne Einbusse gelassen hätte, würde unter allen Umständen ein ehrenvoller Markstein für eine neue Wendung der preussischen Politik gewesen sein. War doch nunmehr die Richtung auf Gesammtdeutschlands Interessen, unbelästigt und frei von dem siebensprachigen Oesterreich, als Wesen und Character der neuen Politik vorgezeichnet, welche allerdings eine Grenzscheide zwischen Nord- und Süddeutschland, aber doch nur scheinbar, herstellte; konnte doch der bisher nach innen und aussen an seinen Schwingen gelähmte und zurückgehaltene Genius des hochbedeutenden Staatsmannes, der wie im Fluge durch rechtzeitige Entfaltung der altpreussischen Thatkraft die Staatsidee Friedrichs des Grossen zu glanzvollster Ausführung gebracht, erst jetzt sich frei fühlen von tausend beengenden Rücksichten und mit höheren Mitteln um die Beistimmung der Nation werben!

Da es Zweck dieser Schrift ist, über Regierung und Volksvertretung sich mit vollster Offenheit

auszusprechen, so wird es gestattet sein, diese Wandlung der preussischen Politik als das Gebot der historischen Nothwendigkeit zu begründen und zu vertheidigen.

Schon seit den letzten Lebensjahren Friedrichs des Grossen war eine Stagnation der preussischen Politik eingetreten; der vom Greisenalter bedrückte Fürst hatte mit der Stiftung des Deutschen Fürstenbundes eigentlich Abschied genommen von der grossen Weltbühne. Der Begriff einer nationalen Idee ist wohl nur eins von den vielen schnell vorüberziehenden Bildern gewesen, welche dem Weisen von Sanssouci die geschichtliche Zukunft seines Staates in dämmernder Ferne zeigten. Die Loslösung von Oesterreich, wie sie in der schliesslichen Einverleibung Schlesiens in den preussischen Staat sichtbar zu Tage trat, war Friedrich dem Grossen mit Recht gleichbedeutend wie eine Befreiung des ganzen protestantischen Deutschlands von jahrhundertlangem Druck, unter welchem jede freiere Entwickelung des kraftvollen preussischen Staatswesens gehemmt worden war. Sie erschien ihm als ein nationaler Act berechtigter Vergeltung, geübt an einem Rivalen, der die erzwungenen Waffengenossenschaften gegen den „Reichsfeind“ stets mit Undank gelohnt und von den Versprechungen hinterher keine gehalten hatte. Dass nun trotz der Stiftung des deutschen Fürsten-



bundes die von Friedrich II. geplante Isolirung Oesterreichs von seinen Nachfolgern auf dem preussischen Königsthron als politisches Princip Preussens fallen gelassen worden, daran trug unzweifelhaft die französische Revolution und die Verpflichtung Schuld, das übrige festländische Europa gegen ein Ueberschreiten des Revolutionssturmes auf die zunächst belegenen Gebiete mit vollster Kraft zu waffnen. Von da ab sieht man Oesterreich entweder im offenen Waffenbunde oder im politischen Einverständniss mit Preussen Polen bekämpfen, sieht dann es unterliegen der höheren Feldherrngabe eines Napoleon I. und endlich 1815 über dem besiegten Frankreich mit Preussen und Russland das politisch-religiöse Bündniss der heiligen Allianz schliessen, dessen praktische Kehrseite im Grunde genommen für Preussen nichts anders war, als die erneute Fesselung jedes freieren politischen Aufstrebens, und für die mitcontrahirenden Staaten die Stabilirung eines unablässigen Wächteramtes über das durch einen Freiherrn von Stein des Selfgovernements allzu verdächtig gewordene Preussen. Und so schlummerte Preussens nationale Politik, sein wahrer und eigentlicher Genius, in dem tiefen 33jährigen Frieden sanft hinüber, rieb sich 1848 beim Anblick der von Vater Arndt dargebrachten Kaiserkrone verwundert die Augen und legte sich, trotz

der Schwarzenberg'schen Demüthigungen, nochmals zu einem Schlummer nieder, aus dem ihn endlich Kaiser Wilhelm und Herr von Bismarck mit solchem Erfolge 1864 und 1866 weckten, dass er als Genius redivivus neuverjüngt hervortreten und sein Schildhalteramt aufs Neue versehen konnte.

Unzählige Male, in Zeitungsartikeln, Broschüren und Essays, ist der, der Bismarck'schen Politik zu Grunde liegende Gedanke nach allen Seiten hin untersucht worden, und besonders die Staatsrechtslehrer haben alle Mühe und allen Scharfsinn darauf verwandt, um die Frage nach der legitimen Gültigkeit der seit dem Bundeskriege geschaffenen Neugestaltungen in Deutschland in bejahendem oder verneinendem Sinne zu beantworten. Wenn das für die Pflege des öffentlichen Rechtsbewusstseins unumgängliche Princip des unantastbaren Ansehens der Gesetze den alleinigen Maassstab zu bieten hätte für alle plötzlichen Umwandlungen in dem bisherigen gesetzlichen Zustande eines Reichsganzen, so ist es nicht fraglich, dass dann zwei Anschauungen mit gleicher Berechtigung sich die Wage halten werden: die eine, welche die Conflicte zwischen Staaten ausgetragen wissen will durch friedlichen Vertrag und somit gewissermassen die Institution des Civilprocesses auf die beiden politischen Gegner ausdehnt, die andere, welche das Recht des

Staates anerkennt, Gewalt anzuwenden und Krieg zu führen zur Auflösung eines Vertragsverhältnisses, das ihm nur die Wahl lässt zwischen langsamen Hinsiechen seiner Kraft oder heroischer Selbstaufopferung. Und hier ist der Ort, es offen auszusprechen, dass im Leben des Einzelnen wie eines ganzen Volkes die Verpflichtung, die tragische Schuld der Vorahnen zu sühnen, geradezu als eine sittlich-heilige Pflicht dringend herantritt, und dass Herr von Bismarck bei seinem Unternehmen von 1866 — gleichviel ob der Krieg mit oder ohne Erfolg geführt worden wäre — den begeisterten Zuruf aller Derjenigen verdient hätte, welche noch Kraft und Mark genug in den Gliedern hatten, um einzusehen, dass für Preussen in jener Zeit gar nichts übrig blieb als entweder handelnd einzugreifen oder besiegt unterzugehen. Auf eine eingehende politische Begründung kann an dieser Stelle verzichtet werden, da heutigen Tages wohl Niemand mehr darüber in Zweifel ist, dass der Krieg gegen die heftigsten Feinde der politischen Erstarkung Preussens geführt wurde, wider solche, die den deutschen Namen durch ihre kleinlichen Staatsumtriebe lächerlich gemacht, und die sprichwörtliche politische Ohnmacht des mehr als dreissighändigen deutschen Kolosses verewigt hatten. Voll und ganz einleuchtend wird aber erst die damalige Verpflichtung der preussischen

Politik, an das Recht der Waffen allein zu appelliren, wenn die Unmöglichkeit in Betracht kommt, eine den Zeitverhältnissen entsprechende Reform der Deutschen Bundesverfassung auch nur im kleinsten Punkte durch friedliche Verständigung herbeizuführen. Somit ist und bleibt der Deutsche Bundeskrieg selbst vom völkerrechtlichen Standpunkte aus als eine dritte und letzte Appellinstanz aufzufassen, welche die in den Vorinstanzen frivol verzögerte Entscheidung über Lösung eines für das ganze preussische Staatsleben urverderblichen Contractes auf die Stelle übertrug, wo der Preusse sein Schwert trägt.

Weit entfernt davon, diesen Nothakt der Bismarck'schen Politik als revolutionär zu kennzeichnen, kann der Verfasser hieran nur den Wunsch anknüpfen, dass in allen Kreisen des Deutschen Volkes die bisherige blos doctrinäre Anschauung endlich Platz machen möge einer auf gründlichem Geschichtsstudium beruhenden Betrachtung der Ursachen, die dem Emporkommen und dem Untergange ganzer Staaten und Völker, ihrem glanzvollen Auftreten und ihrem allmählichen Verschwinden von der grossen Bühne der Weltgeschichte zu Grunde liegen. Es ist nicht zu viel gesagt, wenn man behauptet, dass nicht der trefflichste Kriegsapparat, dass vielmehr eine auf das Wesen des respec-

tiven Volkes gebaute geniale Kriegskunst der Politik der reale Factor seiner Macht und Grösse ist. Und Macht und Grösse eines Volkes sind heutigen Tages, wo tausend neue Hebel an der Erweiterung der Volksbildung arbeiten, gleichbedeutend mit der Vervielfachung der Kraft des Einzelnen: denn der demokratische Gedanke geht weiter und lehnt sich an die Macht und Grösse des deutschen Volkes und schaut in dieser ein Ebenbild jedes Einzelnen. Auch ist die Demokratie, d. h. das im ganzen Volke wurzelnde Selbstbewusstsein von der Tüchtigkeit seines Wesens und die daraus gezeitigte rücksichtslose Freimüthigkeit seiner Anschauungen, nirgendwo berechtigter als da, wo die von allen Völkern anerkannte und respectirte Machtfülle ihren Widerschein wirft auf die Einzelnen, die mit der Feder oder mit dem Degen zu dieser vaterländischen Entwicklung beigetragen haben. Eine solche am Feuer der Thatsachen gestählte Demokratie hat nichts gemein mit den grübelnden Doctrinären, die, weil sie die Unterordnung unter das höchste Gesetz der nationalen Freiheit nicht mitempfunden und nicht mitunterstützt haben, die luftigsten Principien im überschwenglichsten Sinne zurecht construiren und, jedes wahrhaften Verständnisses für gegebene Grössen unfähig, ihr Vaterland mit Gemüthsruhe zu einer

dolitischen Duodezcarricatur herabsinken lassen würden.

Wenn Herr von Bismarck nach den Tagen von Nikolsburg und Prag das Facit seiner genialen Unternehmung mit Befriedigung überschauen konnte, so war er doch mit den liebgewordenen Gepflogenheiten der Fortschrittspartei zu sehr vertraut, als dass er vor ihren Augen mit seinem grossen Werke hätte Gnade finden können. Die Führer der bisherigen Majorität im preussischen Abgeordnetenhause sahen mit Erschrecken, dass dasselbe Ministerium, dem man „keinen Groschen" hatte bewilligen wollen, von der öffentlichen Meinung mehr und mehr über die Schultern der Opposition hinweg die unzweideutigsten Beweise der Achtung und des Vertrauens erhielt, und wenn man näher hinschaute, galt diese volksthümliche Anerkennung nicht der Anbetung eines neuen Götzen, des blossen Erfolges, sondern trat als das Ergebniss einer verständigen Parallele auf, welche der preussische Volksgeist zwischen Sonst und Jetzt anzustellen genöthigt war. Die Befürchtung, Herr von Bismarck werde die überraschenden Machterfolge von 1866 zu einem Zwangsmittel gegen seine politischen Gegner verwenden und ungescheut in die Bahn einer feudalen Reaction einlenken, erwies sich sehr bald als völlig grundlos, und die erbetene Indemnität für

auf andere schlossen, sich einredeten — sich nunmehr auf eine blosse revindicatio, auf eine Vergeltungspolitik im Grossen und im Kleinen erstrecken und eine neue Manteuffel-Aera über Preussen und seine annectirten Länder heraufführen würde.

Doch Herr von Bismarck hatte etwas gelernt. Vielleicht ist die politische Proteusnatur niemals einem grossen Staatsmanne so schwer gefallen wie gerade ihm, vielleicht auch aber in der ganzen Weltgeschichte kein gleiches Beispiel von philosophischer Entsagungs- und politischer Unterordnungsfähigkeit gegeben worden wie von diesem Manne, der es als eine Gewissenspflicht empfand, sich loszusagen von Traditionen des Standes und der Familie und freiwillig seinen Uebertritt zu bekennen zu den weit höher stehenden Traditionen der durch Einheit und Freiheit zu erzielenden politischen und socialen Gesammtentwicklung der ganzen deutschen Nation.

Die Norddeutsche Bundesverfassung, die, wie einige Gegner derselben andeuteten, allerdings mit der Hand am Schwerte gemacht werden musste, trug das Gepräge des Provisorischen, den berechtigten Wunsch an der Stirn, „nur recht bald dem drohenden und intriguirenden Frankreich gegenüber unter Dach und Fach zu kommen.“ Dennoch war in den Augen aller einsichtigen Politiker der in der

Eile gezogene Grenzzaun an der Mainlinie nichts weiter als ein kluger Beschwichtigungsversuch der durch den Krieg entflammten und nach der Niederlage im Süden Deutschlands nicht sogleich verlöschbaren Leidenschaften; denn auch die Beschämung trägt ihren Groll und Hass unvermindert mit sich fort, wenn man ihr nicht goldene Brücken baut. Die aber auch ohne die Südstaaten gewonnene Basis war schon damals genügend, den Norddeutschen Bund als einen kräftigen Föderativstaat politisch und militärisch für eine der ersten Stellen unter den Grossmächten berufen zu erachten und Preussen den verlorenen Glauben an sich selbst wieder zurückzugeben. Denn es wird heute von allen Denkenden zugestanden werden müssen, dass nichts so sehr das Selbstvertrauen, die innere politische Freudigkeit eines Volkes mehr schwächt und untergräbt als ein jahrelang ohne nennbaren Erfolg geführter Krieg der Volksmeinung wider seine Regierung, als das System eines doctrinär aufgefassten passiven Widerstandes wider eine active Octroyrungspolitik. Um es hier mit kurzem Wort zu sagen: Wäre die Fortschrittspartei so berechtigt gewesen zur Abwerfung aller staatlichen Unterordnung, wie 1641 und 1642 es Pym, John Hampden und Cromwell

einem treulosen Carl I. gegenüber waren, so hätte ihr dialectischer Zungenkampf aufhören und Raum geben müssen dem Appell an das Volk, mit der Hand am Schwert durchzusetzen, was ihr trotz aller parlamentarischen Siege unmöglich war; dann hätte sie unerschrocken den Bürgerkrieg in Preussen ausrufen und von der Gerechtigkeit ihrer Sache den Sieg erhoffen müssen. Aber — die vorgeschrittene Linke hatte weder die historische Berechtigung noch den kräftigen Thatendrang; weder den Ausweis der Nothwendigkeit noch den kühnen Muth des gewaffneten Widerstandes konnte sie beibringen, und dann fand sie sich einem Herrscherhause gegenüber, das mit den vaterlandsverrätherischen Stuarts nicht die geringste Aehnlichkeit hatte und stets von der höchsten und edelsten Auffassung seiner Regentenpflichten erfüllt war. Was Preussen in jener Conflictszeit still geduldet und gelitten, wie viele Wunden dem altbewährten Loyalitätssinn damals in allen Kreisen des Volkes geschlagen worden sind, dies zu untersuchen ist nicht Aufgabe dieser Schrift, es ist aber die heilige Pflicht jedes patriotisch fühlenden Mannes, daran mitzuwirken, dass solche epileptischen Zustände im preussischen und deutschen Staatskörper niemals wieder eintreten.

Die Einführung des allgemeinen directen Wahl-

rechts mit geheimer Stimmenabgabe in die Norddeutsche Bundesverfassung durch den Grafen Bismarck ist von manchen durch Unparteilichkeit hervorragenden Publicisten als ein kecker Wurf, als eine Art Staatsstreich aufgefasst worden, mit welchem der durch so grosse Machterfolge mehr denn je gefestigte Minister den nicht ungeschickten Versuch gemacht hätte, die ihm feindlichen liberalen Parteigruppirungen „aus dem Sattel auf den Sand" zu setzen. Dieser Vermuthung — denn in Ermangelung von interessanten Enthüllungen über dahinzielende „geheime Entrevuen" lässt sich die Sache nicht anders auffassen — scheint auch ein gut Stück Wahrheit zur Seite zu stehen. So wenig wie den parlamentarischen Fractionen eine Parteidisciplin, die doch bekanntlich nur mit realen Grössen, keinesfalls aber mit idealen Beweggründen rechnet, fehlen wird zur festen Consolidirung ihrer Abstimmungen, so gut hat unseres Erachtens eine aus 7—9 Ministern bestehende oberste Regierungsgewalt das Recht und die Pflicht, sich in geschlossener Kette zusammenzuthun und einer zu befürchtenden Majorisirung im Parlament mit allen gesetzlich erlaubten Mitteln und mit der Kraft einer freien Initiative entgegenzutreten, sofern diese Taktik eine Stärkung des allgemeinen Vertrauens zu der Haltung des Ministeriums befördern hilft. Ob die Gewährung des allgemeinen

etc. Wahlrechts ein freisinniges politisches Zugeständniss an die reifere Bildung der norddeutschen Wähler oder ob es vielmehr die Ouverture zu einer ganz neuen, mit der bisherigen Repressivpolitik energisch brechenden inneren Regierungstaktik war, — diese rein theoretische Frage bedarf heute, wo die Ergebnisse des allgemeinen etc. Wahlrechts in einer Umgestaltung der 1866 noch vorwaltenden Parteiverhältnisse begründet vorliegen, keiner Beantwortung mehr. Vielmehr bezeugt die für die Mehrzahl der deutschen Einzellandtage bis zur Stunde noch beibehaltene Norm der indirecten Wahlen, dass es Graf Bismarck bei der Gründung des Norddeutschen Bundes vor Allem um eine bis in die untersten Abstufungen und Volksschichten hinaushallende und hineindringende politische Theilnahme Aller, auf ein deutliches „Ja“ oder „Nein“ für oder gegen sein Werk zu thun war. Wer daher noch jetzt, unter Hinweisung auf die allerdings damals nicht wegzuleugnende cokettirende Hinneigung einiger Regierungsorgane zu Lassalle und den Sozialdemokraten, sich etwas darauf zugute thut, dass die Stärkung der nationalliberalen Partei ein Zukreuzekrichen der politisch-freisinnigen Elemente vor der Macht Bismarck bedeute, der müsste ebenso gut angehalten werden nachzuweisen, dass die Macht Bismarck auch vor dem Dutzend Sozialdemokraten, welche

doch allein durch die allgemeine etc. Wahlberechtigung im Reichstag möglich geworden sind, in Hochschätzung und Hingebung zerfliesse.

Wenn die national-liberale Partei, ihres Ursprungs eingedenk, es nach wie vor als ihren Beruf betrachtet, mit der einen Hand an einer friedlichen und regelmässigen Fortbildung der constitutionellen Freiheiten und mit der anderen an der nicht minder nothwendigen Fortentwickelung und Vereinfachung des Reichsorganismus, unbeirrt durch das maasslose Schelten und Schreien der extremen Parteien, rüstig weiterzuarbeiten, so wird ihr über kurz oder lang — je nach den über Deutschland schwebenden Geschicken — eine Anerkennung aller Parteien zu Theil werden, die darin besteht: „dass sie den Bestand des Ganzen nicht in Frage gestellt hat um einiger unvollkommener Theile willen, und dass sie aus der schwülen Atmosphäre der doctrinären Rechtsanmaassung und Rechthaberei hinübergeführt hat in die frische Zugluft einer realen und nationalen Politik."

Nur der alles Geschichtssinns bare Politiker wird die Nationalliberalen in die Schablone einer ministeriellen Partei hineinzwängen wollen, weil sie so und so viele Male mit dem Ministerium gestimmt und weil sie ein feines Ohr für die allerdings häufig genug gestellte „Vertrauens- oder

Misstrauensfrage" bekundet habe. Man gestatte zur Widerlegung dieses Vorwurfs ein kurzes Gleichniss. Jeder, der Gelegenheit gehabt, mit der öffentlichen Presse bekannter zu werden, weiss, wie oft zwischen einer und derselben politischen Farbe angehörigen Collegen Meinungsverschiedenheiten über sehr wichtige Incidenzpunkte ausgeglichen, ja mit der Kraft einer stärkeren über eine schwächere Dialectik ausgefochten werden. Es ist das auch in der That ganz selbstverständlich. Die schliessliche Entscheidung, ob diese oder jene Meinung obzusiegen und als Gesammtanschauung zu gelten habe, steht dem Chefredacteur zu. Wollte der in der Minorität Verbliebene nun sogleich das Kleid der moralischen Entrüstung anlegen und in Separatartikeln die Meinung seines Collegen bekämpfen, so könnte er — obschon derselben Richtung angehöreud — unmöglich an seiner Stelle verbleiben; er müsste austreten, weil er das erste Gesetz der Collegialität, die freie, verständige Unterordnung, verletzt hätte.

Ganz ähnlich ist das Verhältniss der einzelnen Glieder einer Partei zu einander. Die Farbe der politischen Ueberzeugung — wenn ich mich so ausdrücken darf — ist das Gemeinsame, die Individualitäten geben aber die verschiedentlichsten Nüancen. Die Gesammtanschauung, dass Conflicte

mit der Staatsregierung zu nichts Anderem führen, als zur Zersetzung der besten Kräfte des Staatslebens und zur Lähmung des allgemeinen Rechtsbewusstseins, darf als politisches Programm bei Jedem vorausgesetzt werden, der sich der nationalliberalen Partei anschliesst. Es ist dies aber ein äusserst loses Band, das die verschiedensten Ueberzeugungen nur deshalb mit grösserer Festigkeit umschliesst, weil die Erkenntniss von der noch vorhandenen Unfertigkeit und Unvollkommenheit der deutschen Reichs-Institutionen die Verleugnung und Darangebung individueller Theorien um so gebieterischer erheischt, als Zahl und Einfluss der reichsfeindlichen Parteien höchst bedeutsam sind. — Findet sich also das Gros der im Grunde demokratisch gesinnten nationalliberalen Partei in vielen Puncten auf Seite des jetzigen Ministeriums, so geschieht dies aus keinem anderen Grunde, als zu dem offenbaren Zwecke der Zusammenfassung aller nationalen Kraft in einer geschlossenen Phalanx gegen die frivolen und politisch unberechtigten Angriffe jener zahlreichen Schaaren, welche die Zertrümmerung des geschaffenen Einigungswerkes offen oder versteckt zu betreiben versuchen.

Dass nach 1866 ein 1870 kommen und auf den deutschen Bundeskrieg die gewaffnete Abwehr des napoleonischen Frankreichs folgen musste, daran

konnte Niemand zweifeln; mit neuem Siegeslorbeer geschmückt, nahm Preussens König die Kaiserkrone aus der Hand des ganzen deutschen Volkes. — Seit fast vier Jahren ist die Deutsche Reichsverfassung eine geschichtliche That, hervorgegangen aus der freien Uebereinstimmung aller deutschen Einzelstaaten, ein nothwendiges Ergebniss der antiparticularistischen Strömung, wie sie trotz 1866 in immer weiteren Volkskreisen sich Bahn gebrochen, eine logische Folgereihe der auf das Grosse und Ganze immer mehr sich hinwendenden Entwicklung, welche zwar immer noch durch Tausende von ängstlichen Rücksichten gegen das engere Vaterland behindert und eingeschränkt wird, aber nunmehr — und dies ist der eigentliche Prüfstein für ihr weiteres Fortwirken — keiner grossen Staatsaktionen, keiner ruhmreichen Kriegs- und Eroberungszüge mehr bedarf, um als selbständiger Culturprocess die ganze Zukunftsgeschichte fortan zu beleben und zu durchdringen. Nicht der mächtigste unter den deutschen Staaten, sondern der weiseste, nicht der durch militärischen Kriegsruhm hervorragendste, sondern der volks- und freiheitsfreundlichste Staat wird die Zukunft Deutschlands in seiner Hand haben; Ministerien kommen und gehen, Könige folgen einander und treten aus der Zeitlich-

keit, „unentbehrlich“ scheinende Staatsmänner werden durch „entbehrliche“ ersetzt, aber das Volk mit seinem gesunden Instinct für die Schwächen und Fehler der Regierenden bleibt und erkennt in seiner Gesammtheit die Führerschaft schliesslich nur dem Staate zu, der den nationalen Einheitsgedanken zu einer völligen Solidarität der Interessen aller deutschen Völkerstämme zu erheben weiss und zum Schutz- und Schirmherrn der deutschen Einheit allein die Freiheit bestellt, d. h. die in sittlicher Zucht und reifer Geistesbildung wurzelnde religiöse Selbstverantwortlichkeit jedes Einzelnen.

Für eine solche, des deutschen Volkes allein würdige Entwicklung sich selbst reif und reifer zu machen, das Vaterland mit ganzer Liebe zu umfassen und im Hader der Parteien sich die volle Unparteilichkeit als unentbehrliches Attribut eines freien deutschen Mannes zu bewahren — wird wohl nur denen als ein müssiges Ideal erscheinen, die den zerfressenden Materialismus als ihr eigentliches Lebenselement rühmen und preisen. Der mühsame Bau des Deutschen Reiches wird aber erst denen in seiner ganzen Schwierigkeit klar, welche haben einsehen lernen, wie complicirt der Mechanismus,

der hierzu in Bewegung zu setzen, wie schwierig die Aufgabe des Deutschen Reichstages, wie umfassend die Pflichtenbürde des Reichskanzlers ist. Stein um Stein muss bedächtig eingefügt werden, langsam, sehr langsam wächst der Bau empor, und wer kann schon jetzt behaupten, dass kein Missgriff geschehen, dass der bis heut gediegene Bau ohne greifbare Fehler vollführt sei?

Wenn irgendwo frischer, ins bürgerliche Leben fortwirkender Idealismus am Platze ist, so ist er es im neuen Deutschen Reiche. Mögen die Baumeister schon Grundriss und Gesammtplan in der Tasche tragen, — zur geistigen Mitarbeit ist Jeder berufen, der Deutschland nicht blos mächtig und auf sich selbst ruhend, sondern auch als leuchtendes Muster eines Rechtsstaates sehen möchte.

Capitel II.

Von der Nothwendigkeit, sich einzuleben in die geschichtliche Gegenwart.

Gleich den verschiedenen Stufen, die Jedermann in seiner körperlichen und geistigen Entwicklung zu durchlaufen hat, lassen sich auf jedes organisirte Staatsleben bestimmte kurze Bezeichnungen anwenden, die alle auf die eine Frage hinauslaufen: ob es seiner jeweiligen Aufgabe gewachsen ist? — Es wird nun nicht schwer fallen, zunächst am preussischen Staate nachzuweisen, dass seine jetzige Gesammterscheinung den Ausdruck einer — so zu sagen — männlichen Reife und geprüften Erfahrung bietet. Der preussische Staat ist Träger des wuchtigen Baues der nationalen Einheit, ist Anwalt und Syndikus der deutschen Gesammtinteressen geworden in Folge einer rechtskräftigen Uebertragung und wird die hohe Verantwortlichkeit seiner politischen Stellung niemals zu willkürlichen Eingriffen missbrauchen. Der Kern seines Volkes verbürgt

ihm lange Dauer seiner Kraft, der Stand der allgemeinen Bildung und die Fähigkeit seiner leitenden Staatsmänner stellen ihn vor dem Getriebe der inneren Parteien sicher. Die rastlos vorwärtsstrebende Bewegung nach Reformen, die alle Volksklassen in Deutschland durchdrungen hat, findet den preussischen Staat immer an der Spitze, oder sie findet in ihm den wirksamsten Gegner, je nachdem der Ruf nach Reformen ein logisch berechtigter oder ein blosser Unkenruf abstrahirender Zukunftspolitiker ist.

Es könnte scheinen, als ob Verfasser die in sich abgerundete „männliche“ Kraft des preussischen Staats mit dem jeweiligen Ministerium und dem jetzigen Träger der preussischen Krone identificiren wollte; dies ist jedoch keineswegs der Fall. Höher als das noch so geniale Wirken einzelner Menschen wird immer die Güte des bildungsfähigen Rohstoffes, die kernige Kraft des Volkes zu schätzen sein, durch welche Elemente überhaupt erst ein Staat zur Erfüllung seiner politischen und Culturaufgaben befähigt wird. Bekannt ist ja, dass die Schule der Entsagung und der körperlichen Abhärtung die beste Mitgabe für den künftigen Staatsbürger wird, während die mit dem steigenden Luxus einhergehende Verweichligung eine gefährliche Klippe für den Geist einer freiwilligen Unter-

ordnung bildet. Man nehme dem preussischen Staate seinen soldatischen Geist, man stürze es nach dem Beispiel Napoleons III. in den Strudel der Vergnügungen und der Laster, — und eines künftigen Tages wird seine kernige Kraft gebrochen und sein Mannesmuth eine prahlerische Selbsttäuschung sein. Preussens Staat ruht auch heute noch auf ehernen Füssen, wie zu den Zeiten des grossen Friedrich, — was doch schliesslich sein eigenes in seinem markigen Wesen begründetes Verdienst ist — und wird auch in Zukunft sein immer mehr sich erweiterndes Berufsfeld nur durch die Bewahrung der Traditionen übersehen und beherrschen können, die ihn von kleinen Anfängen zur heutigen Grösse haben heranwachsen lassen.

Militärische Erfolge sollten allerdings nicht den Maassstab abgeben, mit welchem der Werth eines Volksstammes gemessen wird, aber sie bleiben doch der springende Punkt in der Ruhe, gestalten die Erscheinungsformen völlig um und prägen sich tiefer ein als die glänzendsten Parlamentsreden. Die Ausdeutung des Begriffs, was ein gerechter Krieg sei, soll gern Anderen überlassen werden; für den vorliegenden Zweck genügt es, hinzuweisen, dass auch der gerechteste Krieg, wie es ja nach der Meinung Aller der Feldzug von 1870 war, in seinen Folgen die Gerechtigkeit selbst auf

den Kopf und das brutale Unrecht an die Stelle des friedlichen Rechts zu stellen pflegt. Es muss einmal so sein, und Schonung hiesse ein Verrath an sich selbst. Wenn aber jemals ein gerechter Krieg so lebhafte Sympathien wieder erzeugen wird, wie der letzte, den Deutschland geführt unter Preussens Vorantritt, so wäre es wahrhaftig kein Schade, die deutschen Fahnen über kurz oder lang wieder über die Mosel ziehen zu sehen, und zwar aus dem einfachen Grunde: damit das Gefühl der Dankbarkeit gegen die wichtigste staatliche Institution, das Heer, in seiner ganzen Frische wieder erwache und die Erkenntniss bringe, dass Staaten ohne militärische Erfolge und ohne kräftige militärische Organisation auch bei der trefflichsten Pflege des parlamentarischen Regime durchaus in politische Lethargie versinken.

Einem solchen Zustande der politischen Reglosigkeit verfallen, ist für einen Staat wie für ein Volk das höchste Verderben. Der Nimbus demokratischer oder republikanischer Freiheiten mag lange darüber täuschen, dass dem Einzelnen und Allen jede patriotische Erhebung genommen sei; allein die fieberhafte Hitze der Wahlschlachten an einer Stelle findet ihren Contrast anderwärts in der völligsten Gleichgültigkeit gegen alles öffentliche

Leben. Denn wo soll die lebendige Theilnahme an dem Wohl und Wehe des Staates herkommen, wenn einerseits blosse Cliquen- und Privatinteressen, andererseits die philisterhafte Kleinkrämerei die demokratische Freiheit zu einem Wechselbalg stempeln, ohne an das Ideal eines kräftigen und disciplinirten Staates sich erinnern zu können? — Die hier zu Grunde liegenden Staatswesen, auf welche mit Recht das eben Gesagte Anwendung findet, sind allen Lesern wohlbekannt; um ihre wohl ausgebildeten Freiheiten wird sie Preussen und Deutschland nicht beneiden können, so lange dieselben ihr Heerwesen geflissentlich verkümmern und ihre Soldaten als Feinde der Verfassung betrachten,

Nun aber wird es eine höchst gewagte Sache sein zu behaupten, dass die deutschen Armeen die Vogelscheuchen für das deutsche Verfassungswerk sind. Im Gegentheil lässt sich viel eher darthun, dass ein viel höheres Maass der Bildung und ein viel grösserer Respect vor Deutschlands verfassungsmässigen Freiheiten in den Officierkreisen vorhanden ist, als man gewöhnlich annimmt. Nicht wenig trägt dazu bei, dass hochstehende Militärs, wie Prinz Wilhelm von Baden, Graf Moltke u. A., es sich zur Ehre schätzen, ihre Repräsentantenpflicht zu erfüllen und also öffentlich Zeugniss dafür ab-

legen, dass Disciplin und Constitution sich sehr wohl mit einander vertragen.

Dennoch wäre es voreilig, daraus den Schluss ziehen zu wollen, dass man im preussischen Volke über der Anerkennung der glorreichen Waffenthaten der deutschen Armee völlig die Abhängigkeit übersehen könnte, in welche die parlamentarische Vertretung bei jedem Sessionswechsel sich gegenüber den grossen Ausgaben versetzt sieht, welche der Reichsmilitär-Etat fast zur absoluten Bedingung macht. Die den grössten Theil der Einnahmen absorbirenden Aufwendungen für Armee, Marine und Festungen begegnen im Deutschen Reichstage naturgemäss einer an Missbehagen erinnernden Zurückhaltung und zwar sind es ganz besonders die reichstreuen Parteigruppen, welche, obschon eingedenk der auch durch Graf Moltke in jüngster Zeit mit Nachdruck hervorgehobenen isolirten Stellung Deutschlands gegenüber der Mehrzahl der europäischen Staaten, weit lieber einer Reducirung der Kopfzahl und einer bedeutenden Verminderung der Ausgaben für das Militär, ebenso wie einer Herabsetzung der Dienstzeit das Wort reden möchten. Es ist eben ein tiefgewurzelter Grundzug des deutschen Wesens, die Sorge für Befriedigung der hochanschwellenden geistigen und materiellen Bedürfnisse in Zeiten voraussichtlich längeren Friedens

sich nicht verkümmern zu lassen durch die stete Besorgniss vor neuen politischen Conflicten. In der offenen finanziellen Bevorzugung eines Berufes, und sei es auch des vortrefflich geschulten Militär, sieht der deutsche Geist trotz aller Gegenerwägungen nun einmal immer die Benachtheiligung nicht minder theurer Interessen.

Die den Nationalliberalen von demokratischer Seite so oft Schuld gegebene „Vertrauensseligkeit“ hat sich bis heutigen Tages noch immer in dem Lichte einer klug berechneten maassvollen Taktik gezeigt, welche, wenn doch einmal ein Name gegeben werden soll, im Sinne der Gegner viel richtiger mit „platonischer Opposition“ bezeichnet werden könnte, im Sinne ihrer Freunde aber „reiflich überlegte Resignation“ heissen müsste. Dieses freiwillige Entsagen auf theoretisches Besserwissen wird stets ein Grundzug aller der gegenwärtigen und künftigen Parteistellungen sein, welche die parlamentarischen Machtbefugnisse nach Maassgabe der Zeiten, deren Geist sich keiner entziehen kann, und nicht nach Maassgabe doctrinärer Deductionen, welche in einzelnen Köpfen sich concentriren fördern und weiter ausbilden wollen. Die sittliche Klugheit wird stets das höchste Gesetz der weltlichen und politischen Praxis sein und ist für die Parlamentarier von allen, auch den entgegen-

gesetztesten Richtungen gleicherweise nöthig, für die Socialdemokraten so gut wie für die Conservativen. Wer sich berufen dünkt zur praktischen Theilnahme an der Gesetzgebung seines Landes, hat nächst seiner persönlichen Ehrenhaftigkeit den Nachweis einer ins Tiefe dringenden Uebersichts- und Urtheilskraft auf politischem und praktischem Gebiete zu führen; Männer von schillernder Rednergabe und phantastischem Ehrgeiz, die mit fix und fertigen Theorien ins Parlament sich drängen, können keiner Partei etwas nützen, sondern ihren Genossen und der von ihnen vertretenen Sache nur aufs Empfindlichste schaden.

Die Richtigkeit dieser Behauptung wird durch die Haltung der Nationalliberalen zu den drei wichtigsten Gesetzen der deutschen Gegenwart am schlagendsten erwiesen werden. Das Reichsmilitärgesetz, wie es vom Bundesrath an den Deutschen Reichstag gebracht worden, wird als Entwurf wohl das Kopfschütteln aller Parteien erregt haben; denn auf den ersten Blick forderte es, mit der Festhaltung der dreijährigen Dienstzeit und einem auf unbegrenzte Zeiten hin fortwirkenden Normal-Etat von beträchtlichstem Umfange, geradezu das bedeutendste Quantum von Vertrauen, das je einer Reichs- und Volksvertretung angemuthet worden ist. Schon jetzt ist es klar, dass die nationalliberale

Partei als ein sanftes Ruhekissen für „Vertraulichkeiten" der Regierung sich durchaus nicht betrachtet, vielmehr „aus Gründen der Klugheit" die auf das Maximum von drei Jahren fortwirkende Budgetfeststellung des Militär-Etats als künftige Verfassungsnorm für sich in Anspruch nimmt. Ein Hinausgehen über das Mandat eines Reichstagsabgeordneten, das den Zweck hätte, die wichtigste Befugniss der Budgetcontrole einer künftigen Reichsvertretung aus der Hand zu nehmen, muss unter allen Umständen auf das Verfassungsleben nachtheilig wirken; denn es hiesse einen Ausnahmezustand eröffnen und den künftig gewählten Reichstagen den Conflict bereits zugeschnitten in den Schooss werfen. Die elastische Form eines Militärgesetzes, selbst in dem Rahmen eines Compromisses, welcher über die dreijährige Budgetperiode hinaus finanzielle Zugeständnisse der jetzigen Reichstagsmajorität erzielt, wird zu einer drückenden Fessel und bei plötzlichen Veränderungen der obersten Regierungsgewalten zu einer Selbstanklage der liberalen Parlamentarier führen: in der wichtigsten Capitalfrage des Budgetrechts ihre Tendenzen hintangesetzt zu haben. Denn echt nationalliberal sein, heisst unseres Erachtens, sich gegen alle Anachronismen wehren; das Votiren über die greifbare Gegenwart hinaus würde aber dem wichtigsten Factor der jetzigen

Reichstagsmajorität bedenklichen Schaden in den Augen aller Derer zufügen, welche Heerwesen und Verfassungsleben als gleichberechtigte, nicht aber als einander feindliche Erfordernisse des modernen Staates anzusehen gewohnt sind.

Die beiden anderen wichtigsten Gesetzentwürfe über die Presse und über einige Neuerungen in der Gewerbeordnung tragen nicht die Gefahren in sich, welche aus einer „vertrauensseligen" Stimmung der Reichstagsmajorität hervorgehen könnten. Während das neue Pressgesetz trotz aller Amendirungen von rechts und links die deutsche Presse immer noch als ein Kind betrachtet, dem man die Mutterbrust der wohllöblichen Polizei um keinen Preis entziehen darf, gemahnen die im Entwurf der Gewerbeordnungs-Novelle angedrohten Strafen gegen den Contractbruch der Lohnarbeiter an einen socialdemokratischen Staat der Zukunft, in welchem alle Gesetze wahrscheinlich nur Strafen für die bösen Bourgeois sein werden. Beide Gesetzentwürfe sind meines Erachtens verfehlt und legen kein günstiges Zeugniss ab von der tieferen Einsicht in das Wesen des Journalismus und des Gewerbebetriebes. Es wird also auch keiner besonderen „Vertrauensseligkeit" bedürfen, um sich klar zu machen, dass beide Gesetze keine lange Lebensdauer haben können, und dass ihre Ablehnung oder Annahme nur ein

Provisorium bestehen lässt, welches ein gesünderes Definitivum in seinem Schoosse trägt.

In Vorstehendem ist der Versuch gemacht zu zeigen, wie die, das Staatsleben tragenden und zusammenhaltenden Elemente (das preussische Volk in seiner urwüchsigen Kraft und das wohlorganisirte Heer) die Grundpfeiler und den festen Unterbau bilden, auf welchem ein jeder Staat, er nenne sich wie er wolle, überhaupt erst weiter bauen und organisch fortwirken kann. Während aber das Volk ohne Jemandes Einspruch sich immer neu gebiert, sehen wir das seiner besten Kraft entnommene Heer bereits als das Object einer lebhaften Controverse, die über Zahl, Dienstzeit, Geldaufwendung u. a. m. zwischen Reichsregierung und Reichsvertretung ausgefochten wird. Also schon bei dem wesentlichsten zweiten Grundpfeiler des ganzen Staatsgebäudes erhebt sich der Widerstreit der Meinungen, zwar nicht über die materielle Nothwendigkeit seines Fortbestandes, aber über technische und finanzielle Fragen von der höchsten Bedeutung, Die unmittelbare Gegenwart tritt mit ihren tausend Bedürfnissen in ihr vollstes Recht; denn Niemand vermag über seine Zeit hinauszusehen und nur von diesem gegenwärtigen Sein, ob gut, ob schlecht, kann der denkende Politiker reale Lösungen erwarten.

Und von diesem Standpuncte aus will Verfasser in Folgendem zu zeigen versuchen, dass keine Zeit mehr werth war, die Sehnsucht nach vergangenen und nach künftigen Zeiten gänzlich fallen und verschwinden zu machen, mehr angethan, sich in sie hineinzuleben, als es die gegenständliche Gegenwart des Deutschen Reiches ist.

Anknüpfend an die im Eingang dieses Kapitels geäusserte Auffassung, wonach der preussische Staat sein geschichtliches „Mannesalter“ erreicht hat, sieht Verfasser geflissentlich von jeder Analogie mit anderen Staaten ab und begnügt sich mit dem kurzen Hinweise, dass erst jetzt das volle Bewusstsein seiner Kraft und Stärke einerseits und seiner grossen Aufgaben andererseits — ein Bewusstsein, welches doch überall als das characteristische Merkmal des reifen Manneslebens gilt — im preussischen Staate und Volke wirksam und mächtig geworden ist. Wenige Beispiele der materiellen Zeitgeschichte mögen für bequemere Citate aus den Schriften eines Ranke, Treitschke, Aegidi u. A. entschädigen, deren hoher Werth meines Bedünkens in der kunstreichen Historik, in der geschickten Verwebung einzelner documentarisch neuer Thatsachen zu einem mehr rück- als vorwärtsschauenden Ganzen beruht, während doch die unmittelbar der Gegenwart angehörige Publicistik nur diese

Bedürfnisse zu erwägen und daher Alles zu vermeiden hat, was von einer Voreingenommenheit für irgend welche Autoritäten und von einer noch so eng begrenzten geistigen Abhängigkeit zeugen könnte.

Vor Allem sieht man die unverkennbaren Symptome der geschichtlichen Reife Preussens in drei Erscheinungen: 1. in dem vollberechtigten, das ganze preussische Volk durchdringenden Bewusstsein seines Könnens und Wissens, 2. in der Freiwerdung von preussischem Particularismus und im Abthun der Ausländerei, 3. in dem Ueberhandnehmen eines politischen Unabhängigkeitssinnes, der die Macht nur nach dem ihr beiwohnenden Recht und die politische Richtung nur nach ihrer praktischen Brauchbarkeit schätzt und folgeweise unterstützt.

Unter Hinweisung auf eine bisher noch ungelöst gebliebene Frage: „welches Durchschnittsmaass der politischen und Culturentwicklung dazu gehört, um ein grosses an die Disciplin der Gesetze gewöhntes Volk zur erfolgreichen Mitbethätigung an seiner Entwicklung und Geschichte zu befähigen“, bleibt hier nur die Aufgabe, zu zeigen, wie die fast beispiellose Ungunst der geographischen Lage und Bodenbeschaffenheit die Kurmärker zu

jahrhundertlangem Kampf ums Dasein in so intensiver Weise gezwungen hat, wie er fast einzig in der Geschichte dasteht. Dieselbe Ungunst der örtlichen Verhältnisse liess die guten und sorglichen Regenten in den Augen des Volkes als Retter aus der Sclaverei der Armuth, die politisch hervorragenden und bahnbrechenden als Erlöser aus der staatlichen Unmündigkeit betrachten. Unter solchen Verhältnissen darf es nicht Wunder nehmen, dass die Härte des Absolutismus in Preussen viel weniger empfunden wurde als anderswo, und dass Stein's freisinnige Reformversuche vom Volk in seiner Totalität zuerst nicht verstanden wurden. Erst die Freiheitskriege brachten in ihrem Gefolge eine langsame Entwickelung des politischen Bewusstseins, das aber bis zum Jahre 1840 kaum aus den Kinderschuhen getreten war. Von da ab darf man den nun nicht mehr aufzuhaltenden Fortgang einer auf verfassungsmässige Garantien hinarbeitenden Bewegung der Geister mit vollem Recht mit dem Jugendalter Preussens vergleichen. Das preussische Volk in seiner Gesammtheit hatte, kaum aus der Aufsicht seiner Erzieher entlassen, ganz nach Jugendart und unbekümmert um die Folgen seines ungebundenen Thuns den Idealismus auf breitester Grundlage zum Stichwort der Politik gemacht und in feurigster Ueberschwenglichkeit die symbolische

mit der praktischen Freiheit verwechselt. Die schmerzlichen Enttäuschungen, die dem Jahre 1848 bei einer so geringen Schulung und Erfahrung des preussischen Volkes für den „Dienst der Freiheit" folgen mussten, charakterisiren sich in einer politischen Muthlosigkeit und Abspannung, welche für ein weniger kräftiges Volk leicht hätten verderblich werden können, zumal da es durch das ihm mangelnde praktische Geschick der politischen und religiösen Verfinsterungssucht glücklicherweise nur auf kurze Zeit in die Arme getrieben wurde.

Das Bittere der Reactionszeit, die Kämpfe um das Budgetrecht, die drei viele Opfer fordernden siegreichen Feldzüge, die geschichtlich beglaubigte Erkenntniss, dass ihm die Führerschaft des ganzen Deutschlands nur in Folge seiner ausdauernden Kraft und zum Lohn für seine aufs Höchste angespannte Leistungsfähigkeit freiwillig zuerkannt worden ist, dies Alles hat endlich das preussische Volk in seiner Gesammtheit zu der nothwendigen politischen Läuterung heranreifen lassen, als deren eigenartiges Product die zu vollem Bewusstsein gelangte Manneskraft des preussischen Volkes betrachtet werden darf mit den Attributen des Selbstvertrauens auf sich, der Unterordnung unter den gemeinsamen nationalen Zweck und dem Bedürfniss nach Ausgestaltung der freiheitlichen Verfassung. —

Der Staat Preussen ist nunmehr nichts weiter als das an eigenes Denken gewöhnte preussische Volk; aus seiner bisherigen Aufseher- und Erzieherfunction unter Anerkennung seiner hohen Verdienste entlassen, wird der Staat es künftig sich nur zur Ehre schätzen können, der Ausdruck eines kräftigen und gesunden Volkslebens zu sein, das nicht im Mindesten beeinträchtigt wird durch gewisse kränkliche Auswüchse der überreizten Gegenwart, — einer Ueberreizung, die man in dem ruhigen und gleichmässig sich fortentwickelnden preussischen Volksleben vergebens suchen würde, die vielmehr in einer Nachäffung romanischer Ueberschwenglichkeiten ihre Wurzel hat. Extravaganzen aber liegen hinter dem Mannesalter.

Bei der zweiten Frage über den preussischen Particularismus darf man um so kürzer sein, als in einem späteren Kapitel die Eigenheiten der particularen Hauptströmungen in Deutschland besonders behandelt werden. Es ist eine geradezu ausgemachte Thatsache, dass die speciell preussische Presse, welcher Richtung sie auch angehöre, fast ausnahmslos in allen deutschen Angelegenheiten mit ganz besonderer Vorliebe sich jeder ausdrücklichen Hervorhebung eines specifisischen Preussenthums enthält. Diese politische Betrachtungsweise der periodischen Publicistik hat seit 1866 und zumal

seit Stiftung des Norddeutschen Bundes einen Umschwung auch in der öffentlichen Meinung hervorgebracht.

Heutigen Tages will in Berlin z. B. kaum ein gebildeter Mann mehr eine Zeitung halten, die nicht ein ausführliches Tagesresumé aller gesammtdeutschen Nachrichten bringt, und wie schon äusserlich die frühere stehende Rubrik: „Preussen" längst in den Gesammtartikel: „Deutschland" bei allen Berliner und irgend massgebenden preussischen Zeitungen aufgegangen ist, so kann auch überhaupt von einem particularen Ueberwiegen nach der preussischen Seite oder einer politischen Abneigung gegen einen anderen der 24 deutschen Staaten in Preussens Haupt-, Mittel- und selbst Kleinstädten nicht mehr die Rede sein. Für ein gleiches Aufgeben der particularen Selbstberäucherung auf dem flachen Lande mit seinen, von aller politischen Bewegung häufig ausgeschlossenen Dörfern und seiner zäh am Ererbten hangenden Bevölkerung lässt sich allerdings die Bürgschaft nicht übernehmen, aber auch hier ist die Aussicht auf ein Hellwerden der Köpfe angebahnt durch den deutschen Schullehrer, den deutschen Ortsvorsteher und hoffentlich auch durch den deutschen Geistlichen der nächsten Zukunft. —

Wenn irgendwo das Anklammern an einem Particulargeist, den man in diesem Falle den

„preussischen Kastengeist“ nennen könnte, mehr belächelt und als politische Beschränktheit bezeichnet wird, so geschieht dies ganz allgemein in Preussen jenen sehr selten gewordenen Organen gegenüber, die Conservatismus und Preussenthum noch immer für identisch halten und mit beneidenswerther Ruhe ihrer immer mehr schwindenden Abonnentenzahl täglich die Verdienstlichkeit ihres Ehrgeizes auseinandersetzen, nichts gelernt „und nichts vergessen zu haben.“ — Der beste Prüfstein für die durchaus aufrichtige nationale Gesinnung des preussischen Volkes liegt in der seit 1870 besonders wahrnehmbaren Bewegung gegen das Ausländische und in dem Sichaufraffen der Gewerbe zur Schaffung einer nationalen Kunstindustrie, die im Stande sei, in Güte des Materials und im Kunstgeschmack mit der französischen und englischen Industrie erfolgreich zu concurriren. Die früher geübte Unsitte der Cavaliere, an öffentlichen Orten in fremden Sprachen, namentlich Französisch, sich zu unterhalten, welche auch ihren Weg in die mittleren preussischen Beamtenkreise gefunden hatte und dort als unentbehrlicher Firniss einer höchst zweifelhaften Bildung galt, kann heute sammt der einseitigen Vorneigung für fremdländische Trachten, Gewohnheiten und Untugenden als veraltet und lächerlich bezeichnet werden. Es ist heute dem

im Preussen steckenden Deutschen mit seiner männlichen Liebe zum gemeinsamen Vaterlande Ernst geworden und so bilden diese allgemeinen Durchbruchsprozesse zur Erkenntniss seines Eigenwerthes ein nicht zu unterschätzendes sittliches Moment, das den Gesammtsinn hebt und zugleich ein werthvoller Baustein am Fundament des Deutschen Reiches ist.

Durch die Lösung der beiden voraufgehenden Fragen ist auch die Beantwortung der dritten schon um vieles leichter geworden, die Frage: „Hat Preussen die historische Berechtigung erlangt, in der Auffassung von den Rechten und Pflichten des inneren Staatslebens als ebenso mündig und competent zu gelten, wie es sich in seinem Volksleben zu der vollen Höhe männlicher Reife durchgearbeitet hat?“

Die Fragestellung ist scheinbar anders gefasst als die sub 3) auf Seite 53 gestellte These und dennoch identificiren sich beide von selbst. Die Realität der politischen Mündigkeit spricht sich aus in einem Unabhängigkeitssinne, der mit dem Richtersinne das gemein hat, dass er von nüchternen Erwägungen ausgeht und sich durch äusserlich angewandte Mittel weder bestechen noch rühren lässt. Es giebt für diesen Unabhängigkeitssinn zunächst nur zwei Mittel, um die politische Tüchtig-

keit zu prüfen, die er von seinen Repräsentanten zu fordern hat: integritas morum und perspicacitas rerum. Da aber Unbescholtenheit und Intelligenz glücklicherweise sich recht oft in Preussen unter 50—100,000 Seelen zusammenfinden, so bleibt zur engeren Wahl noch die eine Frage, wie sich der Candidat zu dem Worte verhält: Audiatur et altera pars? — Ungeschulte und ehrgeizige Politiker verschütten es nämlich regelmässig, sobald diese Frage in concretester Form an sie harantritt; es gehört aber auch eine hohe, bereits tieferliegende Klugheit dazu, um von einem gegebenen Parteistandpunkte aus vor einer grossen, aus mancherlei Parteien bestehenden Zuhörerschaft eine objective Kritik zu üben über andere politische Richtungen, ohne zu verletzen und herauszufordern. Wer diese der echten Männlichkeit eigenthümliche Ritterlichkeit und Schlagfertigkeit nicht sein nennen kann und überall verräth, dass die Partei allein sein unfehlbares Götzenbild ist, passt überhaupt nicht in eine politische Körperschaft hinein; sein Urtheil an maassgebender Stelle würde in demselben Maasse ein subjectiv abhängiges sein, als die besonnene Klugheit in seinem Auftreten als Candidat sich vermissen lässt. — Damit ist deutlich gesagt, dass vom Standpunkte des wahren Frei- und Unabhängigkeitssinnes ein Recht auf Vertretung jede politische

Richtung hat, deren Land- und Reichstagscandidaten das vornehmste sittliche Gebot der Klugheit gegenüber den anderen concurrirenden Parteien nicht aus den Augen setzen, denn auch die kaustische Kritik z. B. der Fortschrittspartei durch einen Neuconservativen und wiederum der nationalliberalen Partei durch einen Fortschrittsmann in offener Wählerversammlung wird erlaubt und sogar klug sein, insofern dieser Kritik Feinheit der Auffassung und die Gabe zur Seite steht, Versäumnisse der gegnerischen Richtung, als offene und unwiderlegliche Thatsachen, geschickt zu benutzen — und welche Partei wäre so arrogant zu behaupten, innerhalb dreier Jahre hätte sie sich keine Blösse gegeben? — und die Gegner in diesem Punkt zur Schweigsamkeit zu verurtheilen.

Es scheint in Deutschland noch überall nicht die Anschauung Platz gegriffen zu haben, dass die Parteien, sowie sie zum Wahlkampfe antreten, nichts mehr und nichts besseres sind als Concurrenten um die Volksgunst. Die trennenden Unterschiede der Wahlprogramme zeigen den klaffenden Riss zwischen den concurrirenden Parteien zu der Zeit am weitesten und scheinbar unversöhnlichsten, wo jede sich noch mit dem Gedanken trägt, ihren Candidaten ohne Compromiss mit einer anderen allein durchzubringen, ganz nach

dem Vorbilde gewisser speculativer Köpfe, die jede gefährliche Concurrenz bei einer grossen Firma durch gesteigerte Anerbietungen unmöglich zu machen und bei Seite zu schaffen beabsichtigen. Das Capitel der Wahlmanöver ist trotz des jungen Parlamentarismus auch ein allen Parteien in Preussen recht geläufiges und zugleich der beste Beleg dafür, dass der Schwung des Idealismus, welcher in einer Partei die Panacee einer weittragenden und unfehlbaren Politik verehrt, den grossen Wählerschaften durchaus ungewohnt und nur den Wenigsten selbst unter ihren Führern ein Bekenntnissartikel ist. Den mangelnden Sinn für das Ideale hilft aber vortrefflich ein Realismus ersetzen, der im preussischen Volke für die Verfolgung individueller Interessen auf parlamentarischem Wege in hohem Maasse zu finden ist. Das preussische Volk ist eben ein Mann geworden und endlich zu jener Anschauung gelangt, welche das materielle Wohl nicht von politischen Theorien, sondern vor Allem von dem praktischen Verständnisse seiner Vertreter für seine noch unbefriedigt gebliebenen Bedürfnisse erwartet. Und dass diese Anschauung ihre volle Berechtigung hat, angesichts z. B. der wenigen schiffbaren Canäle und Ströme in den Kernlanden und der fort und fort drohenden Nothstände in Ostpreussen, angesichts des wachsenden Steuerdrucks, der Theuerung der

Lebensmittel, der mangelhaften Schulzustände u. v. a., wird selbst ein Idealist nicht in Frage stellen können; und ein Trauern um das Verschwinden jenes schönen aufopfernden Jugendidealismus, wie er sich noch vor kaum 10 Jahren in den Sammlungen für die „Gemaassregelten" zeigte, würde nur die gänzliche Verkennung der politischen Gegenwart bedeuten.

So wenig also die Parteidoctrin auf gehorsame Schaaren von Bekennern heutigen Tages mehr zählen kann, so wenig darf aber auch die preussische Regierung darüber mehr im Unklaren sein, dass mit Neubegründung des Deutschen Reiches eine grundverschiedene Auffassung unter allen Volksklassen über das preussische Königthum an Ausbreitung gewinnt und in zwei Eigenthümlichkeiten auftritt, die auch hierin den Umschwung der Idee documentiren. Es hat sich nämlich in der Person des Kaisers und Königs ein populäres Interesse concentrirt, das, von dem Beiwerk einer blos dynastischen Loyalität frei, mit ausserordentlicher Lebendigkeit vom ganzen Volke ohne Unterschied seiner politischen Parteigruppen genährt wird und bei der Zugänglichkeit des Königs für Bittsteller aller Art, bei der quasi Oeffentlichkeit seines arbeitsamen Wirkens ein merkwürdiges Band der respectvollen Vertraulichkeit um Herrscher und Volk gewoben hat. Diese Erscheinung, zu der

ein Pendant bis jetzt noch in Europa und anderwärts fehlt, ist nicht etwa der Ausdruck einer prunkenden Selbstverherrlichung, sondern die Erkenntniss, dass die hohe persönliche Trefflichkeit des Monarchen schon längst die auszeichnende Popularität verdient hat, die erst innerhalb der letzten Jahre seiner Regierung ihm ungesucht entgegenkam.

Aber — seien wir aufrichtig — es ist dies besonders der Dank für die Herstellung eines kräftigen Rechtsbewusstseins, das durch Kriege und blutige Schlachten ebensowohl wie durch innere Conflicte bei den weniger gebildeten Volksschichten gar leicht in Verwirrung gebracht wird. Auch die glorreichsten Siege rauben dem Vaterlande nicht nur ganz bedeutende Productions- und Steuerkräfte, sondern sie entziehen auch einer grossen Zahl von Familien den Ernährer und geben trotz aller Liebeswerke die vaterlosen Waisen einem ungewissen Schicksale preis. Mit der tröstenden Beruhigung bei den höheren Ständen, dass Gatte, Bruder und Söhne den Heldentod für die Vertheidigung des Vaterlandes gestorben sind, ist in den meisten Fällen den weniger gebildeten Volksklassen nicht beizukommen, weil ihr von äusseren Thatsachen unabhängiges Rechtsbewusstsein zu wenig durch geschichtliche Lectüre aufgeklärt und geläutert ist. So bleibt das dumpfe Gefühl des Schmerzes über

den unwiderbringlichen Verlust viel nachhaltiger und man sieht in der Fürsorge des Staates für die Hinterbliebenen nur die eigenthümliche Bestätigung des Gedankenganges, dass der Staat ein durch seine Mithülfe begangenes Unrecht wieder gut machen will. Wo der gebildete Mann den Staat als Schützer der Gesammtheit sieht, da sehen Kleinbürger und Bauern in ihm auch heutigen Tages noch den gewaltigen Herrscher, der marschiren lässt, wenn's ihm gut däucht. Gegen diese in der Beschränktheit der Verhältnisse begründete Anschauung kann nur ein tüchtiger, viel besserer Volksunterricht mit Erfolg in's Feuer geführt werden und hauptsächlich darf die Geschichtsstunde sich nicht auf einige detaillirte Anecdoten aus der Welthistorie beschränken, sie muss und soll Liebe zum deutschen Vaterlande auch durch eine klare Uebersicht der letzten zehn Jahre einpflanzen und die Nothwendigkeit lehren, sich hineinzufinden in ein solidarisches Ganzes.

Nachdem nunmehr mit den unmittelbaren Nachwehen der Kriegsperiode auch die Anzeichen eines erneuten Conflicts zwischen Volksvertretung und Regierung einstweilen vom Horizonte verschwunden sind, — hat das Rechtsbewusstsein im preussischen Volke in ungestörter Entwickelung wieder jene Höhe erreicht, von der man mit Befriedigung auf

einen Zustand der Ruhe und der arbeitsamen Thätigkeit herabsehen kann. Vorübergehende Erscheinungen, wie Strikes, Verbrechen gegen das Eigenthum, der Börsen- und Gründungsschwindel u. s. w., können diesen Gesammtzustand weder verändern noch stören; und die jedes Gerechtigkeitssinnes entbehrenden Theorien der Socialdemokratie sind — wie einer ihrer Führer, Herr Tölcke, im vorigen Jahre auf einer Versammlung in Bremen offen verrieth — doch nur Ohrenschmaus für pflichtenledige junge Leute bis zum 25. Jahre und vermögen eine Besorgniss vor den Gefahren ihrer Ausbreitung schon um deswillen nicht einzuflössen, weil sie romanische Leidenschaften einem germanischen Volke predigen, Leidenschaften, die dann bekanntlich um so eher verrauchen, je weniger ihnen der Staat Veranlassung giebt sich auszutoben. Das preussische Staatsleben der Gegenwart hat so viele neue entscheidende Zugkräfte offenbart und noch so viele Neuorganisationen in Bereitschaft, dass es vom Standpunkte eines unparteilich denkenden Mannes — Alles in Allem genommen — vermessen und undankbar wäre, sein lebendiges Vorwärtswirken anzuzweifeln oder ihm hierin den ersten Rang unter allen deutschen Staaten kleinlich zu bestreiten.

Wenn neu geschaffene und im Werden befindliche Reformen Aussicht auf lange Dauer haben

sollen, so müssen sie von vornherein einer populären Zustimmung begegnen, welche nur aus einem besseren Verständniss der Zeitanforderungen hergeleitet werden kann. Ein in Betreff seiner inneren Politik gedankenlos gebliebenes Volk sagt schnell Ja oder Nein, wie eine gewisse Gattung von Muttersöhnchen, die, vom Parquet des väterlichen Bodens entlassen, plötzlich vor lauter verwirrenden Problemen des Lebens stehen. Es ist ein vortrefflicher Zug unserer Zeit, dass, wie sie für alle Gebiete und Berufszweige praktische Menschen vorzugsweise braucht, dem Einzelnen gar nicht mehr die Wahl gelassen wird, sich in die Cocons selbsteigener Phantasien und Theorien einzuspinnen und mit zwanzig Jahren abseits in beschaulichen Klosterbetrachtungen sich zu ergehen, sondern dass Niemendem, von jenem vorgenannten Alter an, das Stahlbad der concreten Wirklichkeit erspart bleibt. Es braucht der Staat, es braucht die Commune, es braucht jedes Berufsfeld nicht blos Menschen von durchschnittlicher Bildung, sondern auch zur praktischen Selbständigkeit angelegte Köpfe, solche, die Sach- und Menschenkenntniss zu einer dem Irrthum möglichst wenig unterworfenen Routine werden lassen. Selbst an die Kreise der stillen Gelehrsamkeit tritt dieses kräftigere Gebot unserer Tage heran und zwingt den in alte Manuscripte

vertieften Bücherfreund, der gewohnt war, in entschwundenen Zeitaltern zu leben, zu einer denkenden Betheiligung an den grossen Fragen der Gegenwart. Mit der steifleinenen Beschränktheit und Amtsgravität der Bureaukratie, von der man noch in der Reactionsperiode so manches an's Unglaubliche streifende Lied zu singen wusste, ist es wohl für immer selbst in der kleinsten, preussischen Bürgermeisterei vorüber. Der Staat verlangt Verständniss für seine mannigfachen Aufgaben bei dem ganzen Volke, denn die geistlose Mechanik der Vielregiererei ist von ihm selbst in Verruf erklärt; die Stimme der Volksvertretung wird überhaupt zur wahren Mittelsperson erst in Zeiten, wo auf der politischen Gedankenlosigkeit derselbe Makel haftet wie auf der Untauglichkeit zum praktischen Leben. — Wenn einerseits die deutsche Presse sich das Verdienst zusprechen darf, dem Einzelnen die Bekanntschaft mit den bedeutsamsten Staatseinrichtungen täglich lieber gemacht zu haben, so bleibt doch anderseits als wesentlichster Hebel dieses gegenseitigen Besserkennens die nationale Einigung bestehen, denn dieses Werk mit seinen gewaltigen Einwirkungen auf das bürgerliche Leben zwingt den Einzelnen — ob er wolle oder nicht — zur beständigen Orientirung in der Politik und drängt ihn zugleich zur Mitthätigkeit auf seinem besonderen Berufsfelde.

Es wäre jedoch weit gefehlt, aus der erklärten Vorliebe der Gegenwart für praktisches Berufsleben wie für praktische Politik den tendenziösen Schluss ziehen zu wollen, dass das nationale Leben eines tieferen Kernes, eines gesunden Idealismus, überhaupt entbehre, oder dass dem preussischen Volke im Ganzen und Grossen der Sinn für Reformen auf den idealen Gebieten der Religion, der Erziehung, der Denk- und Gewissensfreiheit abhanden gekommen sei. Im Gegentheil würde sich ohne Mühe nachweisen lassen, dass das letzte Viertel des 19. Jahrhunderts für Deutschlands und speciell Preussens Culturfortschritt eine höchst bedeutsame Signatur hervortreten lässt, die in Kurzem dahin zu deuten sein würde, dass in Deutschland eine auf Gleichberechtigung beruhende Concurrenz der praktischen und der idealen Interessen eingetreten ist, ein reger, nicht selten erbitterter Wettstreit um die Gunst der Menge, welche letztere, besser vorbereitet und besser erfahren, als sie es vor einem Vierteljahrhundert sein konnte, nicht mehr so leicht zu blenden und hinzureissen ist durch Ausmalung von Zukunftsidealen; und diese Concurrenz zwischen Praxis und Idealismus erfordert und setzt voraus ein sittlich reifes, ein denkendes Volk, dessen Blick sich zunächst auf das erreichbare Ziel richtet, ohne deshalb eines erstrebbaren

höheren Zieles zu vergessen, Um diese Anschauung von der gegenwärtigen Culturperiode klar zu machen, diene hier ein einfaches Beispiel statt vieler. Zwei bewegende Zeitfragen, die eine von durchaus materiellem, die andere von durchaus idealem Gepräge, treten geschlossen nebeneinander auf, beide mit schon jetzt erreichbaren praktischen Zielen, die letztere dagegen noch idealere Seiten in sich bergend, deren Erreichung aber eben in Folge dessen einer künftigen Zeit vorbehalten sein wird.

Die erstere Frage lautet:

> Welche Strafen und gesetzlichen Einschränkungen werden die Regierungen und der Reichstag gegen die Wiederkehr der unerhörten Missbräuche festzustellen haben, welche das Gesetz über Actiengesellschaften während der sogenannten Gründungsperiode erfahren hat?

dagegen die zweite:

> Durch welche Mittel können Staat und Gemeinde auf die Errichtung von solchen Schulen hinwirken, welche bei strenger Zucht und pädagogischer Einsicht und unabhängig von der Willkür unverständiger Eltern die neue Generation zur wahren Sittlichkeit und Freiheit

des Denkens auch über das Schulleben hinaus befähigen und reif zu machen vermögen?

An beiden Fragen lässt sich der Character der Zeitepoche trefflich studiren. Die materielle Genusssucht hat den Börsenschwindel begünstigt, der das deutsche Volk leider in allen seinen Klassen finanziell und sittlich beschädigte und für eine Zeit lang das Steigen und Fallen der Course zum Hauptgegenstand des öffentlichen Interesses zu machen wusste. Da nun die lockende Aussicht, ohne Arbeit schnell reich zu werden, sogar Stände und Berufszweige mit erfasst, die sich sonst grundsätzlich von allen Börsenspeculationen fern hielten, so ist die durch die endliche Krisis herbeigeführte Entwerthung der unsoliden Papiere gleichbedeutend mit einem auf viele Millionen zu schätzenden wirthschaftlichen Schaden, dessen Nachwehen auch noch heute bitter empfunden werden. Es ist also ganz natürlich, dass man vom Staate eine schärfere Controle der Actiengesellschaften, nöthigenfalls auch criminelle Bestrafung Solcher verlangt, welche durch wissentlich falsche Angaben in den Prospecten das grosse unerfahrene Publikum zum Börsenspiel verleiten. Diesem rein praktischen Interesse tritt in der zweiten Frage der ganze sittliche Idealismus eines Volkes gegenüber, dem

die stete Besserung des Unterrichts und der Erziehung so warm am Herzen liegt, wie keinem zweiten in der Welt. Man erhofft allgemein in ganz Deutschland von einem künftigen Schulgesetz die Grundlage zu einem vollständigen Neubau der Schule, man verlangt allgemein nach strengerer Zucht der Jugend, nach besser für ihren Beruf vorbereiteten Lehrern, nach höherer Begabung und auch nach grösserer Frische und Lauterkeit des pädagogischen Wirkens, damit dasselbe dem gefährlichen Materialismus mit Erfolg entgegenarbeiten und die künftige Generation zu einer besseren und sittlicheren machen könne.

Kam es je irgend einer geschichtlichen Periode darauf an, Klarheit über sich selber im ganzen Volke zu verbreiten und alle Volksschichten zur Theilnahme am politischen Leben der Gegenwart aufzurufen, so darf es von unserer Zeit gesagt werden, — und Niemand sollte daran mehr Anstoss nehmen, dass die Praxis im Leben, wie in der Politik heute zum concurrirenden Princip erhoben ist neben der Idee, Niemand darüber klagen, dass die poetische Verschwommenheit und ideelle Unbestimmtheit, wie sie Kennzeichen vorübergegangener Culturepochen waren, haben endlich Platz machen müssen einer rationellen Betrachtungsweise auf dem ganzen Gebiete des bürgerlichen und

politischen Lebens. In eine solche Zeit sich hineinzuleben ist für einen Deutschen unerlässliche Pflicht. Die geistige Strömung im geeinten Reiche, gesund und lebendig, drängt auf Neugestaltung unseres Volkslebens hin; sie will Organisirung freier Willensthätigkeit von unten her und Beseitigung der bisher von oben her geübten Bevormundung. Mit der Leitung seiner politischen Angelegenheiten sich dennoch zufrieden gebend, in der Erkenntniss, dass der Luxus privater Lieblingstheorien nicht auf den Markt der unmittelbaren politischen Bedürfnisse gehöre, darf sich heute der Preusse und auch der Deutsche mit Stolz sagen, dass er vom ideellen und vom praktischen Standpunkte aus nichts so hoch zu schätzen berechtigt ist als die deutsche Gegenwart, welche mit ihren grossen Zielen der Selbstverwaltung und Selbstverantwortlichkeit, mit ihren Vorzügen, ja selbst mit ihren unbeugsamen Schwächen immer noch besser ist, als die beste der Vergangenheiten. Denn sie drängt nicht zum voreiligen Wegziehen des Vorhanges der Zukunft, wie es anderen europäischen Völkern zur Gewohnheit geworden, sie zwingt nicht die sibyllinischen Bücher aufzuschlagen und um die Geschichte des deutschen Volkes besorgt zu sein. Die deutsche Gegenwart zeigt uns einen reifenden Baum der allgemeinen,

in alle Kreise Eingang gewinnenden Bildung, einer Bildung, durch welche gleichmässig Kopf und Herz, Gemüth und Verstand ergriffen, der Herrschaft der Phrase und der Unklarheit ein energisches Ende bereitet und die durch Bescheidenheit ausgezeichnete echte Sittlichkeit wieder zu Ehren gebracht wird. Der Baum, an welchem diese eines freiheitlichen Volkslebens würdigen Früchte reifen, ist nicht der Baum jener Erkenntniss, welche, ohne Einfluss zu gewinnen auf den inneren Menschen, den Geist nur einseitig auf Augenblicke erleuchtet, um ihn dann in neue Dunkelheiten zu stürzen. Wenn noch etwas Wahres ist an dem Worte, dass die Deutschen eine Nation von Denkern seien, so kann es nur darin begründet sein, dass diese Nation vor allen anderen geistig dazu angethan ist, die Irrthümer und Missverständnisse, denen sie im politischen Leben bisher unterworfen war, am schnellsten und am erfolgreichsten von sich abzuthun. Ein solches Lob ist das höchste für ein ganzes Volk: denn es bedeutet freiwillige Entsagung und einen Herrschersinn, der die arrogante Vorurtheilslosigkeit wie die knechtische Urtheilslosigkeit, den bunt aufgeputzten frivolen Liberalismus wie den bigotten Absolutismus gleichermaassen hasst und verabscheut. Die „Erziehung zur Freiheit“, ein stolzes Wort der deutschen

Pädagogen, ist das grösste und schwerste Problem, dessen Lösung niemals einer Partei gelingen kann; es ist der Inbegriff der höchsten politischen und socialen Entwicklung eines ganzen Volkes, das, begünstigt durch eine normale und gesunde geschichtliche Grundlage, wie sie die deutsche Gegenwart bietet, bewusst und klar seine Pflichten erfüllt, um als sein Recht fordern zu können: den beständigen, aber maassvollen Fortschritt in politischer Freiheit.

Capitel III.

Bausteine der Einheit.

A. Die Verfassungen Deutschlands.

In den vorstehenden Capiteln war auf die Nothwendigkeit hingewiesen, mit der politischen Vergangenheit und ihren Fehlern endlich ein für alle Male abzuschliessen und die Gegenwart anzuerkennen als eine brauchbare Grundlage für politische Reformen, als eine Versöhnerin, die eifrig und erfolgreich bestrebt ist, den Unzufriedenen die Hand zu bieten und alle Parteien zur Mitarbeit an der Gesetzgebung und den grossen politischen Aufgaben aufzurufen. Es konnte nach Maassgabe einiger längeren Ausführungen allerdings scheinen, als sei es Zweck der Broschüre, eine besondere Vorliebe für die nationalliberale Richtung bei dem Leser zu erwecken und diese als Hauptagens für das ungestörte Zusammengehen der Regierung mit der Volksvertretung in den Vordergrund zu schieben. Diese Auffassung kann nur mit der Einschränkung ihre Berechtigung finden,

dass für die historische Gegenwart selbst, für eine mit dem Jahre 1870 begonnene und mit dem Frühjahr des Jahres 1874 keineswegs abgeschlossene neue Entwicklungsepoche in der Geschichte Deutschlands die nationalliberale Richtung ohne Zweifel sich als die politisch einsichtigste und materiell tüchtigste bewährt hat. Damit soll nur den Vorzügen dieser Partei Gerechtigkeit erwiesen werden; ihre Schwächen, auf die noch weiter zurückzukommen sein wird, sind eben die Schwächen einer Partei, welche, mächtig durch ihre Zahl und ihren Einfluss, beides zu überschätzen, diejenigen der politischen Gegner aber zu unterschätzen in Gefahr gerathen kann. Im Uebrigen ist es ja doch kein Geheimniss mehr, dass Parteistandpunkte vermöge gewisser Schwächen, welche sich jeder Art von bewusster oder naiver Einseitigkeit stets anhängen, unter Umständen höchst gefährliche Hemmnisse einer vielseitigeren Entwicklung des Staatslebens bilden. Mag doch die dem Tage lebende öffentliche Presse die Richtschnur für ihre jeweilige Betrachtungsweise aus dem Anschlusse an die vorgezeichnete politische Tendenz ziehen und sich mit der Zustimmung ihrer speciellen Gesinnungsgenossen waffnen, — das ausdrückliche Zugeständniss, dass ihre Leitartikel u. s. w. über

die Tendenzlinie nicht hinausgehen, würden die Männer der Journalistik Niemand versagen können. Allein eben der bewusste Zweck, Dienerin derjenigen politischen Erscheinungen zu sein, welche soeben über den Horizont des Tages heraufsteigen, lässt den deutlichen Unterschied klar werden zwischen der tüchtigen Tagespresse und der den Gesammtinhalt der Gegenwart umfassenden, an kein vorübergehendes Motto geknüpften politischen Publicistik, welche eben deshalb, falls sie bei ihrer Kurzlebigkeit ein tieferes Interesse erwecken will, auf eine Stellung zwischen den Parteien, auf eine Vermittlerrolle über der Partei Anspruch zu erheben hat.

Die Idee, die Fortentwickelung der deutschen Reichsverfassung als ein Gebot der logischen Nothwendigkeit an die Spitze der volksthümlichen Bestrebungen der Gegenwart zu stellen, wird nur geringen Beifall bei denen finden, welche sich schon daran gewöhnt haben, die Politik im Grossen und im Kleinen als ein Ingredienz entweder der Partei- oder der staatsmännischen Erbweisheit anzusehen. Nun aber giebt es keine Frage der deutschen Gesammtpolitik, welche jedes fertigen Zuschnitts von der einen oder anderen Seite spottet, wie gerade die: Welche Mittel und Wege hat die Gegenwart einzuschlagen, um nicht blos für

Preussen, sondern auch für die 23 anderen deutschen Staaten Verfassungsnormen herzustellen, welche mit der deutschen Reichsverfassung die Grundlagen für eine überall gleichmässige Entwicklung des Einheitsgedankens gemein haben? Die Nothwendigkeit einer solchen Fragestellung wird sofort ins Auge springen, wenn man zunächst sich vergegenwärtigt, dass es noch drei deutsche Länder ohne wirklich verfassungsmässige Einrichtungen giebt: die beiden Grossherzogthümer Mecklenburg und das Fürstenthum Lippe-Detmold, — wenn man weiter erwägt, dass die grössere Zahl der Einzelstaaten zwar die Reaction der Aera Manteuffel ruhig und ohne Murren auch über sich ergehen liess, sich aber seit dieser Zeit zu einem energischen Aufraffen in reformatorischem Sinne noch nicht hat ermuthigen lassen, so dass in denselben der Einfluss der Volksvertretungen auf ihre respectiven Regierungen bedeutungslos bleiben muss, — und wenn man schliesslich in Betracht zieht, dass der Einheitsgedanke nur durch ein hoch gesteigertes und gereiftes Interesse der 16 Millionen Deutschen ausserhalb Preussens an der Gesammtpolitik zur realen Wahrheit gelangen kann. — Wie nothwendig es aber überhaupt ist, durch concrete Fragestellungen den eigentlichen Werth der deutschen Reichsverfassung und

den wirklichen Inhalt des bisher auf der Bahn zur Einheit Geschaffenen sich selber zu vergegenwärtigen, davon giebt uns die Zeitgeschichte selbst die überzeugendsten Beweise. Es kann Niemand entgangen sein, dass seit 1871 hauptsächlich und überwiegend solche Gesetze im Reiche Annahme und Anwendung gefunden haben, welche, gegen reichsfeindliche Ueberhebungen und Strömungen gerichtet, sich als Maassregeln der Abwehr, ja wenn man will, der Nothwehr wider den complicirten und machtvollen Apparat der römischen Hierarchie qualificiren lassen. Stehen die kirchenpolitischen Gesetze auch an Zahl der Kategorien den unmittelbar zur Ausführung der deutschen Reichsverfassung erforderten Gesetzen nach, so ist die Bedeutung der ersteren mit den, auf das bürgerliche Leben einwirkenden Consequenzen und noch keineswegs abgeschlossenen Fortsetzungen derselben: Civilehe, Gemeinde- und Synodalordnungen u. s. w. so schwerwiegend, das von ihrer erfolgreichen Durchführung oder — um kurz zu reden — von dem Siege des Staatsgedankens über hierarchische Auflehnung einerseits und über bureaukratische Vielregiererei andererseits der künftige Entwicklungsgang des deutschen Einheitsgedankens mit logischer Nothwendigkeit abhängt. Gelingt es der Reichsregierung, auf beiden Schlachtfeldern zu siegen,

ist es ihr heiliger Ernst, den Schwerpunkt auf beiden Gebieten ins Volk zu legen und einer volksthümlichen Selbstentwicklung aus dem noch spröden Kerne, den geistige Trägheit, wie sie durch Aberglauben und mangelndes Selbstvertrauen erzeugt wird, noch gebunden hält, die Wege und Stege zu bahnen, gelingt es ihr, das Volk selbst in seinen werthvollsten Elementen unabhängig zu machen von dem ihm leider durch Hierarchie und Bureaukratie Jahrhunderte lang anerzogenen falschen Autoritätsglauben, — so hat die jetzige Reichsregierung mehr und Grösseres geleistet als irgend eine andere Regierung vor ihr; denn dem Einheitsgedanken ist machtvolle Einwirkung nur dann gesichert, wenn die Unterordnung unter die höheren Zwecke des Staates frei und bewusst aus einer durch eigenes Denken erzeugten Selbständigkeit, aus der volksthümlichen Urtheilsfähigkeit hervorgeht.

Weit entfernt, in den kirchenpolitischen Gesetzen und ihren Folgerungen den angedeuteten Grundzug des umfassenden Gedankens der Einigung herauszufinden, hat ein grosser Theil selbst der reichsfreundlichen Organe die gegen Roms Ueberhebungen gerichteten Gesetze entweder kurzweg als Ausnahmegesetze charakterisirt oder ist mit bedauerndem Achselzucken darüber hingegangen, als handle es sich in diesem Falle um unent-

schiedene Competenzen. Beiden Anschauungsarten ist unzweifelhaft das gemeinsam, dass der Regierung und der jetzigen Majorität des Reichstages ein schlecht verhehltes Misstrauensvotum in ihr Rechtsgefühl entgegengebracht und dem Volke gegenüber die Meinung vertreten wird, als handle es sich um einen Act der Eifersucht und der Rache, um einen Act der Willkür, welcher dem mächtig und selbstbewusst gewordenen Staate einen gefährlichen Nebenbuhler, die katholische Kirche, bei Seite zu schieben helfen solle. Die hochgezogenen Augenbrauen, mit denen dies von Männern verkündet wird, welche in ihrer grössten Mehrzahl das Princip des geistigen Fortschritts auf allen übersehbaren Gebieten des Staatslebens selbst auf ihre Fahne geschrieben haben, stehen in einem merkwürdigen Contraste zu dem verständnissvollen Lächeln, das jedesmal eintritt, wenn die sclavische Abhängigkeit gewisser Bevölkerungen von dem Worte der Priester und die leider noch in hoher Blüthe stehende Verdummungssucht gegenüber den Resultaten der Naturwissenschaft an crassen Beispielen aus der Zeitgeschichte nachgewiesen und mit gebührendem Eifer gegeisselt wird. Während die Kirchengesetze in ihrer äussersten Spitze die dem politischen Leben in Deutschland noch fernstehenden Volksschichten für die höchsten Zwecke

des Staates, für die verständige Theilnahme am Staatsleben, gewinnen, brauchbar und reif machen wollen — eines der unleugbaren Rechte des Staates, mit welchen auch die schwersten Pflichten — u. A. z. B. die Sorge für einen durchgreifenden modernen Volksunterricht in erster Linie — vom Staate zugleich übernommen werden, — declamiren einige einflussreiche Journale des politischen Fortschritts von der mangelnden Berechtigung dieser Gesetze; und doch ist und bleibt es die erste Hauptbedingung jedes gesunden Staatslebens, über die mit seinem Gelde bezahlten, also vom ganzen Volke als nothwendig befundenen Institutionen, wozu auch noch jetzt die Erhaltung der katholischen Kirche gehört, sowohl materielle wie geistige Controle zu führen und diese Controle unter keiner Bedingung sich nehmen oder verkürzen zu lassen.

Dass also die Gegenwart — wie oben angedeutet — selber die Handhabe zu solchen Fragestellungen bietet, welche uns ermuntern sollen, über der Schale der parlamentarischen Kämpfe im deutschen Reichstage nicht den Kern der grossen politischen Aufgaben Deutschlands zu vergessen, dass mithin die unmittelbare politische Gegenwart fort und fort über sich klarer und sich ihrer bewusster zu werden hat, kann von Niemand mehr für überflüssig gehalten werden. Dilettantische

Neigungen in der Politik sind heutigen Tages bei den entscheidenden Staatsmännern Deutschlands nicht mehr zu finden; den Sonntags- und Vergnügungsreitern, wie sie sich noch vor gar nicht langer Zeit in den gefährlichen Sätteln der hohen Politik herumtummelten, welche, jeder ministeriellen Schaukelpolitik von Herzen abhold, Preussen mit Aufbietung aller ihrer Kräfte zu immer grösserer Abrundung in Gesetzgebung und Verwaltung zu führen bestrebt und dem parlamentarisch mehr entwickelten Deutschen Süden die unzweifelhaften Vorzüge einer starken Initiative des Staatsgedankens darzuthun entschlossen sind. Das feste Gefüge, welches den Bau des preussischen Staates für künftige Zeiten auszeichnen wird, das ruhige Selbstvertrauen, mit welchem das preussische Volk auf seine Zukunft schaut, die nachdrückliche Kraft, mit welcher die Majoritäten im preussischen Landtage und deutschen Reichstage das Werk der politischen Erziehung zur Aufklärung und maassvollen Freiheit betreiben — diese drei Erscheinungen der Gesundheit lassen über den hohen Beruf Preussens, das Begonnene machtvoll weiterzuführen, Niemand in Ungewissheit. Allein die weit höheren Zielpunkte, um derentwillen das deutsche Reich Ausdruck und Leben gewann, sind doch nur durch gleich rege Betheiligung aller übrigen Bundes-

staaten, sind doch nur durch ein Verfassungsleben zu erreichen, welches die deutschen Regierungen zur kräftigen Mithülfe an diesem Werke lebendig anregt.

In den Einzelverfassungen — das wird immer klarer — liegt schliesslich das Wohl oder Wehe der deutschen Einheit.

Presse und Publicistik machen sich ungern mit diesem zu schaffen; es ist die Achillesferse der inneren Gesammt-Politik, die bei jeder Berührung mit der scharfen Sonde der Einheitsidee sich empfindlich berührt zeigt; für manche Officiöse, welche die im Bundesrathe herrschende „angenehme Temperatur“ als ein Universalmittel gegen politische Stockungen aller Art zu rühmen gewohnt sind, existiren daher solche Fragestellungen, welche auf den Kern losgehen und den Schwerpunkt in das Volksleben legen, nicht im Geringsten; sie beruhigen sich leicht mit dem „Heute“, ohne nach dem „Morgen“ zu fragen.

In Capitel II war nachzuweisen versucht, wie in das preussische Volksleben nach und nach ein guter erfreulicher Geist eingezogen ist, welcher mit Vertrauen auf sich und mit Vertrauen auf die Handhabung der Regierungspolitik schaut. Die denkende Betheiligung an den bewegenden Zeitfragen konnte nicht blos als eine rege, sondern auch als eine

männlich-bewusste aufgefasst werden. Die Vorliebe für die bequeme Ueberlassung der Verantwortlichkeit an seine jeweiligen Repräsentanten, die politische Zinngiesserei war als im Verschwinden begriffen, der Preusse selbst mit Recht als ein urtheilsfähiger Controleführer über Regierung und Parlament dargestellt worden. Der Gedanke, dass es vorwärts gehe in Gesetzgebung und Verwaltung, dass ein immer hellerer Schein auf einzelne der politischen Aufklärung noch sehr bedürftige Theile des preussischen Volkes falle, hat siegreich an Boden gewonnen und selbst die conservativsten Kreise von der Erspriesslichkeit eines regen Verfassungslebens überzeugt. Es darf demnach von dem preussischen Volke gesagt werden, dass es trotz aller Parteinüancen einig ist in der Unterstützung der deutschen Einheitsidee.

Wie lässt sich nun der Begriff der Einheitsidee am kürzesten und treffendsten definiren?

Sie ist der Sieg der Verstandes- über die Gemüthspolitik, das Ueberwiegen der Rechts- über die Gewohnheitsanschauung, die Abwerfung der Stammes- und Gebietsbesonderheiten zu Gunsten einer segensreichen Entwickelung gleichmässiger Gesammteinrichtungen in allen 25 deutschen Einzelstaaten.

Wie wenig oder wie viel auf dieser Bahn in Ausführung des Artikels 4 der Verfassung des deutschen Reiches während des Zeitraums von drei Jahren hat geschehen können, ist zu untersuchen nicht Aufgabe dieser Schrift. Die fast fieberhaft zu nennende Thätigkeit von Bundesrath und Reichstag, die Fluth von neuen Gesetzen, die ihrem Zusammenwirken entsprang, muss einstweilen als Abbild hochgesteigerter parlamentarischer Thätigkeit mit Bewunderung angesehen werden; aber eine Antwort auf die immer bedeutsamer werdende Frage nach der Volksthümlichkeit der deutschen Reichsverfassung sind die parlamentarischen Abstimmungen zu ertheilen nicht im Stande.

Immer wieder muss daran erinnert werden, dass die deutsche Gegenwart, welche – wie oben erwiesen wurde — wohl dazu angethan ist, sich in sie hineinzuleben, ihren Horizont so weit ausdehnt, dass es für jeden reichsfreundlichen Politiker zur Nothwendigkeit wird, mit angestrengtester Aufmerksamkeit, gleichsam wie von einem Observatorium aus, alle wichtigen Erscheinungen der inneren deutschen Politik in's Auge zu fassen und sie zu einem Gesammtbilde zusammenzustellen. Befindet sich doch Deutschland in der glücklichen Lage, trotz drohender auswärtiger Verwicklungen, frei von jedem fremden Einflusse über seine demnächstige

Gestaltung unbehindert zu beschliessen; allein die Selbstverantwortlichkeit des ganzen deutschen Volkes wird unter solchen Umständen desto strenger, je grösser und schwieriger die politischen Aufgaben, welche sich im Innern Deutschlands aufthürmen,

Als eine der bedeutsamsten und schwersten Aufgaben der genannten Art wird immer allen anderen voranstehen diejenige: in sämmtlichen Bundesstaaten verfassungsmässige Zustände der Art zu schaffen, dass sie dem Inhalte der deutschen Reichsverfassung in Wahrheit entsprechen.

Niemand ist es eingefallen, die letztere selbst schon als eine ausgebildete, für alle Bedürfnisse ausreichende Institution gelten lassen zu wollen; sie darf mit ihren 78 Artikeln vielmehr nur als ein eiliges Compromiss zwischen den verschiedenartigsten Anschauungen und als Produkt eines Läuterungsprocesses angesehen werden, bei welchem frühere Antipathien gegen Preussen in Folge nie geahnter Machterfolge zeitweise ganz in den Hintergrund traten. Ueber ihre Lücken und Mängel haben sich hervorragende Staatsrechtslehrer bereits ausgesprochen und will man von ihr das Beste und Günstigste sagen, so wird es das sein, dass die am 16. April 1871 publicirte Verfassung des deutschen Reiches ein politischer Nothbehelf für

Zeit und Stunde war, durch welchen der mit guten Vorsätzen für die Zukunft gepflasterte Weg einer nationalen Eintrachtspolitik wenigstens provisoriseh angedeutet wurde. Wie viel im Jahre 1871 auch durch ein, sämmtliche Staaten verpflichtendes Gesetz für Deutschlands künftige Entwicklung gewonnen schien, wie warm auch jeder nationaldenkende Deutsche mit der endlich vollzogenen Einigung auf einer gemeinsamen Grundfläche übereinstimmen konnte, — über mehr als ein vorläufiges Einverständniss über die allernächsten und nothwendigsten Schritte, wie sie der Artikel 80 der Norddeutschen Bundesverfassung von 1870 bereits vorgesehen hatte, ist auch die deutsche Reichsverfassung nicht hinausgekommen. Allein, alles in allem genommen, verschwinden die Mängel der letzteren vor der grossen Perpective, durch welche eine kräftige und selbst über den engen Rahmen der 78 Artikel hinauswirkende Initiative des grössten deutschen Staates zum leitenden Gedanken der Vereinigung erhoben worden ist.

Es wird nunmehr an der Zeit sein, nach einem dreijährigen Wirken der deutschen Reichsverfassung, nachdem also die materielle Vollziehung der nothwendigsten Gesetze glücklich von Statten gegangen, an die Vertiefung des noch recht seichten Strom-

bettes der deutschen Einheit zu denken. Es wird um so nothwendiger, das bisher noch elementare Verständniss von den Aufgaben der Reichspolitik zu verinnerlichen, als das deutsche Reich von Gefahren bedroht wird, die in der zunehmenden militärischen Kräftigung Frankreichs ihre sichtbare Spitze haben, von Gefahren im Innern, insoweit Parteien an Ausdehnung gewinnen, welche, da sie überhaupt das kräftig sich entwickelnde Princip des Staates auf das Heftigste in Frage stellen, einem freiheitlichen Weiterbau des deutschen Reiches nach der Seite der Einheit consequenterweise die grössten Schwierigkeiten bereiten würden. Gegenüber den Gefahren von aussen und innen, die Deutschland und vor allem Preussen zu einem anstrengenden und anhaltenden Wachtdienst nöthigen, bedarf es mit logischer Nothwendigkeit der Zusammenfassung aller deutschen Stämme und Staaten zu einer populären Reform der deutschen Einzelverfassungen.

Diese Reform würde nach drei Richtungen zu vollziehen sein: 1) Vereinigung kleinerer Staaten zu **einem** Gesammtverfassungsstaate, 2) Gemeinsamkeit **einer** Verfassungsnorm für alle deutschen Bundesstaaten, 3) Zusammensetzung des deutschen Reichstages aus Mitgliedern der Einzelparlamente.

Mit Ausscheidung aller historischen Betrachtungen über die Entstehung der deutschen Einzelverfassungen kann an dieser Stelle nur von dem jetzigen Bestande derselben gesprochen werden. Von den fünfundzwanzig Staaten Deutschlands besitzen die bereits genannten drei keine Einrichtungen, die mit verfassungsmässigen Garantien gleichbedeutend wären, und auch unter den mittel- und norddeutschen Bundesländern giebt es nicht wenige, bei denen der parlamentarische Apparat den entschiedenen Eindruck der Ohnmacht und völligen Entbehrlichkeit macht. „Im engen Kreise verengert sich der Sinn," — aber nicht blos zu einer parlamentarischen Carricatur und zu einer lebenden Satire auf die trotz aller Reichsgesetze unüberwindliche Buntscheckigkeit und Armseligkeit der deutschen Kleinstaaterei, sondern es gestaltet sich der im engsten Kreise der politischen Anschauungen befangen gehaltene Sinn der kleinsten und kleinen deutschen Staatenparzellen zu einer wirklichen Gefahr für die Gesammtheit. Die dynastische Prärogative überwiegt so sehr jedes freiere Reformbestreben, dass dem im Grunde demokratischen Wesen der deutschen Reichsverfassung von dort aus die grösste Abneigung entgegentritt. Der versteckte Widerstand gegen das begonnene Einigungswerk wird, wenn auch ohne ersichtlichen Erfolg, doch

von schädlichster Wirkung auf die kleinstaatlichen Bevölkerungen werden, da particulare Gewohnheiten, die eng mit dynastischen Traditionen verflochten sind, auf zähes Leben rechnen können. Die ganze Verfassungsmisère, wie sie der entschlafene Bundestag im Grossen über Deutschland brachte, spiegelt sich im Kleinen noch heute in einer Zahl von deutschen Staaten ab, welche ihren jeweiligen Einen Bundesrathsbevollmächtigten zwar mit regelmässigen Instructionen für eventuelle Abstimmungen versehen, von dem deutschen Reiche aber innerhalb ihrer Grenzpfähle nichts zu wissen scheinen und somit auch ihren Duodezparlamenten jede ernstere Berührung mit „nationalen" Fragen möglichst ersparen. Die weitere Folge ist aber die gänzliche Theilnahmslosigkeit des Volkes an Allem, was ausserhalb der dynastischen Sphäre liegt, die Gleichgültigkeit gegen das Reich und seine immer schwierigeren Aufgaben. Während Preussen und die grösseren deutschen Staaten mit allen Kräften bemüht sind, die Bewegung der Geister und das lebhafte Interesse ihrer Bevölkerungen an dem Fortgange der deutschen Einheitsidee im Zuge zu erhalten, schrumpft schon jetzt die Bethätigung der kleinstaatlichen Volkselemente an der Fortentwicklung der gesammtdeutschen Interessen zu einem embryonischen Minimum zu-

sammen, gerade so, wie es zur Zeit der trübsten Reaction unter dem einstigen Bundestage war.

Dass das Reich vermöge irgend einer discretionären Gewalt befugt und im Stande sein sollte, eine Reform der noch auf veraltetem Niveau befindlichen Verfassungen einzelner deutscher Staaten anzubahnen oder vorzunehmen, ist bekanntlich theils durch die Reichsverfassung, theils durch Separatverträge unmöglich gemacht. Es bliebe also nur der Ausweg, auf die Regierungen der betreffenden Länder einen moralischen Druck auszuüben und sie für solche Einrichtungen zu gewinnen, welche eine Verfassung der modernen Zeit erfordert. Natürlich müsste nach Lage der Dinge eine dahingehende Einwirkung den Charakter einer „vertraulichen“ Mittheilung nicht überschreiten; aber selbst in dem allergünstigsten Falle, dass der Dynast zu einer solchen Reform sich entschliessen wollte, würde er doch immer des entgegenkommenden Sinnes der respectiven Bevölkerung bedürfen, damit die Maassregel den Beweis der Nothwendigkeit in sich trage. Nun aber ist es eine alte Lehre, dass Verfassungen, ob Neubildungen, ob Verbesserungen, stets erkämpft und errungen werden müssen, falls sie Segen bringen sollen; und es wird sofort die bedenkliche Stellung einer Regierung klar, welcher ihre „getreuen

Stände“ erklären würden, dass ihnen die Nothwendigkeit eines Wandels in den „gewohnten Verhältnissen“ nicht ersichtlich und eine Verfassungsreform entbehrlich scheine. Die verfassungsfreundliche Regierung, die in nationale Bahnen einlenken will, findet in ihrer eigenen Bevölkerung Widerstand und sieht sich nach beiden Seiten blossgestellt. Es ist leider anzunehmen, dass ein solcher Fall bei einzelnen Volksvertretungen sich wiederholen werde, aber nur bei solchen, deren Zusammensetzung noch immer nach der alten ständischen Schablone erfolgt.

Der deutsche Reichstag wird die Mühe über sich nehmen müssen, sobald er der wichtigsten Vorlagen sich entledigt haben wird, das Werk der Einigung in die Hand zu nehmen, damit die deutsche Reichsverfassung um sämmtliche Bundesstaaten ein engeres Band knüpfe und nicht blos Preussen und die grösseren Staaten, sondern auch die mittleren und kleinen zur Theilnahme am nationalen Verfassungsleben aufrufe. Blosse Zweckmässigkeitsgründe, welche 1870 und früher den auf Einführung von geordneten Verfassungszuständen in sämmtlichen Bundesstaaten gerichteten Antrag Wiggers im Reichstage zu Falle brachten, können heute nicht mehr vorgewiesen werden, denn die vor drei Jahren geschaffenen Institutionen zeigen bereits

einzelne Lücken und Schwächen und unter diesen verdient der weitklaffende Riss, die entweder ganz versäumte oder äusserst mangelhafte Bestellung von verfassungsmässigen Einrichtungen innerhalb Deutschlands, die ernsteste Beachtung.

Zunächst wird in Frage zu kommen haben, welche Staaten unter den Begriff der Verfassungsbedürftigkeit fallen. Ihre Feststellung wird ergeben, dass es gleichartige Kategorien sind, in welchen die geübten Gewohnheiten durchgängig den Charakter ländlicher Beschäftigungsarbeit und elementarer Cultur, nicht aber den des verfeinerten geistigen Berufslebens an sich tragen; flaches Land oder gebirgige Höhenzüge üben auf volksthümliche Sitten einen so bestimmenden Einfluss aus, dass die wenigen Städte mit ihrer geringen Einwohnerzahl ungeachtet ihres höheren Bildungslebens zu Culturoasen herabsinken. Es wird sich gleichfalls herausstellen, dass, je kleiner der souveräne Staat, desto hartnäckiger ein am Alten hängender conservativer Particularismus sich aufrecht erhält, und die eigenthümliche Erscheinung wird sich zeigen, dass die Bewohner solcher Kleinstaaten aus der Hand ihrer Fürsten lieber eine Demüthigung, als ein politisches Geschenk aus der Hand eines Fremden hinnehmen. Da nun Volkselemente der genannten Art — selbst wenn man ihnen die beste

der Verfassungen in den Schooss legte — gegen Repräsentativ-Einrichtungen unempfindlich bleiben, so ist leicht zu ermessen, in welch geringem Credit die deutsche Reichsverfassung bei noch gar vielen Bevölkerungen Deutschlands steht, wofür denn auch die äusserst laue Betheiligung bei den Reichstagswahlen innerhalb der eigentlichen Kleinstaaten den entsprechendsten Beleg liefert. Die Beschränkung. welche localen und communalen Wirkungskreisen zum höchsten Nutzen gereicht, wird für politische Anschauungen jedesmal das grösste Hemmniss, weil Druck und Gegendruck der Parteien, falls solche überhaupt vorhanden, nothwendigerweise in kleinstaatlichen Verhältnissen völlig abgeschwächt werden durch die vorwiegende dynastische Autorität, und weil neun Zehnteln der Bewohner der weite Horizont, wie ihn eine deutsche Gesammtpolitik verlangt, gänzlich abgeht.

Es würde daher nicht als Eingriff in die Souveränitätsfrage betrachtet werden dürfen, wenn die nationalen Parteigruppen in ganz Deutschland jetzt die Zeit für gekommen hielten, der inneren Einigungsfrage vermittelst der Presse, der Wahlversammlungen und der politischen Vereine auf das Energischste näherzutreten. Durchgreifende Aenderungen in der Reichsverfassung wollen vorbereitet, nach allen Seiten hin überlegt und auch seitens

der überwiegenden Majorität der Reichsvertretung der kräftigsten Unterstützung sicher sein, wenn sie der Durchführung entgegengehen sollen. Die Stelle, bei welcher nachträgliche Ergänzungen in dem gedachten Sinne mit Fug und Recht angebracht werden können, würde bei Artikel 2 oder 3 der deutschen Reichsverfassung leicht zu finden sein.

Vor Allem müsste erwogen werden, ob die jetzt bestehenden deutschen Landesverfassungen dem Inhalte der deutschen Reichsverfassung entsprechen, oder mit anderen Worten, ob das deutsche Reich sicher sein darf, dass die von ihm gegebenen Gesetze in den Einzelverfassungen willige Aufnahme finden, und dass demnach die nothwendigen Modificationen entgegenstehender Paragraphen zur rechten Zeit eintreten. Bei der Fülle von Studien, welche die Kenntniss der Einzelverfassungen verlangt, wäre es nicht zu verwundern, wenn so manche Unterlassungssünde zu verzeichnen wäre, besonders da, wo die Regierungsmaschinerie nach der veralteten bureaukratischen Schablone arbeitet.

Zugleich würde sich dabei als dringendes Erforderniss herausstellen, mehrere Einzelstaaten zu einem parlamentarischen Ganzen zu vereinigen. Jeder denkende Politiker wird zugeben, dass Volksvertretungen, deren Mitgliederzahl kaum zwanzig übersteigt, nur der Schatten einer politischen Con-

trole sind. Der Gedanke, hier nach rationellen und geographischen Erwägungen eine Vereinigung gleichartiger Staatswesen, ohne Verletzung der Souveränität, zu wirklich nationalen Gesammtvertretungen zu schaffen, wird sich immer mehr Bahn brechen. Denn nur aus einer Mischung mit freiheitlich und national denkenden Elementen benachbarter Staatswesen wird ein erspriesslicher Rückschlag auf engbegrenzte Particularanschauungen erfolgen können. Das Eingehen auf die moderne Zeitrichtung, der Hinblick auf das deutsche Reich, als Erwachen aus dem trägen Schlummer der Kirchthurmpolitik sind Erforderniss und Bedingung der gesammtdeutschen Interessen und ein systematisches Dawiderhandeln liesse sich unter erschwerenden Umständen als Justizverweigerung qualificiren. (Art. 77. d. V. d. D. R.)

Nach Maassgabe der Seelenzahl würde es daher kein wesentliches Bedenken erregen, wenn mit Ausschluss der beiden grössten Hansestädte Hamburg und Bremen, in denen unbeschadet ihrer Kleinheit ein hochgesteigertes, nationales Interesse bei regem Verfassungsleben herrscht, auf eine parlamentarische Gliederung Bedacht genommen würde, welche an der Stelle der Einzelparlamente fünf Gesammtverfassungsstaaten herstellte, als deren zwei grösste Preussen mit 24 Millionen und Bayern mit circa

5 Millionen Einwohnern ihre bisherige Stellung behielten, während die übrigen 21 Staaten, je nach ihrer geographischen Lage entweder zu Nord- oder Mittel- oder Süddeutschland gerechnet, zu drei parlamentarischen Gesammtvertretungen sich vereinigen würden. Als Grundriss für das hierdurch entstehende Gesammtbild diene folgende Zusammenstellung.

Das nordeutsche Staatenparlament würde 6 Ländergebiete, nämlich die beiden Mecklenburg, Oldenburg, Braunschweig, Anhalt-Dessau und Lübeck mit einem Flächeninhalte von 526 Q.-M. und einer Bevölkerung von circa 1 $^1/_2$ Millionen Seelen umfassen; bei der Wahl je eines Abgeordneten auf 10,000 Einwohner würden mindestens 150 Mitglieder der Volksvertretung die politische Controle zu führen berechtigt sein.

Das mitteldeutsche Staatenparlament, in welchem das Königreich Sachsen den Kern bilden würde, hätte im Ganzen 12, der Hauptsache nach die thüringischen Ländergebiete zu vertreten und sich zu bilden aus den 3 sächsischen Herzogthümern dem Grossherzogthume Sachsen-Weimar, den beiden Reuss, den beiden Schwarzburg, den beiden Lippe und Waldeck, im Ganzen 445 Q.-M. mit über 3 $^1/_2$ Millionen Bewohnern. Der hier zweckmässig erscheinende Maassstab von je 1 Abgeordneten auf

20,000 Seelen würde dann auch hier die Minimalzahl von 150 Volksvertretern ergeben.

Das süddeutsche Staatenparlament würde Württemberg, Baden und Hessen mit zusammen 767 Q.-M. und über 4 Millionen Bewohnern umschliessen, so dass bei einem der grösseren Bevölkerungsdichtigkeit der genannten Länder entsprechenden Maassstabe von 25,000 Seelen wiederum die Minimalziffer von 150 Abgeordneten erreicht werden würde. Was das Reichsland Elsass-Lothringen betrifft, so muss unter den heutigen Verhältnissen von einer organischen Verbindung desselben mit dem süddeutschen Staatenparlamente abgesehen werden.

Der beste Commentar für die Ausführbarkeit der an dieser Stelle nur im Umriss gemachten Vorschläge, die — wie selbstverständlich — in der Praxis mancherlei Modificationen erleiden würden, liegt darin, dass die grosse gewaltige Mehrheit des deutschen Volkes, ohne der Loyalität gegen ihre Regierungen Schaden zu thun, dem nationalen Zuge nach Abwerfung der veralteten Stammes- und Gebietsunterschiede mit Begeisterung folgen und in der Einsetzung von Gesammtvolksvertretungen die Erfüllung langgehegter und berechtigter Wünsche sehen würde.

Sobald aber die Erkenntniss von der politischen Tragweite solcher Gesammtvertretungen in die

weitesten Kreise gedrungen sein wird, kann auch die weitere Erkenntniss nicht ausbleiben, dass organische und freisinnige Verfassungsnormen nothwendig sind, um überhaupt ein echt nationales und vom Geiste des Volkes getragenes Verfassungsleben zu möglichst selbständiger Entwicklung zu bringen. Es würde sich unzweifelhaft als Endresultat der dahinzielenden Erwägungen herausstellen, dass der nationale Einheitsgedanke die sicherste Pflege und Unterstützung erhält durch Einführung einer einzigen Verfassungsnorm, bei welcher natürlich die bestehenden Separatverträge zu respectiren wären. Die Gleichartigkeit und Gemeinsamkeit einer Verfassung für 23 Staaten (mit Ausschluss von Hamburg und Bremen) wird, weit entfernt, einen geistlosen Mechanismus zu schaffen, die zuverlässigste Quelle eines entwickelten politischen Bewusstseins der untrennbaren Zusammengehörigkeit bilden, ohne welches, um hier nur Eines anzuführen, die zukünftige Durchführung eines gemeinsamen bürgerlichen Rechts auf Widerstand von unten und von oben sich gefasst machen muss. Dass aber der Kleinstaaterei mit solchen Verfassungsnormen das schnellste Ende bereitet ist, wird Niemand ernstlich in Abrede stellen wollen; denn durch ihren Lebensnerv, die politische Abschliessung, fährt, sobald die engen Schranken des

particularen Egoismus fallen, sicher und glatt die Scheere des Rechts- und Verfassungsstaates.

Die Wahl einer bindenden gemeinsamen Verfassungsnorm hat von der deutschen Reichsverfassung als dem Hauptmaterial für die neueste Geschichte der Gesammtpolitik auszugehen. Dann wird es möglich sein, die inzwischen gemachten Erfahrungen zu Rathe zu ziehen und die unleugbaren Mängel und Lücken der Reichsverfassung an der Hand der freisinnigen Einrichtungen, wie sie theils Baden, theils Sachsen in ihren Verfassungen besitzen, abzustellen und zu dauerhaften Reformen umzugestalten. Die Frage der verantwortlichen Ministerien muss vor Allem zu Gunsten des Repräsentativstaates gelöst werden wie in Baden; die Zusammensetzung der I. Kammer nach dem Vorbilde Badens, der II. nach dem Vorgange des Reichstages erfolgen, die Wahl zu jeder Gesammtvertretung des Volkes direct und geheim ohne Klassenabstufungen und ohne Census sein, der Unterschied zwischen activem und passivem Wahlrecht aufgehoben und bei dreijährigen Legislaturperioden die in den Einzelverfassungen übliche Ausscheidung eines Drittels durch das Loos oder durch Reihenaustritt abgestellt werden. Ebenso müssten den Mitgliedern der Volkskammern Diäten und zwar ausreichend zugebilligt, dagegen die Ver-

tretung in den Ersten Kammern unentgeltlich sein. Auch müsste die Betheiligung an Abstimmungen seitens der Minister nur von ihrer Eigenschaft als Abgeordnete abhängig gemacht, sowie die Wahl sämmtlicher Präsidenten beider Kammern durch das Votum lediglich dieser letzteren vollzogen werden.

Die Stellung der souveränen Staatsoberhäupter zu den Staatenparlamenten würde durch Minister wahrgenommen werden, von welchen jeder Staat ohne Rücksicht auf seine Grösse eine bestimmte Zahl nach vorher zu treffenden Vereinbarungen abzuordnen hätte. Die Ministerconferenzen würden nach einem den Stimmenverhältnissen im Bundesrath nachzubildenden Modus die 6 oder 7 Ressortchefs zu wählen haben, welche dem Staatenparlamente gegenüber die volle Verantwortlichkeit nicht blos für die einzel-, sondern für die gesammtstaatlichen Vorlagen und Maassregeln zu übernehmen hätten. Die Wahrung vollen Einverständnisses mit den Einzelregierungen, die den Ministern insgesammt in ihrer Instruction zur Pflicht zu machen sein wird, muss zugleich ihre wesentliche Ergänzung durch das Einverständniss mit der Reichsregierung über wichtige Gesetzgebungsakte erhalten, so dass ein Competenzenstreit von vornherein vermieden wird.

Somit würden mit Ausschluss der beiden Hauptshansestädte sowie des Reichslandes Elsass-Lothringen

die neuzubildenden 3 Staatenparlamente mit dem preussischen und bayrischen zusammen 5 nach einheitlicher Norm geschaffene Gesammtvertretungen an Stelle der circa 20 jetzt bestehenden ergeben und durch diese Herabminderung das zum Theil complicirteste und untauglichste Verfassungswerk, das die Welt kennt, auf das Kürzeste vereinfacht und entwirrt werden.

Eine Normalverfassung der angegebenen Art würde vom deutschen Volke mit Vertrauen entgegengenommen werden, während die anfängliche Abneigung der kleinstaatlichen Dynasten einer erhöhten Theilnahme an den gesammtdeutschen Interessen um so schneller Raum geben müsste, als die Ergebnisse der Berathungen in den vereinigten Gesammtvertretungen ganz andere und viel durchschlagendere werden würden als vordem.

Die Vorlegung der Einzelbudgets wird von vornherein zu lebhaften Debatten Veranlassung geben und in ihrem Verlaufe zu dem unabweislichen Schlusse führen, dass mit dem Fortfall der trennenden politischen Schranken auch die Trennung der Budgets aufzuhören habe und nur von dem Einbringen eines Gesammtetats mit Budgetspecificationen für jedes vertretene Land Erspriessliches zu erwarten sei. Die unabsehbaren Folgen dieses ersten Schrittes auf der Bahn der Einheit

werden bei manchen unvermeidlichen Zusammenstössen sich schliesslich dahin gestalten, dass einerseits die örtlichen und particularen Eigenthümlichkeiten jedes vertretenen Staates mit ihren besonderen Erfordernissen ohne itio in partes zur vollkommensten Berücksichtigung bei der Gesammtvertretung gelangen, ohne der nationalen Zusammengehörigkeit zu schaden, und dass anderseits alle die Nation umfassenden Gesetze und Verwaltungsreformen auf die ungeschmälerte Zustimmung der sämmtlichen Staatenparlamente zu rechnen haben.

Die weitere Frage, welche Vertretung denn die speciellen Landesinteressen ausserhalb der Staatenparlamente finden sollen, löst sich durch einen Blick auf die bestehenden Provinziallandtage, deren Aufgabe es in Preussen ist, die Cummunal-Interessen einer Provinz im Grossen und Ganzen zu berathen. Bis zum Erlass eines obligatorischen Selbstverwaltungsgesetzes für das deutsche Reich würde den Einzelregierungen nach dieser Richtung freie Hand zu lassen sein, falls nicht Preussen selbst inzwischen mit gutem Beispiel in der Reform der veralteten Provinzial- und Communallandtage vorangeht.

Schliesslich wird man sich mit dem Gedanken vertraut zu machen haben, dass der nationale Ge-

sammtzweck in seiner organischen Fortbildung am sichersten durch die Zusammensetzung des Reichstages aus Mitgliedern der Gesammtparlamente erreicht werden wird. Zwei materielle Gründe von nicht zu unterschätzender Bedeutung unterstützen zunächst diesen Vorschlag.

Die Einführung des allgemeinen directen Wahlrechts war ein Appell an alle Parteien im ganzen Deutschland zur Betheiligung am Einheitswerk. Daneben aber wurde für die Einzelparlamente der den reactionären Zeiten entstammende Modus der Klassen- und Censuswahlen mit zäher Vorliebe festgehalten, so dass die Satire berechtigt war, wonach Graf Bismarck den blutjungen deutschen Supplikanten ungefragt mit den reichsten Gaben überhäuft, während er den demüthigen preussischen Bittsteller keines Blickes würdigt. Der sonderbare und fast beleidigende Anstrich, den dies Nebeneinanderbestehen zweier grundverschiedener Wahlgesetze für zwei gleichartige Volksvertretungen hat, trägt nicht wenig dazu bei, das Rechtsgefühl zu verletzen und Staaten wie Sachsen als leuchtendes Muster freisinniger Einrichtungen gelten zu lassen. Die Uebertragung des Reichswahlgesetzes auf Preussen würde daher von allen denen mit Freude begrüsst werden, die nationalliberal, d. h. Feinde aller künstlichen politischen Schranken und dis-

harmonischer Einrichtungen sind. — Ist aber mit der Einführung des allgemeinen directen Wahlrechtes in die preussische Verfassung der ersehnte Wunsch erfüllt, so ist die weitere Uebertragung auf alle übrigen Staaten nur eine Frage der Zeit, welche durch das Eingehen auf die oben gemachten Vorschläge noch bedeutend abgekürzt werden dürfte.

Im letzteren Falle wird es aber zur logischen Nothwendigkeit, bei der völligen Gleichartigkeit des Wahlacts für Reichs- und Landtag den in den letzteren gewählten Volksvertreter für völlig competent zur Vertretung auch im Reichstage zu erklären. Niemand wird in Preussen die Frage aufwerfen, ob die Fähigkeit eines Landtagsabgeordneten ihn auch zum Reichstagsabgeordneten qualificire, weil eben nach alten Erfahrungen die Erfüllung der Aufgaben in beiden Vertretungen gleich schwierig ist. — Die Ersparniss an Zeit, welche bei der Vereinfachung des Wahlacts durch die sofortige Verdoppelung des Mandats für Wähler und Gewählten sich ergiebt, würde, wenn schon in Städten, so ganz vornehmlich in den oft Meilen von einander entfernten Wahlbezirken beträchtlich ins Gewicht fallen und die so oft beklagte politische Theilnahmlosigkeit um ein Bedeutendes verringern.

Die auf solche Art mit voraussichtlich viel grösserer Betheiligung gewählten Landtagsvertreter würden in den 5 Staatenparlamenten die runde Summe von etwa 1000 Abgeordneten ausmachen, von welchen circa 380 nach einem leicht zu findenden Modus aus der Mitte der Gesammtzahl zu erwählen und unmittelbar in den deutschen Reichstag abzuordnen wären. Die Voraussetzung gleichzeitig beginnender und gleichzeitig endigender Legislaturperioden für sämmtliche Vertretungen, ebenso der Grundsatz, dass das Zusammentagen der Reichs- und Landtage vermieden werde, lassen sich naturgemäss unter solchen Umständen viel leichter befolgen.

Der grosse Nutzen, den die in Kurzem angedeuteten Vorschläge nach ihrer Durchführung für eine wahrhaft nationale Entwickelung bringen würden, lässt sich vornehmlich in dem beschleunigten Hinschwinden der particularistischen und antinationalen Richtungen feststellen, welche dem deutschen Einheitsgedanken in seiner machtvollen Zusammenfassung zu einem vereinfachten Ganzen erliegen müssen.

Die Durchführung dieses Gedankens zur thatsächlichen Erscheinung, ja schon der erste leise Versuch wird ohne Zweifel den heftigsten Widerstand finden, Widerstand von allen Seiten, Widerstand zunächst und vor allem bei den Souveränen

der vor der Veränderung zurückscheuenden kleineren deutschen Staatswesen, Widerstand im Bundesrathe, seitens der Centrumsfraction, von den Polen und den Particularisten. Allein dieser Widerstand kann sich nur gegen Form- und Zweckmässigkeitsfragen richten und wird wahrscheinlich in der sophistischen Spitze gipfeln, die Stellung solcher Anträge als Ueberschreitung der Befugnisse des deutschen Reichstages oder gar als Rechtsbruch mit Beharrlichkeit und Eifer zu charakterisiren und zu denunciren. Es ist sogar nicht unmöglich, dass die leitenden Staatsmänner den ersten aus einer Reihe von dahingehenden Anträgen als ein „untoward event“ ansehen, und dass die maasgebende Majorität des Reichstages dem Antragsteller vielleicht den Vorwurf persönlichen Ehrgeizes in einer Form vindiciren könnte, welche deutlich die Unbehaglichkeit malt, mit den Consequenzen der deutschen Reichsverfassung den ersten Anfang machen zu sollen. Wer durch ein derartiges Abwinken, durch die Furcht, verkannt zu werden, sich beeinflussen lässt, der trete an eine Aufgabe von so hoher Wichtigkeit nicht heran; kalter, entschlossener Politiker bedarf die Einheit und verfassungsmässige Gliederung Deutschlands.

CAPITEL IV.

Bausteine der Einheit.

B. Die deutsche Steuerreform.

Die Pflichten des Einzelnen gegenüber dem Staate wachsen naturgemäss mit den Pflichten, welche der Staat als Ausdruck der Gesammtheit in erhöhtem Masse auf sich zu nehmen hat. Das deutsche Reich, obschon es — wie eben nachgewiesen — mehr ein Name von gutem Klang als ein Wesen von Fleisch und Bein ist, gehört, eben in Folge seiner provisorischen Zustände, zu den meistbelasteten Staaten Europas. Während in den anderen grossen Staaten die Vertheilung der Staatssteuern auf die Communen nach rationellen Gesetzen und nach Maassgabe der finanziellen Leistungsfähigkeit erfolgt, hat das deutsche Reich bis heute sich noch immer in einer Cirkellinie bewegt und die blosse Kopfzahl der einzelstaatlichen Bevölkerungen, also eine Schablone der irrationellsten Art, seinem Steuerwesen zu Grunde gelegt.

Mit Einschluss von Elsass-Lothringen ergaben die nach den Vorschlägen pro 1872 festgestellten, von einander getrennt berathenen Budgets der sämmtlichen deutschen Einzelstaaten in Einnahme und Ausgabe die stattliche Summe von beinahe 371 Millionen Thalern, was bei einer Gesammtbevölkerung von 41 Millionen Bewohnern des deutschen Reiches circa 9 Thaler pro Kopf der Bevölkerung ausmachen würde. Die getrennte Verwaltung des Reiches erforderte dagegen nur einen Kostenaufwand von $139\frac{1}{3}$ Millionen Thalern, d. h. also pro Kopf beinahe $3\frac{2}{5}$ Thaler. — Es würde demnach die Schlussfolgerung erlaubt sein, dass sich im gegebenen Augenblicke und falls nicht eine plötzliche Veränderung oder Steigerung der einzelnen Landesbudgets einträte, das Verhältniss der sämmtlichen Einzelbudgets zu dem Gesammtetat des deutschen Reiches annähernd wie $1 : \frac{2}{5}$ gestaltet und sich zu einem Normale ausbilden lässt, welches bei der zwingenden Nothwendigkeit, Ersparnisse in den Landesausgaben eintreten zu lassen und auf neue Einnahmequellen ernstlich Bedacht zu nehmen, der folgenden Beachtung wohl mit Recht zu Grunde gelegt werden darf,

Wenn das deutsche Reich mit seinen zugehörigen Staaten zu den mit Staats- und Communalsteuern meist belasteten Länders gezählt werden muss, so ist der Grund dieser Erscheinung hauptsächlich darin

zu suchen, dass der bequeme Maassstab der blossen Kopfzahl mit eiserner Beharrlichkeit noch immer von den leitenden Persönlichkeiten als eine Art Universalsteuersystem festgehalten wird. Inwiefern diese Anschauung mit der Geschichte und der Entwicklung des deutschen Zoll- und Handelsvereins sich verknüpfen lässt, kann heute, wo den langwierigen Kämpfen um die politische Einigung Deutschlands endlich der erste Sieg gefolgt ist, billigerweise nicht mehr untersucht werden; dass aber die Maximen, welche sich vor länger als 30 Jahren als brauchbarer Nothbehelf für das Zustandekommen der Zoll- und Handelsverträge erwiesen hatten, für die heute weit entwickeltere Lage Deutschlands noch maassgebend sein sollten, muss mit Entschiedenheit bestritten werden. Es ist im Gegentheil nicht schwer, vorauszusehen, dass auch der deutsche Zollverein in kürzerer oder längerer Zeit eine Umgestaltung nach der politischen Seite erfahren muss, da die deutschen Handels- und Verkehrsinteressen energisch den Wegfall verschiedener indirecter Abgaben erheischen. Die Zahl und die finanzielle Bedeutung der steuerzahlenden Kräfte — die wirthschaftliche Leistungsfähigkeit — das sollten allein die Grundlagen für die künftige Steuerreform im deutschen Reiche bilden. Auf directe Besteuerung, auf Selbsteinschätzung läuft jedes rationelle Steuersystem,

wie es z. B. in Hamburg und Bremen zum Beifall Aller bereits besteht, schliesslich doch hinaus, und eine gesunde Steuerreform wird nur dann durchgeführt werden können, wenn die indirecten Steuern, deren grosse und bedeutsame Vortheile unter den ehemaligen Verhältnissen im Uebrigen keineswegs geleugnet werden, ohne Schaden für die Steuerzahler allmählicher Aufhebung verfallen und die aus ihnen gewonnenen Beträge ohne Schaden für die Regierungen durch eine die höheren Einkommen über 1500 Thaler höher als mit 3 Procent belastende Scala ihre nothwendigen Ergänzungen finden.

Hierbei seien überhaupt einige Bemerkungen über Steuerwesen im Ganzen und Grossen gestattet, welche vielleicht nicht überflüssig sind. Während nämlich die ganze Zeitbewegung auf ein gegenseitiges Verstehen und Bessererkennen zwischen Volk und Regierung hindrängt, also z. B. die absprechende Kritik nach Dilettantenart, wie sie früher während der Conflictszeit zum Ton gehörte, einer viel ruhigeren und überlegteren Ausdrucksweise über parlamentarische oder gouvernementale Maasregeln Platz gemacht hat, bleibt die frühere Dunkelheit über das preussische und deutsche Steuerwesen in Folge zugeknöpfter Schweigsamkeit vom Regierungstische und in Folge einer ähnlichen Zurückhaltung seitens der Volksvertretung zu beider-

seitigem Nachtheil nicht blos, sondern auch zum Schaden des gesammten Volkes nach wie vor bestehen. Einzelne Verhandlungen im norddeutschen Reichstage vom Jahre 1867, vornehmlich bei Gelegenheit des Artikels 70 (Bundes-, seit 1871 Reichssteuern), sind ausser den wenig interessanten Berathungen des Zollparlaments aus den Jahren 1868, 69 und 70 die einzigen Veranlassungen gewesen, von denen eine tief ins Volk eindringende Klarlegung der noch recht verworrenen Steuerverhältnisse in den einzelnen deutschen Staaten mit Fug und Recht erwartet werden konnte. Dies ist jedoch nicht geschehen, es müsste denn sein, dass man aus den kurzen notizenartigen Bemerkungen, welche, wie eben erwähnt, bei Gelegenheit des Artikels 70 der Norddeutschen Bundesverfassung über Zulässigkeit oder Verwerflichkeit der Matricularbeiträge von einigen Rednern, wie Braun-Wiesbaden, Grumbrecht, Miquel und Wiggers, hingeworfen wurden, eine populäre Belehrung schöpfen könnte. Der einzige Mann, der diese Gabe in hohem Maasse besitzt, und der die hohe Stellung, die er einnimmt, mit der ungesuchten Hinweisung auf die Praxis des Lebens als völlig vereinbar zeigt, ist bekanntlich der Fürst Bismarck, aus dessen von aller bureaukratischer und diplomatischer Vornehmheit freien Reden der preussische und deutsche Staatsbürger

die hauptsächlichste Belehrung über Staatsleben im Grossen und Kleinen erst in der That zu schöpfen vermocht hat. Freilich mit dem Zusatze, dass die vom Fürsten Bismarck kommenden Aufklärungen erst jedesmal so zu sagen in der letzten Stunde erfolgen, wenn es gilt, ein Gesetz oder einen Paragraphen, für welche er dem Bundesrath oder dem Kaiser gegenüber die Verantwortung übernommen, vor dem aufgehobenen Schwert der parlamentarischen Verwerfung zu retten und die drohende Bresche mit seinem Leibe zu decken.

Der Moment, wo eine summarische Belehrung über Zoll- und Steuerwesen aus dem Munde des ersten Reichsbeamten zu wirklichem Nutzen für die ausserhalb der Parlamente stehende Bevölkerung erfolgen kann, scheint nach allen Anzeichen ziemlich fern zu liegen; denn noch immer verbleibt es ohne Widerspruch der maassgebenden Factoren bei den 1867 provisorisch geschaffenen und auch 1871 provisorisch gut geheissenen, empfindlich drückenden Steuerverhältnissen des Reichs und der Einzelstaaten, deren Reform somit auf den einzig übrigen Weg der literarischen Würdigung angewiesen ist.

Wollte man zunächst zur ersten Orientirung einen Ausblick auf den leitenden Grundgedanken des gesammten einzelstaatlichen Steuerwesens gewinnen, so würde man gerade so wie bei den einzel-

staatlichen Verfassuugen über die Buntscheckigkeit der unter mannigfachen Titeln auftretenden directen und indirecten Besteuerungsarten, die in den Einzelstaaten noch heute zu Hause sind, in gelindes Erstaunen gerathen, Es ist daher die Zolleinigung im Reiche gegenüber allen diesen verwirrenden Steuerbesonderheiten kein leichtes Stück Arbeit gewesen. Die Ergebnisse können denn auch auf den Namen einer Einigung keinen anderen Anspruch machen, als dass der gute Wille schliesslich für die That genommen werden musste. Wenn irgend wann die Gelegenheit sich dargeboten hätte, auf eine Gemeinsamkeit der wirthschaftlichen Interessen hinzuwirken, so war das Jahr 1871 dazu der günstigste Zeitpunkt; die Gründung eines neuen Zoll- und Handelsvereines im Geiste der deutschen Reichspolitik und zwar mit Fortentwicklung hauptsächlich nach der Seite des Freihandels hin würde damals am ehesten möglich gewesen sein.

Statt dessen hat man es für besser gehalten, die Finanzpolitik des neuen deutschen Reiches im Grossen und Ganzen mit — wenn der Ausdruck erlaubt ist — der „Militärpolitik" zu identificiren und beide in einen wirthschaftlichen Zusammenhang zu bringen, der organisch nicht genannt werden darf. Bei der Einigung 25 souveräner Staaten zu einem Staatenganzen, also bei einer zunächst rein politischen That-

sache von der erstaunlichsten Tragweite, konnte und durfte, zumal 1871 das deutsche Reich ohne Furcht vor ausbrechenden Verwickelungen Musse genug hatte, seine ganze Aufmerksamkeit auf sein politisches Innenleben zu richten, allein der deutsche Grundsatz der grössten Gründlichkeit in Anwendung kommen, so dass z. B. eine vom Reichstage angeordnete Reihe von Enquêten über die derzeitigen Verfassungsverhältnisse u. s. w. sehr wohl auf Zustimmung des Bundesraths hätte rechnen können. Dann wäre auch eine Enquête über die Zoll- und Steuerverhältnisse im deutschen Reiche zum wirksamen Hebel für unmittelbar sich daran schliessende Verbesserungsvorschläge geworden, und da es in der Steuer- und Handelspolitik wohl Doctrinen, aber keine Fractionen giebt, so würden unzweifelhaft auf dem neutralen Gebiete der Wirthschaftspolitik die Parteiunterschiede zu Gunsten einer durchschlagenderen Einigung verschwunden sein. Wer von dieser Versäumniss am stärksten zu leiden haben wird, ob das Reich, die grösseren oder die kleineren Staaten, das kann in diesem Zeitpunkt, wo die einzelstaatlichen Finanzen in Folge der französischen Millarden in ungeahnter Blüthe stehen, allerdings noch nicht in Frage kommen; aber die Finanzüberschüsse verschwinden, und die Staatsanleihen treten in ihr altes Recht, und dann wird die gründliche Reform sich nicht mehr von der Hand weisen lassen.

Der „Militärpolitik“ verdankt Deutschland das bequeme, aber antiquirte System der Kopfsteuer, wie es in der Festsetzung der Matricularbeiträge zum officiellen Ausdruck gebracht ist. Ausser Bayern und Württemberg, welchen allein die besondere Verwaltung ihrer Armeen garantirt ist, haben sämmtliche Einzelstaaten die an Preussen überlassene Fürsorge für Aufbringung der gesammten Reichsmilitärkosten mit ihren Einnahmequellen insoweit zu vergüten, als die Seelenzahl jedes einzelnen Staates die militärische Basis zu bilden hat, auf welche jedesmal 1 Procent in Anrechnung kommt. Zu den Zeiten des Pauschquantums wurde, wie sich bald herausstellte, die gesetzliche Forderung von 225 Thalern pro Mann für viele der kleineren Staaten bereits drückend, und die Frage, wohin dies System führen werde, von manchem deutschen Souverain schon damals mit Kummer und Sorge ventilirt. Höher noch waren die Beiträge bei Bayern und Württemberg bemessen, von denen ersteres seine Stellung als zweite deutsche Macht so siegreich geltend machte, dass ihm die getrennte Verwaltung und Vereinnahmung seines Eisenbahn-, Post- und Telegraphenwesens und auch die gesonderte Erhebung der Branntwein- und Biersteuer überlassen wurde, während Württemberg ebenso wie Baden, welches letztere im Uebrigen auf andere politische Besonderheiten freiwillig Verzicht

leistete, nur die Einnahmen aus den letztgenannten Steuern sich vorbehielten.

Die Hervorhebung dieser Begünstigungen lässt deutlich erkennen, wie schwere Mühe es einerseits damals gekostet haben mag, ein noch weiteres Heraustreten aus dem Rahmen einer unitärischen Gemeinsamkeit der Einrichtungen zu verhüten, lässt aber andererseits der berechtigten Frage Raum, ob damals nicht zugleich der geeignete Augenblick war, um eine deutsche Zoll- und Steuerreform als Aequivalent für so weitgehende Begünstigungen zu fordern oder sich wenigstens die Mitwirkung der genannten wichtigen Staaten bei diesem Werke zu sichern?

Der Druck, welchen das den Matricularbeiträgen zu Grunde liegende System der Kopfsteuer auf kleinere Staaten mit mässigen Budgets auf die Länge der Zeit ausübt, wird sich um so fühlbarer machen, als jede irrationelle Besteurungsweise einen Stachel des Grolles zurücklässt und auf das Rechtsbewusstsein entnervend und abschwächend wirkt. Unfertige Zustände finden in einer so entwicklungsfähigen Zeit, wie es die Gegenwart ist, sehr leicht berufene und unberufene Widersacher, von denen erstere mit ihren an den wesentlichen Factor der Reformen, an die Regierung, gerichteten Vorschläge lange genug taube Ohren zu finden pflegen, während letztere das Unglück haben, die über Steuern all-

gemein vorhandene Unwissenheit und Zerfahrenheit in den Kreisen des Volkes noch um vieles zu vermehren. Unfertige Zustände sind aber besonders hoffnungslos in den Ländern, wo eine der wissenschaftlichen Richtung abholde Steuerpolitik, bei welcher die blossen Zufälligkeiten des Lebens entscheiden, zum Kern und Stern der Wirthschaftslehre erhoben worden ist. In Betracht zu ziehen ist ferner, dass in gemischten Bevölkerungen, wo z. B. der Kaufmanns- oder Beamtenstand keine hervorragende Rolle spielen, die Veranlagungen zu Staats- und Communalsteuern stets mit Misstrauen betrachtet und überhaupt alle Steuererhebungen mit verdriesslichem Achselzucken hingenommen werden, — weil ebenso wohl über die Art ihrer obligatorischen Einforderung wie über ihre Nothwendigkeit überhaupt kein klares Verständniss herrscht. Der Staat erscheint auch heute noch vielen sogenannten „gebildeten“ Leuten als der Bettler, der mit blossem Degen in's Haus tritt, zumal solchen, die ihre communalen und staatsbürgerlichen Rechte gröblich verscherzen und geringschätzen und in logischer Folgerung deshalb auch mit Zwangsmaassregeln zur Erfüllung ihrer Bürgerpflichten angehalten werden müssen.

Seitdem nun aber der Reichsmilitäretat Aussicht hat, vom Parlament als ein geschlossenes

Ganze auf eine längere Reihe von Jahren bewilligt zu werden, das Pauschquantum einem eisernen Normale und die schwankende Ziffer hinsichts der Soldaten bei der Fahne der festen Zahlentheorie (von 1 Procent der Bevölkerung) Platz gemacht hat, ist die finanzielle Stellung der Einzelstaaten gegenüber der Aufbringung von jährlich ca. 113 Millionen Thalern bedeutend schwieriger geworden als vordem. Konnte schon die Aufwendung von 225 Thalern für jeden Soldaten seines Contingents nebst dem dazu bald darauf erforderten Nachtragsetat von 9 Millionen Thalern manchem der kleinstaatlichen Souveräne die grösste Einschränkung in seinem Landesbudget als Pflichtgebot erscheinen lassen, so wird heute die um vieles erhöhte Beitragspflicht, wonach circa 280 Thaler für jeden Soldaten zu zahlen sein würden, zuverlässig zwei gleich bedenkliche Erscheinungen im Gefolge haben: einmal das rasche Hinschwinden etwa gesammelter Ueberschüsse und zum zweiten die peinliche Sorge für Schaffung neuer Einnahmequellen aus neuen Steuern.

Um den Beweis, dass die Matricularbeiträge sobald als möglich einer gesünderen Besteuerungsart Platz au machen haben, nicht schuldig zu bleiben, seien hier einige Facta erwähnt, wie sie sich aus den pro 1872 aufgestellten Budgets der Einzel-

staaten, in denen wesentliche Veränderungen bisher nicht eingetreten sind, ergeben.

Die sieben deutschen Fürstenthümer, nämlich die beiden Lippe, die beiden Reuss, die beiden Schwarzburg und Waldeck, bei $102{,}_{86}$ Q.-M. Flächeninhalt und 476,250 Bewohnern mit einer verhältnissmässig dichten Bevölkerung, weisen in ihren Einzeletats die überraschendsten Verschiedenheiten auf. Die weitgreifendsten Unterschiede in den wirthschaftlichen Verhältnissen zeigen sich bei Reuss jüngerer Linie gegenüber Lippe-Detmold, welches erstere den begrenztesten Etat in Deutschland hat, mit $2\,^1/_3$ Thlr. Steuer pro Kopf der Bevölkerung, während das letztere mehr als 20 Thlr. für das gleiche Verhältniss aufzubringen für gut findet. Gesetzmässig zu Stande gekommene politische Budgets bilden in allen Verfassungsstaaten die wenn auch nicht abstract, so doch relativ zuverlässigste Richtschnur für die ökonomische Leistungsfähigkeit, und danach würde sich mit Recht sagen lassen, dass der reussische Staat älterer Linie noch auf der Elementarstufe stehe, dahingegen das Fürstenthum Lippe-Detmold bereits auf einer hohen, fast beneidenswerthen Stufe der wirthschaftlichen Entwickelung angelangt sei. Mag dieser Satz in seinen weiteren Folgerungen auch manches Trügerische haben. — sicher kann nicht bestritten

werden, dass die jährliche Feststellung der Einnahmen und Ausgaben, ob sie nun in einem Staatswesen von 15 oder von 1500 Q.-M. erfolgt, die einzige Möglichkeit bildet, ein concretes Bild von der politischen Leistungsfähigkeit eines Staates zu gewinnen. Es lässt sich also der Schluss ziehen, dass die zur Zeit bestehenden Jahresbudgets die Norm zu geben haben, nach welcher allein eine gerechte Vertheilung der Lasten, Auflagen und Abgaben erfolgen kann. Zu der schreiendsten Ungerechtigkeit aber muss es führen, wenn dennoch die Kopfzahl als Noli me tangere beibehalten wird, wie sich aus dem Folgenden ergiebt.

Reuss j. L. hat sich mit dem Reiche dahin abzufinden, dass für 1 Procent seiner Bevölkerung, d. i. für 890 Mann, die Kosten mit der erhöhten Ausgabe von ca. 280 Thlr. pro Mann = 249,200 Thlr. für jedes Jahr zu decken sind. Wie nun dieser Staat seine Beitragspflicht bei einem Jahresbudget von nur 210,000 Thlrn. erfüllen will, wie er ferner seine Beamten zu besolden, seine Verwaltung zu leiten etc. etc. im Stande ist, wird völlig unbegreiflich bleiben, wenn man nicht annimmt, dass die demselben kürzlich zugeflossenen Kriegs-Entschädigungssummen für einige Zeit ein künstliches Gleichgewicht in seinen Finanzen wieder hergestellt haben. Aber in der Zukunft? —

Gegenüber diesem Bilde kann sich Lippe-Detmold der günstigsten Lage erfreuen, da seine wirthschaftliche Leistungsfähigkeit es ihm ermöglicht, die erforderten 311,000 Thlr. für seinen Status von 1111 Mann mit leichter Mühe an das Reich abzuliefern; kann doch der genannte Staat sein reichlich bemessenes Jahresbudget von $2,_8$ Millionen Thlrn. fast uneingeschränkt zum Vortheil seines Landes verwenden.

Die Kopfsteuer schafft also Unglückliche und Glückliche, ganz wie in Tausend und einer Nacht, und wird aus einem Spiel des Zufalls zum Schreckgespenst des Gerechtigkeitssinnes.

Zu den „Unglücklichen" ist ferner Reuss ä. L. mit seinem niederen Steuersatz von $3^1/_4$ Thlr. pro Kopf zu zählen, welches für 450 Mann circa 125,000 Thlr. aufzubringen hat, so dass diesem Staate noch nicht 25,000 Thlr. für die Bedürfnisse seines engeren Kreises übrig bleiben. Man denke sich die finanzielle Zerrüttung, welche eintreten müsste, wenn nach diesem Vorgange und mit dem beiläufigen Troste, dass ein Staatswesen, wenn es sich wirklich trotzdem über Wasser erhält, von sehr gesundem Stoff sein müsse, die politische Maxime obsiegen würde, dass für militärische Zwecke $^5/_6$, für anderweitige Zwecke aber nur $^1/_6$ der gesammten Staatseinnahmen zur Verwendung zu kommen hätten!

Auf welchem Wege daher die von der Kopfsteuer am schwersten betroffenen eben genannten Staaten sich über den drohenden finanziellen Ruin hinwegsetzen werden, — er wird nach kurzer Zeit nicht mehr aufzuhalten und die ernste Frage dann an der Tagesordnung sein, ob die Souveränität unter solchen Umständen noch wird behauptet werden können. Gegen eine Lösung der Einheitsidee in solchem Sinne ist es wohl nicht erst nöthig, Verwahrung einzulegen. Wenn das Deutsche Reich an innerer Festigkeit und Zusammengehörigkeit wachsen, wenn es der volle und unbeschränkte Ausdruck einer germanischen Weltmonarchie werden soll, so kann eine dahingehende Entwickelung nicht mit den Mitteln Ludwigs XI. in brutaler Weise beschleunigt, sie kann nur äusserst langsam und bedächtig auf der Grundlage des Rechtsstaates angebahnt und vollendet werden. Die sichere Empfindung, nicht blos das zweckmässig richtige, sondern auch das religiös Gerechte zu wollen und zu thun, muss der Reichsregierung und den Volksvertretungen auch bei der Vornahme einer Steuerreform für das ganze Reich Leitstern der künftigen Finanzpolitik werden.

Eine That der Gerechtigkeit würde es daher sein, die Jahresbudgets der 25 Staaten, einschliesslich des Reichslandes, zum Normale der Reichssteuer zu erheben. Sache

der gesetzgebenden Factoren wird es sein, zu bedenken, auf welche Weise etwaige Reducirungen und Schwankungen in den Einzeletats vermieden, finanzielle Stockungen gehoben und unverhältnissmässige Ueberbürdungen der Etats gesetzlich abgestellt werden können. Da ein plötzliches Fallen der Gesammterfordernisse wie der einzelstaatlichen Bedürfnisse in der heutigen Zeit nicht zu fürchten, vielmehr ein schneller Aufschwung der wirthschaftlichen Production zu gewärtigen ist, so wird sich die brennende Frage lediglich auf Abmessung des Procentsatzes erstrecken, der von dem jeweiligen Stande des Einzeletats zur Bestreitung der Bedürfnisse des Reiches erhoben werden soll. Es würde sich — wie bereits im Eingang dieses Capitels erwähnt — nach Maassgabe der Budgetfeststellungen pro 1872 empfehlen, das Verhältniss zu Grunde zu legen, in welchem die Gesammtsumme der Einzeletats zu der Gesammtsumme des Reichsbudgets steht. Das Verhältniss in dem angegebenen Jahre war 371 zu 139$^1/_3$ Millionen Thalern, woraus sich nach Analogie der damaligen Zeitverhältnisse ergeben würde, dass die Einzelstaaten mit etwas weniger als $^2/_5$, d. h. mit 30—35 Procent ihrer gesammten Einnahmen zur Beitragspflicht herangezogen werden könnten.

Die segensreichen Folgen würden sich zunächst bei den beiden reussischen Ländern und ausser ihnen bei allen den Staaten äussern, welche, obschon in reger industrieller Entwickelung begriffen, die finanziellen Kräfte ihrer Bevölkerungen dennoch in zu hohem Maasse angespannt haben. Reuss j. L. würde der drückendste Alp von der Brust gewälzt, denn statt 249,000 Thlr. würde es mit nur 85,000 Thlr. sich abfinden und damit den Weg zu einer Wiederherstellung seiner erschöpften Finanzkräfte finden können; Reuss ä. L. hätte 60,000 Thlr. statt des Doppelten zu zahlen. Die Ersparnisse bei Waldeck würden sich auf 20 %, bei Schwarzburg-Rudolstadt auf 6 % ihrer Gesammteinnahmen belaufen. Dagegen fielen bei Durchführung des Budgetnormale mit vollster Berechtigung auf Lippe-Detmold 906,000 Thlr., d. h. also fast das Dreifache der Kopfsteuer, auf Schwarzburg-Sondershausen 252,000 Thlr., d. h. $33\frac{1}{3}$ % mehr, als die blosse Kopfzahl ergeben würde, und auf Schaumburg-Lippe etwas mehr als 81,000 Thlr., was zu Gunsten einer gerechteren Besteuerung ein Plus von 11,000 Thlrn. ausmacht. Das eigenthümliche Facit aber, das sich bei Gegenüberstellung der Erträgnisse der genannten 7 Fürstenthümer aus Kopf- und aus Budgetbesteuerung herausstellt, lautet wiederum zum Vortheil des Reiches: denn es ergiebt aus der rationellen Veranlagung

einen Mehrertrag von über $^1/_3$ Million Thalern, d. i. von 26 Procent.

Es ist klar, dass diese Steuerreform nicht vollzogen werden kann, ohne eine tiefgreifende Rückwirkung auf die in den Einzelstaaten bestehenden Steuersysteme zu üben. Es ist ebenso zuverlässig, dass die Beschäftigung mit der Reform der letzteren zu der Erkenntniss hinführen wird, dass nur auf dem Wege einer allgemeinen Verfassungsreform, wie sie in Capitel III. besprochen ist, die Umbildung des gesammten Steuerwesens der Nation durchzuführen ist. In der Verknüpfung beider Reformen zu einer einzigen Gesammtreform, welche dem deutschen Reiche den gesunden Kern innerer Tüchtigkeit zu geben hätte, in der Durchdringung mit dem demokratischen Geiste der Selbstverantwortlichkeit, wie ihn ein lebendiges und productives Verfassungsleben, wie ihn ein gerechtes und rationelles Steuersystem hervorzubringen vermögen, liegt eine der wesentlichsten Lösungen der grossen nationalen und socialen Frage.

CAPITEL V.

Die deutsche Bildungsreform.

Das letzte Viertel des vorigen Jahrhunderts, in politischer Beziehung für Deutschland so trost- und hoffnungslos, bleibt in Bezug auf den ungeahnten literarischen Aufschwung, der ungeachtet seines wilden Stürmens und Drängens die herrlichsten Keime für die Nationalliteratur erschloss, eine der glanzvollsten Perioden der deutschen Culturgeschichte. Das Emporstreben zu den höchsten Zielen geistiger Schaffenskraft, der kühne Alexanderzug des Genius stempelten diese Zeitperiode zu einer Wiederkehr des goldenen Zeitalters, wie es Deutschland in der poetischen Literatur der Hohenstaufen-Zeit schon einmal erlebt hatte. Das ungestüme Rauschen und Wehen, wie es dem hereinbrechenden Frühling voranzugehen pflegt, ging aber nicht blos durch Deutschlands Poetenwelt, sondern weckte auch das nationale Bewusstsein aus einem tiefen Schlummer zu Reformbestrebungen auf den wichtigen

Gebieten der Erziehung und des Unterrichts. Was die grossen Geister, nur von Wenigen ganz gewürdigt und verstanden, den höhergebildeten und vornehmen Kreisen der Nation entgegenbrachten, den frischen Erweckungstrieb zu idealer Lebens- und Betrachtungsweise, das wollten Basedow und Pestalozzi auch den bildungsarmen und vermögenslosen Volksschichten in gleicher Weise zum theuren geistigen Besitzthume gemacht und die trennenden Unterschiede ausgeglichen wissen durch eine Erziehungsnorm, welche an die Stelle der französirenden Unsitten die strenge Gewöhnung an selbstverantwortliches und charaktervolles Handeln zu setzen bestrebt war.

Die damals unausgleichbaren Unterschiede der Geburt, des Vermögens und der Bildung können naturgemäss in unserer heutigen Zeit auf jene hohen Vorzüge und Vorrechte, deren sie einst genossen, keinen oder nur einen geringen Anspruch erheben, und ob man nun den Reformen auf dem Gebiete der Erziehung oder den politischen Entwicklungen den Hauptantheil an der Ausgleichung der Klassenunterschiede zuerkennen will, eins ist klar und deutlich: das letzte Viertel des 18. Jahrhunderts stellt sich als eine rein literarische, das letzte Viertel des 19. Jahrhunderts als eine rein politische Epoche dar. Dort eine Welt von Idealen,

Unklarheiten und Unbesonnenheiten, wie sie in den eng abgeschlossenen Kreisen der Vornehmen und Hochgebildeten zu jener Zeit so oft zu Hause waren, als Charakter genialer Vorstellungen und Bestrebungen; hier eine Welt von Thatsachen, welche sich auf alle erstrecken und mit denen jeder Einzelne zu rechnen hat. Dort der göttliche Funken des literarischen Genies Gegenstand der schwärmerischen Verehrung einzelner bevorzugter Kreise; hier die politische Freiheit der Sammel- und Mittelpunkt für die unterschiedslose Mitbetheiligung Aller. Vor hundert Jahren schüchterne, als charlatanisch oft verkannte Versuche zur Wiederannährung an den kräftigen Geist der Natur; heute Erziehung und Unterricht zu wissenschaftlichen Systemen geworden, welche die weiteste Beachtung finden.

Die Gegenwart deutet mit diesen Merkmalen ihren Inhalt als einen vornehmlich politischen, als einen den bürgerlichen Interessen gewidmeten an, ja die Betreibung und möglichst rasche Fortentwickelung dieser letzteren hat einen so weiten Vorsprung vor allen übrigen Interessen, der Kunst, der Literatur und auch der Erziehung, gewonnen, so übermächtig ist die Einwirkung der gesammten Lebenspraxis auf den Geist unserer Periode geworden, dass das früherhin überwiegende Interesse

für die Pflege idealer Lebensbeziehungen den rein praktischen Fragen zweitweise den Vorrang abtreten muss. — Und dies ist nicht etwa die Schuld einzelner Parteianschauungen, keine blos vorübergehende, sondern eine ständig bleibende Zeitrichtung; die wirthschaftliche und finanzielle Stellung des Einzelnen zum Ganzen, das Vorragen der materiellen Lebensbedürfnisse über die Erfordernisse einer allseitigen Geistesbildung ist Sinn und Ausdruck der heutigen Lebensverhältnisse geworden. Damit ist jedoch ein Widerspruch gegen das auf Seite 78 und 79 Gesagte nicht indicirt. Dem nach höherer Vollkommenheit der Gesittung strebenden Idealismus, wie er sich bei den ernsten Berufsarten in Deutschland auch heute noch verkörpert findet, ergeht es eben wie jenem Concurrenten, der seinem gewiegteren Gegner, hier also dem auf unmittelbare Befriedigung materieller Erfordernisse lossteuernden Realismus, noch so lange wird den Vortritt überlassen müssen, bis das deutsche Reich von dem ihm aufgenöthigten Kampfe gegen seine inneren Widersacher ausruhen kann. Auf eine vor diesem Zeitpunkte erfolgende endgültige Lösung der Schul- und Erziehungsfrage zu Gunsten einer idealeren Freiheit der Bewegung wird Niemand, der die Zeitumstände richtig erwägt, bauen und hoffen dürfen.

Die so oft schon aufgeworfene Frage, ob Deutschland mit seiner stattlichen Reihe hervorragender Schriftsteller auf dem Gebiete der schönen Wissenschaften, mit seinen Paul Heyse, Gustav Freitag, Carl Gutzkow, Berthold Auerbach u. a. m., eine neue Wiederkehr der Blüthe seiner Literatur erhoffen kann, wird ihre einfache Verneinung finden müssen. Einmal fehlt ihr das idealste Lebenselement: der Chorus genial angelegter junger Dichternaturen, die einem Goethe, einem Schiller, einem Heine auch nur annähernd mit ihren Leistungen gleichkämen; und zum zweiten das praktische Lebenselement, die lebendige Betheiligung der deutschen Nation an ihrem Schaffen und Wirken. Das mag für diejenigen eine schmerzliche Beobachtung sein, welche nicht begreifen können, dass mit den grundverschiedenen Zwecken, welche Grundzug unserer Zeit geworden sind, auch folgerichtiger Weise die Werkzeuge und Mittel, deren man zur Aufführung bedarf, grundverschieden sein müssen. Noch in den dreissiger und vierziger Jahren dieses Jahrhunderts galten hervorragende Dichter und Schriftsteller als Propheten und Werbeofficire für die Propaganda freisinniger Ideen, und selbst solche, die, wie Auerbach und Heyse, nur die Natur- und Kunstschöne im Auge hatten, mussten es sich gefallen lassen, dass man ihren Dichtungen

eine weit über ihren literarischen Werth hinausgreifende sociale Bedeutung beilegte. Nur diese Idee zu Fleisch und Bein geworden und vielleicht in einer noch recht mangelhaften, immerhin doch aber thatsächlichen Gestalt ihre Erfüllung gefunden haben, so leuchtet ein, dass die heutigen Deutschen das endlich errungene und in politischen Freiheiten von mancherlei Art ausgemünzte Besitzthum als solches festzuhalten und weiter zu entwickeln trachten. Da die Freiheit, zu erwerben und das Erworbene zu vermehren, nothwendig mit dem Maasse und der Festigkeit der bestehenden politischen Institutionen Hand in Hand geht, wie es der innige Zusammenhang zwischen wirthschaftlicher und politischer Gesetzgebung lehrt, so bedarf die deutsche Nation praktischer wissensthätiger Kräfte, um sich aufrechtzuerhalten in den politischen Kämpfen zwischen rechts und links: sie ist selbst Kämpfer geworden, während in den früheren Zeiten ihren hervorragendsten Schriftstellern und Dichtern der Kampf um die höchsten Güter des Lebens fast allein überlassen, dafür ihnen auch die schwärmerischste Bewunderung für ihr Thun und das kindlichste Mitgefühl für ihr Märtyrerthum entgegengebracht wurde.

Mit dieser völlig verschiedenen Perspective, welche für die Entscheidung der deutschen Lite-

raturfrage leider nur ein bestimmtes Nein übrig lässt, ist auch der Hauptsache nach der Weg zur Reform der nationalen Gesammtbildung angedeutet.

Ueber den Begriff der Bildung herrschen heutzutage so viele abweichende und verschwommene Anschauungen, dass mit Umgehung aller Wiederholungen es zweckmässig erscheint, zunächst festzustellen, was unter „nationaler Gesammtbildung“ zu verstehen sei.

Als die vier maassgebenden Factoren derselben werden zu betrachten sein: die derzeitigen Zustände Deutschlands in Schule, Wissenschaft, Kirche und Presse.

Die leitenden Gesichtspunkte, welche für das gesammte Unterrichtswesen in Deutschland zur Richtschnur geworden sind, lassen sich in Kurzem dahin präcisiren, dass die Erkenntniss immer mehr an Boden gewinnt, dass für den Unterricht in der Schule die erziehlichen und Charaktereigenschaften der Lehrer mindestens das gleiche Recht verlangen wie die geistigen Gaben und Kenntnisse derselben. Von diesem erfreuliche Ergebnisse versprechenden Grundprincip bei Anstellung der Lehrer, womit die deutsche Schule oben und unten in Kurzem den pädagogisch gereiften und strenge, aber heilsame Zucht übenden Männern des Unterrichts in die Hände gegeben sein wird, lässt sich

erwarten, dass die Pädagogik immer mehr als eine Wissenschaftslehre erkannt und ihr auf sämmtlichen deutschen Universitäten nicht blos die erforderlichen Lehrstühle zugestanden, sondern auch pädagogische Seminare eingeräumt werden, deren Besuch für die einschlagenden Wissensfächer ein obligatorischer zu werden hätte. — Ist nun mit der Erkenntniss, dass liberale Ideen mit strammer Disciplin und strenger Gewöhnung an ein ausgeprägtes Pflichtgefühl am besten vereinbar sind, zwar schon viel gewonnen, so steht dem zweiten nicht minder wichtigen Grundprincip: Schule und bürgerliches Leben näher an einander zu bringen als bisher, freilich noch die volle Heftigkeit des Kampfes der Meinungen, aber dennoch auch der schliessliche Sieg bevor.

Bekanntlich sucht die Volksschule den vermögenslosen vier Fünfteln der Nation die ersten Schritte, die deren Schüler nach der Confirmation sofort zum Zweck des Erwerbes ins Leben zu thun haben, durch die geschickte Beschränkung auf den nothwendigsten Unterrichtsstoff nach Kräften zu erleichtern, wogegen in den höheren Schulen vermöge einer grösseren Vielseitigkeit des Lernstoffes dahin gestrebt wird, dem Verstande der Zöglinge bereits einen gewissen Schliff mitzugeben, der für das ganze Leben ausreichen soll.

Aber zu oft muss seitens dieser höheren Schulen — wie es der massenhafte Abgang ihrer Schüler vor Erreichung der obersten Klassen beweist — zugestanden werden, dass Begabung und Willenskraft der Zöglinge im Allgemeinen zu wenig ausreichen, um den vielseitigeren Anforderungen an höheres Wissen und Können gewachsen zu sein. Während demnach die Volksschule durch unübersteigliche sociale Schranken daran verhindert wird, ihren Schülern mehr als den dürftigsten Wissensstoff als Capital auf den Lebensweg mitzugeben, haben sich die höheren Schulen zu dem Eingeständnisse zu bequemen, dass ihr reiches Bildungsmaterial für einen ansehnlichen Theil ihrer Schüler aus dem Grunde beinahe verloren geht, weil der abschliessende Ueberblick über die wichtigsten Gebiete des Wissens, dessen Gewinnung mit der Erreichung der höchsten Klassenstufe bezweckt wird, dem grössten Theile ihrer Schüler zu beschwerlich fällt.

So verschiedenartig nun auch die beiden Hauptbildungskategorien der deutschen Jugend sind, und triftige Argumente gegen ihre mögliche Verschmelzung auch geltend gemacht werden, in einem äusserst wichtigen Momente sind sie bisher durchaus gleich und auch gleichmässig mangelhaft: in der hermetischen Abschliessung gegen die Kenntnisse und Erforder-

nisse des künftigen bürgerlichen und politischen Lebens.

In einer Zeit, die, wie oben dargelegt, den politischen, den nationalen und wirthschaftlichen Interessen Deutschlands so hoch gesteigerte und reife Beachtung schenkt, dass die übrigen Interessen zeitweise im Hintertreffen bleiben müssen, — in einer Zeit, wo das allgemeine Stimmrecht in einem fünfundzwanzigjährigen Deutschen bewusste Klarheit über die politische Gesammtbewegung zur intellectuellen Bedingung macht, — da müsste und sollte der Staat auch auf das Erziehungswerk wenigstens so weit einwirken, dass ein Ausgleich der in der Nation bestehenden Bildungsverschiedenheiten durch die Neubegründung von obligatorischen Fortbildungsschulen mit vorzugsweise politischer Tendenz hergestellt werde.

Von Fortbildungsanstalten, welche gewerbliche Zwecke verfolgen, und deren gedeihliche Wirksamkeit von Niemand angefochten wird, kann an dieser Stelle nicht die Rede sein, weil sie sich wesentlich auf Förderung und Weiterentwickelung der handlichen Geschicklichkeit beschränken, und die Aneignung sonstiger Kenntnisse und Fertigkeiten nur dazu dienen soll, um allgemeine Schulkenntnisse nachzuholen oder fortzusetzen.

Die Fortbildungsanstalten politischer Tendenz dagegen würden ihr ganzes Augenmerk der zweckmässigen Einführung und Vorbereitung der männlichen deutschen Jugend zu der unmittelbar an die Ableistung der Militärdienstpflicht sich anschliessenden politischen Selbständigkeit zuzuwenden haben. Ihre ganze Aufgabe, in wenig Worte gefasst, würde darin bestehen, der Nation politisch vorbereitete und denkende Wähler zuzuführen, d. h. dem Einzelnen über den Staat und seine Functionen die vielfachen Irrthümer zu ersparen, zu welchen mangelnde Kenntniss und lückenhafte Bildung hinzuführen pflegen.

Es versteht sich, dass politische Fortbildungsanstalten der in Vorschlag gebrachten Art, um zu ihrem Zwecko einer objectiven Aufklärung zu gelangen, Bedingungen erfüllen müssten; Unentgeltlichkeit des Unterrichts, Unterrichtszwang und parteilose Unterweisung. Nicht weniger würden Vorschulen erfordert werden, welche etwaigen Analphabeten und jungen Leuten mit ungenügender Elementarbildung die nothwendigsten Vorkenntnisse beizubringen hätten. Der obligatorische Besuch würde in die Zeit zwischen der Entlassung aus der Volksschule und den Militärdienstjahren zu fallen haben, auf ein Jahr im Allgeminen sich beschränken und mit einer schriftlichen oder mündlichen Prüfung zu

schliessen haben, nach deren Befinden unter Umständen ein längerer Besuch von höchstens einem halben Jahre gefordert werden kann, Die Gegenstände des Unterrichts würden umfassen: die Geschichte Deutschlands, vornehmlich des deutschen Reiches seit seiner Auflösung durch Napoleon I., seiner Wiedererstehung und der bis zur Gegenwart reichenden Ereignisse; in der Geographie die Kenntniss der deutschen Staaten nach Land, Leuten und Einrichtungen, in der deutschen Sprache die Entwicklung freier Denkthätigkeit zu klarer schriftlicher und mündlicher Wiedergabe. Zu diesen Erfordernissen hätte nun als völlig neues Bildungsmittel die Kenntniss der wichtigsten modernen Verfassungsformen sowie die Einführung in die staatsbürgerlichen Pflichten und Rechte zu treten unter stetem Hinblick auf die im Reiche geltende Rechts-, Abgaben- und Verwaltungspraxis. Vor Allem ist die bürgerliche und Strafgesetzgebung in einem zweckmässigen Auszuge zur Bekanntschaft zu bringen, damit bei der leider in allen Laienkreisen vorhandenen juristischen Unwissenheit Zeit, Mühe und Geld und — was noch wichtiger ist — die durch Strafen empfindlich berührte bürgerliche Ehre nicht mehr Gefahr laufen, in überflüssiger Weise vergeudet und gekränkt zu werden. — Dass es durch eine Abstufung in mehrere Abtheilungen möglich

sein werde, den kenntnissreicheren Schülern höherer Unterrichtsanstalten, im gedachten Falle solchen, welche, ohne ein Studium zu wählen, zu den bürgerlichen Berufskreisen überzugehen, die obligatorische Betheiligung an der politischen Fortbildungsschule zu einer nicht minder erspriesslichen zu machen, ist schon um deswillen nicht zu bezweifeln, weil die höhere Schule sowenig wie die Volksschule Zeit und Raum hat, um in ihren Unterrichtsplan, der schon jetzt die Leistungen der Schüler aufs Höchste anspannt, eine neue Disciplin, wie die besagte, noch aufnehmen zu können. Dahingegen würde die gesetzmässige Kenntniss des Staatslebens mit leichter Mühe von den Studirenden der sogenannten vier Facultäten entweder bei den Vor- oder bei den Staatsprüfungen zu erfordern sein, womit denn der obligatorische Besuch der politischen Fortbildungsschulen auf eine andere Weise seinen Ersatz finden würde.

Die Organisirung von politisehen Fortbildungsschulen nach ähnlichem Muster würde ein Segen für Deutschlands Zukunft sein und die beste Abwehr gegen die socialdemokratischen Umsturzgelüste bilden.

Was auch die Pädagogen aus des grossen Diesterweg's Schule wider die angedeutete Art von Fortbildungsschulen zu sagen hätten, — sicher

werden sie das Argument nicht entkräften können, dass ein höchst ansehnlicher Procentsatz an jungen Leuten durch ein obligatorisches Verfahren wie das erwähnte angehalten wird, sich Rechenschaft zu geben von den äusserst mangelhaften Ergebnissen ihrer Schulbildung, und dass nur auf diese Weise es möglich ist, dieselben, die sonst vielleicht für das bürgerliche und Berufsleben verloren wären, zu urtheilsfähigeren und vaterlandsfreundlichen Mitgliedern der Gesellschaft heranzuziehen. Zugleich wäre dies auch der einzige Weg, die sociale Kluft zu überbrücken und eine geläuterte Theilnahme — wie am Staats- und Verfassungsleben, so auch am Erziehungsleben hervorzurufen.

Die Zeiten, wo die Wissenschaft gleichbedeutend war mit einer streng abgeschiedenen Kaste von Gelehrten, neigen sich dem Ende zu. Die Professorenweisheit, ehedem der Inbegriff der geheimnissvollen, schöpferischen Denkerkraft, hat sich auch auf Universitäten zu dem Zugeständnisse bequemen müssen, dass die erhabene Trockenheit und weitschichtige Gelehrsamkeit nicht mehr die Mittel sind, Schüler und Hörer zu gewinnen. Der moderne Mensch will stets aufs Neue interessirt, geweckt, angespornt sein, nicht etwa weil ihm das Pflichtgefühl mangelt oder ihm der wissenschaftliche Geist abhanden gekommen ist, sondern weil die ver-

vielfachten Lebensbeziehungen ihm schon auf der Schule den Sinn für das Praktische und Formgerechte einzuprägen pflegen. Der Student, auf den das Leben grosser Städte mit ihren Schatten- und Lichtseiten einzuwirken vermocht hat, sagt sich mit Recht, dass dieses hochgesteigerte und entwickelte Leben ihn nach drei- oder vierjährigem Zeitraume bereits als einen für solche Zwecke brauchbaren Beamten mit klarem Kopf und mit Erfordernissen des Characters erwarte, unter welchen die geistige Selbständigkeit nicht minder als die Leichtigkeit der Umgangsformen wesentlich und von Bedeutung sind; denn die Zahl jener Beamtenstellungen, bei denen abgeschlossene und der Wandlung nicht unterworfene Bureauverhältnisse allein in Betracht kommen, sind — Dank einem frischeren Geiste von oben her — immer mehr im Verschwinden begriffen. Dass unter der Rücksichtnahme auf solche Erfordernisse die Würde der Wissenschaft nicht im Geringsten leidet, dass vielmehr durch den Hinblick auf das praktische Leben die Wissenschaft sich die weitesten Wirkungskreise ausserhalb der Berufs-Auditorien gewinnt, ist eines der für nnsere Zeit ehrenvollen Zeugnisse dafür, dass die wahre Wissenschaftlichkeit mit ihren fruchtbaren Ideen als ein allgemeines Bildungsbedürfniss immer mehr erkannt wird.

Die zwei Hauptübel, unter welchen die deutsche Schule der Jetztzeit leidet, sind: die Unmöglich-

keit, ausserhalb ihrer Mauern eine fest begrenzte Einwirkung auch auf die Erziehung im Hause zu gewinnen, sowie die mangelnde Gleichberechtigung mit dem Stande der Geistlichen. Was den ersteren Mangel betrifft, so macht er sich besonders in grossen Städten, wo die Verlockung zu schlechtem Umgang bei der sinnlich erregten Jugend so grossen und gefährlichen Spielraum findet, auf das Unangenehmste fühlbar. Die laxe Sittlichkeit der Eltern oder oft gar der gänzliche Mangel an dem Gefühl für das Schickliche und Rechtliche bildet z. B. in Berlin ein durch socialdemokratische Hetzereien noch bedeutend verschärftes öffentliches Aergerniss, dessen letzte Folgen die solcher sittlichen Verwahrlosung mit Energie entgegentretenden Lehrer gewöhnlich zu tragen haben. Schlimmer geht es noch in den Fabrik- und Industriestädten her, wo die Lehrer wegen ihrer festen Haltung wider die Ungebühr solcher Zöglinge von den Eltern nicht selten thätlich bedroht und misshandelt werden. Wird eine gesetzliche Einwirkuug auf die Erziehung vornehmlich zu Gunsten der entweder unentgeltlichen oder ein Minimum an Schulgeld erfordernden Volks- und öffentlichen Elementarschulen mit der Zeit als billig und recht erscheinen, so gilt dies auch in zweiter Linie für die höheren Staats- und Gemeindeschulen, bei

welchen eine strengere Controle der häuslichen Erziehung sogar leichter durchzusetzen sein würde. Erst durch die in nichts anzufechtende und zu verhindernde Verbindung des Unterrichts mit der Erziehung und der Schule mit dem Elternhause wird den vielfach unberechtigten Angriffen, als vermöge die Schule nichts über die sich immer mehr einbürgernden schlechten Gewohnheiten und rohen Sitten der deutschen Jugend, siegreich entgegengetreten werden können. — Das den Geistlichen bis jetzt nur ausnahmsweise entzogene Aufsichtsrecht über die Schulen ihrer Diöcese ist eine veraltete patriarchalische Institution, welche die Lehrer besonders auf dem flachen Lande in ein drückendes Unterthänigkeitsverhältniss versetzt, dem pädagogischen Geiste, welcher die sokratische Methode und nicht den theologischen Dogmatismus dem Unterricht zu Grunde legt, empfindlich schadet und auch dem persönlichen Ansehen des Lehrers bei eintretenden Meinungsverschiedenheiten Abbruch thut. Aber auch in dem allergünstigsten Falle des ungetrübten Einverstädnisses ist die Erkenntniss doch durchschlagend, dass die neuere Pädagogik mit ihren ausgezeichneten Resultaten eine auch äusserlich viel geachtetere und vornehmlich von einem Kirchenbeamten unabhängige Stellung verdient, wenigstens eine solche, welche die Mitbetheiligung des Geistlichen am Unterrichtswerke

als eine blos *facultative*, in das Ermessen der Unterrichtsbehörde gestellte gelten lässt, im Uebrigen aber den Lehrer auf das *obligatorische* Zusammenwirken mit der bürgerlichen Behörde und den pädagogischen Berufsvorgesetzten hinweist. Der Anschein der geistigen Ueberlegenheit, den viele Ortsgeistliche bei öffentlichen Prüfungen sich den Lehrern gegenüber anmaassen, ist eine der bittersten und berechtigsten Klagen der deutschen Lehrerwelt, welche, wie sie finanziell überhaupt nicht auf Rosen gebettet ist, abhängig von oben und von unten, eine vollständige Trennung von Schule und Kirche wenigstens als eine Erleichterung ihrer Aufgabe mit Fug und Recht verlangen kann.

Für die *Kirche* scheint noch erst die Zeit anbrechen zu sollen, wo die Bedingungen des modernen Lebens von ihr erfasst und auf dem Wege einer Annäherung an den vorzugsweise politischen Beruf der Jetztzeit zur Erfüllung gebracht werden. Durch zwei entgegengesetzte Erscheinungen giebt sie deutlich kund, wie sehr sie aufgehört hat, über den Streit der Parteien hinaus der Mittelpunkt für das religiöse Bedürfniss und das Innenleben des Gemüthes zu sein. Das protestantische Bekenntniss hat leider Veranlassung genug, einen Theil der Schuld an der immer mehr wachsenden Gleichgiltigkeit gegen das kirchliche Leben einer herzlosen und verwässerten Aufklärungstheorie,

einen anderen, nicht unwesentlichen Theil aber dem Widerstreben der Mehrzahl seiner Geistlichen gegen eine Reform der protestantischen Kirchenverfassung zuzuschreiben. Wenn auch der Kirche, als einer vorzugsweise conservativen Einrichtung, das Recht nicht bestritten werden kann, die als dauerhaft bewährten Grundnormen des religiösen Glaubens als unantastbare Traditionen fort und fort zu verkünden, so müsste ihr dennoch auch die Pflicht einleuchten, alle geistigen Vorkehrungen zu treffen, um den religiösen Sinn der Gemeinde zu heben und fortzuentwickeln. Allein nur zu oft begegnet man Geistlichen, deren Kanzelberedsamkeit wie intellectuelle Begabung den modernen Bedingungen nicht mehr entsprechen, und bei deren mit blossen Bibelsprüchen verbrämten Predigten den gebildeten Zuhörer das unbehagliche Gefühl überschleicht, dass eine rechte Erbauung unmöglich ist, wenn nicht der Geist den Geist zu fesseln und zu überzeugen weiss. Wie richtig es ist, dass der moderne Mensch in der Kirche, gerade wie der Student in der Universitätsaula, angeregt und geistig beschäftigt sein will, ergiebt sich aus der einfachen Thatsache, dass die Kirchen hervorragender oder nur geistig anregender Kanzelredner, ganz abgesehen von ihrer theologischen Richtung, fast beständig auch mit Andersdenkenden gefüllt sind, wie es bei den Predigten Brückner's und Müllen-

siefen's in Berlin und Ahlfeld's in Leipzig der Fall ist, während dahingegen wenig bedeutsamen und zelotisch eifernden Geistlichen der trübe Anblick leerer Räume nicht erspart bleiben kann.

Hierin zeigt sich so recht die verwandte Aehnlichkeit zwischen dem theologischen und dem pädagogischen Berufe. Dort wie hier kommt es nicht mehr auf das Zurschautragen von grossen und weitschichtigen Kenntnissen an; die den Hörern und ihrem Verständniss, die der Zeit und ihrem Bildungsbedürfnissen anzupassende Methode, mit Geist und Kraft durchgeführt, erzeugt das Gegenbedürfniss und versöhnt sogar mit speciellen Richtungen, wenn eben nur das lebhafte geistige Interesse wachgerufen und warm erhalten wird.

Die entgegengesetzte Richtung schlägt jetzt — sehr zum Schaden der Religion — die katholische Kirche ein: sie treibt Politik so umfassend und so intensiv, dass sie darüber fast ihre religiösen Berufspflichten aus dem Auge zu verlieren scheint, und wird in ihrem Widerstande gegen die Kirchengesetze von der grossen Mehrzahl ihrer Gläubigen auf's Kräftigste unterstützt. Sie wird und muss, trotzdem es für ein organisirtes Staatsleben keinen gefährlicheren Feind als die katholische Kirche geben kann, vor der energischen Willenskraft der Staatsgewalt zurückweichen und endlich nachgeben. Ob aber diese voraussichtliche Niederlage die Ver-

anlassung werden wird, die eingerissenen zahllosen Missbräuche und das schrankenlose Maass der Amtsbefugnisse ihrer Priester auf den Weg der Reformen zu leiten und die katholische Kirche zur schmucklosen Einfachheit der religiösen Formen wie zur Zeit des achten Jahrhunderts zurückzuführen — diese Frage kann erst dann zur Erledigung gelangen, wenn ein neues Schul- und Unterrichtsgesetz mit obligatorischer politischer Fortbildungsschule Zeit gehabt haben wird, ein Menschenalter hindurch die geistige Abhängigkeit der grossen Masse von den Priestern allgemach zu vernichten.

Wie aber unter den heutigen Verhältnissen die beliebte radicale Maxime „Trennung der Kirche vom Staat" auch nur einen vorübergehenden Nutzen bringen könnte, ist schwer einzusehen, man müsste denn annehmen, es handele sich bei der ganzen Sache um eine einfache finanzielle Entlastung des Staates von so und so viel Millionen für Besoldungs- und Kirchenbau-Zwecke. Während der preussische Staat durch Einführung der Kreis- und Synodalordnungen eben erst sich in die Lage gebracht hat, die ersten schüchternen Versuche mit der Selbstverwaltung zu machen und er es sich gefallen lassen muss, dass ihm von vielen, nicht blos conservativen Kreisen zugerufen wird, der Geist und das politische Verständniss des preussischen Volkes sei für solche freiheitliche Unternehmungen noch

nicht reif, declamirt man von fortschrittlicher Seite für die Nothwendigkeit einer Trennung der Kirche, als ob die in der grössten geistigen Beschränktheit erhaltene Masse des katholischen Volkes in Wahrheit fortschrittlich gesinnt und zu den politisch aufgeklärtesten und denkthätigsten Bevölkerungen gehöre.

Soll also eine Reform der Kirche als einer mit dem Leben verwachsenen geistigen Macht angestrebt und durchgeführt werden, so kann sie nur auf dem Boden der bestehenden Verhältnisse dadurch gedeihen, dass sie aufhöre, aus Dogmen, welche jeder mit seinem Fühlen und Denken vereinigen mag, sich Zuchtruthen für den unzerstörbaren Geist einer ganzen Zeitepoche zu binden, dass sie werde aus sich heraus, was sie gewesen: eine durch geistige Begabung wie moralische Vorzüge hervorragende Institution, welche den Willen der Menschen durch den Geist einer anregenden und fesselnden Belehrung zu läutern, ihr Gemüth durch poetische Erhebung aufzurichten und das Material der Bibel zu einem auf Herz und Verstand gleichmässig einwirkenden Bildungsstoff zu machen verstehe.

Als vierten Factor einer nationalen Gesammtbildung verdient die öffentliche Presse die weitgehendste Beachtung. Man ist gewohnt, sie bei Erwägung der auf die Bildung des Volkes einwirkenden Belehrungsmittel an die erste Stelle zu bringen und ihr allein einen viel grösseren Ein-

fluss zuzuschreiben, als selbst den genannten drei Bildungsfactoren, Wissenschaft, Schule und Kirche, zusammengenommen. Dies ist jedoch eine der Uebertreibungen, welche weniger vom Publikum als von dem „esprit de corps“ der Journalistenloge mit mehr Glück als innere Berechtigung in Scene gesetzt werden. Im Gegentheil lässt sich viel eher behaupten, dass die täglich erscheinende deutsche Presse bedeutend an Ansehen und Vertrauenswürdigkeit einzubüssen beginnt, seitdem der Journalistenberuf mehr oder minder ein blosser Gelderwerb und das Redigiren bei der demselben belassenen kurzen Zeitfrist zu einer handwerksmässigen Routine herabgedrückt ist, die darin besteht, die Spalten der Zeitung um jeden Preis mit Lesestoff zu füllen. Einzelne rühmliche Ausnahmen, wie z. B. die Augsburger Allgemeine Zeitung, deren universales Gepräge in der organischen Verknüpfung der politischen und der Bildungsinteressen zu einem Ganzen beruht, bestätigen nur um so deutlicher die Regel. Während die Kirche in ihrer Feindseligkeit gegen das moderne Princip, vor Allem erst interessirt und durch geistige Anregung gewonnen sein zu wollen, zum eignen Schaden verharrt, ist die deutsche Presse mit ihrem entgegengesetzten Verfahren, nämlich Allen Alles mundgerecht zu machen, bis an die Grenze des möglichen vorgerückt. So scheint es denn fast, als ob viele Ber-

liner Blätter es sich zu ihrer Totalaufgabe machten, nicht so sehr dem politischen Belehrungstriebe der Männer zu dienen, sondern vornehmlich die indiscrete Neugier der Frauen zu befriedigen oder die vornehme Krankheit, die Migräne, zu verscheuchen. Es mag nun allerdings etwas Wahres daran sein, dass die hochangespannte Concurrenz die deutschen Pressorgane zu ähnlichen Sprüngen treibt, um nur die Gunst des in diesem einen Punkte wahrhaft souveränen Volkes nicht zu verlieren. Allein schlimmer ist die Verirrung, die Concurrenz siegreich bestehen zu wollen durch das wollüstige Aufdecken und pikante Umherwühlen in der chronique scandaleuse — gleich einem Cagliostro, dessen Maxime es bekanntlich war, die Menschen an ihren Schwächen und versteckten Leidenschaften zu packen. Geschäftlicher Calcul und sittlicher Beruf der Presse können sich unter solchen Ausartungen nicht mehr mit einander vertragen. Daher auch die eigenthümliche Stellung, welche die weniger gebildeten Schichten zu den sogenannten „Zeitungsschreibern“ einnehmen, in denen man immer Leute wittert, die ihren eigentlichen Beruf verfehlt haben und sich nun nicht mehr zu der Ruhe und Stetigkeit einer bürgerlichen Stellung entschliessen können. Diese herabsetzende Meinung wird zwar von den gebildeteren Klassen der Gesellschaft nicht getheilt, —

wie denn die Reminiscenzen an einstige geflügelte Worte des jetzigen ersten Staatswürdenträgers im Verschwinden begriffen sind — dafür aber die journalistische Wirksamkeit als eine der undankbarsten und nach der materiellen Seite als eine der ungewissesten betrachtet. Man kann sogar an der Hand von Thatsachen, die innerhalb der journalistischen Kreise von Mund zu Mund gehen, den leidigen Beweis beibringen, dass nirgend weniger die Achtung vor der persönlichen Würde der einzelnen Mitarbeiter, nirgend mehr eine an Terrorismus grenzende Rücksichtslosigkeit der Umgangsformen herrscht, als gerade in dem Theile der deutschen Presse, der seiner liberalen Tendenz nach die erste und vorzüglichste Veranlassung hätte, die philosophische Correctheit seines Princips an der freien und in voller Unabhängigkeit dastehenden Mitwirkung der Redacteure zu beweisen. Hauptsächlich ist in der letzten Zeit, wo die Börseninteressen lawinenartig alle edleren Bestrebungen verschlangen, gegen die Selbständigkeit der Presse dadurch so viel gesündigt worden, dass das rohe Vordrängen der rein geschäftlichen Gewinnsucht sich leider auf eine grosse Zahl achtungswerther Redactionen erstreckte und Individuen auf die Redactionssitze führte, von denen sittlicher Ernst und charactervolle Hingebung an die Sache selbst nicht erwartet werden darf. Wenn

das, was in der Broschüre: „Die Corruption in Oesterreich“ (Zweite Auflage, Leipzig 1872) von der colossalen Feilheit der österreichischen, zumal der Wiener Presse behauptet wird, auch nur zum kleinsten Theile Wahrheit ist, so wird es nicht zu kühn sein anzunehmen, dass ähnliche Presszustände bei ganz ähnlichen Grundursachen auch in Deutschland dagewesen sind und zum Schaden Aller noch fortexistiren.

Wie aber soll eine Reform der Presse anders gelingen können, als durch die Presse selbst? Dass hier mit dem volkswirthschaftlichen Satze der freien Concurrenz nicht einmal etwas Wesentliches auf dem Wege einer Reform der Personenfrage, geschweige des sittlichen Characters der Zeitungen erreicht werden kann, liegt auf der Hand. Die Fabrikation von Sensationsnachrichten mit dreinfolgendem Dementi, das Redigiren nach der Routine und mit der Papierscheere wird fleissigst und ungestört seinen Fortgang finden, so lange es ein zahlendes und vertrauensvolles Publicum giebt, welches über das Wesen des Journalismus kein Urtheil hat und so lange die Reclame noch Heldin des Tages ist. Wer nur vorübergehende Zustände in den angedeuteten Uebeln sieht, befindet sich im Irrthum; denn mit dem Wegfall der Cautionen und der Zeitungsstempelsteuer wird naturgemäss eine grosse Anzahl neuer Zeitungen und

Zeitschriften in's Leben gerufen werden, welche nun versuchen müssen auf dem bereits überfüllten Markte durch allerhand Zugmittel sich zu halten und durchzuringen. Den älteren, bereits bestehenden steht dann ein neuer Kampf gegen die zudringlichen Neulinge und ein neues Ringen um die Gunst des Publicums bevor, und der Gedanke an Reformen, falls er überhaupt Anklang bei der tüchtigen Presse finden sollte, muss dann auf's Neue verschoben werden.

Ein Mittel jedoch giebt es — und wenn wir nicht irren, ist es bereits in den Vereinigten Staaten auf dem Wege der Ausführung — welches freilich erst für die Zukunft der deutschen Presse die bedeutendsten Ergebnisse verspricht, dessen praktische Verwirklichung aber bereits vom ersten Augenblicke an eine günstige Rückwirkung auf die heutigen Zustände üben müsste; es ist eine Fachbildungsanstalt für den deutschen Journalismus.

Der bekannte französische Publicist Pelletan hat in einem seiner Vorträge einmal darauf hingewiesen, dass es eigentlich gar keinen Journalistenberuf gebe, weil es noch keinem jungen Mann bei Aufstellung seines Nationale eingefallen sei, sich als ein künftiges Mitglied der Zeitungspresse zu qualificiren. Alle übrigen Berufe — schliesst ungefähr Pelletan — werden und werden anerzogen; der Beruf des Journalisten ist und kann

nicht anerzogen werden. Die Wahrheit dieses Wortes beweist sich leicht; die nothwendigen Folgerungen will Niemand ziehen, oder besser, sie wären schon gezogen, wenn es nicht eben selbst die Presse wäre, von der man noch immer die sonderbare Meinung hegt, sie müsse so sein, wie sie ist. Allein noch wunderbarer ist der Glaube, dass alle Journalisten gerade genug Begabung und Bildung hätten, um sich mit der ihnen eigenthümlichen Leichtblütigkeit und geistigen Behendigkeit über die schwierigsten socialen und politischen Probleme wegzusetzen. Mit diesem letztem Ausdrucke sind Vorzüge und Mängel des deutschen Journalismus ausserordentlich treu wiedergegeben. Während man nämlich den Zutritt zu allen gelehrten Lebensberufen von obligatorischen Prüfungen, oft recht rigorosen Characters, abhängig macht, steht der Journalist schon mit dem zwanzigsten Jahre fix und fertig da. Ob er viel und Tüchtiges wisse, — die Frage wird ihm gerne erspart; aber dass er schreiben, viel und schnell schreiben könne, — das sind die „starken Wurzeln seiner Kraft“. Es darf nicht Wunder nehmen, dass unter solchen für den Dienst der öffentlichen Presse nur zu häufig massgebenden Umständen ein grenzenloser Dünkel gerade in solchen Redactionsmitgliedern am ehesten auftaucht, denen eine gründliche philosophische Bildung des Kopfes und des

Herzens gänzlich abgeht. Wenn aber irgend ein Beruf vorurtheilsfreie und feingebildete Köpfe braucht, nicht blos irrwischartig glimmende Talente, sondern Männer von seltener harmonischer Durchbildung, — so ist es angesichts einer ins Unendliche fortwirkenden Bewegung der Geister sicherlich und hauptsächlich der Journalistenberuf.

Die deutsche Presse wird erst dann zur vollsten Anerkennung als Hüterin und Schirmerin der edelsten Menschheitsideale gelangen können, wenn sie sich einmal zu einem festen Cartellverbande behufs Abwehr charakterloser Literaten verbündet und zum anderen die Hand ans Werk legt zur Begründung von Fachschulen für den journalistischen Beruf. Da die erstere Vereinigung im Werden ist, so kann hinsichts des zweiten Vorschlages nur bemerkt werden, dass es gilt, diejenigen Lücken, welche auch die beste Universitätsbildung in Bezug auf die praktische Tauglichkeit gerade zum Journalistenberuf aufweist, durch die vorzügliche Sorgfalt auszufüllen, vermöge deren eine organische Verbindung wissenschaftlicher Gründlichkeit mit literarischer Verwerthung der speciell politischen und volkswirthschaftlichem Ergebnisse anzustreben und zu verwirklichen ist. Die Fachschule würde demnach einem wissenschaftlichen Seminar gleich stehen, in welchem der ganze Umfang journalistischer Erfordernisse während eines

dreijährigen Cursus zur Aneignung kommt und in stetem Hinblick auf den sittlichen Beruf der Presse die Politik als eine einheitliche Wissenschaftslehre zur zweckmässigsten Darstellung gelangt. Mit einer Prüfung, welche an Geist und Talent nicht minder hohe Anforderungen zu stellen hätte, als an ein gründliches Einzelwissen in dem Bereiche der gelehrten und schönwissenschaftlichen Kenntnisse würde die praktische Vorbildung schliessen, um den jungen Journalisten, die dann höchstens ihr 23. Lebensjahr erreicht haben würden, das Betreten ihrer Laufbahn, welcher politischen Richtung sie sich auch zuwenden mögen, auf's Wesentlichste zu erleichtern. Denn die Grundlage, auf welcher eine wahrhaft staatsmännische Betrachtung der Zeitereignisse allein ermöglicht wird, ist durch ein gründliches Studium der vielseitigen Bedingungen des Staats- und Verfassungslebens gegeben und damit der drückenden Herrschaft der politischen Phrase ihr Ende bereitet.

Es würde zu weit führen, die Consequenzen einer solchen Reformbestrebung bis in alle ihre Wirkungen auf das bürgerliche Leben zu verfolgen; allein ziemlich einleuchtend dürfte es sein, dass sie sogar auf die Parteibildungen reformirenden Einfluss gewinnen und schliesslich die Ausgestaltung zweier grosser Parteien wie im englischen Parlament, einer Regierungs- und einer Oppositionspartei, zur

Folge haben würden, — was nach Lage der heutigen Zeitverhältnisse und nach der Stellung der deutschen Presse zu jenen politischen Idealen gehört, deren Erfüllung erst von der grösseren politischen Urtheilsfähigkeit der gesammten Nation wie von einer urtheilsfähigeren, staatsmännisch denkenden deutschen Presse erwartet werden muss.

Mit den angedeuteten Reformen in Wissenschaft, Schule, Kirche und Presse wäre freilich keineswegs der Reigen der Factoren geschlossen, durch welche eine Gesammtbildung der Nation auch nach den idealeren Richtungen der Kunst und Literatur sich ermöglichen liesse; im Gegentheil bleibt hier den patriotischen Bestrebungen Einzelner oder ganzer Körperschaften ein weites Gebiet, auf welchem auch zur Eindämmung und Unschädlichmachung socialistischer und communistischer Utopien die Organisirung wirksamer geistiger Abwehrmittel noch zu erwarten steht. Allein wenn es unter allen Idealen des Staatslebens ein höchstes giebt, so ist es das, die Zahl der Gebildeten, so weit seine Kräfte reichen, zu vermehren und die Zahl der Verbrecher mit allen seinen Kräften zu verringern; und nur eine Nation, bei welcher die geistige und sittliche Durchdringung vermittelst einer nationalen Gesammtbildung Zweck ihrer Existenz geworden ist, kann auf eine grosse historische Zukunft zählen.

Capitel VI.

Das deutsche Reich und sein Ausbau.

Die in den vorigen Capiteln nur skizzenhaft angedeuteten Wege zur Verwirklichung der deutschen Einheitsidee münden zum Theil schon jetzt in den Gesammtgang der nationalen Entwickelung ein und lassen sich als die wesentlichsten Haupterfordernisse hinstellen, welche den Reichsinstitutionen zu innerer organischer Kraft und zu einer über alle augenblicklichen Störungen hinausreichenden Bewährung verhelfen werden. Dass der kräftige politische Impuls, welcher das deutsche, vornehmlich aber das preussische Volksleben der Gegenwart auszeichnet, in immer steigender politischer Aufklärung fortwirke auch auf die Hebung und Herausbildung einer wahren sittlichen Zucht und auf eine freiwillige, mit dem höchsten Maasse persönlicher Freiheit wohl vereinbare Unterordnung unter die Zwecke des Staates, muss Wille und Wunsch der Reichsregierung, muss das Bestreben eines grossen Volkes sein, welchem, nachdem es endlich die Grundlagen des nationalen Zusammenwirkens gefunden, der Weiterbau seiner Einheit als nächste und natürlichste Aufgabe seines politischen Lebens erscheinen müsste.

Die beständige Hinweisung auf ein politisch organisirtes Volksleben mag allerdings nicht nach

dem Geschmacke derjenigen sein, welche von oben her, von den jeweiligen leitenden Staatsmännern alles Heil und alle wahre Reform erwarten; aber, wenn das deutsche Volk die Folgerungen zu ziehen berechtigt ist, welche sich ihm durch das Zugeständniss des allgemeinen und directen Wahlrechts von selbst darbieten, so hat es auch von jetzt ab den vollen Anspruch, als ein integrirender Bestandtheil der Gesammtintelligenz, nicht etwa blos durch seine Volksvertretungen, sondern auch als ein unabhängiger Ausdruck des Gesammtwillens, betrachtet und näher gewürdigt zu werden.

Das deutsche Volk, im Grossen und Ganzen betrachtet, ist nach Maassgabe seiner Geschichte eines der loyalsten und conservativsten Völker, denn — um es mit einem Worte zu sagen — es fehlt ihm auch noch heute nach mehr als tausendjährigem Bestande der politische Centralisations- und Vereinigungstrieb. Alle übrigen Staatswesen Europas bilden in sich geschlossene Einheiten, in welchen selbst einzelne Stamm- und Sprachunterschiede, wie z. B. in Belgien die Wallonen und die Vlaminger, vollständig aufgelöst und zu einem untrennbaren Ganzen zusammengeschmiedet sind. Der germanische Grundzug, an der Scholle zu haften, ist im Wesentlichen auch durch die weitgehende Auswanderungslust Einzelner nicht zerstört worden, die trennende Besonderheit der Stammes-

unterschiede, wie zwischen Sachsen, Bayern und Franken, auch heute keineswegs gehoben; die Zahl der mit Souveränitätsrechten umkleideten Staaten beträgt noch immer 25, und die mit particularer Vorneigung den angestammten Fürstenhäusern und Senaten entgegengebrachte Loyalität der Bevölkerungen zeigt sich durchschnittlich von solcher Zähigkeit und Ausdauer, dass eine etwaige Missregierung als ein mit Langmuth zu tragendes Uebel angesehen oder einem zu harten Drucke derselben nur im äussersten Falle durch Auswanderung ausgewichen wird. Das sind Zustände, die von Niemand bestritten werden, und mit denen der Einheitsgedanke daher zu rechnen hat.

Wäre das deutsche Volk den liberalen Ideen und überhaupt der politischen Reform mit Vorliebe so sehr ergeben, wie es einzelne demokratische Wortführer tendenziös gerne hinstellen möchten, so hätte das allgemeine und directe Wahlrecht in dem achtjährigen Zeitraume seines Wirkens die Hauptveranlassung zu umfassenden Reformbestrebungen auf dem Gebiete der einzelstaatlichen Verhältnisse werden und überhaupt einen Umschwung zu Gunsten der nationalen Idee hervorbringen müssen, welcher das wachsende Vertrauen zu der freisinnigen Durchführung der Reichsverfassung bekundete.

Hier bedarf es einer kurzen Zwischenbetrachtung. Fast unbegreiflich scheint es, wie von den

maassgebenden Organen der öffentlichen Presse immer nur die grossen und Mittelstädte bei Beurtheilung einer politischen Gesammtstimmung in's Auge gefasst, die an Zahl um das Doppelte überlegenen Landbevölkerungen aber mit ihren Stimmungen und Grundanschauungen völlig vergessen oder geflissentlich in den Hintergrund geschoben werden. Die Einseitigkeit des sogenannten Grossstädters in Betreff alles dessen, was nicht in das wogende Leben und Treiben der gesellschaftlichen Centren hineingehört, darf da als ganz besonders hervorstechend bezeichnet werden, wo es gilt, sich ein Gesammturtheil über die Verbreitung und die Erfolge des politischen Freisinns im weiteren Bereiche des Vaterlandes zu gewinnen. So hat sich denn die gang und gäbe, aber durchaus incorrecte Meinung verbreiten können, dass die Landbevölkerungen in Deutschland bereits hinreichend politisch aufgeklärt seien, und dass es nur der Aufstellung von freisinnigen Wahlcandidaten bedürfe, um Brief und Siegel für ihren fortschrittlichen Sinn zu haben. Es ist dies wiederum eine der zahlreichen Verdrehungen und Uebertreibungen, von denen ein grosser Theil der liberalen Zeitungen noch heute wimmelt. So viele lieben es, sich den Anschein der Allwissenheit zu geben, und sind nicht einmal im Stande, sich wahrheitsgetreue und von der widerlichen Tendenzreiterei freie Berichte über das

eminent wichtige Capitel der politischen Stimmungen zu verschaffen, weil eben in Folge des gänzlichen Mangels an scharfer persönlicher und sachlicher Controle das leichtbeschwingte Völkchen der sogenannten politischen Correspondenten mit wenigen rühmlichen Ausnahmen sich zu einem ebenso unzuverlässigen wie zudringlichen Parasitenthume ausgebildet hat, dem leichter Geldverdienst als erste und hauptsächlichste, politische Gesinnung und strenge Verantwortlichkeit dagegen als fernliegende Pflicht erscheinen. Die sicheren Stützpunkte liberaler Grundanschauungen bleiben und werden verbleiben einzig und allein die grossen Städte mit über 30,000 Einwohnern, während den kleineren Städten und dem flachen Lande nach wie vor die eigenthümliche Scheu vor allen politischen Umgestaltungen und im günstigsten Falle eine mit Scheinliberalismus vergoldete conservative Zähigkeit zum Typus dienen wird.

Bedürfte es noch eines weiteren Zuwachses zu dem gegen politische Reformen vorwiegenden Misstrauen eines sehr grossen Theiles der deutschen Nation, so ist es die loyale Ergebenheit, welche die Bevölkerungen der deutschen Einzelstaaten ihren angestammten Fürsten entgegenbringen. Diese Specialeigenthümlichkeit der kleineren deutschen Staaten bringt es mit sich, dass der Einzug liberalerer Ideen gewissermaassen durch zwei Thüren erfolgen muss, durch den sichtbaren officiellen Eingang, welchen

das Reich sich nun einmal offen erhält und erhalten muss, und durch die versteckte Hinterthür der Gedanken- und Pressfreiheit, freilich so äusserst schmal und enge, dass der Liberalismus der Kleinstaaten von einer Zahmheit und Bescheidenheit ist, die für die ewige Fortdauer engbeschränkter Particularverhältnisse wenig zu wünschen übrig lässt.

Das sind Zustände und charakteristische Eigenheiten in dem politischen Gesammtverhalten des deutschen Volkes, denen von einem unparteiischen Standpunkt aus eine gewisse historische Berechtigung gebührt, weil sie den inmitten aller Reformbestrebungen sich stets gleich bleibenden conservativen Grundzug des germanischen Wesens als einen wichtigen Hauptfactor hinstellen, mit dem von oben, von Seiten der Reichsregierung, ebenso wohl wie von unten, von der Seite des den Einheitsformen günstig gesinnten und dem Particularismus abholden Theile des deutschen Volkes, gerechnet werden muss.

Nichts würde natürlicher sein als die Frage, welche Hoffnungen bei so gearteten Verhältnissen auf eine einheitliche und volksthümliche Ausgestaltung der deutschen Reichsverfassung zu setzen seien? — Nach den verschiedenen Parteistandpunkten würde auch die Antwort höchst verschiedenartig ausfallen. Der ungeduldige Radicale, bei seinem schlechten Augenmaass für erreichbare Zwecke, würde mit Ungestüm einer Zwangs- und Schreckenspolitik das

Wort reden, welche auf eine gewissenlose Ausbeutung kleinstaatlicher Schwächen hinausliefe; denn unter allen politischen Parteigruppirungen ist in Deutschland der Radicalismus die zugleich impotenteste wie gewahltthätigste Form der freien Meinungsäusserung. — Der langsam dem Zeitgeist nachhinkende Conservative wird umgekehrt in diesen durch keine Sophistik wegzuleugnenden Zuständen die Gewähr dafür erblicken, dass die monarchischen Institutionen das eigentliche politische Lebenselement der deutschen Nationen seien, und das möglicherweise der deutsche Adel sich den verloren gegangenen Platz in der gesellschaftlichen Welt wieder erobere, - sanguinische Hoffnungen, welche deutlich den weiten Abstand bekunden zwischen dem deutschen Conservatismus, welcher in der parfümirten Hofluft zumal kleinstaatlicher Fürstenhöfe sein politisches Ideal erblickt und dem englischen Torysmus, dessen historische Berechtigung mit Wurzeln und Stamm fest und sicher in der britischen Repräsentativverfassung beruht. — Dem Liberalen endlich, der gewohnt ist dem Einfluss des Wortes in Presse und Parlament leider eine unbegrenzte Kraft zuzutrauen, wird angesichts der angedeuteten Zustände das Menschliche begegnen, dass er meint, durch Leitartikel und Petitionen den nothwendigen Umschwung in den Gemüthern der „grossdeutsch" gebliebenen Bevölkerungen hervorzurufen, — womit bekanntlich in

einer Zeit, welche den schnellen Entschliessungen die That folgen lässt, wenig genug geleistet ist.

Der freiheitliche Ausbau Deutschlands zu einem grossen und mächtigen Ganzen bliebe somit von dem einen Hauptfactor abhängig: von der in Cap. III bereits erörterten Umgestaltung der Einzel- zu Gesammt-Volksvertretungen. Es würde dies unzweifelhaft die würdigste und einfachste Form sein, trotz anscheinender Schwerfälligkeit bis zu dem Grade entwicklungsfähig, dass von den natürlichen Besonderheiten der deutschen Stämme und Gebiete allein noch die Topographie, von der nicht minder natürlichen Gemeinsamkeit der nationalen Einrichtungen die Geschichte der 5 Staatenparlamente den Ausweis zu geben hätten. Es würde dies in Anbetracht der Deutschland drohenden auswärtigen Verwickelungen mit Frankreich und mit dessen etwaigen künftigen Bundesgenossen der sich von selbst bietende Weg sein, die 1870 beschworenen Eide der deutschen Souveräne zu einer weit stärkeren sacramentalen Allianz zu machen, als es Bündniss- und Separatverträge nur immer zu thun vermögen; die herbeigeführte Verfassungseinheit würde Deutschland vor dem bedenklichsten aller Experimente bewahren, äussere militärische Erfolge zur Norm für innere Einheitserfolge werden zu lassen.

Denn es ist eine unbestreitbare Thatsache, dass mit der gewaltigen Einwirkung grosser politischer

Actionen, welche die bis dahin bestehenden Parteibildungen gänzlich verschwinden zu machen vermögen, sich nichts vergleichen kann, und seien es auch die unglaublichsten Erfolge auf dem Gebiete des inneren Staatslebens. Die ungeheuere Macht, welche in den Händen eines ehrgeizigen obersten Staatsmannes ruht, behält selbst gegenüber der schweren Verantwortlichkeit, mit welcher er eine Kriegserklärung an einen fremden Staat zu decken hat, auch im ausgebildetsten Verfassungssystem eine fast unangreifbare Stellung, sobald nämlich der kriegerische Geist des Volkes und der nationale Eigenwerth gegen Staaten angerufen werden, deren Wesen und Charakter, deren Politik und Gerechtigkeitssinn wie eine höhnende Ueberhebung gegen die Institutionen des Völkerrechts erscheinen. Sollte das französische Volk, welches schon einmal wider Willen und Absicht der Urheber des deutschen Einheitsbaues werden musste, wiederum die Ursache werden wollen, dass das langsame Tempo der inneren deutschen Entwicklung durch grosse Siege und Schlachten wesentlich beschleunigt wird?

Es wäre zu wünschen, dass die Entwicklung zum Einheitsstaate nunmehr auf der ruhigeren Bahn der Reform fortgedeihe, auf welche naturgemäss die Verfassungsstaaten der modernen Zeit bei Aenderungen des politischen status quo angewiesen sind. Zu diesem Wunsche berechtigt vor allem das Auf-

treten und Anwachsen der clericalen Oppositon. — Dass zäh-conservative und dynastisch-loyale Anschauungen bei der historischen Gestaltung in Deutschland als bedeutsame Factoren angesehen werden müssen, mit denen von allen maassgebenden Staatsmännern zu rechnen ist, kann selbst von denjenigen Parteigruppirungen nicht in Abrede gestellt werden, welche in dem möglichst schnellen und unbehinderten Fortschritte der politischen Reife das Ideal verfassungsmässiger Zustände erkennen. Denn diese Anschauungen haben ihre volle natürliche Berechtigung. Und eben im Gegensatz zu ihnen muss allein der ultramontanen Partei jedes innere Recht ihrer Existenz bestritten werden: denn sie wurzelt mit ihrer Widerstandstaktik weder in den Ergebnissen der specifisch preussischen noch in denen der allgemeinen deutschen Geschichte; sie kann weder auf den Namen einer staatsrechtlichen noch politischen Partei überhaupt Anspruch machen; sie ist nichts als eine künstliche Treibhauspflanze, aus dem römischen plötzlich in den deutschen Boden versetzt, grossgezogen an einem Dogmenfieber, aus welchem die völlig überlebten Bevormundungstheorien eines Innocenz III. und Gregor IX. als lallende und unverständliche Laute hervortönen: die Fahnenjunker einer wohlgedrillten Armee von Priestern, Mönchen und Nonnen, deren geistige und disciplinarische Ab-

hängigkeit für das politische Verständniss der ihnen blind ergebenen Bevölkerungsschichten allerdings das Schlimmste besorgen lässt.

Der bequeme Deckmantel, den die sogenannte Centrumsfraction ihrer nationalen Agitation umzuhängen weiss, der Vorwand, als gefährden die Kirchengesetze den Bestand der katholischen Religion, ist im Grunde genommen nichts weiter als ein Köder für den einheitsfeindlichen Particularismus. Wenn Bayern unter 48 Abgeordneten zum Reichstage 32 Mitglieder des Centrums, von denen nur 8 dem Priesterstande angehörig, sendet, so heisst das mit dürren Worten, das die Hälfte der bayerischen Abgeordneten unter Anführung des streitbaren Jörg im engenen Vaterlande die stolze Beruhigung ihres politischen Particulargewissens in dem Namen der bayerischen „Patrioten“ suchen und damit von vornherein dem Reich und seinen Aufgaben die erbitterste Fehde geschworen haben. Dahingegen lässt sich bei der von katholischen Wühlereien arg mitgenommenen Rheinprovinz nebst Hohenzollern welche unter 37 Abgeordneten nicht weniger als 28 Clericalen das Reichstagsmandat verlieh, allerdings mit ziemlicher Genauigkeit nachweisen, dass es sich hier in erster Linie um die Abwehr des protestantischen Staatsprincips gegenüber der päpstlichen Unfehlbarkeitspraxis handelt, wenn freilich auch mit dieser offen bekannten Tendenz die

versteckte Absicht sich paart, die mit Ausführung der Reichsverfassung Hand in Hand gehende religiöse und politische Aufklärung möglichst lange einer Bevölkerung vorzuenthalten, welche ihr durchschnittlich recht elementarer Bildungsgrad zu arglosen und blind vertrauenden Werkzeugen der katholischen Priestermacht stempelt.

Von allen Parteien im deutschen Reiche nimmt keine einzige — die Socialdemokraten mit eingeschlossen — eine für Deutschlands Geschichte so beschämende Stellung ein wie die Ultramontanen. In einem Lande, wo Literatur und Philosophie ein ganzes Jahrhundert lang fast die einzig belebten Mittelpunkte der Gesammtbildung ausmachten, wo eine zahlreiche Schaar der grössten Denker läuternd und bestimmend auf den werthvollen Kern der deutschen Nation nachhaltige Wirkung übte, und wo die aufgeklärte Richtung auf dem Gebiete der Religion fast alle Volksschichten durchdrungen zu haben schien, taucht plötzlich und unerwartet die crasseste und von den liberalen Zeitungen beinah todtgesagte Verfinsterungssucht in Gestalt einer Fraction auf, welche in wunderlichster Ueberhebung die Grundsätze lehrt und befolgt wissen will, wonach ein geordnetes und zur Reife der Entwicklung gediehenes Staatsleben auf den wüsten Zustand des Mittelalters zurückgeschraubt werden soll. Denn ein solcher Zustand der geistigen und weltlichen

Anarchie würde mit dem Grundsatze der Centrumsfraction, dass der Staat bei Anstellung von Staatsbeamten sich nach dem Gutdünken der Bischöfe zu richten habe, in den katholischen Landestheilen sanctionirt werden. Doch was beschämender zumal für Preussens ehemalige innere Politik ist, dieser an die Zeiten des Mittelalters erinnernde Zustand besteht bereits, und eben die in aller Stille gereiften Früchte jener theils wohlberechneten, theils absichtslosen Indolenz der früheren preussischen Cultusminister sind es, welche das heutige Kampfobject bilden. Trotz der Heftigkeit der parlamentarischen Debatten, trotz der Drohungen, als werde das deutsche Reich aus den Fugen gehen, kann es keinem Zweifel unterliegen, dass die gründliche Niederlage hierarchischer Ueberhebungen den weiteren Schritt zur Aufhebung aller jener wider Natur und Bildung gerichteter überlebter Einrichtungen der katholischen Kirche veranlassen und mit ihnen der falsche Nimbus fallen wird, welcher eine blosse Religionsgesellschaft zum souveränen Einzelstaat im Staate und zur erfolgreichen Widersacherin der modernen naturwissenschaftlichen Bildung zu machen wusste.

Die Geschichte der Centrumsfraction wird in Kurzem folgenden Verlauf haben: mit versteckt freiheits- und bildungsfeindlichen Tendenzen begonnen, mit offen antinationalen und vaterlandsfeindlichen Bestrebungen aufgehört; mit dem Ultramonta-

nismus, als dem anmaassendsten Anspruch auf Oberherrlichkeit einer geistverdunkelnden Priesterlogik auf die Bühne getreten, mit dem erzürnten Alarmruf von drei Vierteln der deutschen Bevölkerungen als schlechte Schauspieler mitten in der Durchführung ihrer Rolle zum Abgang gezwungen und von der Bühne der deutschen Volksvertretungen für immer verjagt. — Dies wird — wenn anders noch das geringste Vertrauen auf den trotz einzelner Verirrungen unversehrt gebliebenen sittlichen Geist des deutschen Volkes gesetzt werden kann — das Schicksal einer Fraction werden müssen, welche auf der widernatürlichsten und undeutschesten Basis, auf dem confessionellen Grössenwahn, ihre allen modernen Lebensbedingungen widersprechenden Theorien aufgebaut und damit den unfreiwilligen Beweis geliefert hat, dass nicht bloss Preussen und Deutschland, sondern die sämmtlichen christlichen Staaten der Erde die dringendste Veranlassung haben, mit der rücksichtslosesten Energie wider den Grossmachtsdünkel der katholischen Centralisation zu Felde zu ziehen.

Entschieden mehr Berechtigung zur Existenz darf selbst die socialdemotratische Richtung für sich in Anspruch nehmen. Es ist nicht zn bestreiten und darf als Endurtheil nicht verschwiegen werden, dass die sociale Frage eine wissenschaftliche Disciplin geworden, welche die gleiche Beachtung

verdient wie die Medicin und die Theologie. Es sind die ganz natürlichen Ergebnisse des in die grosse Masse dringenden Aufklärungs- und Bildungsbedürfnisses, aus welchen sich zunächst die wirthschaftliche Doctrin aufgebaut hat, dass die Handarbeit möglichst der fluctuirenden Rückwirkung von Angebot und Nachfrage entrückt und der Uebermacht des Grosscapitals ein Damm entgegengesetzt werden müsse durch die stramme Organisirung der arbeitenden Klassen zu Schutz und Trutz gegen Uebergriffe der Arbeitgeber. Soweit wäre der socialdemokratischen Lehre Ernstliches nicht entgegenzusetzen: denn die eintönige, Geist und Charakter abstumpfende Handarbeit in den Fabriken, welche durch die bis ins Kleinste gehende Theilung der Arbeit den Menschen in Wahrheit zu einer seelenlosen Maschine herabwürdigt, wird bei geweckteren Naturen stets lebhaftester Abneigung begegnen und ist deshalb im Grunde der Haupthebel der socialdemokratischen Agitation. Insofern kann Lassalle mit seiner Entdeckung des vierten Standes und seine mehr oder minder begabten Anhänger und Nachtreter höchstens nur der Vorwurf treffen, dass sie sich sehr jesuitischer Mittel zur Anlockung und Festhaltung der grossen Masse bedient haben. Die straffe Disciplinirung der Arbeiter ist zum grossen Theile gelungen; ihre berechtigten Klagen wissen sich Gehör

zu verschaffen; auf ihre feste Geschlossenheit hat der Capitalist als Arbeitgeber mehr Rücksicht zu nehmen, als seiner Gewohnheit entspricht: allein die wüsteste und ungebildetste Sorte von Demagogen, die geist- und charakterlosen „Hetzer“, haben sich der Bewegung bemächtigt, welche Lassalle wohl in freisinnigem, aber nicht revolutionärem Geiste geführt haben würde, und sind mit ihren Zugmitteln in so kurzer Zeit bereits an der sittlichen Grenze angelangt, jenseits welcher bereits die Anarchie in schreckenerregenster Gestalt im Bunde mit der schmutzigsten Ochlokratie als Nachäffung der Pariser Commune zu lauern scheint. Wenn von irgend einer Partei gesagt werden kann, dass sie über ihre eigenen Tendenzen sich niemals klar werden wird, so lässt sich dies mit Recht von der jetzigen socialdemokratischen sagen, auf welche das deutsche Reich daher die grösste Wachsamkeit zu verwenden hat.

Die Stellung der Fortschrittspartei zu den Reichsinstitutionen entspricht nicht mehr dem begeisterten Idealismus, welcher einst ihre zähe Opposition wider das Ministerium Bismarck zu beleben pflegte; auch sie ist älter, ruhiger, bedächtiger geworden und begnügt sich bei Eugen Richters feurigem Dithyrambenton die Reminiscenzen an einstige Grösse zu erwecken. Sie hat aufgehört, ausschliesslich Oppositionspartei zu sein, und wenn sie auch für die unter heutigen Verhältnissen ganz

unmögliche Durchführung der Trennung des Staates von der Kirche zu schwärmen nicht aufgegeben hat, so ist das ein Anklang an ehemalige doctrinäre Zeiten, wo sie gewohnt war, ihre öffentliche Thätigkeit mit einer stehenden Rubrik von fertigen Phrasen zu bezeichnen. Die Fortschrittspartei hat durch das Läuterungsfeuer, das ihr nicht erspart bleiben konnte, eher an Ansehen gewonnen als verloren. Von der socialdemokratischen Richtung durch ihre nationale Haltung und ihre volkswirthschaftlichen Grundsätze auf immer geschieden, wird sie für den Verlust an der Zahl ihrer Mitglieder durch das Bewusstsein entschädigt, dass ihr die Hauptstadt des deutschen Reiches treu geblieben ist, und dass sie der starken Vertrauensstellung des preussischen Ministeriums und vornehmlich des Reichskanzlers gegenüber mit Würde und Beharrlichkeit die verfassungsmässige Fortentwicklung des Budgetrechts betont und aufrecht erhält. Wenn auch in ihr die individuellen Meinungsverschiedenheiten durch einen linken und einen mit den Nationalliberalen Fühlung suchenden rechten Flügel zum Ausdruck gelangen, so darf der Fortschrittspartei doch die Anerkennung nicht versagt werden, dass sie vermöge ihrer strengen Disciplin eine fest geschlossene Vereinigung von freisinnigen Politikern bildet, um deren Unterstützung bei parlamentarischen Entscheidungskämpfen sich alle maass-

gebenden Parteien zu bewerben genügende Veranlassung haben. Die Fortschrittspartei, nachdem die unruhigen Köpfe und die mehr durch hochfliegenden Ehrgeiz als durch staatsmännische Begabung markirten Elemente allgemach ihren Rückzug angetreten haben, ist wohl berufen, in der Zukunft eine hervorragende Stellung unter den Parlamentariern des deutschen Reiches einzunehmen, wenn sie sich entschliessen kann, voll und ganz der Gegenwart zu leben und die Lehre vom passiven Widerstande, mit welcher sie schliesslich Fiasco machen musste, zu der activen Praxis umzugestalten, wie sie für eine politische Oppositionspartei im deutschen Reiche unerlässlich ist. Denn jeder mit dem Staatsleben vertraute Denker wird wissen, dass, so hoch die Verdienste eines genial geleiteten Ministeriums um das Vaterland auch sein mögen, nur der Druck und Gegendruck der politisch berechtigten Anschauungen das rechte Gleichgewicht zwischen Regierung und Volksvertretung herzustellen vermögen.

Die kurze Geschichte der nationalliberalen Partei in Deutschland liefert einen lehrreichen Beitrag zur Geschichte der gesammten politischen Entwicklung, wie sie sich seit 1866 im deutschen Volke zu Gunsten der deutschen Einheitsidee vollzogen hat und noch vollzieht. In der Eigenart dieser nationalen Entwicklung liegt die gegenwärtige und zukünftige Stellung der Partei begründet; ihre

Stärke beruht in dem klaren Hervorheben und der ungesäumten Befriedigung der unmittelbar nothwendigsten Bedürfnisse des politischen Lebens, ihre Schwäche in der zu ausgedehnten Identificirung einer Idee mit dem practischen Vermittler derselben, in der zu ängstlichen Verknüpfung der Bedingungen des nationalen Weiterbaus mit dem Ministerium des Fürsten Bismarck. Die Personenfrage nach dieser Richtung verdankt ihre derzeitige Prärogative vor dem parlamentarischen Regime unzweifelhaft dem Anwachsen conservativer Elemente, aus welchen sich die Mehrzahl der zu ihrem rechten Flügel haltenden Mitglieder zusammensetzt. Der ehemalige Grundzug, der auch bei ihrer Trennung von der Fortschrittspartei als ein demokratischer noch nicht verloren gegangen war, hat sich inzwischen vermöge des Vorwiegens der eben genannten Elemente nach der Seite des gemässigten Liberalismus nicht unwesentlich verändert. Es ist nicht zu leugnen, dass der Reichskanzler selbst mit seiner beliebten Taktik, auch im Parlament Alles wie im Sturme zu erobern, eine bedeutende Rückwirkung auf die Zusammensetzung der constanten Reichstagsmajoritäten ausgeübt hat. Dass die conservative Unterströmung in dem Fluss der nationalliberalen Parteibestrebungen ziemlich bedeutsame Dimensionen angenommen, geht aus der Thatsache hervor, dass viele nationalliberale Parteiorgane sich nicht scheuten, das allgemeine und

directe Wahlrecht, welches doch allgemein als eine grosse politische Errungenschaft betrachtet wird, als ein zweischneidiges Schwert anzuklagen, dessen Spitze Freund und Feind gleichmässig verletze, und weil es den Unschuldigen mit dem Schuldigen zusammenwerfe, es als eine unzweckmässige Einrichtung zu verwerfen. Solche Aeusserungen, die unbeanstandet in der nationalliberalen Presse hingehen, bekunden mit ihrer Unbesonnenheit nicht blos, dass ein ansehnlicher Theil der nationalliberalen Politiker die Grundbedingungen des liberalen Verfassungslebens zu vergessen scheint, sondern zeigen auch bereits alle die Symptome der politischen Reizbarkeit und Unduldsamkeit, wie sie das Kennzeichen herrschender Parlamentsmajoritäten zu bilden pflegen. Unter solchen Umständen wäre es für die zukünftige Gestaltung der nationalen Idee besser und vortheilhafter, wenn sich eine scharfe Trennung der genannten Partei in ihre nur durch das lose Band des gemeinsamen Namens und der im ersten Umrisse gleichartigen nationalen Zwecke zusammengehaltenen Elemente vollzöge. Die Unterstützung der Bismarckschen Politik nach der nationalen Seite würde dadurch keine Beeinträchtigung erfahren, während die einer freieren Initiative zugewandte liberale Richtung (z. B. auf den Gebieten der Press- und Gewerbegesetzgebung) unbehindert grössere und erfreulichere Resultate als bisher zu verzeichnen haben

würde. Die nationalliberale Partei steht vor einer gefährlichen politischen Klippe; sie zu umgehen wird nur möglich sein, wenn auch die von ihr hauptsächlich vertretenen volkswirthschaftlichen Anschauungen mehr eine sociale Gesammtreform als die blosse wissenschaftliche Abstraction ins Auge fassen würden.

Die Reichsregierung bedürfte zur Durchführung ihrer ernsten und schweren Aufgaben selbst der Unterstützung seitens jener particularistischen Elemente, welche, auf ihre fremde Nationalität und Sprachverschiedenheit pochend, für den Fall eines unglücklichen Krieges eine drohende Gefahr für die Gesammtheit bilden. Der starre Widerstand der Polen und Dänen wider das Zustandekommen der Reichsverfassung lässt freilich Niemanden darüber in Unklarheit, dass eine Mitbethätigung an der Lösung der Einheitsfrage von ihnen nicht zu erwarten ist. Anders aber ist es mit dem wunderlichen Anspruch der Elsass-Lothringer, als eine besondere Nationalität angesehen und mit einer staatlichen Souveränität ausgestattet zu werden, welche die Vielköpfigkeit der deutschen Einzelstaaten noch vermehren würde. Allein immerhin denkbar und sogar natürlieh bei der germanischen Zähigkeit des Alemannenstammes ist ein so particularistisches Uebelwollen, wenn es auch keines Beweises dafür bedarf, das nicht einmal 50, geschweige denn 100 Jahre nothwendig wären, um

die Elsass-Lothringer wieder so deutsch zu machen, wie sie es vor zwei Jahrhunderten gewesen.

Gänzlich zerfahren und ungeschichtlich muss aber die Halsstarrigkeit jener einsamen Particularisten erscheinen, welche noch welfische oder andere zur Ruhe gegangenen dynastische Erinnerungen von 1866 zu einem künstlichen Scheinleben erwecken wollen und die Hoffnungslosigkeit ihrer Tendenzen entweder wie Windthorst und Brüel hinter dem faltigen Gewande der Centrumsfraction verstecken oder wie Ewald mit dem schleppenden Mantel scholastischer Afterweisheit verbrämen. Diese wahrhaft betrübende kleinliche Oppositionsmacherei wider die nationale Idee ist für den ehemals herrschenden Geist in den oberen Regionen der annectirten Kleinstaaten ein ebenso unzweideutiges wie beschämendes Zeugniss.

Mit der deutschen Reichspartei und den Conservativen schliesst die Reihe der deutschen Parteigruppirungen. Wenn auch dem Wesen nach nur die Linke und die Rechte einer durchweg conservativen Einheit bildend, zeigen diese beiden Gruppen doch eine mehr oder minder accentuirte Hinneigung zu den Tendenzen desjenigen politischen Liberalismus, wie er die Eigenart des obersten Leiters der Reichspolitik, des Fürsten Bismarck, ist, und beweisen — mit der einzigen Ausnahme des Abgeordneten von Gerlach — ihr reges Streben, die Politik des Reichskanzlers mit Anbequemung an den

Geist der modernen Zeit nach allen den Richtungen hin zu unterstützen, wo es sich um die ihnen unentbehrlich erscheinenden Erfordernisse der nationalen Gesammtheit handelt.

So bietet denn das Bild der im deutschen Reiche vorhandenen und thätig wirksamen politischen Parteigruppen eine Handhabe, welche das klare Vertrauen der deutschen Bevölkerungen auf die Absichten und Zwecke der Reichsregierung im Wachsen, die bedenklichen Verirrungen nach der Seite des Radicalismus und Utopismus im allmählichen Verschwinden und auch für die Weiterentwicklung Deutschlands zu einem Verfassungsstaate die geistigen und politischen Keime bereits im Werden und Zunehmen zeigt. Nicolai Gogol, der bekannte russische Patriot und Schriftsteller, ruft am Schlusse seiner „Todten Seelen“ seinem Vaterlande zu: „Wohin jagst Du, Russland? — — gieb Antwort. Es erwidert nichts. — — Das Reussenland fliegt an der Erde vorbei, und die anderen Völker und Reiche weichen ihm aus und hemmen nicht seinen Lauf.“ — Deutschland aber ertheilt schon jetzt allen Völkern die Antwort: dass es nicht dahinbrausen will im Loslassen chaotischer Leidenschaften, dass es ruhig und besonnen auf dem Wege der friedlichen und verfassungsmässigen Selbstentwicklung weiterschreiten will zur Gewinnung der Einheit und Freiheit!

DAS SCHWINDEN DES DEUTSCHTHUMS IN ÖSTERREICH.

Ein merkwürdiger Prozess vollzieht sich jetzt in Oesterreich, ein politischer Umwandlungsprozess, dessen Bedeutung nicht übersehen werden darf. Er ist nicht nur für Oesterreich, sondern für ganz Europa bedeutsam, weil auch die Ursachen dieses Prozesses nicht nur spezifisch österreichische, sondern durchaus europäische sind.

Ich spreche von dem merkwürdigen Umstande, dessen Zeuge wir Alle sind, dass nämlich in den österreichischen Staaten sich das Nationalitätsprinzip in einer dem Bestande des vielgestaltigen und vielsprachigen Reiches gefährlichen Weise geltend macht.

Dieses Prinzip, so in's Extrem getrieben, wie wir es dort sehen, droht das Oesterreich, welches unter der Hegemonie des Deutschthums entstanden, zu zerreissen und in seine Atome aufzulösen.

Unleugbar ist es, dass das Uebergewicht des Deutschthums in Oesterreich zu wanken, dass der Einfluss desjenigen Elements, welches jahrhundertelang das autoritative gewesen, zu schwinden beginnt.

Alle die Völker in jenem für das Gleichgewicht Europas so wichtigen Oestreich, die Völker alle bis zu den winzigsten Nationchen wollen sich auf

eigene Füsse stellen und es versuchen, den Vater auf sein Altentheil zu setzen.

Was wir dort in der Völkerbewegung sehen, ist gewissermassen eine Palastrevolution, die sich gegen den eigenen Vater richtet.

Völker, die noch vor wenigen Jahrzehnten ihre ganze geistige Nahrung vom Deutschthum empfingen, perhorresciren jetzt dieses, als seien sie immer im Stande gewesen, auf eigenen Füssen zu stehen und als seien sie die kultivirten Nationen und die Deutschen Barbaren, welche sich widerrechtlich eine Art Oberhoheit angemaast hätten.

So ungesund die Nationalitätstrunkenheit*) in ganz Europa ist, ebenso krankhaft zeigt sie sich in Oesterreich.

Es ist, nebenbei bemerkt, eigenthümlich, dass gerade in unserer Zeit, in dem so sehr gerühmten 19. Jahrhundert, welches nach der Behauptung mancher Enthusiasten mit Siebenmeilenstiefeln einherschreite, die Errungenschaften der früheren Jahrhunderte in Bezug auf den geistigen Verkehr untereinder, der Kosmopolitismus, der geistige Austausch u. s. w. verloren gehen.

Jede Erfindung, die die Völker körperlich näher bringt, Eisenbahn, Dampfschifffahrt, Telegraph, scheint von dem Fluche begleitet zu sein, sie geistig zu entfremden. Noch nie hassten die Völker einander so, wie gerade jetzt, noch nie standen sie sich so feindlich

*) Nationalitätsgefühl ist etwas Hohes. Edles — ein darüber hinaus gehendes wüstes Bestreben ist aber mit "nkenheit" zu bezeichnen.

gegenüber und jedes glaubt für sich alle Tugenden gepachtet zu haben, während das andere im Lasterpfuhl versinken müsse.

Wenn dieses Fieber erst geschwunden sein und wieder ruhigeres Erwägen Platz gegriffen haben wird, dann wird es uns erst so recht klar zu Sinnen kommen, dass auf solchem Wege der Fortschritt der allgemeinen Menschheit nicht zu erreichen ist.

Wie die einzelnen Familien mit einander verkehren müssen, so müssen auch die Völker mit einander in Berührung kommen, wenn sie nicht, wie man das an den Chinesen sieht, in eine Erstarrung gerathen wollen, die sie zu weiteren Kulturschöpfungen unfähig macht.

Wenn der Kroate sagt: „ich will Kroate bleiben, und verschmähe Alles, was mir der Deutsche bringt", dann wird er — Barbar, nnd wenn der Czeche sich auf seinen „Panslavismus" zurückzieht, dann begiebt er sich aller der Bildungsvortheile, die ihm aus einem freundnachbarlichen Verhältniss zu den Deutschen erwachsen, denn der Slave wird niemals der Träger der europäischen Civilisation werden, als den ihn unlogische Phantasten im Geiste sehen.

Die Slaven sind lange genug auf europäischem Boden, um, wenn sie in der That die Befähigung dazu besässen, schon längst die Suprematie an sich zu reissen.

Und was die von den Panslavisten vorgebrachte vom „verfaulten Westen" und dem zum Erlöseramt

berufenen Osten anbelangt, nun so zeigten die geschichtlichen Vorkommnisse der letzten Jahre, dass man den Spiess leicht umdrehen könnte.

Ebenso steht es mit den Magyaren, deren Ueberhebung den Deutschen gegenüber zu einer geradezu unleidlichen Höhe gestiegen.

Dieses Volk, das recht bezeichnender Weise auf seinen vermeintlichen Hunnenursprung so stolz ist, und König Etzel, die Gottesgeissel, zum grössten Heros der Weltgeschichte erheben möchte, bläht sich in einer Weise auf, als sei „ungarisch- oder magyarisch-sein" das Höhere, — „deutsch-sein" das Niedrigere.

Die Vorgänge in Pest, die wohl noch in Aller Gedächtniss sind, haben es zur Evidenz erwiesen, dass die Ungarn die Nation, zu der ihr „König" gehört, am allerliebsten zur Rolle von Heloten degradiren möchten.

In Pest ist es das Theater, in Siebenbürgen die deutsche Sprache selbst, die die Ungarn zu unterdrücken sich bemühen.

Es soll keinem Volke verwehrt sein, seinen nationalen Standpunkt zu wahren, aber ob es einer Nation für ihr geistiges und materielles Gedeihen sonderlich viel Gewinn bringt, eine chinesische Mauer um sich zu ziehen, das ist zu bezweifeln.

Schon allein die Nachtheile in Bezug auf die Sprache sind so schwerwiegende, dass Jeder, der seine Landsleute in der That liebt, sich hüten müsste,

dazu beizutragen, dass sie vom Strom einer grossen Sprache zu den kleinen Bächen eines Sprachzweiges verdrängt werden.

Und diesen Fehler begehen alle die Agitatoren für die „berechtigten Volksinteressen“ in den österreichischen Staaten, alle die Wortführer der czechischen, magyarischen, galizischen und slavonischen Wünsche. Sie exiliren sich freiwillig vom Strom einer grossen Kultur.

Das Deutschthum war in geistigem Sinne Jahrhunderte lang die Donau, die durch die verschiedenen Länder floss, es diente dem Verkehr Aller und verband die verschiedenartigsten Interessen, es trug die geistigen Schätze des Westens nach Osten und brachte von da wieder eine gewisse Ursprünglichkeit, die dem ganzen österreichischen Wesen ein eigenthümliches Gepräge gab.

Diese Verkehrsader wollen kurzsichtige Nationalitätsfanatiker unterbinden, sie wollen den ernährenden und befruchtenden Strom austrocknen und — die Gefahr ist nicht klein.

Es wäre ein Selbstmord für diese Nationen selbst, aber was thut Fanatismus nicht Alles, wenn es sich um die Erreichung seiner Ziele handelt?

Dass es ein Selbstmord wäre, wird ersichtlich, wenn man sich die Zukunft der verschiedenen Völker, sobald etwa ihre Absicht auf vollständige Selbstständigkeit durchgedrungen wäre, vorstellt.

Sie hassen sich untereinander ebenso sehr, wie sie gemeinsam das Deutschthum befehden, die Ungarn hassen die Czechen, wie die Czechen die Ungarn, die Polen haben andere Interessen, wie die Ruthenen, die Kroaten wollen von den Magyaren nichts wissen und auch die Slavonier sind ein stolzer Stamm für sich.

Denken wir uns alle diese Völker nur noch durch die lockere „Personal-Union“ verbunden und denken wir uns weiter, dass sie sich den Krieg erklärten und dass daran die Personal-Union scheiterte!

Es würden dann Zustände eintreten, wie sie herrschten, da die deutsch-österreichischen Staaten noch unter den Babenbergern standen, und die Ungarn, Böhmen, Mähren und Deutschen abwechselnd mit einander im Kriege lagen.

Man musste logischerweise glauben, dass alle diese Stämme froh sein müssten, dem barbarischen Zustande der gegenseitigen Befehdung, bei der es zu friedlichen Kulturarbeiten gar nicht kam, entwachsen zu sein.

Aber die Weltgeschichte macht seltsame Sprünge, sie geht (so sagte einmal ein geistvoller Zeitchronist) „immer wie die Echternacher Springprozession, zwei Schritte vorwärts und einen zurück.“

Wenn wir uns nun fragen woran es liegt, dass alle die genannten Nationen und Volksstämme mit einer so scheinbar intensiven (wir werden weiter

unten sehen, dass viele Mache dabei ist) Volkskraft wieder auf den Schauplatz treten und nicht, wie z. B. in Deutschland selbst, die Wenden vom Germanismus zu Deutschen umgewandelt worden, dann muss leider die herbe Antwort lauten: Die Deutschen und ihre Regierung tragen einen Theil der Schuld davon, vielleicht einen sehr grossen.

Wenn jetzt die Czechen es wagen können, deutsche Studenten in Prag thätlich zu beleidigen und die Magyaren ungescheut die Deutschen in Siebenbürgen unter ihre Zuchtruthe bringen wollen, dann müssen sich die Deutschen in Oesterreich an ihre Brust schlagen und „nostra culpa, nostra culpa" rufen.

Die Schuld ist nach zweierlei Richtungen in's Auge zu fassen. Erstens hat die Regierung, die ja zumeist in deutschen Händen lag, und dann das deutsche Volk in Oesterreich selbst gesündigt. Die erstere, indem sie zu hart, das letztere, indem es zu weich war. Zwei scheinbare Widersprüche und doch an der Hand der Geschichte der Deutsch-Oesterreicher leicht zu lösen und wenn wir sie erklärt haben werden, dann werden wir einsehen, dass es kein Wunder nehmen darf, wenn unter solchen Umständen das Deutschthum in Oesterreich im Moment von der Fluth der umgebenden Nationalitäten zurückgedrängt und zwar in eine Defensivstellung zurückgedrängt wird.

Wieso, so müssen wir uns zuerst fragen, war es möglich geworden, dass die Slaven und Magyaren, die

bis zum Jahre 1848 mehr „Oesterreicher“ als alles Andere waren, von da an plötzlich anfingen, auf ihr Volksbewusstsein sich gewissermassen rückzuerinnern? Einfach darum, weil ihnen die österreichische Regierung, die ihnen doch immerhin der Inbegriff des Deutschthums war, als Verkörperung des bedrückenden Prinzips des Absolutismus unleidlich geworden und die Revolutionsführer in der Schürung des Volksgegensatzes den besten Weg sahen, die grosse Masse des Volkes zur Gefolgschaft zu veranlassen.

Man beachte, dass das Jahr 1848 jene Periode des Nationalitätsfiebers einleitete und dass die Klerisei auf Seiten der deutsch-österreichischen Regierung stand.

Daher kam es auch, dass die Sache der Böhmen einer- und Ungarn andererseits als die des Liberalismus galt und dass auch die Liberalen unter den Deutschen sich für sie erwärmten.

Man ahnte damals noch nicht, dass die Agitation darauf abzielte, das Deutschthum an sich zu befehden, gab es ja z. B. in sprachlicher Beziehung noch gar kein Böhmenthum oder vielmehr Czechenthum und ebensowenig ein Magyarenthum.

Die Czechen sowohl als die Ungarn verstanden und sprachen sehr gut deutsch; so schriftstellerten die czechischen Parteiführer nur deutsch.

Aber wie gesagt, das Meer war in der Fluth und riss mit der Opposition gegen die Regierung

auch das freiwillige Subordinationsverhältniss unter dem deutschen Geist über den Haufen.

Wieder war der Revolutionsruf von den „heiligen Menschenrechten" von Frankreich ausgegangen und hatte die Völker Europas entzündet.

Da sahen denn nun die Böhmen und Ungarn und nicht weniger die Deutschen, dass in Oesterreich Manches faul sei und lehnten sich auf. Was nun bei den letzteren die Auflehnung gegen ein Regierungssystem war, das ja wechseln konnte, wie dies auch in anderen Ländern geschieht, das wurde bei den ersteren und noch bei anderen kleinen Volksstämmen in den österreichischen Staaten zu einem Antagonismus, zu einem unversöhnlichen Gegensatz zum Deutschthum.

Die Deutschen waren ihre Unterdrücker und Bedränger, nicht die jeweiligen Regierungsmänner.

Nun handelte es sich für die Agitatoren unter diesen aufgewühlten Volksstämmen darum, ihre Ideen zu befestigen und vor Allem die auf- und eingeredete Nationalität wieder zu schaffen.

Im Allgemeinen haben wir grade für die Zeitgeschichte ein so schwaches Gedächtniss, schwächer, als für die Geschichte der Perser und Griechen, und doch ist unsere Zeitgeschichte so interessant, dass sie sich den bedeutsamsten Zeitperioden der Weltgeschichte würdig anreiht.

Und zu dem Allerinteressantesten der Zeitgeschichte zählt das, was wir nunmehr in Oesterreich sich vollziehen sehen.

Nationalitäten, die man todt wähnte, wurden zu neuem Leben erweckt!

Dieses war den Agitatoren für Slaven und Magyarenthum zweifellos gelungen.

In wenigen Jahrzehnten wurden neue Literaturen, ja man könnte fast sagen (und soweit es die kleinen, slavischen Völker in Krain und Kärnthen angeht, ist es wörtlich wahr), neue Sprache geschaffen. In Ungarn wäre es noch vor hundert Jahren als ein Zeichen der Unbildung erschienen, wenn igrend Einer aus den besseren Klassen magyarisch gesprochen hätte, nicht anders, als wenn Einer aus dem Adel das Kleid des Bauern angezogen haben würde.

Die magyarische Sprache stand dem gebildeten Element der Bevölkerung gegenüber nicht in anderer Position wie etwa die plattdeutsche Mundart im Norden Deutschlands zum Hochdeutsch.

Der Gebildete in Ungarn verstand Latein und Deutsch damals viel besser als das Magyarische, welches dazu bestimmt schien, nur noch in den Hütten der Pussten fortzuleben.

Ebenso verhielt es sich mit der czechischen Sprache, die bis zum Jahre 1848 durchaus nicht salonfähig war. Sie war nicht mehr als eine Mundart der Kleinbürger und Bauern geworden.

Noch schlimmer stand es um die Sprachzweige der südslavischen Völkerschaften in Krain und Kärnthen. —

Um dies zu erweisen, braucht man nur auf die historische Bewegung der czechischen Literatur und Sprache zu blicken. Man wird dann finden, dass einerseits diese Literatur, als die Nation selbst noch grösser und selbstständiger war, ursprünglicher und reichhaltiger, und das andererseits in neuerer Zeit die Belebung eine äusserst mühselige und beschwerliche gewesen.

Die bedeutendsten Dichtungswerke aus dem frühen Mittelalter sind „Libussa" (ein Gedicht aus dem Ende des 9. Jahrhunderts) und lyrische Lieder aus dem 10. bis 13. Jahrhundert, bekannt unter dem Titel „Die Königinhofer Handschrift". —

Mit Johann Huss begann in Böhmen eine neue Periode der Literatur (1400—1526), die den Erfolg hatte, dass die czechische Sprache in erhöhterem Maasse als vor- und nachher zum Organ der öffentlichen Verhandlungen wurde. — Die Zahl der czechischen Schriftsteller aus dieser Periode ist bedeutend. — Vom Jahre 1620 an ist schon ein Niedergang der czechischen Literatur zu datiren, denn obwohl die Zahl der Werke sich hob, sank doch der Geist und Inhalt bedeutend. Mit dem dreissigjährigen Kriege trat der vollständige Verfall zu Tage und der Germanisirungsprozess begann, der 1784 schon soweit gediehen war, dass in allen Schulen deutsch gelehrt werden konnte. — Erst um die Mitte unseres Jahrhunderts regte sich jener Geist, von dem oben gesprochen wurde, und der

die Neubelebung der Literatur, Sprache und der Volkseigenthümlichkeit bezweckte. Merkwürdigerweise führt der Hauptträger dieser Richtung, Jos. Jungmann, einen deutschen Namen, vielleicht bezeichnend dafür, dass das Wiedererwachen des czechischen Volksgeistes nicht von innen kam, sondern von aussen sich vollzog, eine künstliche Blüthe!

Noch prägnanter zeigen sich diese Erscheinungen in der ungarischen Literatur. — Sie war, mit Ausnahme einiger Volkslieder und alter Chroniken, bis zu Ende des vorigen Jahrhunderts fast ganz erloschen. Die ungarische Sprache musste für manche ganze Gesellschaftsschichten erst gewissermaassen neu ausgegraben werden. —

Ein Kenner der ungarischen Literatur und ihrer Geschichte konnte mit Recht sagen: „Almanache, wie Ellenör-Emleny, mussten in den 40er Jahren die ungarische Lectüre bei den Frauen erst einführen."

Und diese Agitation, die sich zuvörderst darauf erstreckte, der Nation ihre Sprache, d. h. ihre Seele wiederzugeben, ihr ein neues Leben einzuhauchen, war, wie man zugestehen muss, keine verfehlte. Es war dem absolutistischen Prinzip gegenüber, das zugleich die Centralisation und ebenso das Alles bedeckende Deutschthum bedeutete, die Befreiung des Individuums, die Selbstständigkeit des Volksbewusstseins.

Nur gingen hierbei, wie man das oft beobachtet, die Fanatiker der Idee zu weit und schweben jetzt

in solcher Wolkenhöhe über den realen Verhältnissen, dass — der Sturz unvermeidlich ist.

Die Statistik, die keines Menschen Freund und keines Menschen Feind ist und trocken belehrt, zeigt uns ganz andere Dinge, als der Hass, welcher blind ist.

Wenn man z. B. die Magyaren bramarbasiren hört, dann würde man glauben, sie bildeten noch mehr als die Hälfte der ganzen Bevölkerung der österreichisch-ungarischen Monarchie.

Was sehen wir in der Wirklichkeit? Die Ungarn bilden ungefähr den siebenten Theil der ganzen Bevölkerung!

Cis- und Transleithanien zusammen haben an 36 Millionen Einwohner, die Magyaren zählen ungefähr 5 1/2 Mill. und sind demnach selbst in Transleithanien (mit 15 1/2 Mill.) eine ziemlich auffällige Minorität. — Ja, sogar in dem eigentlichen „Ungarn" (man theilt Transleithanien in das eigentliche Ungarn mit 11,530,000, Siebenbürgen mit 2,115,000, Fiume mit 17,000 und Kroatien und Slavonien mit 1,846,000) erreichen sie kaum die Hälfte der Bevölkerungsziffer. Die andere etwas grössere Hälfte wird aus slavischen, romanischen oder wallachischen und deutschen Stämmen gebildet und für ganz Transleithanien vertheilen sich die Bevölkerungsprocentsätze wie folgt:

1. Magyaren 35,5
2. Walachen und Moldauer 17,3

3. Serben und Kroaten . . 15,8
4. Slovaken 11,7
5. Deutsche 11,4
6. Israeliten. 3,6
7. Ruthenen und Zigeuner 3

Es ist also ersichtlich, dass ungefähr der dritte Theil aller Bewohner Transleithaniens die anderen zwei Drittel niederzudrücken bestrebt ist und dabei den Anschein zu erwecken sucht, als hätte er ein historisches Recht dazu.

Es gehört ein gewisser Muth dazu, und da der Appetit im Essen wächst, so geht der Muth der Herren Magyaren auch noch über die Grenzen Transleithaniens, wo sie, wie wir gesehen haben, kaum noch die Herren sind, hinaus; sie wollen für das Regierungswesen der ganzen österreichischen Monarchie die grössere Hälfte bedeuten und möchten am allerliebsten die Regierungsgeschäfte ganz allein besorgen.

Es liegt viel Don Quixoterie in diesem Gebahren und wenn wir uns die Regierungsperiode zu Zeiten Andrassy's in's Gedächtniss rufen (von dem man nie etwas viel Besseres zu sagen wusste, als dass ihm die Uniform gut sitze, dass er einen fesch gedrehten Schnurrbart habe und als Empörer einmal verurtheilt gewesen sei), — und daran denken, welche „wenigsagende" Rolle dieser Vertreter Oesterreichs beispielsweise auf dem Berliner Kongress gespielt — dann werden wir die Empfindung nicht los, dass durch die Magyaren in die

Politik das fragwürdige Ritterthum nach Art des grossen Cervantes-Helden eingeführt werde.

Wenn die Herren Magyaren wollten, dann könnten sie aus der Statistik auch Eines lernen, was für sie sehr wichtig wäre und sie etwas bescheidener machen würde, dass sie nämlich -- auf dem Aussterbe-Etat stehen. Sie hatten noch im frühen Mittelalter mehr als dreimal soviel Einwohner als jetzt und im Anfange unseres Jahrhunderts zählte man 8 Millionen.

Ich will die Ursachen unerörtert lassen, warum die Magyaren, die einst ein grosser Volksstamm waren und hunderttausende von Streitern in's Feld zu stellen vermochten (sie waren ja im frühen Mittelalter ein Schrecken für ganz Deutschland), sich vermindert haben; es ist eine Thatsache und giebt zu denken.

In jedem Falle sind die Magyaren kein zahlreiches Volk, sie stecken ferner fast ganz im Binnenlande und eine solche Nation sollte vorsichtig im Verkehr mit anderen sein, besonders aber diejenige nicht vor den Kopf stossen, die ihr jahrhundertelang geistige Nahrung gereicht und abgesehen vom Staatsverbande oft freundnachbarlichen Schutz angedeihen liess. —

Ja, im Grunde sind es die Deutschen gewesen, die Ungarn vor dem schlimmen Schicksal bewahrt haben, unter dem Samum des Islams begraben zu werden, als die Türken, auf deren Stammverwandtschaft die Magyaren eigenthümlicherweise so stolz sind, Ungarn zu unterjochen trachteten. In der „Augsb. Allg. Ztg."

schrieb einmal ein Völkerkenner über die merkwürdige Erscheinung, dass die Magyaren ihren Deutschenhass so weit treiben, viel Beherzigenswerthes. Er sagt u. A.:

„Die Lösung der orientalischen Frage begann im 17. Jahrhundert mit der Befreiung Ungarns von den Türken durch die kaiserliche und die deutsche Macht. Als Wien von der Belagerung der Türken befreit wurde und Prinz Eugen den Siegeslauf bis tief nach Ungarn hinein unternahm, als auf den Mauern von Ofen am 2. September 1686 nach grimmigem Sturm, wobei des alten Derflingers Sohn den Tod fand, die kaiserliche Flagge aufgehisst wurde — das war der Anfang der practischen Lösung der orientalischen Frage. Wie damals Ungarn, dann Siebenbürgen „abgegliedert“ wurden von der Türkei, so ist es in unseren Tagen mit Serbien, Rumänien, Bulgarien, Bosnien geschehen, so wird es in den nächsten Jahren mit allen europäischen Provinzen der „Hohen Pforte“ geschehen. Die Innenverhältnisse von Bosnien, Bulgarien u. s. w. werden argwöhnisch von der europätschen Diplomatie überwacht; es ist ein Wiederspruch sondergleichen, dass dasselbe nicht in gleichem Maasse mit denen von Ungarn geschieht. Denn mit der Befreiung der Länder die unter türkischer Herrschaft standen und die mit Hilfe Europas frei wurden, ist die Aufgabe, die Europa dort hat, nicht zu Ende geführt. Der Zweck der Befreiung war ja nicht die Befreiung allein, sondern die Einführung moderner europäischer Zustände. Erst

wenn diese Zustände eingeführt sind, wenn sie so fest sind, dass nicht die Laune eines Machthabers sie um stürzen kann, dann ist Europas vormundschaftliche Aufgabe vollendet. Das war auch der Zweck bei der Befreiung Ungarns. Sind die Zustände heute dort derartige, dass man sie modern europäisch nennen kann? An Stelle jener europäischen Zustände ist eine „Ordnung" dort eingeführt worden, die zur staatlichen Desorganisation führt. Es herrschen in Ungarn heut türkische Zustände und sind an die Stelle der Türken die ihnen verwandten Ungarn getreten. Die Aemter werden vorwiegend an Magyaren vergeben. Der magyarische Sprachenzwang hält Verwaltung, Gericht, Post, Telegraphen, Eisenbahnwesen gefangen. Ja, nach mancher Richtung geht dieser magyarische Sprachenzwang über den türkischen weit hinaus. Mit Freuden berichteten im 16. Jahrhundert Melanchthons Freunde dem frommen Lehrer aus Ungarn nach Deutschland, dass die Türken Kirche und Schule ungestört liessen und der Unterricht in den „frommen Studien" trotz der schweren Zeit seinen Fortgang nehmen könne. Die Magyaren thuen mehr als die Türken.

Der Sprachenzwang soll auch auf die Schulen und Kirchen ausgedehnt werden. Erst unlängst forderte der „Egyertetes" die Magyarisirung der Predigten für die ihrer Mehrzahl nach auch heute noch nicht magyarische Stadt Ofen-Pest. In die Volksschulen ist im Jahre 1879 durch ein Gesetz „über den obligatorischen

Unterricht in der magyarischen Sprache“ das Magyarische eingeführt worden und muss, vom 1. Juli 1882 angefangen, in allen Volksschulen das Magyarische als obligatorischer Lehrgegenstand gelehrt werden. Jetzt liegt dem ungarischen Reichstag ein Gesetzentwurf vor über die Gymnasien und Realschulen, der nichts Geringeres bezweckt, als die Magyarisirung auch dieser Schulen. Danach müssen alle Candidaten des Lehramtes die Prüfung aus ihrem Fach magyarisch bestehen, ja jeder muss zugleich ausser seinem Fach Kenntnisse aus magyarischer Literatur, Stilistik etc. nachweisen. Weiter hat die Prüfung festzustellen, inwieweit der Candidat das Magyarische als Unterrichtssprache beherrscht.

Dass derartige Versuche, die der Natur der Sache nach misslingen müssen, bei einer Bevölkerung von $5^1/_2$ Mill. Magyaren und 10 Mill. anderssprachiger Bevölkerung, in Ungarn nur geeignet sind, die Lösung der orientalischen Frage zu erschweren, liegt auf der Hand. Wie soll in türkischen Provinzen die Gleichberechtigung der Sprachen, welche der Berliner Kongress*) beschlossen, durchgeführt werden, wenn näher am Abendland, in Ungarn die Gleichberechtigung der Sprachen, darunter auch der Deutschen, zu Gunsten der Alleinherrschaft des Magyarischen vernichtet wird?

---

*) Vergl. Documents diplomatiques Affaire d'Orient Paris 1877. Appendice S. 50, 55.

Aber die Verhältnisse in Ungarn schliessen auch ein Stück deutscher Frage in sich.

Die Ansicht, als ob Deutschland im Orient keine Interessen zu wahren habe, ist endlich überwunden. Die Erkenntniss bricht sich Bahn, dass höchst reale wirthschaftliche Interessen Deutschlands im Orient zu vertreten sind. Die Loslösung einzelner Provinzen vom türkischen Reiche bedeutet zugleich die Erweiterung des Machtgebietes deutschen Wesens. Niemand glaubt nun aber jene deutschen Interessen im Orient wahren zu können, wenn nicht in all' den Ländern der deutsche Mann, käme er als Ansiedler dauernd, oder als Kaufmann, Lehrer, Beamter etc. vorübergehend dorthin, Rechtsschutz, Sicherheit, Gewährleistung seiner nationalen Eigenschaften findet. Zum „Völkerdünger" ist denn doch nachgerade das deutsche Volk zu gut. Deutschland müsste sich gewaltig in's Mittel legen, finge man z. B. in Rumänien an, die Deutschen zu verfolgen. Die deutschen Etappen zum Morgenlande muss Deutschland sich erhalten. In Ungarn ist diese Verfolgung deutschen Wesens auf der Tagesordnung, kümmert sich Deutschland darum?

Aber nicht allein aus diesem Grunde ist, was in Ungarn vorgeht, ein „Stück deutscher Frage", auch nicht darum, weil es, vom nationalen Standpunkt betrachtet, doch unerhört ist, dass Deutschland an seinen Grenzen eine Deutschenhetze duldet, die einem anderen Volke „tugendhaften Zorn", wie der Ethiker sagen

würde, in's Antlitz und in die Faust triebe, sondern auch von einem andern Gesichtspunkte aus. Die wahrhaften Freunde Deutschlands, die nicht durch momentane politische Constellation an das Reich gekettet sind, sondern zu demselben stehen auf Grund der Achtung deutschen Wesens, überzeugt von der grossen Kulturaufgabe, die diesem zugefallen, sind überaus dünn geworden. In Ungarn gehören die Magyaren zu den ingrimmigsten Feinden Deutschlands. Die ganze magyarische Presse ist voll Hohn gegen das deutsche Wesen, über welches das Mitglied der ungarischen Magnatentafel, Graf A. Teleki, am 10. 1. 1881 in den „Magyar Polgár" schrieb: „Einen Feind haben wir, einen Feind, wie es der Hagel der Saat ist, wie der Reif der Melone, die Katze der Maus, der Geier der Taube, die Krätze der Haut, der Grind dem Kopf — unser Tyrann, unser Ausbeuter, unser Verwüster, der für uns zugleich Wanze, Laus und Phylloxera ist, und dieser unser Feind ist der Deutsche."

Ich habe diesen Auszug gerade aus einem in Beurtheilung von Völkerfragen als massvoll bekannten Blatt gebracht, um zu erweisen, dass die Nothlage, in die ganz ungerechtfertigter und vielleicht auch schädlicher Weise das Deutschthum durch die über ihr Ziel hinausschiessenden Magyaren gedrängt worden, von den gebildeten Köpfen in Deutschland nunmehr erkannt wird.

In Bezug hierauf gebe ich auch eine Auslassung der „National-Ztg." wieder, eines Blattes, das man

ebenfalls nicht in den Verdacht bringen kann, dass es so leicht in überlegungslosen blinden Eifer geräth. Hier werden in einem Artikel, „die deutschen Schulen in Ungarn“, Ansichten laut, die ich bei ihrer Uebereinstimmung mit meinem Thema von dem Schwinden des Deutschthums in Oesterreich meiner Brochüre nicht gern entgehen lassen möchte. Da heisst es:

„Es ist unlängst in diesen Blättern in den bedeutsamen Artikeln: Die Magyaren und ihre Hegemonie in Oesterreich-Ungarn, darauf hingewiesen worden, dass die Magyaren einen Sprachenzwang über das Land verhängt haben, wie man ihn kaum für denkbar halten sollte in Europa. In demselben Augenblicke hatte die ungarische Regierung schon einen Gesetzentwurf vor den Reichstag gebracht, den sogenannten Mittelschulgesetzentwurf, d. h. ein Gesetzesvorschlag, über die Realschulen und Gymnasien in Ungarn. Man beginnt allmälig in Deutschland die Aufmerksamkeit der öffentlichen Meinung auf die deutschen Schulen des Auslandes zu lenken; die deutschen Schulen Ungarns können nicht genug derselben empfohlen werden, umsomehr, als der „Wiener deutsche Schulverein“ seine Thätigkeit blos auf Oesterreich im engern Sinn (Cisleithanien) beschränkt.

Seit Jahren herrscht ein systematischer Kampf gegen dieselben. Der Erfolg spiegelt sich in den amtlichen Zahlen der ministeriellen Veröffentlichung wieder, wonach die deutschen Schulen in den letzten

Jahren einen Rückgang von vielen hundert zeigen! Und selbst über diese Schulen legt sich allmälig der magyarische Sprachenzwang! Nach dem Gesetz von 1868 ist die Regierung verpflichtet, überall für Schulen zu sorgen, in denen die einzelnen Nationalitäten in ihrer Muttersprache unterrichtet werden sollen. Dieselbe aber, die stets Geld hat, magyarische Schulen zu errichten, wo sie unnöthig sind, hat noch keine nichtmagyarische Schule errichtet. Ja das Jahr 1879 brachte ein Gesetz über den obligatorischen Unterricht in der magyarischen Sprache für alle Volksschulen."

Und an einer anderen Stelle, interessant durch die statistische Beleuchtung, die der Angelegenheit gegeben wird:

In sämmtlichen Volksschulen des Landes wird das Magyarische als obligater Unterrichtsgegenstand eingeführt. Und doch gab es 1872 in ganz Ungarn neben 7991 Schulen, in denen nur magyarisch unterrichtet wurde, 7619 Schulen, wo nur deutsch, rumänisch, slavisch (in verschiedenen Spracharten) unterrichtet wurde und 1797 Schulen, wo zwei- und mehrsprachiger Unterricht herrschte. So ist durch die ungarische Legislative ein Sprachenzwang über die Volksschulen verhängt worden, wie er sonst nirgends herrscht. Es ist dadurch zur Wahrheit geworden, was ein Gegner solchen Zwanges im Abgeordnetenhause sagte: „Im Falle der Annahme des Gesetzentwurfes würde in unserm Vaterlande eine

neue Aera des schon in Vergessenheit gerathenen grundherrlichen und unterthänigen Verhältnisses dekretirt werden: die geistige Leibeigenschaft, deren Objekte die nichtmagyarischen Nationalitäten wären, deren Verpflichtung aber zur Erlernung der Sprache der Herren die traurige Rolle des census in recognitionem dominii directi darstellen würde."

Es ist in der That ein unerhörter Vorgang, sagt der Verfasser weiter. Während Oesterreich sich bemüht, in Bosnien europäische Zustände einzuführen, giebt sich Ungarn die grösste Mühe, alles Westeuropäische innerhalb seiner Grenzen zu Grunde zu richten. Mit welchem Recht aber dürfen, fragt er am Schluss, die Magyaren solches zu thun wagen in einem Augenblick, wo unter dem Schutz Europas in der Türkei menschenwürdige Zustände hergestellt werden, wo der Berliner Kongress mit Zustimmung auch des Vertreters von Oesterreich-Ungarn festsetzte: usage de la langue du pays .. également avec le turc?

Die Magyaren mögen jetzt protestiren und ihre Bestrebungen abzuschwächen suchen, so viel sie wollen, es ist ein Faktum, dass das Deutschthum in seinem historischen Bestande in Ungarn bedroht ist. — Man hat aber nicht desshalb ein Transleithanien geschaffen, um Alles dem magyarischen Nivellement zu überliefern.

Dass es nun für Alles, was deutsch heisst und deutsch fühlt, eine Frage von Dringlichkeit geworden,

wie das deutsche Wesen in der österreichisch-ungarischen Monarchie vergewaltigt worden, das versteht sich nunmehr eigentlich von selbst.

Und man kann umgekehrt auch gerade aus dem Umstande, dass schon die Bildung eines „Allgemeinen Deutschen Schulvereins" in Wien nöthig geworden, der die Rettung der deutschen Sprache, dort wo sie in ihrem Bestande bedroht ist, sich zum Ziel setzte, folgern, wie sehr gefährdet das Deutschthum, das deutsche Wesen, die deutsche Seele in jenem Reiche sind, das noch bis vor Jahrzehnten unter deutscher Hegemonie stand. —

Gefährdet schon um desswegen, weil die Regierung sowohl als der Klerus sich offen auf die Seite Derer gestellt, die das Deutschthum befehden, so dass dieses in eine Situation gedrängt ist, die man „zwischen zwei Stühlen sitzen" nennt.

Zuerst wurde das Deutschthum bei den „unterdrückten" Völkerschaften Oesterreichs desswegen perhorrescirt, weil die Regierung zu absolutistisch und der Klerus zu herrschgierig erschien, und beide Gewalten wurden von dem zum Nationalbewusstsein gelangten Volksungestüm oder der diese Interessen fördernden Agitation mit dem Deutschthum identifizirt.

Dadurch kam es, dass „gegen das Deutschthum kämpfen" soviel bedeutete, wie „für die Freiheit streiten" und dieses Wort hat bekanntlich seinen alten oft erprobten Zauber noch nicht verloren.

Nun hat sich die Situation dahin geändert, dass Regierung und Klerus sich vom Deutschthum losgelöst haben und auf die Seite der deutsch-feindlichen Parteien getreten sind — das Deutschthum ist isolirt.

Das muss besonders beim Klerus auffällig erscheinen, der Jahrhunderte lang das nationale Czechenthum als Ableger des ketzerischen Hussitenthums mit scheelen Blicken angesehen und das zur religiösen Vertiefung sich neigende deutsche Gemüth bevorzugt hatte.

Die schuldige Ursache des Hasses gegen das Deutsche ist jetzt das feindliche Prinzip desselben geworden, ein doppeltes Verhängniss und ein doppelter Beweis, dass der Klerus in Oesterreich den Deutschen gegenüber keine segenbringende Rolle gespielt.

Jetzt hat er sich mit einer zweifellosen Deutlichkeit dem slavischen Interesse zugewendet, von dem er annimmt, dass seine Machtbestrebung dadurch befördert werden könnte. —

Und einen Schein von Wahrheit könnte ja die Annahme des Klerus haben, dass Oesterreich dazu berufen sei, ein Slavenstaat zu werden und durch den Kontakt mit den nunmehr in die europäische Völkerfamilie hineingezogenen südslavischen Stämmen der Balkanhalbinsel diesen Beruf noch erweitern werde.

Ein Blick auf die Völkerstatistik Oesterreich-Ungarns beweist uns dies.

Da finden wir unter 36 Mill. beider Reichstheile über 16 Mill. Slaven und da diese 16 Mill. fast ohne

Ausnahme den klerikalen Einflüssen unterthan sind, während der grösste Theil der Deutschen liberale Anwandlungen hat, so lag für den Klerus der Gedanke vielleicht sehr nahe, mit der Majorität der Bevölkerung der Minorität die Herrschaft abzuringen.

Je mehr Oesterreich sein staatliches Wirken im Gedanken des Slaventhums finde, desto mehr müsse es dem Deutschthum sich abwenden, das war zweifellos die Idee des Klerus und in Verfolgung dieser Idee wich er eigentlich vom Programm der katholischen Kirche, die mehr kosmopolitisch als national ist, ab, protegirte das Slaventhum — allerdings nur, um die Herrschaft zu behalten.

Es ist nicht unmöglich, dass die Klerikalen auch eingesehen haben mochten, dass unter den aufgeklärteren Elementen des Deutschthums ihre Machtstellung weniger gesichert bleiben konnte, als unter denen des Slaventhums.

Kurz, das Resultat all' dessen, all' der Erwägungen, all' der Spekulationen und all' der Thatsachen war, dass der Klerus seine Rolle jetzt im Bekämpfen des Deutschthums zu finden glaubt; weil eben dieses in der Regierung des Landes nicht mehr die Stellung innehat, die es der Tradition und der Berechtigung nach innehaben müsste.

Die Regierung aber scheint bewusst oder unbewusst die Mission Oesterreichs nicht mehr auf dem Wege zu suchen, der zum deutschen Ostreich

führt, sondern zu einer Reichsgestaltung, in welcher neben anderen Volkseinflüssen auch ein deutsches Wesen existirt.

Eigentlich ist im Grunde genommen die Situation jetzt die, dass die Revolutions-Ideen, die sich in der Form von Volksneubildungen der Slaven und Magyaren gegen deutsche Regierung und den diese Regierung beschützenden Klerus richteten, siegreich geblieben sind und das Deutschthum zurückgedrängt haben. Die Regierung hat sich dieser neuen Form anbequemt — der Klerus benutzt die neue Ordnung der Dinge für sich — das deutsche Volkswesen an sich ist im Hintertreffen geblieben und soll zerrieben werden.

Gehe ich nun zu dem zweiten Hauptpunkte über, den ich oben als eine Mitursache des Umstandes gekennzeichnet habe, dass die Macht des Deutschthums zu schwinden scheine, so bin ich mir bewusst, dass die Beseitigung dieser Ursache mit grösseren Schwierigkeiten verknüpft ist als die ersterörterte. —

Diese hängt im Grunde mehr von den äusseren Verhältnissen ab, die sich ändern können, während das, was ich jetzt von dem Schwinden des Deutschthums in Oesterreich zu sagen habe, mehr innerlicher Natur ist.

Ich drückte dies im Eingange meiner Betrachtung damit aus, dass ich betonte, das deutsche Volkselement sei zu weich und erweitere diese Aeusserung jetzt dahin, dass das Deutschthum im Kontakt mit

anderen Völkern und im Zusammenleben mit diesen sehr leicht seinen selbstständigen Charakter verliere und sich vermische.

Jedes Volk hat die Fehler seiner Vorzüge. Das ist ein richtiges Wort und trifft das deutsche Volk wie kaum ein anderes.

Im deutschen Wesen liegt viel Kosmopolitismus, viel Weltbürgerthum. Ferner liegt in ihm viel Expansives, viel Ausdehnungsfähiges; der Deutsche bleibt nicht gern an seiner Scholle, auch in geistigem Sinne. — Es treibt ihn immer hinaus, hinaus in unbestimmte Fernen; kein Volk hat den Begriff „Sehnen" in seinem Wortschatz, kein Volk nennt die Natur das „Freie" und sagte „in's Freie gehen"; kein Volk als nur das deutsche könnte das Lied haben „Wem Gott will rechte Gunst erweisen, den schickt er in die weite Welt". — Im Deutschen vibrirt noch immer die Gewohnheit seiner Altvorderen aus der Zeit der Völkerwanderung, sich anderen Völkern zu nähern und sich mit ihnen zu vermischen. — Die Longobarden, die Ost- und Westgothen und Angelsachsen u. a. haben alle ihren so gross und eigenartig scheinenden Volkscharakter abgestreift und sind in den anderen Volksstämmen, zu denen sie als Eroberer kamen, aufgegangen, als sei es ihre Naturbestimmung gewesen, den absterbenden Völkern frisches Blut zuzuführen.

In der That, von keiner Volksart innerhalb der kaukasischen Race kann man behaupten, dass sie soviel Neigung hat, zu andern Völkern zu gehen und sich zu acclimatisiren, als von der deutschen.

Das ist ihr Vorzug und ihr Fehler zugleich!

Der Franzose bleibt immer Franzose, der Engländer immer Engländer, auch wenn sie tausend Meilen und Jahrzehnte von ihrer Heimath fern sind; auch ihre Kinder und Enkelkinder sind immer noch Franzosen und Engländer. —

Der Deutsche wird in Amerika Amerikaner, in Frankreich Franzose, in Italien Italiener; er acceptirt schnell die Gewohnheiten des anderen Volkes und wenn er eine Tochter des fremden Landes geheirathet hat, dann ist hundert gegen eins zu wetten, dass seine Kinder unr noch Viertel-Deutsche bleiben und der Nationalität der Mutter zugehören.

In der dritten Generation ist vom Deutschthum schon blutwenig zu merken und der fremden Art ist das Gute des deutschen Wesens zugeflossen. Das sind Beobachtungen, die man in allen Ländern machen kann, wo sich Deutsche ansiedeln.

Es strömt jährlich viel deutsche Art in die Adern der anderen Völker. Wenn die Franzosen, Engländer, Italiener etc. die Schnecken sind, die ihr Haus der Nationalität immer mit sich tragen, vergleiche ich die Deutschen mit den Faltern, die sich aus der Verpuppung der Nationalität herausschälen und frei von

Volk zu Volk fliegen. Ihrem Kosmopolitismus macht diese Erscheinung alle Ehre, ihrem Nationalgefühl stellt es ein weniger genügendes Zeugniss aus.

Vom Standpunkt des allgemeinen Menschenthums, vom Standpunkt des Ideals, welches die Erfüllung des Völkerlebens in der Prophezeiung sieht, „ein Hirt und eine Herde“, wäre es mit Freuden zu begrüssen, dass der Deutsche im Stande ist, die Schranken der Völkertrennung zu überspringen und in's Menschenthum vorzudringen, aber vom Standpunkt des Deutschthums ist es zu beklagen, da es die Völker nicht nachthun und so der Deutsche, der seine Nationalität abstreift, nicht in's Weltbürgerthum gelangt, sondern mit seinen Nachkommen eine andere Nation stärken hilft. —

Diese Eigenthümlichkeit der Deutschen, sich anderen Nationen zu accommodiren, zeigt sich besonders dann, wenn diese die politisch herrschenden sind und das Deutschthum vor die Alternative gestellt ist, feindlich zerrieben zu werden, seitab zu stehen und voraussichtlich ohne Nutzen zu kämpfen, oder — sich friedlich aufzulösen.

Dann denkt jeder einzelne Deutsche weniger an das allgemeine Nationalheil, als an das ureigene „Ich“ (es ist diese Individualität auch eine hervorstechende Eigenschaft des Deutschthums), unterlässt den unnützen Kampf und von seiner Fähigkeit, in die Eigenart anderer Völker einzudringen, Gebrauch machend,

nützt er sich und schadet dem Nationalbewusstsein. Daher ist eine Mahnung an die Deutschen Oesterreichs gerade jetzt am Platz.

Gerade sie haben in den letzten Jahrzehnten die sie umgebenden Völkerschaften vermehren helfen, gerade sie haben sich in auffälligem Maasse auflösen lassen und gerade sie schweben jetzt in Gefahr, im Falle die anderen Volksstämme die politisch herrschenden werden, ihren Nationalstolz zu verlieren, indem sie das Deutschthum vernichten lassen.

Ich will damit die sozusagen bewussten Deutschen in Oesterreich, die sich jetzt auch zu rühren anfangen, nicht treffen, sondern nur in Ansehung der notorischen Verschmelzungsfähigkeit des deutschen Elements konstatiren, dass die Möglichkeit eines bis zum Selbstmord des Deutschthums gehenden Auflösungsprozesses nicht fern liegt. —

Betrachten wir einmal unter diesem Gesichtspunkt das deutsche Element und seine Geschichte in Oesterreich, dann finden wir, dass im Süden, Norden und Osten die Fluthen der italienischen, czechischen und magyarischen Sprache vorgedrungen sind und von der Insel des Deutschthums Stück um Stück losgelöst haben. —

Es ist wie in der Welt der physischen Dinge. In dieser Gegend dringt das Meer vor und gewinnt dem Festlande Boden ab; in jener tritt andauernd das Meer zurück und das Festland kann wachsen.

Bleibe ich bei diesem Vergleich auch in der Welt des Geistigen, und nenne ich die vordringenden Sprachen in Oesterreich ein Meer, so kann ich nur die Situation erblicken, dass das Festland des Deutschthums von jenem Meere umspült und nach und nach losgebröckelt wird.

Jedem, der offenen Auges durch Oesterreich gereist ist, muss dort, wo Deutsche und ein anderer Volksstamm beisammen wohnen, aufgefallen sein, wie mit einer erschreckenden Zweifellosigkeit das Schwinden des Deutschthums deutlicher wird.

Man kann es schon an den Aeusserlichkeiten sehen.

In Prag z. B. konnte man noch vor ungefähr 15 Jahren den grössten Theil der Firmenschilder in deutschen Lettern lesen; vor 10 Jahren war vielleicht die grössere Hälfte noch deutsch, die kleinere czechisch, und jetzt ist die grössere Hälfte czechisch und die kleinere deutsch, aber diese deutschen Firmenschilder sind zugleich auch in's Czechische übertragen.

Die Hauptstadt Böhmens macht heute auf den Fremden, wie ich aus eigener Erfahrung weiss, durchaus den Eindruck einer slavischen Stadt, in der auch einige Deutsche leben; ältere Leute erinnern sich, dass früher der Eindruck ein durchaus entgegengesetzter war. Damals erschien Prag als deutsche Stadt Oesterreichs, in der der Untergrund der Bevölkerung, der Arbeiter und der Kleinbürger, czechisch sprach. Weiter hinauf war der Unterschied zwischen

Prag und irgend einer anderen deutschsprechenden Stadt kaum zu merken. Das ist heute allerdings ganz anders geworden.

Jeder deutsche Tourist ist erstaunt, dass ihm seine deutsche Sprache in Prag nur noch mit Mühe den Weg ebnet; er trifft manchmal auf ein Nichtverständniss, das ihm das Vergnügen, in Prag zu leben, erschwert.

Diese Umänderung der Verhältnisse kann nicht nur daraus resultiren, dass die Czechen sich etwa verhältnissmässig mehr vermehrt haben oder das etwa mehr czechische Elemente zugezogen sind, als deutsche.

Sie hängt vielmehr damit zusammen, dass tausende und abertausende von Deutschen — sich czechisirt haben und dass deren Kinder, die vielleicht in Ehen mit Böhminnen erzeugt sind, wahrhafte Czechen geworden.

Man findet unter diesen Czechen viele Leute mit deutschklingendem Namen und wer weiss, ob die Steigerung der czechischen Agitation damit nicht irgend einen Konnex hat.

Man weiss ja schon aus der Naturgeschichte, dass die verwandten Arten sich am heftigsten befehden.

Zweifellos ist, dass die dem Deutschthum entstammenden Czechenführer (Namen thun nichts zur Sache) viel fanatischer sind, als die echten, in der Wolle gefärbten Czechen.

Kurz, die Hauptstadt Böhmens ist ein Gemeinwesen geworden, in welchem das Deutschthum von Jahr zu Jahr, sowohl was öffentliches als privates,

Verwaltungs- und Familien-Leben anbelangt, zurückgedrängt wurde und sich dem Czechischen assimilirte, obwohl es umgekehrt hätte sein müssen. Der Germanisirungsprozess, der eine vielhundertjährige Geschichte hat, ist bis auf sehr lange Zeit der Hoffnung beraubt, fortzuschreiten und das Deutschthum kann von Glück sagen, wenn es nicht selbst ganz aufgezehrt wird. — Ebenso steht es in Ungarn.

Dieselben Beobachtungen, die man in Prag macht, drängen sich Einem in Ofen und Pest, oder wie es jetzt magyarisch heisst, in Budapest auf.

Früher war diese Doppelstadt dem Deutschen durchaus keine fremde Welt, in der er etwa mit seiner Sprache schon Schiffbruch litt oder vorwandten Elementen in den Aeusserungen des öffentlichen Lebens nicht mehr begegnete. — Jetz mag er froh sein, wenn ihm sein Deutschthum noch durchhilft.

Hier hat mehr wie anderswo das deutsche Element den Fehler seines Vorzuges, sich assimiliren zu können, gezeigt.

Dem vordringenden Magyarenthum haben sich deutsche Ueberläufer beigesellt, die, um einen weitverständlichen etwas drastischen Ausdruck zu gebrauchen, den Voll-Magyaren „herausbeissen". — Ihren Namen haben sie natürlich magyarisirt.

Man kann hunderte solcher Beispiele anführen und muss leider konstatiren, dass dieser Umwandlungsprozess riesige Fortschritte macht.

Die Nachkommen dieser Renegaten sind natürlich dem deutschen Wesen für immer verloren; dagegen kommt es jetzt nicht so häufig vor, dass die Kinder von Magyaren, die mit deutschen Frauen verheirathet sind, Deutsche werden.

Könnte es im Bereich der Ccechen, die immerhin in Böhmen die Majorität haben, als die Anziehungskraft des Stärkeren gelten, wenn das Deutschthum sich verringert, und könnte man diese Erscheinung in Ungarn dem Umstande zuschreiben, dass die Magyaren sich in Transleithanien als die politisch herrschenden fühlen, die auch als solche die Vortheile im Staatsleben zu gewähren im Stande sind — so wird es merkwürdig und nicht so leicht zu erklären, sobald wir die Verhältnisse in Südtirol, Istrien und Dalmatien prüfen, wo das Deutschthum mit italienischen Elementen in Kontakt kommt.

Dann scheint das Deutschthum zu schmelzen, wie der Schnee vor den Strahlen der Sonne, das alte Römerthum scheint seine alte erobernde Kraft wieder zu bewähren. — Vor diesen bis jetzt im Ganzen 600.000 Italienern schwinden die Eigenthümlichkeiten der Deutschen, die Jenen gegenüber doch immerhin die Herren im Lande sind oder — waren, dahin, als sei es ein elementares Verhängniss, das nicht abzuwenden ist.

Triest, das vor Jahrzehnten eine deutsche Stadt geworden war, in der italienischen Kaufmannschaft mit ihren Anhängseln eine „Kolonie“ bildete, dieses

selbe Triest ist heute in seinem öffentlichen Gepräge und Leben von anderen Städten Nord-Italiens kaum zu unterscheiden. —

Italien hat hier seine „erobernde Kraft“ bewährt, wie es kaum ein anderes Volk im Stande ist.

Und was hier für das Deutschthum zu beklagen ist, dass es sich freiwillig moralisch erobern lässt, wie man etwa froh und freiwillig in ein sonnigeres Land zieht.

Aber nicht nur der Ausbildung des städtischen Lebens gegenüber hat das Italienerthum gesiegt, es hat nicht nur in einer Handelsstadt wie Triest deutsche Sprache und deutsche Art auf ein Minimum herabgedrückt, — auch dort, wo elementare, rustikale Verhältnisse herrschen, auf dem Lande, in den Thälern Süd-Tyrols zeigt es sich, dass das italienische Wesen das deutsche besiegt und auflöst. --

Die italienische Sprache dringt seit Jahrzehnten von Verona an in einer so bemerklichen Weise vor, dass — die Sprachgrenze sich gänzlich verschoben hat. Sie liegt jetzt weit, weit nördlicher, als man der geschichtlichen Gestaltung nach glauben dürfte.

Man sieht das Italienerthum im Volkscharakter Süd-Tyrols fast merklich wachsen und schon unendlich weit über Trient (italienisch Trento) hinaus, bis in die Nähe von Bozen hin, gewahrt man seine wachsende Macht. —

Es ist beinahe selbstverständlich, dass, wenn sich einmal erst ein paar Dutzend Italiener irgend wo in

irgend einem Dorf oder Städtchen angesiedelt haben. nach Jahren sich Manches italianisirt hat und nach Jahrzehnten das Allermeiste italienisch geworden ist.

Das kann nur daran liegen, dass das deutsche Wesen sich dem Fremdländischen leichter accommodirt und sich leichter — vernichten lässt.

Eine natürliche Begabung wird zu einem nätürlichen Untergang.

Aus allen diesen nicht mehr zu bezweifelnden Thatsachen geht unwiderleglich hervor, dass das Deutschthum in Oesterreich als politische Macht und als Volkwesen zu schwinden begriffen ist.

Ferner aber liegt in dieser traurigerweise fortschreitenden Bewegung, unter der die früher zur Herrscherin des Staatsganzen berufen gewesene deutsche Art zur Sclavin degradirt werden soll, die ernste Mahnung an das Deutschthum sich zusammenzuraffen und dasselbe zur Erhaltung der Nationalität zu thun, was die anderen Nationalitäten Oesterreichs thun.

Ein Deutscher zu sein, darf zum Mindesten doch nicht weniger bedeuten, als dem Czechenthum anzugehören. Der Weg, den der deutsche Schulverein eingeschlagen, scheint das Richtige zu treffen; das ist aus den Anfeindungen der czechischen Presse zur Genüge zu ersehen.

Die „Wiener Allg. Ztg." giebt aus der in Brünn erscheinenden „Morawska Orlize" folgende Probe, um den inkarnirten Hass der Czechen gegen den deutschen Schulverein zu zeigen:

„Wie es erst mit dem Unterricht bestellt sein muss in den durch den Schulverein und mit Geld aus Berlin erhaltenen Schulen, aus deren anti-czechischer Tendenz Niemand ein Hehl macht, und welche nur mit Mühe ihre Verpreussungsaufgabe zu verbergen vermögen, kann man sich leicht vorstellen! Wir wundern uns nur darüber, dass bisher Niemand die Folgen einer solchen Agitation erwogen hat, welche die Existenz Oesterreichs unmittelbar bedroht. Uns erübrigt unter solchen Umständen, so lange die Regierung die Oesterreich gefährdenden Zwecke dieses Vereins und das schreiende Unrecht, welches dem czechischen Volke durch den Schulverein zugefügt wird, nicht selbst erkennt, nichts, als mit entschiedenster Selbsthülfe einem Vereine uns entgegenzustemmen, dessen Führer Landesverräther sind, welche mit Oesterreich bereits umspringen, als wäre es ein armer Vasall Preussens. Energischeste Selbsthilfe! Das sei unser Losungswort, denn nur auf diese Weise rotten wir den Igel aus unserem Neste, nur so vertreiben wir den Wolf, welcher im Schafspelze sich zu uns einschlich. Belehren wir das Volk überall über die Schädlichkeit des Schulvereins. Proklamiren wir Jedermann, welcher unter uns lebt und zur Versklavung der czechischen Jugend dem Schulvereine Beiträge giebt, als einen Feind unserer Nationalität. Endlich wird die beste Waffe gegen das preussenthümliche Toben sein, wenn im Reichsrathe ein Ge-

setz beschlossen wird, welches den nationalen Streitigkeiten um die Schule Einhalt gebietet — ein Gesetz, welches bestimmt, dass, so wie das deutsche Kind in die deutsche Schule, so czechische Kinder in czechische Schulen gehören. Dieses Gesetz durchzusetzen, muss die angestrengteste Bemühung der czechischen Delegation, die Forderung des ganzen Volkes bilden."

Das Deutschthum muss sich aufraffen, damit es seine Mission im österreichischen Staat nicht verliere.

Dazu ist es in erster Linie nöthig, dass es mit seiner Nationaiität nicht spielt und sie nicht so leicht von sich abstreift, wie es leider bisher geschehen. —

Die „Neue Fr. Presse" in Wien macht gelegentlich eines Parlaments-Skandals, bei dem es sich herausstellte, dass die Deutschen im österreichischen Landtage bereits vogelfrei sind, folgende treffende Bemerkungen, mit denen ich meine Brochure schliesse:

„Jetzt erst ist die ganze Grösse des Unglücks zu übersehen, was eine czechisch-polnische Majorität im österreichischen Abgeordnetenhause bedeutet. Nach den neuesten Vorfällen ist vollkommen klar, was wir von dieser Majorität zu erwarten haben. Die Aufgabe, welche die Linke zu erfüllen hat, ist eine fast übermenschliche geworden. Täglich von neuem den Kampf gegen diese Majorität führen, an der Argumente nicht mehr Wirkung hervorbringen, als Erbsen, die man gegen einen eisernen Panzer wirft; täglich den Stein des Sisyphus bergan zu wälzen, um

ihn immer wieder von der Uebermacht herabgeschleudert zu sehen; dabei nicht einmal der Beobachtung der gewöhnlichen parlamentarischen Umgangsformen sicher zu sein, und dies Alles in dem Bewusstsein, die Mehrheit der Bevölkerung, die übergrosse Majorität der Steuerlast zu vertreten, — das erfordert eine Geduld, ein Heldenthum, eine Opferfähigkcit, die nicht leicht in einem Parlamente zu finden sind. Wir wundern uns nicht, zu hören, dass heut schon auf der Linken der Gedanke aufgetaucht ist, insgesammt die Mandate niederzulegen und die Polen und Czechen allein österreichische Volksvertretung spielen zu lassen. Wir wundern uns darüber nicht, wie gefährlich ein solcher Schritt der Verzweiflung sein mag, aber wir denken mit Zagen daran.

Schlusswort.

Gerade während die vorstehenden Blätter im Druck waren, wurde Oesterreich von einem Unglück betroffen, welches die ganze gebildete Welt tief bewegte.

Das Ringtheater in Wien brannte ab und an 900 Menschen fanden dabei ihren Tod. Das allein war aber nicht das Tiefaufregende bei der Katastrophe, sondern die begleitenden Umstände, die es klar und deutlich machten, dass eine Summe von Lodderigkeit, Leichtsinn und Fahrlässigkeit die Schuld an diesem grauenerregenden Massentode trug. Wenn Menschen-

brüder auf dem Ocean, oder im Bergschacht, oder durch ein Erdbeben zu Grunde gehen, dann weihen wir ihnen unser Mitleid, aber ergeben uns in das unabänderliche Fatum.

Wer auf Erden wollte auch den Wellen des Meeres und dem Feuer der Tiefe gebieten? Das Bewusstsein jedoch, dass bei dem Unglück in Wien den Fehler der Mitmenschen, nicht das Element des Feuers allein, das für moderne Begriffe unfassbare herheigeführt, verleiht der Trauer über das „innere Königgrätz"; wie das grausige Ereigniss bereits in Oesterreich genannt wurde, einen so herben und fast grollenden Charakter.

Die angesehensten österreichischen Blätter gestehen es frei und offen, dass durch jenes Nationalunglück, bei welchem Hekatomben von Menschenopfern dem Dämon der österreichischen Lässigkeit fielen, ein österreichischer Nationalfehler blossgelegt wurde; an dessen Beseitigung von nun an zu arbeiten sei.

Es müsse das feste Gefühl der Pflichttreue, der Gewissenhaftigkeit bis in's Kleinste alle Bürger durchdringen.

Und insofern steht diese Mahnung an das Gewissen der Deutsch-Oesterreicher auch mit meiner in den obigen Blättern ausgedrückten in enger Verbindung.

Mit Flammenzeichen, die unauslöschlich sind, wurde der Hauptstadt Oesterreichs die Lehre gegeben, dass es mit der blossen „Gemüthlichkeit", die die Dinge gehen lässt, wie sie gehen, nicht allein gethan ist.

Mit Ernst muss man das Ernste im Leben erfassen — und die Hochhaltung und Ausbildung des Deutschthums ist wahrlich kein blosses Spiel der Worte.

Gerade im Deutschthum liegt, wie in kaum einem anderen Nationaltypus, die tiefe Auffassung von der Treue gegen Gott und die Menschen, von der Gewissenhaftigkeit in der Pflichterfüllung.

Jene Katastrophe hat ein Schwinden dieser Eigenschaften ergeben.

Mögen die Deutschen Oesterreichs in sich gehen, mögen sie sich aufraffen und an Stelle eines mit allen Fehlern „des Oesterreicherthums“ behafteten Verwaltungs-Systems, deutsche Ehrlichkeit, deutsche Treue und deutsche Gründlichkeit zur Herrschaft bringen.

KRONPRINZ RUDOLF UND DAS MONARCHISCHE PRINZIP IN ÖSTERREICH-UNGARN.

Der Schuss, der in Meyerling fiel und das hoffnungsreiche vielverheissende Leben des jungen von Allen geliebten Kronprinzen Rudolf beendete, hat in der ganzen österreichisch-ungarischen Monarchie von den böhmischen Bergen bis zu den Pussten Ungarns, von der Weichsel bis zu den Fluthen des adriatischen Meeres einen Wiederhall gefunden. Millionen Herzen zuckten zusammen, als der Draht den Völkern in Süd und Nord und Ost und West, die unter dem Scepter Habsburgs das Ostreich Europas bilden, die Nachricht von dem jähen Tode des an Leib und Geist gleich begnadeten Thronfolgers brachte. Und dies Weh wurde vermehrt, vertausendfacht, als man vernahm, dass der hochgemuthe Jüngling, den die Vorsehung zu einem Leben voller beglückender Thaten ausersehen zu haben schien, selber die Mündung des todbringenden Geschosses auf sich gerichtet. Wer vermag die Räthsel der Menschennatur zu lösen? Wer kann sich vermessen, den Grundursachen jenes tieftraurigen Verhängnisses nachzuforschen? Ein Moment trüber Umnachtung hat Jahre des Lichtes verlöscht, Ahriman obsiegte dem Ormudz, der böse Loki frohlockte über Baldur, den Frühlingsgott. Die Wege der Vorsehung sind dunkel, keines Menschen Geist kann erkennen, wohin sie führen, aber da ohne den Willen des Höchsten kein Ziegelstein vom Dach fällt und Alles in der Welt nach einem festgefügten

Plan sich vollzieht, so wird man selbst beim grössten Unglück, treffe es Individuen oder Nationen, zur Frage gedrängt: „Was lehrt uns dieses Ereigniss?“

Der Tod des Erzherzogs Rudolf hat uns ein tieftrauriges aber auch ein wunderbar erhebendes Schauspiel vor Augen geführt. Neben der Bahre, auf welcher ein junges Leben, vom jähen Tode gefällt, ausgestreckt lag, stand der Vater des Unglücklichen, ein Mann und Held im Ungemach, von der Schwere des Geschickes erschüttert, aber nicht gebeugt, den Blick zum Himmel gerichtet und aus den demuthsvollen Worten „Herr, dein Wille geschehe“ neue Kraft schöpfend.

Der Kaiser von Oesterreich, er, den die Wunde am tiefsten traf, hatte im furchtbarsten Schmerz, der ein Vaterherz treffen kann, nur den einen Gedanken an das Wohl seiner Unterthanen. Es klang wie eine leise Erinnerung an das Wort eines anderen grossen nun heimgegangenen Herrschers, wenn er diejenigen, die ihn in den schweren Tagen mit Regierungsgeschäften verschonen wollten, abwehrte und daran mahnte, „dass er keine Zeit habe, traurig zu sein“. Und wie ein Bild von wahrhaft antiker Heldengrösse so stellte er sich den Blicken von Millionen dar, die ihre Augen zum Thron, zur Kaiserburg in Wien erhoben. Schärfer als sonst trat dieses Bild des pflichtgetreuen, vom Morgengrauen bis zum Tagesende nur seiner Regentenarbeit lebenden Herrschers hervor, der niemals der ernsten Aufgabe, welche ihn von seinen Jünglingsjahren an durchdrang, den Platz, auf den ihn die Vorsehung gestellt, voll und ganz auszufüllen, untreu geworden. Wie ein elektrischer Schlag durch-

zuckte die Völker unter dem Scepter Habsburgs die freudige Erkenntniss, dass an ihrer Spitze ein Herrscher stehe, welcher das monarchische Prinzip in der edelsten Art repräsentirt. Nicht in prunkenden Grossthaten hat er das Gottesgnadenthum seiner Herrschermission erwiesen, sondern im emsigen, durch kein Ungemach aufgehaltenen Streben, seinen Unterthanen ein sorgender Vater zu sein. Von Glück getragen werden und sich umjubeln lassen, ist kein Verdienst, das dem Herrscher in den Annalen der Menschengeschichte verzeichnet wird, aber im Unglück sich bewähren und Anderen ein leuchtendes Beispiel von Ergebung in den höheren Willen sein, sich keinen Augenblick vom Wege der übernommenen Pflicht abdrängen lassen, das sind Herrschertugenden, welche das monarchische Prinzip festigen und seine Ehrwürdigkeit erhöhen. Wie ein Stern in dunkler Nacht, so schimmerte in den Unglückstagen, deren Weh uns jetzt berührte, die Gewissheit, dass Kaiser Franz Josef des vielgestaltigen Reiches Eckstein, der Vater einer zahlreichen Familie ist. Zwist und Hader schwiegen. Der Streit unter den Familienangehörigen verstummte. Alles war eins in dem Beileid, das man dem unglücklichen Vater des Hauses, und dem Gelöbniss der Treue, das man dem glücklichen Vater des Volkes entgegentrug.

Und so riesengross, so unerwartet furchtbar das Unglück hereinbrach, so trostreich war die Beruhigung, die vom hohen Throne ausging, so erhebend der Anblick der schlichten Grösse des Herrschers.

Das Weh erhielt dadurch eine Weihe, deren Wirkung auf lange Zeit hinaus noch fühlbar sein wird. Strahlend erschien das Prinzip der Monarchie, der wahrhaft patriarchalischen Form, wie sie uns in Oesterreich-Ungarn entgegentritt, verkörpert in der Persönlichkeit desjenigen, der als der Höchste im Staate geboren, keine andere Anwendung seines Lebens kennt, als es in angestrengten Mühen in den Dienst des Vaterlandes zu stellen.

Und nach zweierlei Richtungen war diese Erkenntniss von Segen, für das monarchische Prinzip im Allgemeinen und für die habsburgische Dynastie in Oesterreich im Besonderen.

Lenken wir unsere Aufmerksamkeit zuvörderst auf das Erste. Was gewahren wir in allen Staaten, wohin wir unsere Blicke auch wenden mögen? Den entschiedenen Sieg des monarchischen Gedankens über den republikanischen. Nur kurzsichtige Parteimenschen oder Böswillige können den Thatsachen, welche beredter als alle Ausführungen zeugen, ihren Blick verschliessen.

Gerade in diesem Jahre, in welchem man sich in Frankreich anschickt, die Centenarfeier der „grossen französischen Revolution" zu begehen, ist so recht die Gelegenheit geboten das Facit zu ziehen über die Stellung der revolutionären Ideen und im Gegensatz zu diesen über die Monarchien.

Aus der Sündfluth der Revolutionen rettete sich der monarchische Gedanke wie die Arche Noah's, welche die Reste der lebenden Welt barg, als alles ringsumher von den wilden Fluthwellen begraben war.

Fassen wir doch Frankreich, von wo die ungezügelte mit Blut befleckte Revolution ihren Ausgang genommen, in's Auge!

Ist es, seitdem unter dem Wuthgeheul der Jacobiner unter der falschen Flagge der „Menschenrechte" ein Königsthron umgestürzt worden, zur Ruhe gekommen? Bietet es nicht seit hundert Jahren unausgesetzt das Schauspiel, dass Satan mit dem Beelzebub ausgetrieben wird? Die grosse Revolution gebar einen grossen Despoten, und Umwälzung auf Umwälzung folgte, bis jetzt das Land, welches sich einst rühmte, an der Spitze der Civilisation zu marschiren, auf den Standpunkt südamerikanischer Republiken gesunken ist, in denen irgend ein unzufriedener General die ganze Staatsform über den Haufen werfen kann. — Nur unter der Anrufung an eine gefährdete Ausstellung kann überhaupt noch ein Ministerium zu Stande kommen, französische Spötter selbst sprechen von einem Eiffelthurm-Ministerium, und der „Figaro" leistet sich den Scherz, auf der Spitze dieses Eiffelthurms werde eine Wetterfahne angebracht werden, welche die Windrichtung der jeweiligen Regierung anzuzeigen bestimmt sei, die boshafte Bemerkung hinzufügend: Hiermit sei das längst ersehnte perpetuum mobile entdeckt.

Ja, der Eiffelthurm ist so recht ein Symbol für das Werk der gepriesenen grossen Revolution, dieses wuchs nur in die Höhe, (wie jener babylonische Thurm, welcher aufgerichtet worden, um den Himmel zu stürmen und als nichtig Menschenwerk, von bösen Gedanken eingegeben, der Zerstörung anheimfiel), in

schwindelhafte Höhe, aber ermangelte des sittlichen Fundaments und der Vertiefung der Gemüther.

Sie war nothwendig, die Revolution, nothwendig wie Alles, was in der Weltgeschichte sich vollzieht, aber die Lehren aus ihr haben die Monarchien gezogen, nicht die Republiken.

Das Wort der Schrift „An den Früchten sollet ihr sie erkennen" lässt sich auch hierauf anwenden. Die Republiken sind immer noch dem Chaos, der Verwirrung preisgegeben, die französische ist der beste Beweis dafür, und selbst die von manchen Seiten gefeierte Republik der Vereinigten Staaten von Nord-Amerika zeigt in der steten Unruhe, welche die Präsidentenwahl dem Lande bringt, die Präsidentenwahl mit der brutalen Umwandlung aller Beamtenverhältnisse, die Unsicherheit republikanischer Institutionen.

Wer darf angesichts des Umstandes, dass in den Vereinigten Staaten ein fähiger Mann, wie beispielsweise der jetzige Präsident Cleveland, durch Wahlmachinationen, die nicht immer reinlicher Art sind, bei Seite geschoben und von einem Manne ersetzt wird, der nur ein Werkzeug in den Händen seiner Partei ist, also der Eigenschaften eines unparteiisch Regierenden ganz und gar ermangelt, — von der Trefflichkeit republikanischer Institutionen reden? Wir sehen auch, dass in Amerika, von welchem Goethe noch in Gedanken an die grossen Stifter des neuen Staatswesens, Washington und Franklin rühmte, „Amerika, du hast es besser!" der ideale Gedanke in der Politik sich rasch verflüchtigt und dem krassesten Materialismus Platz gemacht hat. Ganz offen ist der

Einfluss, welchen die Börsen- und Eisenbahnkönige auf die Wahl nehmen, und ebenso offenkundig ist, dass auf der „Plattform“ einer Partei nicht die Würdigsten proklamirt werden. Es wäre sonst unmöglich, dass ein Mann wie Blaine, einer der Ersten in der republikanischen Partei von den ernsthaften Männern in der Republik wie ein politischer Freibeuter betrachtet werden dürfte. Es kann nicht als Gegenbeweis für unsere Behauptungen ins Treffen geführt werden, dass die wirthschaftlichen Verhältnisse Nordamerikas gedeihen, denn diese wirthschaftliche Fortentwickelung ist unabhängig von der Art des Regimes und vollzieht sich trotz der wenig Respekt gebietenden Regierungsform, welche es möglich macht, dass ein Mann, welcher von einem grossen Bruchtheil des Volkes missachtet und geschmäht wird, (wir erinnern an Johnson, Grant etc.) an die Spitze des Staates tritt und diesen mit seiner Persönlichkeit repräsentirt.

Ja, welche Republik, so weit wir von einer bestehenden reden können, entspricht überhaupt noch dem Muster eines solchen Gemeinwesens, wie es von Plato in seiner „Republik“ dargestellt wird?

Selbst die Schweiz nicht, denn die Geschichte auch dieses republikanischen Staates hat sattsam bewiesen, dass die republikanischen Einrichtungen, welche keine über den Parteien stehende Herrschergewalt kennen, dem Ganzen keine so absolute Sicherheit gewährleisten, wie man nach der Meinung der Republik-Schwärmer doch denken sollte.

Blutige Bürgerkriege innerhalb der Kantone haben es schon oft bewiesen, dass der gepriesene re-

publikanische Gemeinsinn die harte Probe der vermeintlichen Verletzung privater Interessen, die meistens kleinlicher Art sind, nicht erträgt. Jedem, der die Schweizer Verwaltungsverhältnisse einigermaassen kennt, drängt sich ohnedies die Wahrnehmung auf, dass diese republikanische Societät mehr den Charakter einer kaufmännischen Commandit-Gesellschaft hat mit einem Aufsichtsrath und einer General-Versammlung, welche vor wichtigen Beschlüssen „bearbeitet" wird. Und der poetischen Begeisterung für das „Ideal aller Gemeinwesen" giebt sich in dem nüchternen trockenen Mechanismus der „Cantönli-Regierungen" wahrlich wenig Gelegenheit zur Verhimmelung.

Sehen wir uns dagegen offenen Blickes die Verhältnisse in den europäischen Monarchien an, wie sie sich seit jener grossen Umwälzung des letzten Jahrzehnts des vergangenen Jahrhunderts entwickelt haben, so dürfen wir daran die Richtigkeit des Satzes erweisen, dass der monarchische Gedanke eine wesentliche Förderung erfahren, weil er durch die Ereignisse belehrt, gebessert und innerlieh gekräftigt worden. —

Von dem „l'état c'est moi" Ludwigs XIV. sind die Monarchen der Kulturstaaten Europa's zu dem höheren Grundsatz durchgedrungen, „die ersten Diener des Staates" zu sein. Und in neuerer Zeit waren es zwei Persönlichkeiten besonders, welche dem monarchischen Prinzip eine höhere Weihe verliehen, diejenige des heimgegangenen Herrschers von Deutschland, Wilhelms I. und die des Kaisers von

Oesterreich. In beiden wirkten gleicherweise die Traditionen ihrer Häuser fort, in ersterem das erhebende Beispiel des grossen Königs, in dem zweiten das jener geistvollen Regentin Maria Theresia, welche durch Herrschertugenden so ausgezeichnet war, dass sie, die Gegnerin des grossen Friedrich, von dessen Ruhm nicht verdunkelt, sondern erst in das rechte Licht gesetzt wurde, denn diese bedeutsame Frau, mit allen seelischen Vorzügen einer Frau und Mutter und einer Geisteskraft begabt, die neues Leben und Bewegung in die erstarrte Staatsmaschine brachte, verkörperte in sich vielleicht noch mehr als jener grosse Herrscher das patriarchalische Prinzip der Monarchie. Wie eine Mutter für ihr Hauswesen, so sorgte sie für das Wohl des Staates, nimmer wankend und ermüdend, durch keinen Misserfolg von ihrem Wege der Pflicht abgelenkt.

Und nach dieser Richtung hin hat das monarchische Prinzip, welches das Ur-Prinzip und das von Anfang an heilsame in der Regierung der Völker war, seine innere Kräftigung erfahren. Dass die Monarchie das Ur-Prinzip das rein Natürliche in der Regierung der Völker ist, kann Keiner bestreiten, der die Geschichte der Menschen kennt.

Homer schon sang:

„Vielherrschaft bringt nimmer Gedeih'n, nur Einer sei Herrscher“,

und von diesem Gedanken liessen sich die Völker auch immer leiten.

Seit der Einführung des Christenthums wurde den Herrschern der Völker Europas durch die reli-

giöse Anschauung, dass sie der Gnade Gottes ihre Stellung innerhalb ihres Volkes zu verdanken, und Gott Rechenschaft über ihr Thun zu geben hätten, eine höhere Weihe verliehen, und man kann sich gewiss kein erhebenderes Bild von der Herrscherthätigkeit ausmalen, als dass der Führer eines Volkes nicht von den schwankenden Mehrheitsbeschlüssen der Parteien, sondern von seiner Verpflichtung zu Gott dem Allmächtigen sein Regentenamt abhängig macht.

Mit Recht sagt ein berühmter socialpolitischer Publizist vom moralischen Gedanken:

„Kein Staatsprinzip fordert mehr Intelligenz und Gerechtigkeit als das monarchische, insbesondere im Gebiete des Staatsdienstes, keines ist mehr geeignet, einen sittlichen, religiösen, vaterländischen Geist in der Nation zu erzeugen und zu heben, echte Freiheit auf den Fundamenten des Gesetzes zu sichern, jedem innerhalb gesetzlicher Schranken die möglichst freie Entwickelung und Anwendung seiner Anlagen, Fähigkeiten und Kräfte zu gestatten."

Und wir sehen dies am augenblicklichen Stande der monarchischen Staaten Europas voll und ganz bewahrheitet.

Die Kaiser von Oesterreich und Deutschland, die Könige von Italien, Schweden und Belgien können auch als Menschen den Vergleich mit den besten Präsidenten von Republiken aushalten. In England wird seit Jahrzehnten das ererbte Staatsprinzip von einer Frau vertreten, ohne dass die Wohlfahrt des Landes dadurch im geringsten erschüttert worden wäre, und in Spanien gar thut sich uns das ganz

Merkwürdige kund, dass dort, wo Jahre hindurch trotz aller Heilkünste der politisch geschultesten Männer des Landes, durch die Republik keine Ruhe und Sicherheit erreicht werden konnte, das monarchische Prinzip, obwohl ein schwaches Kind dessen Träger ist, den Verhältnissen die erwünschte Stetigkeit und Sicherheit giebt und sogar den Carlismus, welcher lange am Mark des Landes gezehrt, beseitigt hat. Es ist, als ob von der monarchischen Idee zu Zeiten ein Theil von jener Heiligkeit ausstrahlte, von welcher der weissagende Apostel im Geiste die ersehnte Zeit des Weltfriedens erblickend, prophezeit: „Es wird der Löwe mit dem Lamm weiden und ein kleines Kind wird sie hüten.“ —

Wie segensreich nun auch das monarchische Prinzip an sich in den verschiedenen Ländern Europas erwiesen, in keinem anderen — das dürfen wir, ohne der Übertreibung beschuldigt zu werden, behaupten — verbindet es mit dem Vortheil der besten Regierungsform soviel Naturnothwendigkeit wie in Oesterreich-Ungarn. Oesterreich ist die Dynastie Habsburg. Wir constatiren dies als einfache geschichtliche Thatsache.

Jedes andere Land in Europa könnte, ohne seine Existenz geradezu zu vernichten, zur Noth irgend eine andere Regierungsform ausserhalb der monarchischen anwenden. In Oesterreich findet der staatliche Gedanke seinen ausschliesslichen Ausdruck in der angestammten Dynastie.

Dieses polygotte Reich, von den verschiedensten Stämmen und Völkern bewohnt, zum Theil einander

widerstrebend und einander befehdend, ist ohne Dynastie Habsburgs nicht zu denken.

Die Kaiserburg in Wien ist der Mittelpunkt aller Interessen, die das grosse Reich beseelen, in der Persönlichkeit des in seinem schlichten Wirken grossen Herrschers, welchen der grauende Morgen schon bei seiner Arbeit findet, sehen die Völker Oesterreichs ihren Vater, zu dessen Gerechtigkeitssinn und Milde sie vertrauensvoll emporblicken. —

Die Popularität, die der Kaiser von Oesterreich in seinen Landen geniesst, ist unbegrenzt, der Tyroler und der Steyrer, der Deutsch-Böhme und der Czeche, der Ungar und der Slovene, sie Alle, Deutsche, Magyaren und Slaven, wie streitvoll und leidvoll ihre Stellung zu einander sich oft gestaltet, sind eins in dem Gedanken der Treue und Anhänglichkeit an die Dynastie.

Das Lied „Gott erhalte, Gott beschütze unsern Kaiser und sein Land“ erschallt in den mannigfachsten Zungen und für das Wohl ihres Kaisers beten Alle mit gleicher Inbrunst. Hier ist auch die Treue an das Herrscherhaus das Zeichen der Zugehörigkeit zu einem Vaterlande. — Ohne die Dynastie würde das vielgestaltige Reich in die kleinsten Theile auseinanderfallen. Es wird auch unter diesem Gesichtspunke angesehen die habsburgische Dynastie eine Hauptträgerin der europäischen Cultur, denn sie garantirt ein starkes Oesterreich und dieses Ostreich unter einem Szepter vereinigt und durch die Liebe zum angestammten Herrscherhause zusammengehalten, ist für ganz Europa das festeste Bollwerk gegen die Gefahr, welche von dem Moskowiterthum droht.

Als Ostreich gegen die Einfälle der aus den asiatischen Steppen einbrechenden Völkerhorden von Karl dem Grossen zum Schutze des Reiches aufgerichtet, ist es durch die Jahrhunderte seiner Bestimmung, der getreue Ekkehard europäischer Gesittung zu sein, treu geblieben. Die Marchia orientalis oder Austria, woraus im zehnten Jahrhundert (zuerst in einer Urkunde Ottos III. 996) Ostirichi oder Oesterreich wurde, ist im treuen Bunde mit dem neuen Deutschland immer noch Europas starke Ostmark. Und war dieses Oesterreich im Beginn schon eine Cultur- und Naturnothwendigkeit für die Sicherheit Europas, so musste sein Wachsthum diese Sicherheit erhöhen.

Dieses Wachsthum nun hat seinen Ursprung in dem Stammvater der Dynastie, deren Segen heute Oesterreich empfindet, in einem der glänzendsten Namen der Regentengeschichte aller Zeiten und Völker, in Rudolf von Habsburg. —

Das Abschiedswort, welches der Vater dieses grossen Fürsten, Albrecht IV., zu seinen Söhnen sprach, als er sich zu Marseille einschiffte, um als Kreuzfahrer nach Palästina zu ziehen: „Bedenkt immer, dass die Grafen von Habsburg ihren hohen Ruhm nicht durch Betrug, Uebermuth und Selbstsucht erworben haben, sondern durch Muth und Aufopferung für das gemeine Beste, folgt ihr diesem Beispiel, so werdet ihr die Güter und Würden eurer erlauchten Ahnen erhalten, ja noch vermehren“, ist als ein heiliges Vermächtniss für seine Nachkommen herrlich in Erfüllung gegangen.

Das Haus Habsburg darf mit Stolz, wie kaum ein anderes Herrscherhaus auf den Ur-Ahn, den grossen Rudolf, welcher Deutschland und den Landen in Oesterreich zu so hohem Ruhm geworden, zurückblicken. Durch Klugkeit, Muth, Gerechtigkeitsliebe und durch den Schutz der friedlichen Arbeit gegen Anmassungen städtefeindlicher Ritter erwarb er sich schon als Graf von Habsburg und Landgraf von Elsass die Liebe der Hohen und Niederen und einstimmig wurde er, als der deutsche Kaiserthron verwaist war, im Jahre 1273 in Frankfurt zum Kaiser des deutschen Reiches gewählt.

Wenige Fürsten haben Kaiser Rudolf an Kraft des Characters und an bürgerlichen und kriegerischen Tugenden erreicht, nicht viele ihn übertroffen. In dieser Beurtheilung werden wohl alle Geschichtsschreiber, von welchem Standpunkt aus sie auch die Weltgeschichte ansehen, zusammentreffen. Die Zeitgenossen Rudolfs selbst gaben ihm das Zeugniss, dass im höchsten Grade tapfer, unermüdlich thätig, einfach in Sitten und Lebensweise, herablassend und leutselig, gütig, grossmüthig und durchausgerecht war. Er war als Kaiser ein Muster der Mässigung und Billigkeit, und nicht Schmeichlermund, sondern ernsthafte Würdigung seiner Bedeutuug muss ihm nachrühmen, dass er durch die Wiederherstellung eines friedlichen Zustandes im deutschen Reiche der Schöpfer des neuen, höheren und geistigen Lebens und Wirkens in Deutschland war und u. A. auch in diesem Streben die Absicht hatte, den Gebrauch der deutschen Sprache in Ausfertignng der Urkunden einzuführen,

wovon die Landfriedenssatzung von 1281 als erste Probe anzusehen ist.

Auf so stolzem Fundament ruht die Tradition im Hause Habsburg, und es muss jeden Menschenfreund mit hoher Befriedigung erfüllen, wenn er wahrnimmt, wie jene ruhmeswerthen Eigenschaften in dieser Herrscherfamilie immer wieder erneut in Erscheinung getreten sind.

Und die Stellung des Hauses Habsburg war durchaus nicht immer so leicht wie jener lateinische Scherzvers:

„Alii bella gerant, tu, felix Austria, nube“

vermuthen lässt.

Auch Kriege hat Haus Habsburg führen müssen, von den Zeiten Rudolfs an, der den böhmischen König Ottokar besiegte, bis in die Neuzeit, um seine Stellung zu befestigen.

Es ist wahr, nicht immer war das Schlachtenglück diesen Unternehmungen hold, Bellona bleibt nicht immer treu, aber treu blieb in diesem hochedlen Geschlecht in Heiligung jenes oben angeführten Vermächtnisses das Bestreben, den Platz, auf den es die Vorsehung gestellt, würdig auszufüllen, Regententugenden zu üben und durch gutes Beispiel zu herrschen.

Selbst in den Frauengestalten dieses Hauses, wie uns das Beispiel Maria Theresia's zeigt, war dieses Bestreben kräftig ausgeprägt.

Mit berechtigtem Stolz darf diese Dynastie auf ihre Kaiserzeit in Deutschland zurückblicken, und als Franz I. im hohen Verständniss für veränderte Auf-

gaben seiner Herrscherthätigkeit im Anfang unseres Jahrhunderts seine Kraft auf Oesterreich concentrirte und seiner Kaiserwürde in Deutschland entsagte, da war in den weitesten Volksschichten, und unter den edelsten Geistern Deutschlands das Bedauern über diesen Schritt ein tiefgehendes. Bekanntlich knüpfte die „grossdeutsche“ Bewegung, von dem Gedanken geleitet, das alte Kaiserhaus noch an der Spitze Deutschlands zu sehen, an dieses Gefühl an. Aber wie richtig Franz I. gehandelt wie staatsmännisch voraussehend, das hat die Zukunft schlagend bewiesen. Deutschland musste, unabhängig von Oesterreich seine Entwickelung nehmen, die Mission des Hauses Habsburg in Deutschland war erfüllt, eine andere für das Heil Europa's nicht minder erspriessliche wartete ihrer in den Stammeslanden der Dynastie.

Die nationale Bewegung in Europa hatte in der Mitte unseres Jahrhunderts in einer Stärke und Schärfe, wie sie das Mittelalter nie gekannt, die Gemüther ergriffen. Es heisst diese Bewegung unterschätzen, wenn man sie als eine „Erfindung“ der Politik Napoleons III. hinstellt, welcher sie gegen seine Gegner ausspielte.

Den Grund dieses plötzlich hervorbrechenden und noch nicht zum Abschluss gekommenen elementaren Nationalitätsprinzips zu erforschen, ist hier nicht der Ort, nur angedeutet mag werden, dass überall dort, wo die „nationale Flagge“ mit wildem Eifer geschwungen wurde, auch der Hass gegen Kirche und Religion, welche die Völker einigen

und nicht trennen, und das Wort „hier gilt nicht Römer und nicht Grieche, wir sind Alle ein's in Jesu Christo" zur Anwendung bringen, hervorbrach.

Ein gewisser Zug zum Heidenthum geht durch diese Bewegung, wie ja auch die Wörter „ethnoi" (Völker) und „Heiden" eine gemeinsame Sprachwurzel haben und der Umstand, dass die Heisssporne dieses Nationalitätsprinzips unter manchen Völkern bis zur grauen Vorzeit, zur Wiege des betreffenden Volksstammes zurückblicken, und aus Mythologie und Volkssagen ihre Motive zur Auffrischung des „Volksbewusstseins" holen, lässt diese Bewegung oft in einem eigenthümlichen Lichte erscheinen.

Aber sie ist da und lässt sich nicht hinwegleugnen, und gerade in Oesterreich, wo die mannigfachsten Völker beisammenwohnen, pochte diese „Frage" mit vehementer Gewalt an die Pforte der Reichseinheit.

Hier mit diesen neu erscheinenden Faktoren zu rechnen, hier das Gleichgewicht zu erhalten, Jedem gerecht sein zu wollen, und doch Aspirationen, welche das Staatsgefüge zu bedrohen im Stande wären, zurückzuweisen, dazu gehörte eine hochentwickelte Staatskunst, gegen welche das Regieren in andern Ländern ein blos geschicktes Verwalten wird.

Uebrigens zeigt uns das Beispiel Englands, das Eldorado der „parlamentarischen Regierungsform", dass jene Staatskunst nicht überall zu finden ist. Ein einziger fremder Volksstamm in der grossen Volksmasse anglo-britischer Herkunft die keltischen Iren bereiten der englischen Regierung Schwierig-

keiten, deren Ende nicht abzusehen ist, und welche die Geschichte Englands beflecken.

Wie anders in Oesterreich!

Hier war unter viel schwierigeren Umständen den mannigfachsten Agitationen zu begegnen, den Explosionsstoff, welcher auf allen Seiten angehäuft lag, zu beseitigen oder unschädlich zu machen. Besonders aber in Hinblick auf den wie ein dunkles Wetterzeichen am Horizont Europas aufsteigenden Panslavismus trat die riesengrosse Aufgabe an die österreichische Staatskunst heran, den slavischen Völkerschaften der Monarchie gerecht zu werden, ohne doch darüber den Staatsgedanken aus dem Auge zu verlieren.

Mit sichrer Hand und scharfem Blick musste hier das Staatsschiff an Klippen und Felsen, über Untiefen und Sandbänke gesteuert werden. Und wer mit unbefangener, von keinem Parteivorurtheil getrübter Anschauung die Resultate dieser Staatskunst ansieht, der muss eingestehen, dass das „Lavieren", (im Grunde der Gesammt-Inhalt einer weisen Regierungspolitik, wie es der verstorbene Kaiser Wilhelm immer nannte), kaum je mit grösserem Geschick und sicherer Weltkenntniss geübt wurde, als von der österreichischen Regierung.

Eine unparteiische Geschichtsschreibung späterer Zeit wird dem staatsmännischen Blick des Vertrauensmannes des österreichischen Kaisers, des Grafen Taaffe, zweifellos den Ruhm zuerkennen müssen, dass er durch weise Vorsicht und Klugheit alle Gefahren, die aus einer Annäherung unzufriedener, slavischer Elemente an staatsfeindliche Bewegungen

für Oesterreich hätten erwachsen können, zu beschwören verstanden.

Ja wir stehen nicht an, neben dem hervorragenden Regierungswerk des Dualismus, welcher im Anfange ebenfalls bekrittelt und angezweifelt, sich schliesslich als das geeignetste Mittel des erspriesslichen Zusammenwirkens der Staatskräfte erwiesen, die Regierungsmaximen, wie sie im Augenblick die Hofburg in Wien beherrschen, als das für Oesterreich allein Nützliche zu bezeichnen.

Denn nur das Bestreben, alle Staatskräfte in Oesterreich zu coordiniren und nicht eine der andern zu subordiniren, kann die Lösung der Aufgabe gewährleisten, dass Oesterreich für Europa die Wacht an der Donau halte, die in ethischer und kultureller Beziehung Deutschlands Wacht am Rhein mindestens ebenwerthig ist.

Mit der offenen Wunde des grollenden Slavismus aber könnte Oesterreich seine Mission nach Osten hin, (und dieses für die nächste Zukunft seine Hauptmission) nicht erfüllen.

Nur Oesterreich kann Russland in der Verwirklichung seines Planes, der zum „Testament Peter des Grossen" gehört, Constantinopel zu besetzen und damit den Schlüssel zum Mittelmeer in seine Hand zu bekommen, hindern, und nur diese eigenartige Stellung Oesterreichs zu den Culturfragen Europas erklärt den intensiven Hass Russlands gegen dieses Reich.

Die leitenden Kreise Russlands wissen wohl, dass die Fittiche des österreichischen Doppeladlers der-

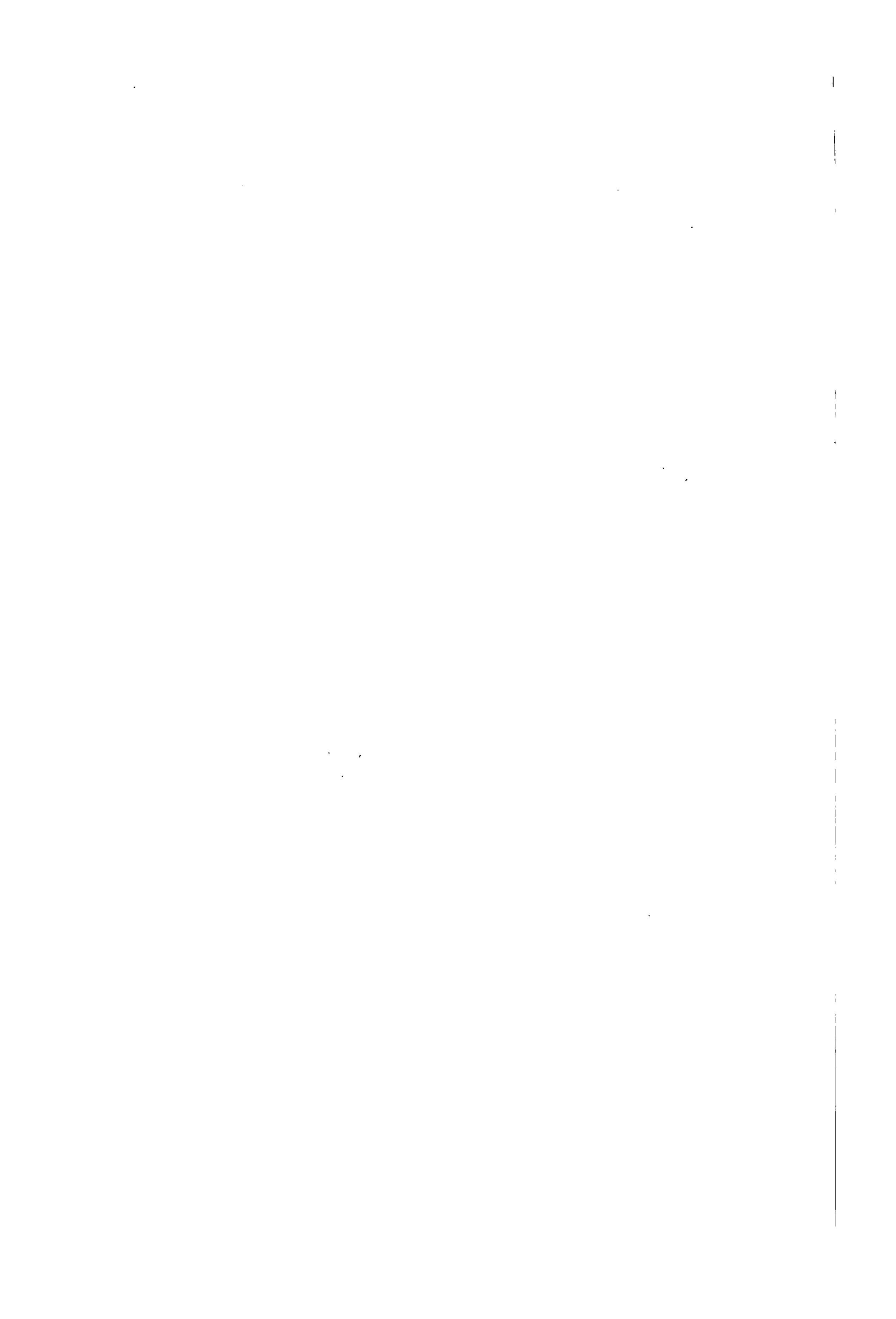
einst schützend und beschirmend über den selbstständigen Staaten der Balkanhalbinsel schweben werden.

Zwei Momente sind es besonders, welche Oesterreich in dieser Stellung stützen und dies so eigenartige Staatsgefüge zu jenem angedeuteten Zweck geeignet machen und einen: Die Liebe, welche alle Völker Oesterreichs ohne Unterschied der habsburgischen Dynastie entgegenbringen, und die Macht der römisch-katholischen Kirche.

Die letztere mit ihrer traditionellen Kraft über die Gemüther der Slaven in Oesterreich wird immer einen Damm gegen die Expansionslust des griechisch-orthodoxen Panslavismus der Russen, welcher Nationalität und Kirchenthum zu einem dem Occident unverständlichen Ganzen mischt, bilden, und die Liebe zur Dynastie Habsburg gewährleistet, dass kein Volk in Oesterreich je die Gesammtinteressen des Ganzen verleugnet.

Wie hoch aber die Dynastie Habsburg jedem Oesterreicher steht, das haben die vergangenen Tage bewiesen, und das ist der Lichtpunkt in dem Dunkel der Tragödie von Meyerling.

DAS GOTTESGNADENTHUM IN DER MONARCHIE.



Als vor Jahresfrist das neugeeinte deutsche Reich von Wehruf und Klagen wiederhallte, als der durch die Gnade der Vorsehung und die Kraft deutscher Waffen und deutschen Geistes aufgerichtete neue Kaiserthron von Trauerzeichen umhüllt war, als dort, wo man Hoheit und Würde und Lebensfreudigkeit zu schauen gewohnt war, zwei Bahren an das unerbittliche Wirken des Todesengels mahnten, — da blickte Germania gramumflorten Auges in Wehmuth und freudiger Erwartung auf den jugendlichen Herrscher, dem nunmehr das Erbe des preussischen Königs- und des deutschen Kaiserthrones zugefallen war. Und gottergeben und festen Schritt's zugleich, wie er hinter dem Sarge des grossen Kaisers einhergegangen war, der erste Leidtragende im Staat und doch von dem stolzen Gefühle seiner Stellung beseelt, so fest und aufrechten Hauptes bestieg er den Thron seiner Väter, die Hand am Degenknauf, den Blick zum Himmel gewendet. Wie ein befreiendes Wort in beklommener Trauerstimmung klang sein Gelöbniss: „Mit Gott!“ —

Mit Aufblick zu Gott, der die Geschicke der Welt und die Gedanken der Herrscher lenkt, trat der junge Kaiser das Erbe seiner erlauchten Ahnen an. —

Selten noch hat ein Wort so viel Wirkung geübt, wie jenes gottesgläubige, das hier gesprochen worden, es war beinahe eine That. Denn das Bekenntniss an sich hat die Kraft der That.

In unserer Zeit zumal, in welcher falsche Wissenschaftlichkeit, auf eine grobmaterialistische Weltanschauung gestützt, schwache Gemüther mit Zweifel an der göttlichen Ordnung der Dinge erfüllt, hat ein religiöses Bekenntniss von so hervorragender Stelle einen erhöhten Werth.

Die Religionslosen und Lauen, welchen das metaphysische Bedürfniss fehlt und die, wenn sie es bei Anderen wahrnehmen, von „Unverständlichkeit“ und „Thorheit“ oder gar „Heuchelei“ reden, hatten sich daran gewöhnt, das religiöse Gefühl des grossen Kaisers Wilhelm I. als mit seinem Greisenalter zusammenhängend anzusehen und die Parole ausgegeben, dass die alten Herrscher naturgemäss den religiösen Standpunkt mehr betonen müssten.

Dass aber Jüngere im Allgemeinen und jüngere Fürsten im Besonderen den Glauben an Gott besässen und diesen Gottesglauben auch bekunden dürften, das erscheint diesen merkwürdigen Logikern als ein „Anachronismus“ als ein „Opfer des Intellekts“ oder wie alle die schönen Ausdrücke des Unwillens der „Bildung“ gegen „veraltete“ Begriffe lauten mögen. Diese merkwürdigen Weisen der Zeit haben nämlich die Phrase erfunden, dass „das neunzehnte Jahrhundert“ — das „Zeitalter des Fortschritts“, „unsere aufgeklärte Zeit“ mit religiösem Glauben unerträglich sei.

Als ob das menschliche Gemüth ein anderes geworden wäre, weil wir Eisenbahnen, Telegraphen und Telephone zur schnelleren Verbindung benutzen und als ob vor Gott dem Schöpfer des Himmels und der

Erde ein Jahrhundert mehr gelte als das andere, das neunzehnte höherwerthig sei als das erste!

Abgesehen von dem Unverstand, der sich darin kundgiebt, die endlose Zeit der Ewigkeit mit irdischem Maassstab messen zu wollen, ist es auch ein Beweis ungenügender Kenntniss der Kulturverhältnisse in der Menschheitsgeschichte, die vergangenen Jahrhunderte, zumal das „Alterthum“ als dem Kultur-Ideal entfernter und die neueren als der Civilisation allein zugehörig hinzustellen.

Gerade jene Zeit des „Alterthums“, in welcher griechische und römische Bildung die Welt erfüllte, zeichnete sich durch eine Vollendung auf den Gebieten der Kunst aus, wie sie weder vor- noch nachher erreicht wurde. Dichtkunst, Bildnerei und Architektur blühten.

Die auf unsere Zeit überkommenen Monumente der Antike, die Ueberreste jener Kunstperiode in Plastik und Architektur geben Zeugniss von den hohen, Staunen erregenden Kunstfertigkeiten des Alterthums, welches in vielen dieser Fertigkeiten unser Zeitalter weit überragte.

Als das Christenthum in die Welt trat, von seiner hohen göttlichen Mission erfüllt, war die Zeit nicht in Barbarei und Kulturlosigkeit versunken, sondern voll von Wissen und Können aller Art, aber dieses Wissen ohne Gott vermochte das Glück der Menschen nicht zu begründen. Wissen ohne Gottesfurcht ist Stückwerk.

Das bezeichnendste Bild von der Stellung des Christenthums zur Bildungswelt der Antika bietet jene denkwürdige Scene, da Paulus der grosse Helden-

apostel auf dem Forum in Athen erschien und den wissensstolzen Athenern vor dem Altar des „unbekannten Gottes“, unter den prunkenden Tempeln von dem dreieinigen Gotte predigte. Es waren in der ersten Zeit des Christenthums Geistesschlachten zu schlagen, von denen diejenigen, welche die Religion begeifern, keine Ahnung haben. Das Christenthum hat nicht nur die Kleinen im Geiste, sondern die grossen Philosophen-Schulen des Alterthums überwunden und seine göttliche Kraft daran bewiesen, dass es Alles, was von Scheinwissenschaftlichkeit sich ihm entgegenstellte, besiegte.

Nur Ignoranten können die Vorstellung haben und verbreiten sie in den Kreisen Halbgebildeter, dass das Christenthum wohl über barbarische rohe Völker die Herrschaft gewinnen konnte, indem es (so lautet ein Haupt-Argument seiner Gegner) den Aberglauben dieser Völker schonte und einen Theil dieses Aberglaubens mit in die neugeschaffenen Religionsformen übernahm, dass es aber vor dem Licht des „Fortschritts“ unserer Zeit, vor der Vernunft, weichen muss.

Kenner der Weltgeschichte wissen, wie oben angedeutet, dass in einer der glänzendsten Kulturepochen der Menschheit erstanden und in Geisteskämpfen mit den geschultesten Philosophen Griechenlands und Roms erstarkt, das Christenthum mit einer Glaubenskraft ausgestattet, wie sie vorher die antike Welt nicht gekannt, den Siegeslauf antrat, nicht mit dem Schwert erobernd und zerstörend wie der Islam, sondern die Herzen gewinnend, auf Gott richtend, ...nendend. Und zu den barbarischen Völkern

hat dieses Christenthum, geistesstark und die Sitten bessernd, die Kultur erst getragen. Alles, was wir als Früchte der Kultur geniessen, stammt vom Christenthum und den christlichen Herrschern. Darum aber ist es für den Geist der Zeit von so unermesslichem Werth, wenn ein junger thatkräftiger Monarch vor der Welt das Zeugniss ablegt, dass er von religiösen Ideen erfüllt ist und dass er sein hohes Herrscheramt als von Gottes Gnaden ihm übertragen ansieht. —

Von Gottes Gnaden! Welch' grosses Wort!

Erst das Gottesgnadenthum giebt der Monarchie die Weihe, welche sie zur idealen Regierungsform erhebt, an deren Bedeutung auch die bestverwaltete Republik nicht hinanreicht. So, wie der Gottesglaube erst dem Leben den festen Halt gewährt, dem Einzelnen das Gefühl der Verantwortlichkeit vor einem höheren Richter in's Herz pflanzend, so macht das Bewusstsein, von der Gnade der Vorsehung dazu ausersehen zu sein, ein Volk zu regieren, den Herrscher zum Vater des Landes. Nur mit den Vater-Rechten und -Pflichten gegenüber den Kindern lässt sich die Stellung des Monarchen, der die Krone als von Gott empfangen betrachtet, vergleichen.

Nicht falsche Sentimentalität und andererseits nicht Strenge allein werden das Thun eines solchen Vaters und Monarchen bestimmen, sondern Zucht nnd Liebe gemeinsam, wie es die Sittenlehre des Christenthums jeder Regierungsaufgabe vorschreibt.

Aber nicht nur als durch Tradition geheiligt bewahrt die Monarchie ihre Würde und ihre Geltung, sie wird auch vor den Schranken der Vernunft gegen-

über der republikanischen Staatsform ihren Sieg behaupten können. Sie braucht den Vergleich nicht zu scheuen und wenn je eine Zeit, so giebt die unserige, in welcher die französische Republik sich anschickt, die Centenarfeier der grossen Revolution zu begehen, Anlass zu einem Rückblick auf Republik und Monarchie und regt die Frage an: „Welche der beiden Staatsformen hat im Leben der Völker sich als segensreicher erwiesen?“

Unbestreitbar ist, dass das Wesen der Monarchie tief in der Natur der Menschen begründet ist. Die Entstehung aller Monarchien zeigt uns dies. Aus dem innersten Bedürfniss der Volksgestaltung heraus erwuchsen die Herrscher. Es erwies sich als Nothwendigkeit, dass der Tapferste, der Weiseste an die Spitze des Volksstammes trat und der Führer wurde. Die Anderen ordneten sich ihm unter, er war der Feldherr im Krieg, der Richter im Frieden, sein Heerruf galt wie sein Rechtsspruch. Und allgemach wurde aus der Nothwendigkeit eine Gewohnheit, die Führerwürde, durch Verdienst und hervorragende Thaten dem Besten im Volke zuertheilt, verblieb in seiner Familie, welche dem Ahnherrn nacheiferte und das erbliche Königthum war geschaffen. Wir können diesen Werdeprozess noch heute bei Naturvölkern wahrnehmen und nicht das lehrt er, was die Feinde der Monarchie daran erkennen wollen, dass er ein Ueberbleibsel aus einer unfertigen Kulturperiode bedeutet, sondern, dass das Königsthum tief in der Natur der Menschen wurzelt, zum Element des

Volkslebens gehört, eine Abspiegelung des Herrscherwillens im Weltall.

Sehen wir doch auch, dass selbst in den gepriesenen „Republiken“ in Zeitläufen der Gefahr der Fähigste oder Stärkste mit der Diktaturgewalt betraut wird und der Staat sich gern einem Willen unterwirft, denn der Wille eines Tüchtigen und vom Gefühl der Verantwortlichkeit Beseelten ist allezeit dem Staatsganzen förderlicher gewesen, als das Herrschergelüst Vieler, welche den Staat mit Parteistreitigkeiten erfüllen.

So haben bei den Griechen auch, dem Volke, welches die republikanische Staatsform immerhin noch in der edelsten Art zu gestalten vermochte, der grösste Dichter und der grösste Philosoph Homer und Plato die Monarchie gepriesen, der Sänger des heroischen Zeitalters begeistert, der dem Grunde der Dinge nachforschende Philosoph mit Argumenten der Nützlichkeit.

War schon im Alterthum das Wesen der Monarchie als höherwerthig befunden worden, um wie viel mehr musste es nach Einführung des Christenthums gewinnen, welches der Monarchie eine höhere Weihe gab!

Es hat sich denn auch im Unterschied der beiden Staatsformen das vollzogen, was sich nach ihrer Stellung zur Religion vollziehen musste, die Republiken haben sich verschlechtert, die Monarchien sich vertieft, veredelt. — immerhin war in den Republiken des Alterthums — das kann nicht geleugnet werden — noch die Quintessenz der Bürgertugenden

das treibende Element, der Sinn für das allgemeine Beste, die Opferfähigkeit für die Interessen des Staates bildeten den Maasstab für die Betheiligung des Einzelnen an der Verwaltung des Ganzen. Die griechischen Republiken sowohl als die römische weisen Beispiele idealer Grösse auf, deren Wirkung sich kein Gutmeinender entziehen kann. Je nach der Natur des Volkes und der Verhältnisse erzeugte diese Staatsform hier einen Aristides und Perikles, Männer von Weisheit und Sinn für das Schöne und Gute, dort einen Brutus den Aelteren, Cincinatus und die Scipionen, von Begeisterung für den Staat erfüllt, von antiker Hoheit. Was sind aber die modernen Republiken dagegen? Farcen, Verzerrungen der alten. Die alten bauten sich auf dem guten Geiste der Bürger auf, die modernen auf dem des wilden Hasses, des Widerstreites gegen alles Hohe und Edle. Die französische, auf den Leichen von hunderttausenden Mitbürgern gegründet, von den teuflischen Gelüsten blutgieriger Hyänen wie Marat und Robespierre inspirirt, befleckt durch die Hinrichtung eines menschlich guten Königspaares, ist wie ein Moloch, der immer und immer wieder Revolutionen entfesselt und nach dem Blut der Bürgerkriege lechzt. Das Dichterwort wird bei ihr zur Wahrheit:

„Das eben ist der Fluch der bösen That,
Dass fortzeugend sie Böses muss gebären.“

Ja, sie gebar Böses von Anfang an. Königsmörder, Bilderstürmer in den Tempeln des Schönen und Edlen — und als Krönung des Ganzen einen vom Herrscherwahnsinn erfüllten Tyrannen, welchen die

erschreckten Völker Europas als den von der Apokalypse prophezeiten Antichrist ansahen, denn nur Blut bezeichnete seine Bahn und als er auf eine ferne Insel im Ozean verbannt wurde, hinterliess er sein Vaterland im Zustande der furchtbarsten Erschöpfung und die Welt athmete auf, wie von der Herrschaft des Bösen befreit. „An den Früchten sollt ihr sie erkennen“ sagt das Bibelwort. Wenden wir dieses Wahrwort auf die moderne französische Republik an. Wie steht sie da? Hat die von den Verächtern der göttlichen Gebote gepriesene „grosse französische Revolution“ ihr Land in einen Zustand gedeihlicher Entwicklung gebracht? Jetzt gerade, wo das hundertjährige Jubiläum jener „grossen That“ gefeiert werden soll, sehen wir sie vor den Umtrieben eines Mannes zittern, welcher von den Witzlingen der französischen Nation selbst als „Operetten-General“ bezeichnet wird, eines Mannes, welcher als Soldat sich nur durch die Disciplinlosigkeit, als Mann durch Wortbruch und Feigheit ausgezeichnet hat. Man weiss von ihm nur, dass er einen schönen Bart hat und gut essen kann und doch tödtet ihn in jenem Frankreich, welches das Wort „je ridicule tue“ erfunden hat, auch die Lächerlichkeit nicht. Hunderttausende hängen ihm an und die Republik betrachtet ihn als grösste Gefahr. Sie ist eben auf den Standpunkt der südamerikanischen kleinen Republiken gesunken, in welchen das Pronunciamento irgend eines unzufriedenen Generals, der ein Regiment hinter sich hatte, den ganzen Staat über den Haufen werfen konnte. Selbst Feinde der Monarchien müssen zugestehen, dass die Erschei-

nung eines „Generals Boulanger“ in einem wohlgeordneten monarchischen Staatswesen eine Unmöglichkeit wäre.

Der Eiffel-Thurm, welcher der Hauptschmuck der grossen Ausstellung zur Feier der grossen Revolution werden soll, ist so recht ein Symbol für die Revolution und die Republik, die daraus erwachsen. Alles strebte in die Höhe, um gesehen zu werden. die Eitelkeit wuchs bis in die Wolken, aber der Tiefe ermangelte es, im Erdreich hat es keine Wurzeln, es geht nicht in die Weite und von der Laune eingegeben, kann es auch von der Laune weggeblasen werden.

Es ist nur die Feststellung einer historischen Thatsache, dass unter den modernen Republiken keine einzige sich mit denen des Alterthums messen kann, keine einzige giebt allen Bürgern Gelegenheit, ihre Fähigkeiten und Tugenden im Dienste des Vaterlandes zu entfalten, jede ist eine Quelle von Beunruhigungen für das Staatswesen, in jeder steht die jeweilig besiegte Partei schmollend zur Seite, apatisch zuschauend, in welche Fährlichkeiten der Staatswagen geräth.

Oder gewährt etwa die seit dem Göthe'schen Wort „Amerika du hast es besser — dich quält im Innern nicht nutzlos Erinnern“ mit Übermaass von den Europamüden gefeierte Republik der Vereinigten Staaten von Nord-Amerika ein erhebendes Bild, wenn im Zwischenraum von drei zu drei Jahren die zwei grossen Parteien des Landes zum Kampf bis auf's Messer sich gegenüberstehen, um das Oberhaupt zu wählen?

Die Reinheit der Gedanken, die Höhe der Anschauung und Uneigennützigkcit, wie sie die grossen Männer der ersten Zeiten der Republik, Franklin und Washington gezeigt, sind unter den „practischen“ Verhältnissen jenseits des grossen Wassers nur noch schöne Mythen und in den Kämpfen um die Präsidentenwürde ist dort das Wort entstanden „Dem Sieger die Beute.“ Kenner der dortigen Zustände behaupten auch, dass dieses Wort gewissenhaft in die That übersetzt werde und selbst der enragirteste Anhänger jener „freiheitlichen“ Institutionen wird nicht behaupten dürfen, dass die Art, wie durch die Präsidentenwahl die Verwaltung des Landes bis in ihre Grundvesten erschüttert, weil von dem Ausfall der Wahl abhängig gemacht wird, das Ansehen der republikanischen Staatsform erhöht.

Bietet doch selbst die Schweizer Republik, welche sonst in der Nüchternheit und Geschäftsmässigkeit der Verwaltung leicht den Eindruck einer auf Antheilscheinen fundirten Genossenschaft macht, oft, wenn diese oder jene „Cantönli“-Interessen — verletzt werden, das Schauspiel eines von Parteistreitigkeiten zerrissenen Staatswesens und der blutige Sonderbunds-Krieg, der in der Mitte unseres Jahrhunderts die Schweiz zerfleischte, machte es der Welt offenbar, dass der Rütli-Bund in seiner idealen Gestalt — nur noch in den Dichtungen Schillers lebt.

Wie anders die Monarchie! Wieviel herrliche Blüthen hat die monarchische Staatsform in den Jahrhunderten nach Einführung des Christenthums gezeitigt!

War schon im Alterthum, wie oben erwähnt, diese Regierungsform von Denkern und Dichtern als die nützlichste, von jeder Parteiströmung unabhängige angesehen worden, so musste sie sich naturgemäss, nachdem durch das Christenthum das Verhältniss des Menschen zu Gott, des Volkes zum Monarchen, des Monarchen zu seinen Unterthanen, ein anderes höheres, sittlicheres geworden, noch veredeln, erweitern, vertiefen.

Die Königswürde wurde von nun an als von Gott empfangen betrachtet, der König fühlte sich von nun an Gott für seine Regierung verantwortlich und es war unmöglich, dass ein Herrscher, der sich gläubig und wahrhaft zum Christenthum bekannte, ein schlechter Herrscher sein konnte, d. h., dass er nicht seine ganze Persönlichkeit einsetzte, um vor Gott in der Verwaltung seines hohen Amtes zu bestehen.

Denn das ist ja das Wesentlichste des Christenthums und seiner moralischen Kraft, mit der es die Welt eroberte, von seinem göttlichen Ursprung Zeugniss ablegend, dass es das Einsetzen der vollen Persönlichkeit, die Anspornung aller moralischen Kräfte fordert.

Herrscher, wie sie das Alterthum rühmte, Hadrian, Antoninus Pius und Marc Aurel wurden nach der Einführung des Christenthums zur Regel.

Kein wahrhaft christlicher Herrscher trat je sein Amt an, ohne Gott zu geloben, seine Unterthanen zu beglücken, den Schwachen und Bedrängten eine Stütze zu sein, Ungerechtigkeit zu bekämpfen.

Nicht von Menschensatzungen und schwankenden Volksmeinungen machte er sein Thun abhängig, sondern von heiligem Gotteswort, welches der Welt geoffenbart worden.

Die Gnade Gottes hatte ihn in seine Stellung gesetzt, er musste sein Bestes geben, um der Gnade Gottes theilhaftig zu bleiben.

Die Geschichte der europäischen Monarchieen weist in ihren Namen von Constantin und Karl dem Grossen bis zu den Hohenstaufen und Hohenzollern den ethisch hohen Werth des Königthums auf.

Als es sich darum handelte, der Kultur die Bahn zu ebnen, nachdem die wilden Wogen der Völkerwanderung sich verlaufen, dem höheren Lebensgedanken in Staat und Gemeinde den Weg zu öffnen, da waren es Könige, welche die Anregung gaben, wahrhafte Führer des Volkes. Herrscher von Gottes Gnaden haben im Mittelalter als Muster edler Ritterlichkeit und echter Frömmigkeit vorangeleuchtet, ihre Unterthanen bessernd und veredelnd und die Reformen, welche auch in unserer Zeit der Initiative der Monarchen entsprungen, sind werthvoller geblieben, als alle Revolutionen, bei welchen besten Falles nur das Experiment der Austreibung Satans durch Beelzebub in die Erscheinung trat. —

Das Haus Hohenzollern zumal hat es in seiner glorreichen Geschichte von Jahrhunderten bewiesen, wie viel Segen für Volk und Dynastie dem hohen Königsamt entquillt, wenn es auf das Fundament der Gottesfurcht gestellt ist. Das Hohenzollern-Haus hat Ideal-Herrscher erzeugt, welche für alle Zeiten

und alle Völker mustergiltig sind und das monarchische Prinzip zu einer Höhe erhoben, auf welcher die bewundernswerthen menschlichen Eigenschaften mit Regenten-Tugenden zu einem harmonischen Ganzen vereinigt sind. Der Ursprung schon verhiess das Grösste, der Gründer der Dynastie in der Mark, der erste Markgraf und Kurfürst erschien als Retter und Helfer in den Landen, welche ihm als Lohn ritterlicher Treue vom Kaiser zugewiesen worden und noch das heutige Geschlecht erbaut sich an der herrlichen Gestalt dieses Fürsten, welcher der Mark den Segen der Ordnung brachte und die gedrückten Gemüther wieder aufrichtete; der beispiellos grosse Erfolg des Wildenbruch'schen Dramas „Die Quitzow's“ zeigt, welch' zündende Wirkung die Erinnerung an diesen Stifter des preussischen Herrscher-Hauses übt. So, wie im Anfang Treue gesäet wurde, so wurde auch allezeit Treue geerntet. Auf Treue und Glauben war dies Haus gegründet, auf Weisheit und Gottesfurcht und Gottes Segen blieb bei ihm durch Sturm und Drang der Jahrhunderte. Ein bekannter Historiograph des preussischen Königshauses sagt von Friedrich, dem ersten Kurfürsten von Brandenburg: „Der neue Kurfürst von Brandenburg war unstreitig einer der bedeutendsten Fürsten seiner Zeit, sowie des ganzen Mittelalters, ausgezeichnet besonders durch klare Einsicht, womit er die gesammten Verhältnisse der Zeit überblickte und durch den Geist der Weisheit und Mässigung, welchen er in der Behandlung aller Dinge geltend machte. In ihm, dem Stifter des grossen preussischen Herrscher-

hauses, sehen wir zugleich auch den lebendigen Begriff der trefflichen Eigenschaften, durch welche die hohenzoller'schen Fürsten von Geschlecht zu Geschlecht ausgezeichnet waren, er war nicht blos ein tapferer und angesehener Kriegsmann, sondern vielmehr noch in allen ehrenhaften Künsten des Friedens und weisen Regiments hoch erfahren, voll echter Gottesfurcht und wahrer Liebe zu seinem Volk." Und dieser Geist pflanzte sich fort und wuchs wie selten in einem Herrscherhause. Die Namen Albrecht Achilles, Johann Cicero, Joachim Nestor und Joachim Hektor sind dess' Zeugen, wie durch Tapferkeit und Weisheit und hohen Sinn der Glanz des Hauses wuchs und immer zunahm, — die Wahrheit des alten Bibelsatzes bethätigend „Wer auf Geist säet, wird vom Geist das ewige Leben haben." Und die Kraft des Hauses steigerte sich mit den höheren Zwecken, denen es nachstrebte. Wenn die Mark Brandenburg eine immer gedeihlichere Entwickelung nahm, der Mittelpunkt eines Staatswesens wurde und dieses Staatswesen Preussen mächtig ward, so mächtig, dass ihm in Vollendung seiner Grossmachtstellung die Führerschaft in Deutschland zufiel, den jahrhundertelangen Traum der Einigung All-Deutschlands verwirklichend, dann ist all' dies nur dem hohen Regentengeiste, der in dem Hause Hohenzollern lebt, zu danken. Welche Reihe von grossen Geistern und Genies glänzt aber auch in diesem Hause! Der grosse Kurfürst, Friedrich der Einzige und Wilhelm, der greise Heldenkaiser, welche Herrschergestalten, sieg- und ruhmreich und dabei voller Weisheit und

Milde! Sie deuten so recht die Etappen an, auf denen Preussen zu seiner Machtstellung kam. Aus kleinen Anfängen heraus, aber immer zielbewusst vorwärtsschreitend. Nur des grossen Kurfürsten schöpferischer Geist schuf Preussen, des grossen Friedrich's Siege gaben ihm die Grossmachtsstellung unter den Staaten Europa's und was der grosse Kaiser Wilhelm gewirkt, das hat die Weltgeschichte mit goldenen Lettern auf ihre Tafeln geschrieben, sein Name erstrahlt für alle Zeiten neben denen der erhabensten Herrscher. Keinem dieser drei grossen Schöpfer und Bildner Preussens fiel der Erfolg von selbst in den Schooss. Jeder hat sein hohes Ziel unter den denkbar grössten Schwierigkeiten verfolgt. Nicht ohne Erhebung liest man aus der Geschichte des grossen Kurfürsten: „Was ihm eine geistige Ueberlegenheit über Alle gab, mit denen er in Berührung kam, war, dass er sich in jedem Augenblick seiner erhabenen Stellung, seiner hohen Pflichten und seines reinen Willens bewusst war. Sein ganzes Streben hatte etwas Grossartiges, Heroisches. Dabei war der innerste Kern seines thatkräftigen Lebens die Religion, der innige Glaube.

In Augenblicken der Noth und Gefahr, wo Gründe und Gegengründe der Politik nicht mehr ausreichten, in den schlaflosen Nächten, die dann folgten, fleht er zu Gott, ihn finden zu lassen, was das Beste sei und an dem, was ihm dann eingeleuchtet, hält er als von Gott eingegeben, „fest“,

Wem tritt hier nicht das Bild Kaiser Wilhelm's I. vor Augen, welcher in Krieg und Frieden, auf dem

Krankenlager und in der Fülle der Kraft stets Gott im Herzen trug, stets offen und vor aller Welt das herrliche Bekenntniss bethätigend, dass an Gottes Segen Alles gelegen ist. Die Siegestelegramme Kaiser Wilhelm's des Siegreichen mit ihrem Hinweis auf Gottes Fügung werden für alle Zeiten ein Zeugniss dafür bleiben, von welchen Gesinnungen ein wahrhafter Herrscher „von Gottes Gnaden" erfüllt bleibt, auch wenn sich grosse, beispiellose Erfolge an seine Fahuen heften. Demuth, Ergebenheit und Dank an die Vorsehung leuchten so erhaben und schlicht zugleich daraus hervor, dass wir unwillkührlich an den Gegensatz solcher Gesinnungen, an die Anmassung imperatorischer Gelüste denken müssen, welche im Anfang dieses Jahrhunderts uuseren Erdtheil mit Furcht und Schrecken füllten. Das war ein Kaiser von der Republik Gnaden, welcher die Völker unterjochte und aussaugte, nur seiner Eroberungsgier fröhnend und seine Siege zum Schaden der Wohlfahrt Europas ausnutzend. Nur blutig waren seine Spuren und nicht segensreich und sein Werk, dem Göttlichen und Guten von Anbeginn an abgewandt, zerfiel, wie die „Reiche" Dschingiskhans und Tamerlans zerfielen. — Und der Neffe dieses „Imperators," der wohl mit spöttischem Lächeln von den Königen von „Gottes Gnaden" sprach, er setzte die Farce fort, proklamirte, wie eine Entdeckung der neuesten Herrscherweisheit, mit Pathos und mit jenen cäsaristischen Schmeichelkünsten den Pöbel zu fangen, er sei Kaiser „von Volkes Gnaden." Auch sein mit Blut und verrätherischem Trug be-

gonnenes Werk wurde von der Vorsehung hinweggeblasen, wie Spreu im Winde. Ja, mit ehernen Lettern steht es in dem „Buch der Bücher" verzeichnet: „Wer auf Fleisch säet, wird vom Fleisch das Verderben haben.'

Der Geist aber macht lebendig und wie ein Strom, der sich immer wieder erneut, fluthet in den Gemüthern der Hohenzollern-Fürsten jener hohe Geist, welcher ihnen ihre Herrscheraufgabe als vom Willen des Höchsten zugewiesen zeigt und verklärt.

Schöner als es selbst begeistertste Schilderung zu thun vermöchte, kennzeichnet sich dieser hohe Geist in denjenigen werthvollen Briefen des verewigten Heldenkaisers Wilhelm, welche auf Befehl Sr. Majestät des jetzigen Kaisers im Reichanzeiger als Zeugnisse erhebender Gottesfurcht abgedruckt waren. — Es sind vier Briefe Aufzeichnungen aus den verschiedenen Lebensperioden des zu so hohen Werken von Gott Ausersehenen. Dem ersten, Koblenz 10. April 1857 datirten, entnehmen wir folgende herrliche Stellen in denen sein tiefer Glaube sich ausspricht:

Sollte ein jäher Tod mich ereilen, so möge mein ganzes Leben eine Vorbereitung für das Jenseits gewesen sein!

Möge Gott mir ein barmherziger Richter sein!

Ein vielbewegtes Leben liegt hinter mir!

Nach Gottes unerforschlicher Fügung haben Leid und Freude in stetem Wechsel mich begleitet. Die schweren Verhängnisse, die ich in meiner Kindheit über das Vaterland einbrechen sah, der so frühe Verlust der unvergesslichen, theuren geliebten Mutter, erfüllte von früh an mein Herz mit Ernst. Die Theilnahme an der

Erhebung des Vaterlandes war der erste Lichtpunkt für mein Leben.

Nie kann ich meinem heissgeliebten König und Vater genugsam danken, dass er mich Theil nehmen liess an der Ehre und dem Ruhm des Heeres! Seiner Führung, Liebe, seiner Gnade danke ich ja Alles, was er mir bis zu seinem Tode vertrauungsvoll erwiess! Die treueste Pflichterfüllung war meine Aufgabe in liebender Dankbarkeit, sie war mein Glück!

Dem Könige, meinem Bruder, der mir zugleich vertrauensvoller Freund ist, kann ich nie hinreichend für diese Stellung zu ihm dankbar sein!

Alle die mit mir durch Freundschaft und Wohlwollen in Verbindung traten, — und ihre Zahl ist nach Gottes Weisheit nicht gering gewesen — finden hier meinen heissen Dank und zugleich den letzten Dank für ihre Liebe, mit der sie mir begegneten. Viele sind mir in das Jenseits vorangegangen — wie wird unser Wiedersehen sein?

Allmächtiger! Du kennst meine Dankbarkeit für Alles, was mir hienieden Theures und Schmerzliches begegnete! In deine Hände befehle ich meinen Geist!! Amen!

Wilhelm.

Die zwei Briefe von 1866 und 1871, welche den Königlichen Sieger in seiner Demuth vor Gott zeigen, mögen hier unverkürzt ihren Platz finden.

Berlin, den 31. Dezember 1866.

Seitdem ich am 10. April 1857 meinen Abschiedsgruss meinen Hinterlassenen niederschrieb, hat das Schicksal mächtig in mein Leben eingegriffen. Die Vorsehung bestimmte in einer ungeahnten Weise über die letzten Lebensjahre meines theuren Bruders und berief mich noch bei seinen Lebzeiten zu seinem Nachfolger. Als Gott den vielgeprüften König und Bruder von seinem schweren Leiden gnädig erlöste, musste

ich den Thron der Väter besteigen. Gegen meine Neigung schritt ich zur Krönung, in tiefster Demuth, um Preussen mit seinen neuen Institutionen die irdische Macht zu vergegenwärtigen, die zu dessen Heil fest bestehen müsse. Diese meine gewissenhafte Ueberzeugung hat mich geleitet und gestählt in den schweren Kämpfen, die ich mit jenen neuen Institutionen Jahre lang zu bestehen hatte.

Diese Kämpfe haben mich tief erschüttert, weil ich Stand halten musste gegen ein wirres Andrängen gegen jene irdische Macht, die ich nicht aus den Händen geben durfte, wenn Preussens Geschichte nicht aufgegeben werden sollte. Ich vergebe Allen, die wissentlich und unwissentlich sich meinen, auf Gewissensüberzeugung begründeten Absichten zum Wohle des Vaterlandes, entgegensetzten, um die Macht der Krone zu schmälern und die Herzen der Preussen derselben zu entfremden.

Vergessen mögen meine Nachkommen es aber nicht, dass Zeiten möglich waren, wie die von 1861—66!

In dem Jahre, welches heute schliesst, hat sich Gottes Gnade in einer Art über Preussen ergossen, die für so viel Erduldetes reichlich entschädigt. In Demuth erkenne ich diese göttliche Gnade, die mich ausersehen hat, in meinem vorgerückten Alter eine Wendung der Verhältnisse herbeizuführen, die zum Heil des engeren und weiteren Vaterlandes bestimmt zu sein scheint. Das Werkzeug, so Grosses zu erreichen, die Armee, steht unübertroffen in diesem Augenblick vor der Welt. Der Geist, der sie beseelt, ist der Ausdruck der Gesittung, die eine sorgliche Hand meiner erhabenen Vorfahren der Nation anerzogen hat, die Armee finde in allen ihren Theilen in dieser ernsten Scheidestunde des Jahres, meinen Herzensdank für die Hingebung und Aufopferung, mit der sie meinem Rufe folgte und vor meinen Augen siegte — ein Erlebniss, für das ich Gott meinen demüthigen Dank stammle!

Aber ganz Preussen finde hier meinen Königlichen Dank für die Gesinnung, die es in diesem denkwürdigen Jahre an den Tag legte!

Wo solche Vaterlandsliebe sich zeigt, da ist der gesunde Sinn vorhanden, der Nationen gross macht, und darum segnet sie Gott sichtlich! Meinen heissesten Dank finden alle hier, die mir halfen, durch schwere Zeiten zu dem Lichtpunkte dieses Jahres zu gelangen!

Möge Gottes Segen immer auf Preussen ruhen und Preussen sich dieses Segens würdig zeigen!

Mögen mein Sohn und seine Nachkommen solches Volk und solche Armee um sich sehen und durch besonnenes, zeitgemässes Fortschreiten das Wohl und Gedeihen Beider sorglich fördern und Preussen die Stellung sichern, die ihm von der Vorsehung sichtlich angewiesen ist!

Das walte Gott in seiner Gnade!!!

Mitternacht! 66—67.

Wilhelm.

31. December 1871.

1870-1871.

Gott war mit uns!
Ihm sei Lob, Preis, Ehre, Dank!

Als ich am Schluss des Jahres 1866 mit dankerfülltem Herzen Gottes Gnade dankend preisen durfte für so unerwartet glorreiche Ereignisse, die sich zum Heile Preussens gestalteten und den Anfang zu einer Neu-Einigung Deutschlands nach sich zogen, da musste ich glauben, dass das von Gott mir aufgetragene Tagewerk vollbracht sei, und ich dasselbe, nun in Ruhe und Frieden fortbildend, dereinst meinem Sohne Glück bringend hinterlassen würde, voraussetzend, dass ihm es beschieden sein werde, die südliche Hälfte Deutschlands mit der nördlichen zu einem Ganzen zu einen.

Aber nach Gottes unerforchlichem Rathschluss sollte ich berufen werden, selbst noch diese Einigung

herbeizuführen, wie sie sich nach dem von Frankreich auf das frivolste herbeigeführten, ebenso glorreichen als blutigen siebenmonatlichen Kriege — nunmehr darstellt! Wenn je in der Geschichte sich Gottes Finger sichtlich gezeigt hat, so ist dies in den Jahren 1866, 1870 und 71 geschehen.

Der deutsch-französische Krieg, der wie ein Blitz aus heiterem Himmel herabfiel, einte ganz Deutschland in wenigen Tagen, und seine Heere schritten von Sieg zu Sieg und erkämpften mit schmerzlichen Opfern Ereignisse, die nur durch Gottes Willen möglich waren. Dieser Wille stellte mir Männer zur Seite, um so Grosses vollbringen zu sollen. Dieser Wille stellte die Gesinnung der Kämpfenden in Hingebung und Ausdauer und nie gekannter Tapferkeit, so dass an Preussens Fahnen und an die seiner Verbündeten sich unvergänglicher Ruhm und neue Ehre knüpfte. Dieser Wille begeisterte das Volk zu nie gekannter Opferwilligkeit, zur Linderung der Leiden, die der Krieg unvermeidlich schlägt!

Mit demüthig dankerfülltem Herzen preise ich Gottes Gnade, die uns würdig befunden hat, so Grosses nach seinem Willen vollbringen zu sollen! Möge diese Gnade ferner uns zur Seite stehen beim Auf- und Ausbau des neu geeinten Deutschlands, zu dem erst der Grund gelegt ist, und Frieden uns beschieden sein, „die Güter in Demuth zu geniessen“, die in blutigen heissen Kämpfen errungen wurden!! —

Herr, Dein Wille geschehe im Himmel, also auch auf Erden!!!

Amen!

Wilhelm.

Solche Aeusserungen bleiben ein theures Vermächtniss für alle Zeiten und werden den nachfolgenden Geschlechtern, den spätesten Jahrhunderten noch ein glänzender Beweis dafür sein, auf wel-

cher idealen Höhe ein Herrscher von Gottes Gnaden stand, der in seiner erlauchten Persönlichkeit die Traditionen des von Gott gesegneten Fürstenhauses kraftvoll verkörperte und das Wunderbarste damit erreichte.

Wie das Wort Friedrich's des Grossen: „Ich bin der erste Diener meines Staates“ s. Z. die Welt mit Staunen ob dieser grossen Auffassung des Herrscher-Berufes erfüllte und den Ruhm dieses gekrönten Philosophen ebenso verbreitete wie seine glorreichen Waffenthaten, so wird das herrliche des sterbenden Heldenkaisers und Friedensfürsten Wilhelm „Ich habe keine Zeit, müde zu sein,“ zu den unvergänglichsten Aeusserungen des höchsten Menschen- und Fürstenthums gezählt werden.

Drei Momente sind es besonders, welche dem Hause Hohenzollern die hohe Stellung unter den Fürstenhäusern der Welt eingebracht und es zu seinen glänzenden Thaten befähigt: die Gottesfurcht, welche die Fürsten dieses Hauses allezeit beseelte und sie als „Gesalbte des Herrn“ ihre Stellung als von Gott anvertrautes Amt ansehen liess — ihre Sorge um die Wohlfahrt des Volkes, unausgesetzte Bemühung, alle Quellen für bessere Lebensbedingungen des Landes ausfindig zu machen — und ihr Bestreben, die gewonnene Bedeutung der Monarchie durch das Heer zu festigen und die Vaterlandsliebe in allen Staatsbürgern durch die Ausgestaltung des Heerwesens so zu erhöhen, dass die Landesvertheidigung über das Söldnerthum hinaus zur Ehrensache jedes Einzelnen wurde. — Das „Volk in Waffen“ — war die ge-

lungene Vollendung dieses Bestrebens. — Und noch ein Viertes war kennzeichnend geblieben für den Herrscherberuf der Hohenzollern, die aus einer der höchsten Tugenden des Menschen der Neidlosigkeit entspringende Gabe, stets die richtigen Persönlichkeiten an die richtige Stelle zu setzen und ihnen die Möglichkeit der Entfaltung ihrer Fähigkeiten zu gewähren. —

Stolz und freudig darf Deutschland in die Zukunft blicken; in dem Nachkommen des grossen Kurfürsten und Friedrichs des Einzigen, in dem Enkel des unvergesslichen Kaisers Wilhelm finden wir Alles ausgeprägt, was jenen grossen Fürsten den unvergänglichen Ruhmeskranz flocht. Wie er, unbekümmert um Zeitphrasen von constitutioneller und parlamentarischer Monarchie, sein Königthum als durch „Gottes Gnaden" ihm anvertraut, verkündete, durch dies hehre Königswort den Gottesglauben im Lande kräftigend und befestigend, so athmen alle seine Regierungshandlungen jenen Geist der landesväterlichen Fürsorge, welche Preussen stark und gross gemacht und es zur Führerrolle im geeinigten Deutschland berufen. Der Genius des Hohenzollerngeschlechtes ist in ihm, dem jugendkräftigen Kaiser, neu erstarkt. Das fühlte All-Deutschland, als er, von den Fürsten Deutschlands und den Paladinen des erlauchten Grossvaters und Vaters und der Vertreter des Volkes umgeben, seine Regierung antrat. Wie mit elementarer Gewalt ging dieses Fühlen durch das ganze Volk, es bedurfte keiner langen Erläuterungen und Erklärungen.

Jeder neue Tag, jede neue Regierungshandlung des Kaisers künden es der Welt, wie hoch und ernst er sein Kaiseramt auffasst. Alles entspringt einem festen Willen und dem besten Willen. Seinem Denken, von dessen echt königlicher Art uns der kompetenteste Beurtheiler, sein Erzieher Geh. Rath Hintzpeter, viel Treffliches zu erzählen weiss, liegt Alles im Staatswesen gleich nahe, sein Herz berührt Alles gleich tief — das Wohl des Bürgers, wie die Ehre des Heeres, die Sicherung der Arbeit, wie die Entfaltung der Künste und Wissenschaften. Mit Pietät folgt er den Spuren des theuren Grossvaters, diese Pietät und die Liebe zum Vaterlande erfüllten ihn, als er, über dessen ,.Kriegslust" Feinde im Auslande die fabelhaftesten Gerüchte aussprengten, an die Höfe der befreundeten Mächte eilte, um den Friedensbund zu erneuern; dieser Pietät entquoll sein kaiserliches Wort, das grosse Menschenwerk des ruhmgekrönten Friedenskaisers, die sociale Reform, fortzuführen. Und das Fundament der Machtstellung Preussens und Neu-Deutschlands, das siegreiche Heer, bei dessen Fahnen und Schlachtzeichen allezeit die Ehre Preussens zu finden war, festigt er weiter mit starker Hand, sein hohenzollern'scher Adlerblick dringt in's Kleinste, mit feinem ausgebildeten Verständniss die Vollzieher seines königlichen Willens auswählend.

So zeigt sich jetzt schon in dem Bilde des jungen Beherrschers eines der mächtigsten Reiche der Welt das Gottesgnadenthum der Monarchie in siegender Gewalt.

„Mit Gott“ fing er seine Regierung an, der Segen Gottes ruht sichtlich auf seiner jungen Familie, welche in idyllischem Glück allen Familien des deutschen Volks wie ein Ideal erscheint — und dass dieser Segen fortdauern, dass der preussische Königsaar, unter dessen Fittigen der Stolz aller Deutschen, das neue Reich, geschützt ist, weiter seinen hohen Flug nehme, das walte Gott!

ÖSTERREICHS MISSION IM ORIENT.

CAPITEL I.

Oesterreichs Mission. — Gegen Russland. — Republikanisch oder kosakisch. — Russland, wie es ist.

Keiner, der die Entwickelung der europäischen Verhältnisse mit offenem Auge betrachtet, kann daran zweifeln, dass Oesterreich, das alte „Ostreich“ dazu berufen ist, Europa einmal vor der russischen Invasion zu retten.

Und die russische Invasion ist uns näher als sonst. Aus dem Reiche der Moskowiter droht die Gefahr. Was die grossen Männer der Weltgeschichte des letzten Jahrhunderts, ein Friedrich der Grosse und Napoleon I., vorausgesagt, es beginnt sich zu erfüllen.

„Wenn die Russen Konstantinopel haben, dann sind sie auch in Königsberg“, sagte Friedrich der Grosse und „in einem Jahrhundert sind die Staaten Europas entweder republikanisch oder kosakisch“, Napoleon der Erste. — Dass Republik und Kosakenthum sich vereinen werden, vereinen zur Befehdung des übrigen Europa, und gerade die Republik des hochfahrenden Frankreich, welches „an der Spitze der Civilisation marschiren will“, mit dem Russenthum eines der unsympathischsten Autokraten, das hätte der in die Zukunft blickende Geist Napoleons nicht zu sehen vermocht. Soweit reichte die Divinationsgabe des korsischen Eroberers nicht.

Diese unnatürliche Verbindung, deren sich Frankreich, wenn immer wieder die Kunde von einem asiatischen Gewaltakt Russlands durch die Welt geht, schämen müsste, ist auch nur unter dem Gesichtspunkt erklärlich, unter welchem man etwa die Verbindung des alten Rom in seiner Verfallzeit mit einem barbarischen Volke ansehen muss.

Wie sich dies an Rom rächte, ist aus der Weltgeschichte genugsam bekannt: es trieb den Satan mit dem Beelzebub aus und wurde die Geister, die es gerufen, nicht los.

Zum Glück wiederholt sich in der Geschichte der Völker nichts in ganz ähnlicher Art. Frankreich ist nicht Rom, höchstens in Bezug auf den Verfall der Sitten in den höheren Kreisen, und Russland hat nichts von jener elementaren Kraft der Völker, welche zu Zeiten der „Völkerwanderung“ gegen die bestehenden Staatsverbände anstürmten.

Die höheren Gesellschaftsschichten des Czarenreiches sind von der Kultur des „faulen Westens“, d. h. von dem Raffinement seiner missverstandenen Weltanschauung zerfressen und unfähig, sich zu einer gesunden Anschauung emporzuarbeiten, sie gleichen auf ein Haar den Adelskreisen Frankreichs vor der grossen Revolution. Die Beamtenwelt ist verrottet und verlottert, ihre Bestechlichkeit ist sprüchwörtlich, und selbst die furchtbare Hungersnoth, welche oft das Land heimsucht, hindert sie nicht, die Noth des Volkes den Zwecken ihrer Bereicherung dienstbar zu machen. — Gelder, von Wohlthätern gesammelt, werden unterschlagen, Rechnungen gefälscht, die

zusammengebrachten Naturalien den Nothleidenden nicht ausgeliefert. — Nur mit chinesischen Beamtenverhältnissen lassen sich die russischen vergleichen.

Der Geistlichenstand, zum grössten Theil der Bildung des Herzens und des Geistes fern, nicht über den Lastern der Nation stehend, sondern ihnen noch mehr verfallen als die Anderen, in Stumpfheit und Trunksucht versunken, ist vom Volke selbst missachtet und nimmt nicht einmal die ehrwürdige geachtete Stellung ein, wie etwa die Priester des Dalai-Lama, die Brahmanen und die Schinto-Priester in Japan. Ja, selbst die Priester der Fetisch-Anbeter haben in ihrem Volke einen höheren Rang.

Dass Popen sinnlos betrunken in der Gasse gefunden werden, ist eine alltägliche Erscheinung, an der sich das Volk nicht mehr stösst, und die auch gar nicht mehr auffallend ist.

Das sind die Vertreter der Kirche, welche für sich den Ehrentitel der „allein rechtgläubigen" in Anspruch nimmt und die anderen Religionsrichtungen unbarmherzig verfolgt, das sind die Jünger eines Pobedonoszef, welche zum inneren Gehalt des Christenthums so stehen wie die griechischen Falschspieler, die berüchtigten „grecs", etwa zum geistigen Inhalt des antiken Griechenthums. Nur der Name ist ihnen noch gemeinsam. —

Und das Volk an sich? Das Volk in seinen Bürger- und Bauerkreisen?

Seine Charakterzusammensetzung ist zur Genüge bekannt. Gutmüthig, schwach, träge, gastfreundlich, zu einer gewissen Schwärmerei geneigt, stumpf-

sinnig, ohne Initiative, dumpf in das Schicksal ergeben, wird es immer von einem gewissenlosen Despotismus unterjocht werden können.

So stellt sich uns das Russland dar, vor welchem gerade in Deutschland, entgegen dem Bismarckschen Wort „Der Deutsche fürchtet Gott, sonst nichts in der Welt“ eine merkwürdige Furcht herrscht.

Der Begriff „Russland“ wirkt auf manche Leute in diesem Lande wie hypnotisirend, und die „Wissenschaftler“ in diesen russlandfürchtenden Kreisen wollen es erweisen, dass in dem russischen Volke die „grosse gesunde Kraft“ herrsche, welche, vorwärtstreibend, den Westen mit seiner überlebten Kultur über den Haufen stürzen werde. —

„Die Slaven sind zur Herrschaft bestimmt“, sagen Andere, welche eine merkwürdige doktrinäre Anschauung von der Stellung der Völker zu einander haben und sich die Sache so denken, als ob zuerst die Romanen die Welt beherrscht hätten, dann die Germanen an die Reihe gekommen wären und nun die Slaven folgerichtig die grösste Anwartschaft auf die Weltregierung hätten. So, als ob die Völkerrassen Erdschichten wären — eine Primär-Sekundär- und Tertiärschicht. Die Weltgeschichte erweist das Gegentheil, die weltgeschichtlichen Vorgänge bewegen sich nicht in einer fortlaufenden Linie, sondern in Ellipsen-Form. Bezüglich der Weltherrschaft der Völker kann man vielmehr behaupten, dass sie abwechselt und oft wieder auf den alten Punkt zurückgeht, in der Erscheinung von Ebbe und Fluth.

So war zweimal schon die Herrschaft über die Welt bei den Romanen, das alte Rom wurde ein Weltreich, wie vor ihm und nach ihm kein anderes je. Dann das Frankreich des neuen Caesar, beinahe zwei Jahrtausende nach der Zeit der römischen Weltherrschaft. Die Romanen waren also wieder lebenskräftig und siegreich geworden. Wo war ihre Entartung, ihre Verderbtheit, als ein Genie die Form mit neuem Geiste erfüllte?

Nach der Theorie derer, welche sich die grossen Völkerrassen als nacheinander zur Herrschaft berufen, vorstellen: a. Romanen, b. Germanen, c. Slaven, d. vielleicht Mongolen, hätten die Romanen nach zwei Jahrtausenden nicht mehr die Kraft haben können, sich wieder zur Weltherrschaft zu erheben. Und die Germanen erst! Wie wechselreich, wie eigenartig ihre Bestimmung!

Zuerst mit der elementaren Kraft der Natur stürzen sie das grosse Römerreich und bringen frisches Blut in einen alten siechen Körper. Sie regeneriren einen ganzen Erdtheil, im Norden und Süden richten sie neue Reiche auf, in England und Spanien, in Deutschland und Italien: sie treten die Erbschaft der römischen Suprematie an. Und wie zuerst als unverfälschtes, körperlich hervorragendes Naturvolk die Anderen besiegend, so wird es später im Reiche des Geistes allmächtig, gebietend. Sieger auf dem Gebiete des Kulturellen, büsst es aber an irdischer Machtfülle ein, und der Name „Deutscher" wird missachtet. —

Da wieder, wie in der Geschichte der Romanen, erhebt sich das Germanenthum beinahe $1^1/_2$ Jahrtausende nach dem ersten Erscheinen auf dem Schauplatz der Völkergeschichte zu ungeahnter Kraft und gründet wieder ein grosses einiges Reich im Herzen Europa's.

Man sieht daraus deutlich: es können Romanen und Germanen, je nachdem die Verhältnisse sich gestalten, Macht gewinnen, sie einbüssen, und dann wieder elementare Kraft zeigen.

Aber die Slaven! Betrachten wir ihre Geschichte, um zu erkennen, dass, ihnen die Anwartschaft auf die Weltherrschaft zuzuweisen, soviel heisst, als ihnen eine Kraft zuzutrauen, die sie zu keiner Zeitperiode bethätigt haben!

Capitel II.

Die Slaven früher und jetzt. — Russland und der Panslavismus. — Der Riese auf thönernen Füssen. — Worauf der Riese ausgeht.

In derselben Zeit, in welcher die Germanen auf den Schauplatz der Geschichte traten, erschienen auch Slaven in Europa. — Sie folgten den germanischen Völkern und nahmen zu Zeiten der Völkerwanderung in Deutschland die von diesen Völkern verlassenen Wohnsitze ein. Bis über die Elbe hinaus drangen sie vor, und ihr Gebiet reichte zu einer Zeit von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer, von den Thüringer Bergen bis zum Ural.

Allerdings war es kein einiges Reich, vielmehr in Stämme zersplittert, wie es bei den Germanen auch der Fall war, und das Slaventhum umfasste Wenden und Polen, Russen und Bulgaren, Slovenen und Serben, Czechen und Moraven, von Stettin bis Konstantinopel.

So mächtig ist heute das Slaventhum nicht, wenn wir die Machtstellung Russlands ausnehmen.

Was das Slaventhum an selbständigen Kulturäusserungen offenbaren konnte, hat es in jener Zeit seines ersten Auftretens erfüllt.

Sogar noch in den Jahrhunderten seines Heidenthums wusste es in manchen Theilen eigenartige Lebenskraft zu entwickeln. Das Wendenreich, das heidnische Wendenreich, hatte ausgebreiteten Handel und rege Industrie, das märchenhafte Vineta gab der Welt Zeugniss davon.

Und im Süden entfalteten sich andere grosse Völkertheile dieses Stammes, die Serben und Bulgaren, zu eigenartigen Staatenbildungen: Serbien war ein weit über die heutigen Grenzen reichendes Königreich, Bulgarien gar ein Kaiserreich.

Und alle diese Slavenstaaten fielen auf den ersten Anprall von Osten her, sie alle konnten dem Ansturm eines verhältnissmässig kleinen turanischen Volksstammes nicht widerstehen — die Türken warfen die Slaven gerade mit Leichtigkeit über den Haufen, während am Magyaren- und Germanenthum ihre Macht zerschellte.

Ist es denn ein blosser Zufall, dass der mit der Unwiderstehlichkeit des Fanatismus daherstürmende

Islam, der, wie keine andere Religionsform vor ihm, seine Anhänger mit dem unerschütterlichen wilden Glauben an das Fort- und Wohlleben im Jenseits erfüllte, ist es ein Zufall, dass der Islam vor dem Romanen- und Germanenthum im Westen (Karl Martell) und dem Germanen- und Magyarenthum im Osten Halt machte? Im Romanen- und Germanenthum trat dem Islam die Kraft eines hochentwickelten Stammesbewusstseins, verbunden mit einem tiefwurzelnden Religionsgefühl, entgegen, im Magyarenthum dieselbe Volksart, die dem Mohamedanismus in seiner schärfsten Ausprägung, im Türkenthum, eigen.

Das Slaventhum dagegen wurde nicht nur weggefegt (das könnte noch als Naturprozess gedeutet werden, der nicht zu umgehen gewesen), sondern assimilirte sich den Eroberern so durchaus, dass im osmanischen Staate Slaven und Türken eines wurden.

Die Leibgarde der türkischen Sultane bestand zumeist aus Slaven und — was sonst im Bereiche des vom Islam befehdeten Christenthums sich nie ereignete — hervorragende Adelsgeschlechter im Slaventhum traten zur Religion Mohameds über.

Die Rajahs in Bosnien und der Herzegowina, in Albanien, Macedonien und Rumelien liefern den Beweis dafür.

Einer der grössten Staatsmänner aller Zeiten, Fürst Bismarck, hat die Erklärung dafür gegeben, warum die Slaven an sich nie zu einer grossen agressiven Rolle in der Weltgeschichte werden gelangen können.

In der scharfsinnigen Weise, die ihm eigen, erläuterte er es, dass es zwei Arten von Nationen gäbe, unterschieden wie Mann und Frau, also männliche und weibliche. Zu den männlichen rechnete er die Germanen, zu den weiblichen die Slaven. Der beste Staat, so führt er weiter aus, sei derjenige, welcher aus beiden Elementen gemischt ist, und darum sei Preussen, welches dazu berufen war, Deutschland zu regeneriren, ein so festes Staatsgebilde geworden.

Die Germanen allein seien zu individuell, zu starrköpfig, um die nothwendige Biegsamkeit im Staatswesen abzugeben, die Slaven hinwiederum zu weich, um allein einen festen Staat zu bilden. — Die Geschichte giebt hier, wie so oft, dem grossen Staatsmann Recht. Die Germanen gaben vielen Staatengebilden das feste Rückgrat, die Slaven waren nicht im Stande, lange Zeit ein festes Staatengebilde zu halten. Wir sehen es an ihrer Ohnmacht dem Ansturm der Osmanen gegenüber, wir sehen es später an dem allmäligen Zerfall des Polenreiches.

Von Russland wollen wir hierbei nicht sprechen; denn Russland, wie ich weiter unten zu erweisen versuchen werde, ist kein rein slavischer Staat, weder in seiner Dynastie, noch in seinen treibenden Volkskräften.

Wenn das Bismarck'sche Wort von dem Nutzen der Mischung für die Völker auf Preussen allein zwar Bezug haben soll, so hat es doch in weiterer Anwendung auch für Oesterreich seine volle Berechtigung.

Oesterreich, in seiner eigenthümlichen Mischung von Romanen-, Germanen- und Slaventhum, ist dazu berufen, das vermittelnde Element zwischen Orient und Occident zu bilden und den Uebergang in neue Zustände für die Balkan-Halbinsel darzustellen, wenn einmal, was ja nur eine Frage der Zeit sein kann, die Türken ihre letzte Provinz in Europa werden verlassen müssen.

Schon rüttelt die slavische Propaganda an den Thoren von Macedonien, schon rührt es sich von griechischer Seite her in Epirus und Thessalien.

Oesterreich ist zweifellos dazu bestimmt, Protektor der neuen Balkanstaaten zu werden, welche die türkische Herrschaft ablösen werden, und hier wird sich der unausbleibliche Konflikt zwischen Oesterreich und Russland entspinnen.

Er ist durch keine diplomatischen Intermezzi abzuwenden, er muss kommen, ist eine Elementar-Nothwendigkeit. Denn Russland prätendirt die Oberherrschaft über alle die Gebiete der heutigen europäischen und asiatischen Türkei; aber die Erreichung dieses Zieles würde die Vernichtung der Ruhe Europas bedeuten.

Nun ist Russland nicht als slavische Vormacht zu dieser Prätension gelangt, sondern als asiatisch-despotischer Staat, welcher, wie der Islam mit religiösem Fanatismus, mit dem der griechisch-orthodoxen Lehre die westeuropäische Kultur über den Haufen stürzen will.

Russland thut zwar, als ob es Vorhut des Panslavismus wäre und Alles für die Idee des Slaventhums

wirken wollte; aber im Grunde zeigt es sich klar, dass es die Slavenstaaten unter seine Botmässigkeit bringen will. — Es will sie gross machen, indem es sie verschlingt.

Die Vernünftigen unter den Slaven merken es auch. Die Polen besonders wissen es, dass durch Russland befreit zu werden soviel heisst, wie wenn der Wolf in die Lämmerhürde bricht, um die Lämmer zu befreien.

Weder von den Preussen, noch von den Oesterreichern wurden die Polen so behandelt wie von den „stamm- und sprachverwandten Russen" und wir können im Augenblick das Schauspiel geniessen, dass in Preussen sowohl als in Oesterreich die polnischen Unterthanen im Verhältniss zu ihrer Einwohnerzahl gleichberechtigte und gleichgeachtete Faktoren an der Staatsgesetzgebung und Verwaltung sind, während im russischen „Congress-Polen" die Ruhe des Kirchhofs herrscht.

Und Bulgarien würde nicht mit so bewunderns-werther Ausdauer und Zähigkeit, geleitet allerdings von einem staatsmännisch klugen und hochbegabten Herrscher, die russische Einmischung sich vom Halse halten, wenn es nicht auf das dem Russenthum immer mehr und mehr abgewandte Volksbewusstsein unter den Slaven der Balkanhalbinsel sich stützen könnte.

Die Slaven der Balkanhalbinsel, soweit sie politisches Verständniss haben (selbst die Zankowisten fangen an, sich zu bekehren), wissen es, dass Russland den „Panslavismus" erfunden hat, um seine

grossrussischen, egoistischen Ziele zu fördern, und wissen es ferner, dass ihr Heil bei Oesterreich liegt.

Bosnien und die Herzegowina zeigen es ihnen, dass Oesterreich es ausgezeichnet versteht, das jahrhundertelang verschüttet gewesene Volksthum der Südslaven für die Kultur urbar zu machen.

Oesterreich — das lehren die Runen der Weltgeschichte — wird die Erbschaft der Türkei antreten.

Capitel III.

Russlands Ursprung. — Russlands Ziele. — Oesterreichs Politik. — Oesterreichs Stellung im Dreibund. — Polen als Schutzwall gegen Russland.

Der Slavismus ist nicht expansionsfähig, das habe ich im Vorhergehenden an der Hand der Geschichte zu erläutern versucht; der Slavismus macht keine „moralischen Eroberungen“, wie etwa der Romanismus durch seine einschmeichelnden Lebensformen oder der Amerikanismus durch die Wucht seiner praktischen Weltanschauung.

Der Slavismus ist zu weich, um als Eroberer zu wirken. Russland will aber expansionsfähig sein und beweist dies auch in Asien, wie man gestehen muss, nicht ohne Erfolg. In Asien, daran liegt's, und hier ist auch die Erklärung für die russische Politik zu suchen.

Russland ist eine asiatische Macht mit all den Gelüsten und wilden Instinkten des erobernden Asiens.

Ohne zwingende Nothwendigkeit will Russland sich ausbreiten, in Asien sowohl wie in Europa. Denn was

sucht es in Asien Anderes, als nur Eroberungen, und was über die Grenzen des russischen Volksthums in Europa? Was kann es Europa bringen, als nur Zerstörung?

Es ist eben in Russlands Politik der fatalistische Zug jener asiatischen Eroberer von Attila bis zu Tamerlan und Dschingiskhan.

Der Ursprung der russischen Dynastie sowohl als des russischen Volksthums weisen darauf hin. —

Slavisch ist weder das Eine, noch das Andere.

In der Dynastie, die viel weniger slavisch ist, wie beispielsweise die mecklenburgische (in welcher sich das obotritische Herrschergeschlecht in ununterbrochener Reihenfolge fortgepflanzt hat, übrigens das einzige Beispiel dieser Art in Europa!) wirkt der normännische Eroberersinn fort, denn Rurik, der mit seinen Warägern aus dem heutigen Norwegen kam, ist der Gründer der russischen Dynastie, und wenn diese auch im Laufe der Jahrhunderte ausgestorben, so hat sich ihre Tradition auf das Haus der Romanows und von diesem auf das „Holstein-Gottorp“ verpflanzt. Wieviel deutsches Blut darin fliesst, und wieviel tartarisches hineingemischt wurde, ist bekannt genug, als dass es noch besonders erwähnt zu werden brauchte. Kurz, die Dynastie an sich war stets von dem Geiste getrieben, welcher die Waräger und ihren Anführer Rurik beseelte, und die grossen Herrscher, wie Peter der Grosse und Katharina, suchten dies auch nach aussen hin darzuthun.

Peter der Grosse hat diese Tradition in ein sogenanntes „Testament“ zusammengefasst, welches der

russischen Politik heute wie ein heiliges Vermächtniss gilt.

In diesem Testament ist ein wichtiger Punkt enthalten: das russische Kreuz müsse den Halbmond verdrängen und eines Tages auf der Hagia Sofia in Konstantinopel glänzen.

Der asiatischen Eroberungsgier ist hier das religiöse Moment hinzugefügt, der Tartar ist christlich geworden, und was seine Stammesverwandten vor Jahrhunderten als Mohamedaner gethan, als sie gegen Europa anstürmten, das soll er jetzt als griechisch-katholischer Christ leisten.

Der Kosak und der Tartar — das sind die treibenden Volkskräfte des Russenthums, und wer noch darüber in Zweifel ist, ob Russland asiatisch oder europäisch regiert ist, der lese des Amerikaners Kennan treffliches Buch über „Sibirien“.

Russland ist asiatisch verwaltet, seine Gouverneure ähneln den persischen Satrapen, seine „Russificirung“ ist grausam und gewaltthätig, wie die Manier, in welcher Tamerlan die von ihm besiegten Völker sich „unterthan“ machte.

Eine Macht in Europa kann allein den mit künstlich genährten religiösen Elementen verquickten Expansionsgelüsten Russlands ein Halt bieten, und diese Macht ist Oesterreich.

Oesterreichs Politik ist seit Jahrzehnten darauf gerichtet und weitausblickender gewesen, als die Verkleinerer Oesterreichs geahnt und geglaubt.

Der österreichische Kaiser und sein welterfahrener, kluger Beirath, Graf Taaffe, verfolgen seit Jahr-

zehnten ein politisches Ziel, so gross und weise angelegt, so thatkräftig und geschickt durchgeführt, dass man staunen muss, wenn man sieht, wie Manche, selbst Berufspolitiker, lange darüber im Unklaren waren.

Die Politik Oesterreichs tritt bestimmter und sicherer hervor als jene des Deutschen Reiches, welche insbesondere, nach dem Rücktritt des grossen Kanzlers, an ihrem gewaltigen Ansehen nach Aussen Einbusse erlitt.

Der Name Taaffe wird dereinst mit goldenen Lettern auf den Geschichtstafeln Europas verzeichnet stehen; denn seine Gedanken werden dazu berufen sein, Europa vor dem „Koloss auf thönernen Füssen“ zu schützen.

Dieser Koloss wird ungeschlacht und von den Instinkten getrieben, die ich zu erläutern versucht habe, eines Tages das Wagniss unternehmen, sich auf Europa zu stürzen, vielleicht durch den Nothstand, durch innere Unruhen dazu getrieben, und in der sicheren Hoffnung, dass das befreundete Frankreich dem Dreibund in den Rücken fallen werde.

Dann aber werden die Früchte der österreichischen Politik von der ganzen Kultur Europas geerntet werden.

Oesterreich wird den Anprall des Riesen auszuhalten haben, und Alles weist darauf hin — nach menschlicher Voraussicht ist es auch durchaus anzunehmen —, dass es den Anprall zurückschlagen wird.

Denn der leitende Staat des östlichen Mitteleuropa hat sich zweier wichtiger Factoren versichert: des Magyaren- und des Slaventhums.

Kurzsichtige Politiker haben viele Jahre über den Grafen Taaffe gezetert und es in die Welt hinausgeschrieen, dass „Oesterreichs Premierminister das Deutschthum den Slaven ausliefere“.

Jetzt stellt es sich zum Ruhme dieses weitblickenden Staatsmannes heraus, was er mit dem „Ausgleich“ zwischen Deutschthum und Slaven bezweckte.

Er wollte die Slaven nicht den Russen in die Hände treiben, und diese Hände waren schon begehrlich nach den Slaven Oesterreichs ausgestreckt.

Hat man es vergessen, dass vor zwei Jahrzehnten noch Rieger und Palacki, die Führer der Czechen, nach Moskau gehen konnten, um dem Russenthum ihre Huldigungen darzubringen?

Ist dies heute möglich? Hat Taaffe nicht mit der staunenswerthesten staatsmännischen Gewandheit den „Thurm des Czechenthums“ gespalten, so dass wir heute ein Alt- und Jungczechenthum haben?

Die besonnenen Elemente unter den Czechen sind die Altczechen unter der Führung Riegers.

Und wie wild die Jungczechen sich auch gebehrden mögen, einen Einfluss auf die wirklich gebildeten und massgebenden Klassen in Böhmen besitzen sie nicht.

Sie werden sich austoben — von nachhaltiger Wirkung auf die Richtung der „böhmischen Politik“ werden sie nicht bleiben.

Und die anderen Slaven gar, Nord- und Südslaven, betonen es ausdrücklich, dass sie in erster Reihe Oesterreicher sind, getreue Unterthanen der habsburgischen Dynastie,

Das ist das Werk Taaffe's. Dieser hat die nicht mehr zu unterdrückenden „Unterströmungen“ des Nationalitätsprinzips für die höheren Ziele des österreichischen Interesses zu benutzen verstanden.

Capitel IV.

Die Wiederherstellung Polens. — Ein Zukunftsziel. — Der allein mögliche Schutz gegen Russland. — Der nächste Krieg. — Was wird aus Europa? — Wenn der Dreibund siegt? — Wenn der Dreibund unterliegt?

Zweierlei kann Oesterreich gegen Russland ausspielen, den Katholicismus der Slaven im Allgemeinen, der sich niemals mit der „rechtgläubigen“ Kirche aussöhnen kann, und die Abneigung der Polen zumal, welche Russland die Vergewaltigung ihrer Nationalität stets nachtragen werden.

Oesterreich hat es verstanden, die Polen an sein Interesse zu ketten, und es erscheint nicht unmöglich, dass eines Tages, wenn der Gedanke reif geworden, die Anregung der Wiederherstellung Polens von Oesterreich ausgehen wird.

Jedem Kenner der Geschichte Europas ist es zweifellos, dass mit der Vernichtung Polens erst die Macht der Moskowiten zu steigen begann und dass von diesem Moment an Russland dem westlichen Europa auf den Leib rückte und mit seiner gefährlichen Nachbarschaft schliesslich, wie wir es jetzt sehen, zur permanenten Kriegsgefahr wurde.

Und aus keinem anderen Grunde, als weil es eben mit seiner wuchtigen Masse uns zu nahe liegt.

Hat nicht Jeder schon, der aus Westeuropa nach Russland kam, die lebhafte Empfindung gehabt, dass der Übergang zur Kraft zu unvermittelt ist?

Kaum, dass man von der leisen Schattirung „Halb-Asien“ reden kann.

Nun, gegen das wilde, unberechenbare Meer, wenn es den Strand zu überschwemmen droht, errichtet man Schutzwälle und gegen den bösen Nachbar eine unübersteigbare Mauer. Zwischen uns und Russland muss ein neutrales Gebiet liegen; und nicht nur in den Köpfen der Phantasten, sondern in denen kühl überlegender Beobachter der zeitgenössischen Politik ist seit Langem der Gedanke lebendig: Polens Wiederaufrichtung könne allein ein Schutzmittel gegen Russland werden.

Das künftige Polen, welches natürlich das frühere sein müsste, kann man sich ungefähr folgendermassen zusammengesetzt denken: von Russland das sogenannte Congress-Polen, von Österreich Galizien und von Preussen Posen, diese drei Theile vereint enthalten all' das, was in politischer und religiöser Beziehung den Polen theuer ist, Warschau, Krakau und Gnesen, den uralten Bischofssitz. Der vielleicht nicht unbegründeten Befürchtung, dass unter den altberümten Fürstengeschlechtern Polens leicht eifersüchtiger Streit um die Königskrone entstehen könnte, müsste dadurch die Spitze abgebrochen werden, dass ein österreichischer Erzherzog der König des neugeeinten Polen würde, wie überhaupt das neue Königreich unter die Protektion Österreichs gestellt werden müsste.

Der Ruhe seines Reiches und Europas würde Deutschland das Opfer der Abtretung Posens an das neue Polen schon bringen können, eine theilweise Entschädigung könnte ja auch in einer dem deutschen Nationalitätsgefühl sicher schmeichelnden Machterweiterung durch die in den führenden Elementen so durchaus deutschen „Ostseeprovinzen“ gefunden werden.

Der nächste Krieg, der, wie alle Kriegspropheten übereinstimmend vorhersagen, der grösste sein wird, welcher seit den Zeiten der Völkerwanderung Europa heimgesucht, wird sicher noch vor Ende dieses Jahrhunderts zum Ausbruch gekommen sein; denn länger wird der Zündstoff, welcher auf der Balkanhalbinsel sich anhäuft, von der Mine, die das „heilige Russland“ legt, nicht ferngehalten werden können und, last not least, länger können die Völker Europas das schwergepanzerte Leben, die Militärlasten, nicht ertragen.

Man kann nicht in eiserner Rüstung das Feld bestellen und Industrie-Arbeit verrichten, das ist auf die Dauer unmöglich.

Alles drängt zur Entscheidung, und im Schoosse des Riesenreiches rumort es gar merkwürdig. Hier sind Kräfte thätig, deren Zweck und Ziel nur Wenige noch kennen; sie richten sich in erster Reihe gegen das System im Reiche selbst.

Es wird aber auch die seit den Zeiten der Völkerwanderung noch nie so in die Erscheinung getretene Frage zu beantworten sein: „Wer soll in Europa herrschen?“

Der Dreibund mit seiner Friedenstendenz, seiner Kulturarbeit, oder der unnatürliche Bund zwischen dem russischen Bären und dem gallischen Hahn?

Wenn der letztere siegen würde, dann müsste dies für Europa die Vernichtung seiner Arbeit von beinahe zwei Jahrtausenden bedeuten.

Das „Moskowiterthum", mehr das System als die Volksart, würde herrschen und alle Kulturarbeit bedecken, wie der Samum der Wüste Schrecken und Tod verbreitet.

Der Erste, welcher die Zeche zu bezahlen hätte, wäre Frankreich. Mit der Herrlichkeit der Republik wäre es vorbei: ein russischer Grossfürst, etwa der Herzog von Leuchtenberg, bekanntlich ein Abkömmling der Napoleoniden, würde dem verbündeten Frankreich als Herrscher aufoctroyirt, und das Land, welches sich gerühmt, an der Spitze der Civilisation zu marschiren, eine russische Satrapie.

Es wäre ja für Frankreich eine gerechte Strafe, und das Schicksal würde dann nur den Verrath an der gemeinsamen Sache der Kultur rächen.

Deutschland würde in seine einzelnen Bestandtheile wieder aufgelöst und in Nord- und Süddeutschland getrennt werden.

Oesterreich, welches selbst bei einem unglücklichen Verlauf des „nächsten Krieges" den gefährlichen Anprall Russlands gegen Deutschland abwehren würde und durch seine Hilfsmittel im Stande wäre, die äussersten Consequenzen des Kriegsglückes Russlands vom Dreibund abzuwenden, Oesterreich würde

höchstens durch eine Abtretung Galiziens ein eventuelles Schlachten-Missgeschick bezahlen.

Auf mehr würde es selbst das siegreiche Russland kaum ankommen lassen, da Oesterreich, im Rücken nicht so bedroht wie Deutschland von Frankreich, immer in der Lage wäre, seine Kräfte gegen Russland zu sammeln.

So würde auch, wenn der „Schlachtengott“ gegen Deutschland entschiede, Oesterreich ein Schild für den Bundesstaat sein.

Aber nach allen menschlichen Begriffen ist ein solcher Ausgang für die Entwickelung Europas kaum anzunehmen und würde auch nicht das endgiltige Resultat bedeuten.

Der Dreibund würde besiegt, aber nicht unterworfen sein, das Streben nach Befreiung vom Moskowiterthum würde die besten und stärksten Regungen lebendig werden lassen.

Der voraussichtliche Sieg des Dreibunds, welcher vor allen Dingen die durch kluge und weitausschauende Politik geschaffene Machtstellung Oesterreichs erweisen würde, wäre jedoch ein Merkstein für die Kultur Europas, wie er bedeutungsvoller in der Civilisationsgeschichte der Menschheit noch nicht aufgerichtet worden ist.

Die Gestaltung Europa's dürfen wir uns dann ungefähr folgendermaassen vorstellen:

Frankreich wäre um Nizza, Savoyen, die Bourgogne und die Franche-Comté verkleinert.

Erstere Provinzen würden an Italien fallen, um die Bourgogne würde Belgien vergrössert werden, und

die „Freigrafschaft“ wäre dann ein Anhängsel der deutschen Reichslande, dazu bestimmt, die strategische Grenze gegen das Unruhe stiftende Frankreich noch weiter vorzuschieben. Frankreich, so auf die Hälfte seines Besitzthums gebracht, wäre endlich aus seinem Standpunkt des ewigen Störenfrieds vertrieben.

Russland müsste das „Congress-Polen“ an das wieder aufzurichtende polnische Reich, die deutschen Ostseeprovinzen an Deutschland und Finnland an Schweden abtreten. Von Europa abgetrennt, kann es sich dann in Musse seiner Aufgabe in Asien zuwenden.

Eine siegreiche Revolution hätte aber zuvor das autokratische Regiment gebrochen und das Riesenreich in verschiedene nationale Sonderstaaten zerstückelt.

Oesterreich würde Beschützer der „unabhängigen Balkanstaaten“ werden und seine Herrschaft bis Salonichi ausdehnen. Konstantinopel wird Freistadt.

Die Türken, die ihre europäischen Besitzungen aufgeben müssten, würden in Asien durch Russisch-Armenien entschädigt. —

Wenn dann das starke Oesterreich sich in das noch stärkere „Ostreich“ verwandelt haben wird, dann erst wird es sich eklatant herausstellen, wie zielbewusst und, durch Missgeschick mancher Art unbeirrt, die Politik des österreichischen Kaiserstaates gewesen!

DIE NEUE GOTTESGEISSEL.

Capitel I.

Wer bedroht den Frieden Europas? — Russland, wie es war und wie es ist. — Freunde und Feinde Russlands.

Als ein bewaffnetes Heerlager stellt sich Europa den Blicken der Zeitgenossen dar, und die Nachwelt, welche einen freieren Blick über die Geschehnisse unserer Zeit haben wird, muss sich folgerichtig die heutige Situation so darstellen, dass die Völker Europas bis an die Zähne bewaffnet sich gegenüberstanden, jeden Augenblick bereit, auf einander loszustürzen.

Nur mit einer Zeitperiode lässt sich in Bezug auf diese stete Wehrhaftigkeit die unsere vergleichen — mit der der „Völkerwanderung", während welcher Periode die Welt ebenfalls in Waffen starrte, und die Völker, bis auf den letzten wehrfähigen Mann gerüstet, jeden Augenblick bereit waren, in das Gebiet des Nachbarn zu rücken. „Das Volk in Waffen" ist keine Erfindung der Neuzeit, gerade in jener Zeit der Völkerwanderung war dieser Gedanke scharf ausgeprägt. Hand am Schwert standen Alle.

Und warum? Warum das Vorwärtsdrängen, die Verwirrung unter den Völkern? Warum die Kämpfe, die schliesslich das einst mächtige Römerreich über den Haufen warfen?

Von Osten aus dem Gebiete der Sarmaten drang eine asiatische Völkerschaft, die Hunnen, vor, wie ein Sturmwind, der Schrecken und Angst verbreitete.

Auch die Gothen, die Ost- und Westgothen, die Kraft genug hatten, das römische Reich zu besiegen, waren von Furcht vor den Hunnen erfüllt.

Von einer schier unbegreiflichen Furcht, und fromme Gemüther, die sich fatalistisch in ihr Schicksal ergaben und Alles, was an Kriegsgreueln und Entsetzen geschah für Bestimmung der Vorsehung hielten, nannten den Führer dieser Hunnen die „Gottesgeissel“.

Die Gottesgeissel! Die Völker sollten aus Dumpfheit und Lethargie aufgerüttelt, und das verrottete Römerreich sollte zerstört werden,

Von Osten kam das Heil, von Osten kam aber auch die Gottesgeissel.

Wie eine ewig drohende Gottesgeissel, so erscheint auch Russland in der neueren Welt, Russland, das grosse Czarenreich, das den sechsten Theil der ganzen Erdoberfläche einnimmt, ein gewaltiges Gebiet, einem autokratischen Willen unterthan. — Es scheint unheimlich, beängstigend, umsomehr, als Russland selbst, nämlich die russische Regierung (nicht das Volk), wie der böse Niklas, der die Kinder schreckt, mit seiner Ruthe droht und sich wie Einer geberdet, von dessen Gnade allein es abhängt, ob den Nachbarn noch das Leben zu gönnen ist.

„Es kann der Beste nicht in Frieden leben, wenn es dem bösen Nachbar nicht gefällt“, und die russische Regierung gefällt sich sichtlich in der Rolle des Mannes, vor dem man Bange haben soll.

Keine Macht provocirt die Nachbarländer so wie Russland, selbst das zu Provokationen seit je geneigte Frankreich nicht, und keine im geographischen Begriff der Civilisation liegende Regierung hat je in so cynischer Weise den Regierungen anderer Länder im eigenen Hause durch Anreizung von Unzufriedenheit, ja durch Anstiftung zur Rebellion, zu Attentaten Schwierigkeiten bereitet.

Die Verschwörerprozesse in Sofia, die Enthüllungen des früheren russischen Dragomans Jacobsohn, die Aufdeckung der Intriguen in Bukarest und Belgrad haben zur Evidenz erwiesen, mit welchen verwerflichen Mitteln Russland arbeitet, um seine Pläne in Europa zu erreichen.

Es kann keiner Regierung verwehrt sein, ihre Politik, die doch immer nur ein Intriguenspiel bleibt (mag man auch von der neueren Schule der „Diplomatie der Offenheit" reden, was man will), zu treiben, wie es ihr beliebt; aber nur ganz barbarische Staaten arbeiten mit Dolch und Gift oder Dynamit. Auf das „Wie" kommt es in der Diplomatie an, nicht auf das „Was".

Wir können uns das so recht vergegenwärtigen, wenn wir uns vorstellen, was die russische Regierung wohl dazu sagen würde, wenn eine fremde Macht es sich einfallen lassen wollte, die Rebellionslust der russenfeindlichen Polen in Russland gegen die Regierung des Czaren anzufeuern, sie zu stärken und zu fördern, wenn beispielsweise Oesterreich, das sich die Zuneigung der Polen in seinem Galizien zu erwerben verstand, die Polen in Russland zur Insurrektion verleiten oder Deutschland

offiziell den bedrängten Deutschen in den russischen Ostsee-Provinzen beistehen und sie zum bewaffneten Widerstand gegen die Russifizirungs-Bestrebungen auffordern wollte.

Die russische Regierung würde zweifellos auch die geringfügigsten Ansätze zu solchen Bestrebungen schon als Kriegsanlass ansehen.

Thut Russland doch ohnedies so, als habe es die Entscheidung über Krieg und Frieden in der Tasche, und als hänge es ganz von ihm ab, Europa mit Krieg zu überziehen, oder den anderen Mächten den gesegneten Zustand des bewaffneten Friedens zu lassen. Es stellt sich auch in Wirklichkeit die Situation so dar, dass die russische Diplomatie die Fäden der europäischen Politik in der Hand hält und ihre Gunst wie ein kostbares Geschenk austheilt.

Der Tag von Kronstadt wäre nicht möglich gewesen, wenn die russische Diplomatie sich diese Uebermacht nicht zu schaffen gewusst hätte.

Europa wird es eines Tages bedauern, dass es Russland so mächtig werden liess; denn viel Kampf und Mühe dürfte es kosten, den „Riesen auf thönernen Füssen“ in die ihm gebührende Position einer asiatischen Macht zurückzuweisen. Aber er muss kommen, dieser Tag, je eher desto besser.

Dass Russland zu einer für Europa so bedrohlichen Machtstellung gelangen konnte, ist auf einen Fehler der europäischen Diplomatie zurückzuführen, der mehr als hundert Jahre hinter uns liegt. Dieser Fehler war die Theilung Polens, und wenn die „Weltgeschichte das Weltgericht“ ist, dann zeigt sich in unseren Tagen

die trübe Folge jener diplomatischen Versündigung. — Man hat ein grosses Reich zerstört, im Grunde nur, um die Machtstellung Russlands zu stärken, und erst seit der endgiltigen Theilung Polens ist der Weltherrschafts-Kitzel Russlands die Triebfeder der Politik der russischen Regierung geworden.

Polen hatte die weltgeschichtliche Mission, die west-europäische Welt vor der zu nahen Berührung mit der russisch-tartarischen zu schützen, gewissermassen einen Zaun gegen das Grundstück des gefährlichen Nachbarn darzustellen. Es war der naturgemässe Uebergang vom europäischen zum halbasiatischen Wesen, und in einer Zeit, wo das Grossfürstenthum Kiew, der Ursprnng des russischen Reichs, dem Weltgetriebe fern, seine aus Grausamkeit, Familienfehden und blutiger Willkürherrschaft gekennzeichnete Existenz führte, bildete Polen schon ein werthvolles Glied in der Reihe europäischer Kulturmächte.

Man mag über die Polen denken, was man will, eines ist sicher, dass dieses ritterliche Volk, leichtsinnig im Privat- und öffentlichen Leben, sich immer dem Kulturzustand Westeuropas gleichzustellen verstand.

Selbst die Herrschaft der Polen, als sie noch Herrschaft zu üben vermochten, war nicht drückend, und in der Art der Verwaltung von den Maximen civilisirter Staaten nicht verschieden. Die echt deutsche Stadt Danzig war lange Zeit dem Königreich Polen unterthan, ohne dass von den Machthabern auch nur der Versuch gemacht worden wäre, den deutschen Charakter de Stadt gewaltsam zu ändern. Und weiterhin, als der Kurhut von Sachsen und die Krone von Polen

eins waren, da verbanden sich deutsche und polnische Interessen in mannigfachster Art.

Die Polen waren auch schon durch ihre Confession, durch den römischen Katholicismus, der Gedankenrichtung West-Europas näher gerückt, als der Russlands.

Aus Unrecht kann immer nur Unrecht erwachsen. Durch die Theilung Polens wurde der Moloch Russland herangefüttert, dass er schliesslich zu dem Ungethüm wurde, dass jetzt Europa bedroht, und von dem das Wohl und Wehe der Civilisation abhängt. Dieser Moloch hat es in der Hand, den Weltkrieg zu entzünden, welcher die Kulturarbeit von Jahrhunderten vernichten kann. —

Wenn man das Emporwachsen Russlands betrachtet, könnte man beinahe glauben, dass die Vorsehung für die Völker Europas mit grossem Bedacht eine Zuchtruthe habe erstehen lassen wollen.

Aus kleinen Anfängen wie das Gute wuchs auch das Böse. Zu Tartaren und einer Mischlingsrasse von Gothen und Slaven gesellten sich als Eroberer Normannen unter Führung von Rurik, den die Einwohner der Landschaft Moskau und Kiew ins Land gerufen.

Blutig wie ihr Einzug war die Fortsetzung ihrer Herrschaft. Wenn nach West-Europa Nachrichten von den Grossfürstenthümern Kiew und Moskau gelangten, dann waren es sicher Meldungen von Gift und Mord im Hause der Herrscher. Mehr wusste man nicht von der Geschichte jener Länder, die mehr mit dem Hinterlande Asien als mit den westlich gelegenen zu thun hatten. — Als verschmitzte Kaufleute waren die Moskowiter bekannt, was sie auch heute noch sind.

Erst im vorigen Jahrhundert, erst durch „Peter den Grossen“ trat das Moskowiterthum in den Kreis des europäischen Lebens, aber auch unter diesem Autokraten, welchem Genialität nicht abzusprechen, der aber, wie die Geschichte mehr und mehr erweist, die hervorstechendsten Züge des durch kein Gesetz gebundenen Willkür-Herrschers zeigte, auch unter ihm und zumal nach ihm ging man von der Tradition des halbasiatischen Moskowiterthums, Alles durch Gewalt oder verschlagene List, nichts aber durch Recht und Vernunft zu erreichen, nicht ab.

Peter der Grosse selbst, Elisabeth, Katharina (die ausser ihren Liebhabern den einflussreichen Adel des modernen Russland schuf), Paul, Nicolaus (der unter einer gewissen Bonhommie, im Grunde nichts weiter als Empfänglichkeit für Kalauer, nur schwer den Charakter der zügellosen Autokratengelüste verbarg) sind Namen, die für sich selber sprechen.

Das heilige Russland, das sich so gerne als Hort der Legitimität und der monarchischen Festigkeit aufspielt und, was noch schlimmer, von anderen Regierungen als solcher betrachtet wird, hat in seinem Herrscherhause stets das Abbild eines auf Gewalt gegründeten Rechtes gesehen.

Manches vollzog sich hier wie im Märchenbuch 1001 Nacht, nur dass es nicht so idyllisch und gefahrlos verlief.

Wo in aller Welt ist es schon vorgekommen, dass ein Conditorgehilfe sein früheres Dienstmädchen zur Kaiserin ausrufen konnte? Klingt es nicht wie ein wildes Märchen? — In Russland ist es Wahrheit ge-

worden, als Fürst Mentschikoff die aus den Volkstiefen zur höchsten Würde emporgestiegene Katharina I. als Kaiserin proklamirte.

Dort galt eben seit je im verstärkten Masse das Wort „Macht geht vor Recht“, und in der auswärtigen Politik tritt und trat diese Anschauung immer zu Tage. Die Prozesse, welche die bulgarische Regierung gegen die im russischen Solde stehenden Verschwörer geführt, bewiesen es vor aller Welt, dass die russische Politik mit Mitteln arbeitet, welche in solcher Verwerflichkeit, Gott sei Dank! in der Politik anderer Staaten noch nicht gang und gäbe sind.

Dass unter solchen Umständen die gutgesinnten Elemente Europas den russischen Interessen schroff gegenüberstehen, ist nicht mehr als selbstverständlich, und in diesem einen Punkte stimmt die Ansicht des Alt-Reichskanzlers, der sonst für alle Völkerfragen der competenteste Beurtheiler ist, entschieden nicht mit der Mehrheit des deutschen Volkes überein. So wenig üherein, dass man auf die Vermuthung kommen muss, Fürst Bismarck drücke mit dieser Vorliebe für das „heilige Russland“ nicht seine innerste Meinung aus, sondern beabsichtige im Interesse Deutschlands, die russische Regierung über seine wahre Stimmung zu täuschen.

Diese wahre Stimmung trat s. Z. zu Tage, als Fürst Bismarck, damals noch Deutschlands mächtiger Reichskanzler, die Belehnung der russischen Werthe verbot, und da auch im Leben der Völker wie im Leben des Einzelnen das Wort von der Macht des Geldes gilt und von dem Muth, den das

Gut giebt, ist es augenscheinlich, dass Bismarck damals die Absicht hatte, mit Russland endgiltig Abrechnung zu halten. Ihm schien die Zeit dazu reif, nicht so, wie zweifellos ersichtlich, der russischen Regierung, welche sich wohl sonst eine so zweifellose „Anzapfung" nicht hätte gefallen lassen. Es muss auf Alle, die ein einigermassen gutes Gedächtniss für Zeitereignisse haben, einen merkwürdigen Eindruck machen, zu sehen, dass der Ex-Reichskanzler uns jetzt eine Neigung für Russland imputiren möchte, die er selbst nie besessen hat.

Die Beziehungen, die er von seiner diplomatischen Eigenschaft her als Gesandter und Minister des Auswärtigen zu den höheren russischen Gesellschaftskreisen unterhielt und noch unterhält, können ihm unmöglich den Blick für die grossen Weltvorgänge rauben. — Die höheren Gesellschaftskreise ähneln sich bei allen Völkern, die halbwegs der modernen Civilisation zugehören und die Zeit ist nicht fern, in der auch die japanische Aristokratie die Fürsten, Grafen und Barone im Reiche des Micado dieselben geistigen und gesellschaftlichen Interessen pflegen werden, wie die europäische Welt des „high-life". —

Das ist die Welt, von der der geistvolle Menschen-Beobachter, Rudolf Lindau, sagte, sie sei „so klein", und in jedem Moment stosse man auf Alt-Bekannte.

Dass in der hohen russischen Gesellschaft ausgezeichnete Persönlichkeiten eine Rolle spielen, wird kein Einsichtiger bestreiten wollen, Persönlichkeiten, durch moralische und Geistesgaben ausgezeichnet; aber diese Männer und Frauen machen nicht die rus-

sische Politik, ebenso wenig wie etwa in Frankreich die „ducs“ und „duchesses“, die „comtes“ und „comtesses“ des Faubourg St. Germain die französische Politik machen.

Was in Frankreich der Radikalismus, der schliesslich doch alle Ministerien wegfegt, wie sie auch zusammengestellt sein mögen, das ist in Russland Pobedonoszew, die Verkörperung russischen Fanatismus.

Dieser Fanatismus kehrt sich zuerst gegen alles Nicht-Russische und dann gegen alles Nicht-Orthodoxe.

Wenn Fürst Bismarck behauptet, nur Juden und Polen seien Russlands Feinde, so ist dies eine Behauptung, welche berechtigten Widerspruch herausfordert.

Die Juden in Russland selbst sind gesellschaftlich und politisch machtlos, immer auf dem „qui vive“ müssen sie jeden Moment darauf gefasst sein, aus dem Lande gewiesen zu werden. Keinem ist es möglich, einen irgendwie gearteten Einfluss zu gewinnen. Die Zahl der jüdischen Redakteure ist minimal, zudem nur in niederen Redaktionsstellungen zu finden, und das „jüdische“ Kapital, soweit es in Russland noch vorhanden, verschwindet gegenüber dem national russischen.

Was das sogenannte „internationale“ Judenthum anlangt, das sich die überängstlichen Judenfeinde so gern als bewusst wirkende Macht vorstellen, während es in Wirklichkeit nur eine durch religiöse Interessen in einzelnen Theilen verbundene geistige Gemeinschaft darstellt, so ist dieses Judenthum an sich selbstverständlich Russland nicht freundlich gesinnt, was man durchaus nicht verargen kann.

Nicht aus wirthschaftlichen Gründen und weil etwa die Juden im Handel die raffinirteren sind, geschah die Austreibung. Beileibe nicht! Wer dies sagt, kennt die russischen Verhätnisse nicht. Der russische Kaufmann, so ungebildet er auch im Ganzen ist, steht an Geschäftsgewandtheit und Schlauheit hinter keinem jüdischen.

Die schlechte Behandlung und Ausweisung der Juden vollzieht sich in Russland unter denselben Gesichtspunkten, unter welchen sich auch die Unterdrückung alles anderen Nicht-Russischen, des Evangelisch-Deutschen oder Katholisch-Polnischen vollzieht.

Auch das Deutschthum in den russischen Ostseeprovinzen wird unterdrückt, wie das Polenthum und das Judenthum: Alles soll in dem grossen russisch-orthodoxen Urbrei aufgehen und — verschwinden.

In diesem russisch-orthodoxen Urbrei soll einmal alles Europäische sich auflösen.

Selbst diejenigen Russen, die im Auslande sich als toll revolutionär geberdeten, und denen der extremste Radikalismus in den westeuropäischen Staaten nicht genügte, wie Alexander Herzen oder Bakunin, sprachen stets, wo sich ihnen Gelegenheit dazu bot, von der Mission Russlands, den faulen Westen Europas von Grund aus umzugestalten, und träumten davon, dass der Communismus, wie er in den russischen Bauerngemeinden herrsche, einst der welterobernde Gedanke sein werde.

Westeuropa ein Schutt- und Trümmerhaufen und dann als Erlöser das „heilige Russland“ mit seinem „Väterchen“. Das war der Traum auch dieser Revo-

lutionäre. Ja, es gewinnt unter diesem Gesichtspunkt fast den Anschein, als ob diese russischen Radikalen, die sich als Beglücker des unterdrückten Volkes in den westeuropäischen Ländern aufspielten, nach einem systematischen Plane gearbeitet hätten, der nur ein Glied in der grossen Kette der Bemühungen Russlands ist, die Welt unter seine Knute zu bringen.

Und wenn man den Ursprung Russlands (das Grossfürstenthum Kiew) ins Auge fasst und seine jetzige Ausdehnung betrachtet, die mindestens hundertfach grössere, dann kann man es wohl verstehen, dass die phantasiereichen Sarmaten sich an dem Zukunftsbilde berauschen, das ihnen Russland fünf- bis zehnmal vergrössert, also im Besitz der Weltmacht vor die Seele zaubert.

Aus all dem Vorhergehenden ergiebt sich mit Evidenz, dass die Freunde Russlands theils aus solchen bestehen, welche die Gefährlichkeit dieses Riesenlandes nicht sehen, theils aus denen, welche die uns von dort drohende Gefahr nicht sehen wollen.

Dass auch in England sogar der jetzt wieder leitende Staatsmann, „the grand old man“ Gladstone, sich als Freund der russischen Regierung und der russischen Intentionen zeigt, beweist nicht viel. Der alte Herr war immer von tiefem Hass gegen die Ideen Disraeli's, des späteren Lord Beaconsfield, erfüllt; und weil dieser „gross-englische“ Gedanken hegte und besonders den Colonialbesitz Grossbritanniens unangetastet, Indien vor Allem gesichert wissen wollte, darum verschliesst Gladstone seine Augen vor den Gefahren, denen England in Indien von

Seiten des russischen Nebenbuhlers ausgesetzt ist, und lässt Russland in Central-Asien freie Hand. Lord Beaconsfield hätte dies nie gethan.

Dann tritt bei Gladstone, der seiner religiösen Richtung nach ein fanatischer Quäker ist, noch das Moment hinzu, dass er den mohamedanischen Türken ein Herrscherrecht in Europa nicht zuerkennen will. „Türken 'raus", das ist sein A und O in der orientalischen Frage, und diese seine Anschauung hat ihn auch den russischen Interessen so nahe gebracht, dass er oft wie ein Agent der russischen Politik erscheint.

Noch einen anderen Freund besitzt Russland, denselben, den der Czar s. Z. sogar als seinen „einzigen Freund" bezeichnet hat, den Fürsten von Montenegro, der den Sieg der russischen Waffen auf der Balkanhalbinsel vorzubereiten für seine Aufgabe erachtet und es sehnsüchtig herbeiwünscht, der Vasall des „Väterchens" zu werden.

Und noch andere Freunde hat Russland, alle die, denen daran liegt, die Zustände in den anderen europäischen Staaten zu verwirren, all die Extreme rechts und links. Die Einen erklären ihre Sympathien für Russland offen, die Anderen wünschen im Stillen, dass — die Sintfluth von Osten komme.

Die Feinde Russlands oder vielmehr der russischen Regierung sind Alle, welchen die Kultur Europas, die durch zwei Jahrtausende gewachsen, am Herzen liegt.

Capitel II.

Das Verbrüderungsfest in Kronstadt. — Russland auf der Lauer. — Wie Kriege entstehen. — Die Emser Depesche.

Es gilt allgemein — und wir dürfen die Augen davor nicht verschliessen — als eine Niederlage der deutschen Diplomatie, dass die beiden Mächte, Frankreich und Russland, so verschieden geartet und gestaltet, eine Republik mit radikalen Allüren und ein autokratisches Kaiserthum mit mystisch-religiösen Anschauungen, Freundschaft schliessen konnten.

Der russische Kaiser die Marseillaise, diesen Triumphgesang gegen Tyrannei, unbedeckten Hauptes, in Weihestimmung anhörend — dieses Bild hätte noch vor Jahrzehnten die kühnste Phantasie nicht ersinnen dürfen.

Der gemeinsame Hass gegen Deutschland hatte dieses Ungeheuerliche zu Wege gebracht. Beide Staaten durchbrachen die Tradition und sündigten gegen die Logik, Frankreich sowohl als Russland, nur um dem verhassten Deutschland einen Tort anzuthun. Frankreich vergass seine republikanische „Würde", seine Position als Vertheidiger der Menschenrechte, als es sich der schrankenlos autokratischen Regierung, welche jährlich Tausende von freien Geistern ihrer offenen politischen Meinung wegen in den Tod oder die Verbannung „verschickt", speichelleckerisch zu Füssen warf, und Russland weicht von den Pfaden seiner

ganzen Entwickelung ab, wenn es sich mit den „Jacobinern“ an der Seine, gerade den Leuten, welche das „Gottesgnadenthum“ in der Monarchie bis aufs Messer, jusqu'à l'outrance, bekämpft, verbindet.

Man hätte denken sollen, das Wasser der trennenden Meinungen wäre viel zu tief, abgrundtief gewesen, als dass sie je hätten zusammenkommen können; aber der Hass überwand alle Schwierigkeiten der Abneigung und diplomatischen Rücksichtnahme.

Die Tage von Kronstadt sollten nichts Anderes sein als eine wilde Drohung gegen Deutschland.

Der grosse Menschen- und Weltkenner Moltke hatte Recht behalten: das deutsche Reich wird gefürchtet, gehasst, aber nirgends geliebt, und die nächsten fünfzig Jahre wird es unter den Waffen bleiben müssen, um sich seiner Haut zu wehren.

Nach den Tagen von Kronstadt haben sehr viele Leute in Europa geglaubt, Deutschland werde von Russland sowohl als von Frankreich Rechenschaft fordern über die gegen das deutsche Reich gerichtete drohende wilde Sprache, in welcher sich die innige Freundschaft zwischen Frankreich und Russland vollzog.

Diese Sprache bot der Handhaben viele, um einen Kriegsfall daraus zu deduciren. Die absichtliche Beleidigung war zu frappant, um übersehen zu werden, sie schien darauf angelegt, Deutschland herauszufordern. Es sind schon geringerer Anlässe wegen Kriegsfälle construirt worden.

Die deutsche Friedensliebe übersah die Beleidigung, die in der Verbrüderung von Kronstadt lag, man liess, um einen banalen Ausdruck zu gebrauchen,

fünf gerade sein, und Russland und Frankreich freuten sich dess.

Ihre moralische Macht war vor Europa sichtlich gestärkt, es hiess: Russland und Frankreich zusammen könnten den Dreibund verhöhnen und, was die Hauptsache, sie waren damals noch nicht so „archiprêt", wie es den Anschein hatte.

Jeder Tag mehr musste für beide Länder einen Gewinn für ihre Kriegsausrüstung bedeuten und für das Ineinanderarbeiten des gemeinsamen Kriegsplanes.

Russland kann warten; es hat mit diesem Warten schon mannigfache günstige Constellationen für sich ergattert, unter denen die oben erwähnte Wiederberufung seines alten Freundes Gladstone an die Spitze der englischen Regierungsgeschäfte nicht die unwesentlichste ist.

Es wartet, bis sein Tag kommt, d. h. bis seine Vorbereitungen so weit fertig sind, dass es selbst den Kriegsfall bestimmen kann. So liegt es auf der Lauer und hat seine Freude daran, wenn in West-Europa Alles drunter und drüber geht, die Stunde ersehnend, in welcher es von ihm heissen kann, wie Freiligrath von dem assyrischen Eroberer singt: „Wie der Wolf der Assyrer mit klingender Pracht einbrach in die Hürde Judäas bei Nacht."

Ja, bei Nacht wird es hereinbrechen, das Unheil von Russland. Warum? weshalb? Nun, jeder aufmerksame Beobachter der Geschichte der Diplomatie weiss, dass die Gründe, einen Krieg zu erklären, billig wie Brombeeren sind.

Man spricht gern davon, dass die Periode der Kabinetskriege überwunden ist. Gewiss, das sei zugegeben! Die Kriege von heute sind gewaltiger und bei der allgemeinen Wehrpflicht, die von den Kulturnationen im Prinzip durchgeführt ist, zu Volkskriegen ausgewachsen, wie sie nur die Zeit der Völkerwanderung kannte. — Aber die Art, in welcher Kriege entstehen, ist immer noch dieselbe geblieben, wie in der Periode der Kabinetskriege. — „Das Glas Wasser“ oder „kleine Ursachen und grosse Wirkungen“ — ist immer noch typisch für die Leichtigkeit, mit welcher, wenn irgend einer kriegerstrebenden Macht die Zeit günstig und reif erscheint, der „casus belli“ gefunden wird.

Es ist kein Paradoxon, wenn man behauptet, dass zwischen allen Nationen Europas jeden Tag ein Krieg ausbrechen kann, ohne dass es wie vom Zaun gebrochen zu erscheinen brauchte.

Die Diplomaten können jeden Tag aus dem vorhandenen Zündstoff zehn Weltkriege construiren — wenn sie wollen. Sehen wir uns doch die Kriegsursachen seit dem Krimkriege an! Der unmittelbare Anlass zum dänischen Kriege, zu dem von 1866, zu dem deutsch-französischen, wie winzig erscheint er und „wie nöthig war er“ — sagt die Weltgeschichte.

Gewiss! denn „was Du von der Minute ausgeschlagen, bringt keine Ewigkeit zurück“, und ein tüchtiger Staatsmann zaudert nicht lange, die Gelegenheit beim Schopfe zu ergreifen.

Wie hell erstrahlt gerade jetzt nach Bekanntwerdung der Urgeschichte der Emser Depesche das staatsmännische Genie des Altreichskanzlers, welcher den Franzosen nicht lange Zeit liess, sich auf die „Revanche für Sadowa“ einzurichten, sondern, nachdem er erfahren, dass sie durchaus nicht „erzbereit“ waren, die erste und allerdings die beste Veranlassung benutzte, sie vor das aut - aut zu stellen.

Nur sehr naive Gemüther konnten es glauben, dass Graf Benedetti, ein in der Schule der Höflinge des kaiserlichen Frankreichs ausgebildeter Hofmann, den König von Preussen damals auf der Promenade in Ems insultirte.

Aber wie fein und geschickt wusste Bismarck dieses Zusammentreffen des Grafen mit dem König dazu zu benutzen, das deutsche Nationalgefühl und zugleich das französische aufzustacheln, dass die Preussen glauben mussten: der „welsche Uebermuth“ habe die Formen des Respektes gegenüber einem deutschen Monarchen durchbrochen, und die Franzosen hinwiederum: die „Prussiens“ wollten Frankreich keinerlei Concessionen machen.

Auf dem Boden der Hofetiquette einen Fall „herauszudrechseln“, der wie eine Verletzung des elementarsten Anstandes erschien, dazu gehörte eine staatsmännische Befähigung, wie sie Bismarck in der Leitung der auswärtigen Angelegenheiten eigen war.

Aber nicht das Zurechtstutzen der „Emser Depesche“ war das Wesentliche, sondern die zielsichere Erkenntniss, dass gerade damals, weder vorher noch nachher, der geeignete Zeitpunkt ge-

kommen war, die von Frankreich selbst erwünschte Abrechnung zu halten.

Dazu war nothwendig, die politischen und militärischen Verhältnisse der deutschen Staaten sowohl als auch die Frankreichs bis ins Kleinste zu kennen und zu wissen, dass in keinem anderen Augenblicke die Sachlage für die Abrechnung so günstig wäre.

Diese Summe von bestimmten Kenntnissen, Erfahrungen, Berechnungen machte den grossen Staatsmann, und man darf jetzt, ohne der Uebertreibung geziehen zu werden, behaupten, dass ohne die geschickte Benutzung jener Umstände, die sich äusserlich in der „Umredigirung der Emser Depesche" kennzeichnete, Frankreich nicht niedergeworfen und Deutschland nicht einig geworden sein würde.

Jetzt aber ist die Zeit wieder da, eine Emser Depesche zu gebären. — Wer redigirt sie, wer wagt es, das Conto Deutschland-Russland-Frankreich abzuschliessen?

Die Zeichen der Zeit deuten darauf hin, dass gerade jetzt die Abrechnung erfolgen muss.

Capitel III.

Altbewährte Recepte. — Der frische fröhliche Krieg. — Der richtige Augenblick. — Frisch gewagt ist halb gewonnen. — Vortheile des Krieges.

Es gehörte schon immer zum Zubehör der Kunst der Staatsmänner: wenn die Wirren und Unruhbestrebungen im eigenen Lande einen bedenklichen Grad erreicht hatten, durch einen Krieg nach aussen die Gemüther von den inneren Dingen abzulenken.

Durch das Gewaltigere wurde kleinlicher Zank und Streit der Parteien beseitigt, durch den Gedanken, das Vaterland zu vertheidigen oder den Ruhm des Vaterlandes zu erhöhen, die Gesammtheit geeint.

Im alten Rom wurde dieses Mittel von den Machthabern mit grossem Erfolge angewendet, und wenn wir davon in der Schule vernehmen, wie von selbstverständlichen geschichtlichen Vorgängen, dann ahnen wir noch nicht, auf welch' tiefer Kenntniss der menschlichen Natur solche Massnahmen beruhten.

Der Mensch bleibt eben zu allen Zeiten, in allen Staatsformen derselbe, mit allen Vorzügen und Leidenschaften, wie sie seit dem ersten Erscheinen des Menschen die menschliche Natur bilden.

Kein grösserer Irrthum als zu glauben, die menschlichen Eigenschaften veränderten sich, und der Mensch des neunzehnten Jahrhunderts, des „aufgeklärten“ (wie man es im eitlen Selbstruhm nannte), sei ein Anderer, gar Gescheidterer, als der des zweiten oder dritten. Männer, die sich von diesem Irrthum freigehalten, wurden die besten Kenner der Menschennatur und erzielten mit dieser Kenntniss die grössten Erfolge.

Fürst Bismarck ist ein solcher Kenner, und was er geleistet, gehört der Weltgeschichte an.

Wer mit Menschenmaterial arbeitet, wie der Staatsmann, muss mit diesem Material vertraut sein.

Auch Moltke, der grosse Schlachtendenker, war ein solcher Kenner, und seine philosophischen Auslassungen über den Krieg sind darum doppelt bedeutsam.

Moltke war ein überzeugungstreuer Lobpreiser des Krieges, er rühmt ihm nach, dass er die grossen Seeleneigenschaften der Menschen erwecke und zum Fortschritt der Menschheit beitrage.

Dieser Krieger-Philosoph steht mit dieser Ansicht unendlich höher, als beispielsweise die schiefdenkenden Anhänger der „Friedensliga“, an deren Spitze eine unlogisch denkende Frau steht, welche glaubt, mit Tränkchen, aus Sentimentalität und Unverstand gebraut, die Gebrechen der Menschen heilen zu können.

Ist es nicht Jedem offenbar, dass der Krieg grössere Eigenschaften zu Tage treten lässt als der kleine Parteistreit, der im nutzlosen Tagesgezänk die besten Geister verbraucht?

Im Streit der Parteien spielen Lüge, Verleumdung und Böswilligkeit die führende Rolle, im Kriege der Völker treten Edelmuth, auch dem Feinde gegenüber, Opferwilligkeit und Wohlthätigkeitssinn in ihre Rechte.

Waren im Jahre 1870 nicht die besten Regungen der deutschen Volksseele thätig?

Und ferner: wie im körperlichen Leben der Einzelnen, so ist es auch im Leben der Nationen. Eine grosse Bewegung vermag kleinen Krankheits-Erscheinungen gegenüber heilkräftig zu wirken,

Der „frische fröhliche Krieg“ hat immer seine Heilkraft erwiesen, die Geschichte der Völker zeigt es Blatt auf Blatt.

Wir in Deutschland stehen jetzt auf dem Stand-

punkt: das altbewährte Recept, das uns schon das alte Rom überlieferte, gebrauchen zu müssen.

Ein frischer fröhlicher Krieg muss unseren Sinn wieder aufs Grosse lenken, uns von kleinlicher Misère im Innern befreiend und zugleich nach Ost und West die schliesslich doch unausbleibliche Abrechnung herbeiführen.

Durch die weitesten Schichten des Volkes geht der Gedanke „lieber ein Ende mit Schrecken, als ein Schrecken ohne Ende“.

Diese ewige Kriegsbereitschaft ist ein „Schrecken ohne Ende“. Handel und Industrie liegen darnieder, Tausende von Arbeitern sind brotlos, das Kapital, ängstlich und scheu gemacht durch die Unsicherheit der politischen Zustände und wüste Agitationen im Innern, zieht sich zurück, die Kanäle, durch welche das Kapital in das Volk dringt, sind verstopft,

Wehklagen hallt durch's Land und die Unzufriedenheit erhebt ihr Haupt.

Wer die Zeichen der Zeit kennt, der muss zur Ueberzeugung kommen, dass der Tag, den doch unabwendbaren Krieg zu beginnen, jetzt gekommen ist.

„Carpe diem“, pflücke den Tag! Er kann nicht günstiger sein. Die Depression der wirthschaftlichen Zustände nimmt stetig zu, und die Militairvorlage muthet der Allgemeinheit Opfer zu, die unerschwinglich sind.

Und man weiss -- warum! Weil die Unterrichteten den Krieg in nächster Nähe sehen,

Jeder nutzlos verstreichende Tag stärkt Russland, jeder Tag schwächt Deutschland, mehrt die Schwie-

rigkeiten im Innern und züchtet die Beunruhigungs-Bacillen.

Soll Deutschland darauf warten, bis es Russland genehm ist, das deutsche Volk zum Waffentanz einzuladen, bis es die Hälfte seines Heeres an seiner Westgrenze beisammen hat?

Es liegt an der deutschen Regierung, die Situation in Europa zu klären und Europa von dem Alpdruck zu befreien, Blicken wir um uns und überschauen wir die allgemeine Lage!

Eines fällt uns vor Allem auf: Russland ist noch unfertig in seinen Kriegsvorbereitungen und wegen seiner barbarischen Judenaustreibungen auf dem internationalen Geldmarkt so gut wie creditlos, Frankreich, der einzige Verbündete Russlands zeigt durch seinen Panama-Scandal, welcher die ganze Deputirtenkammer und den Senat compromittirt, dass die Republik innerlich morsch und faul ist. Misstrauen und Denunziationswuth feiern dort teuflische Feste und kein Mensch vermag anzugeben, wer im Augenblick dort der eigentliche Machthaber ist.

Ein Krieg würde jetzt Frankreich in Deroute finden und in höherem Masse noch als unter dem Kaiserreich, das doch noch eine Art Autorität übte, würde eine einzige unglückliche Schlacht genügen, den Schrecken zur Herrschaft kommen zu lassen.

Wenn die Kriegsausrüstung in Frankreich auch so im Argen liegt, wie die öffentliche Verwaltung überhaupt, die jetzt vor ganz Europa geschändet erscheint, dann ist tausend gegen eins zu wetten, dass Vieles auf dem Papier steht und noch mehr in die Taschen

von Leuten wie Baron Reinach und Cornelius Herz geflossen ist, was für das Heer bestimmt war.

Von Russland weiss man es ja zur Genüge, dass das Meiste nur auf dem Papier steht.

Da ist es denn doch in den Staaten des Dreibunds anders bestellt. Deutschland sowohl als Oesterreich - Ungarn und Italien stehen zweifellos auf der Höhe moderner Kriegsausrüstung.

In diesen drei Ländern ist auch Alles, was in öffentlicher Budgetberathung festgesetzt wird, thatsächlich vorhanden, auf diese Zahlen ist Verlass.

Es sind pessimistische Anschauungen im Schwunge, als ob Oesterreich-Ungarn wegen der tiefgehenden Bewegung der Slaven im Norden und Süden des Reiches im Fall eines Krieges mit Russland nicht so ganz Herr des Dreibundwillens wäre. — Nichts falscher als das. Die Staatskunst eines Taaffe, die noch nicht einmal genügend gewürdigt ist und die sich den höchsten Vorbildern der Staatsweisheit anschliesst, und die in allen Gauen Oesterreichs gleichmässige Liebe zur Dynastie werden alle trübseligen Voraussagungen zu Schanden machen.

Die Armee in Cisleithanien ist in Bezug auf die regelrechte und kluge Durcheinandermischung der verschiedenen Nationalitäten so ausgezeichnet organisirt und placirt, dass die Agitationen politischer Heissporne im Heere nie eine Rückwirkung üben könnten, und jeder Soldat in Oesterreich ist so sehr Oesterreicher, dass selbst der Czeche nie daran denken würde, dem Czar von Russland vor dem Kaiser von Oesterreich den Vorzug zu geben.

Was nun die Kriegstüchtigkeit der österreichisch-ungarischen Armee anlangt, so ist es allen Kennern des Kriegswesens Europas bekannt, dass dieses Heer gerade sich in einem Status befindet, welcher die Bewunderung aller Competenzen erweckt. Dies gilt gleicherweise von der Disciplin der Mannschaften wie von der Ausbildung des Offizierkorps.

Es war lange Zeit, in Norddeutschland zumal, üblich, die „Gemüthlichkeit“ und wenig gespreitzte Lebensform der österreichischen Offiziere als Merkzeichen dafür anzusehen, dass sie weniger „schneidig“ seien. Schon das winzig scheinende Experiment des viel besprochenen „Distanzrittes“ hat wohl den unumstösslichen Beweis erbracht, dass das öster. Offizierkorps an Willenskraft, Leistungsfähigkeit und Sachkenntniss in allererster Reihe steht. Hinter oft unscheinbarem Aeussern verbirgt sich hier ein Kern, der im Ernstfall zu den glänzendsten Thaten berechtigt.

Für einen Kriegsfall mit Russland wird die österreichisch-ungarische Armee Deutschland die werthvollste Bundesgenossenschaft werden, weil sie dazu bestimmt sein wird, der russischen in die Flanke zu fallen und weil ferner — was nicht zu unterschätzen — von Ungarn her ein Enthusiasmus in den Kampf getragen werden wird, der den anderen Gegnern Russlands fremd ist.

Die Ungarn werden mit glühender Begeisterung die Gelegenheit wahrnehmen, gegen ihren Erbfeind, der ihre aufkeimende Selbständigkeit vor vier Jahrzehnten zu Boden treten half und Schergendienste leistete, zu Felde zu ziehen.

Der Beginn des Feldzuges gegen Russland wird sich, soweit es nach den bestehenden Verhältnissen zu beurtheilen, in der Weise vollziehen, dass die Spitzen der russischen Heeressäulen in Posen und Schlesien einbrechen werden (denn grosse Waffenplätze Russlands wie Kalisch sind nur einige Kilometer von der deutschen Grenze entfernt), dann in Gefechte verwickelt, von der deutschen Waffenmacht über die Grenze zurückgeworfen und auf polnischem Gebiete zu einer ersten Hsuptschlacht gezwungen werden. Indessen wird das Gros der österreichisch-ungarischen Armee von Galizien aus Russland auf den Leib rücken und das russische Heer so zwischen zwei Feuer genommen werden. — Der Versuch Russlands, von der Balkan-Halbinsel aus Oesterreich in den Rücken zu fallen, muss dann an der Feindschaft, welche die Bulgaren zumal gegen Russland beseelt, scheitern, auch Rumänien wird nicht mehr, wie es im letzten russisch-türkischen Kriege gethan, Russland willfährig sein und sich wohl hüten, für Russland die Kastanien aus dem Feuer zu holen,

Auch die Türken werden sich wohl daran erinnern, dass ihnen der zweifellose Untergang droht, wenn Russland der Sieg zufiele und da sie diplomatisch geschult genug sind und ein kriegsfähiges Heer haben, welches Russland schon einmal gefährlich geworden, auch wohl wissen, auf welcher Seite sie im Entscheidungskampf zu stehen haben.

Italien wird die Rolle zufallen, mit der Hälfte seiner Streitmacht dem deutschen Heere gegen Frank-

reich zu Hilfe zu eilen, die andere Hälfte wird zur Bewachung der langgestrekten Küsten ausreichen.

England, Schweden, Belgien, die Schweiz werden zeifellos eine strenge Neutralität bewahren, und in ersterem Lande könnten sehr wohl Stimmungen zum Durchbruch kommen, welche die Zeit für gekommen hielten, mit Russland in Asien Abrechnung zu halten und so Deutschland durch Abziehung russischer Streitkräfte mittelbar zu unterstützen.

Kurz, die Constellation in Europa ist im Augenblick noch für Deutschland günstig genug.

Frankreich könnte sich später wieder kräftigen, in Italien ein franzosenfreundliches Ministerium ans Ruder kommen, England ein Abkommen mit Russland treffen, Schweden, um die russenfreundlichen Norweger zu beschwichtigen, Russland günstig gesinnt werden und endlich auch Bulgarien, welchem jetzt eine tiefgehende Verfassungsrevision in der heiklen Religionsfrage zugemuthet wird, durch russische Intriguen und den „rollenden Rubel“ für russisches Interesse gewonnen werden.

Noch ist die Kriegstüchtigkeit Deutschlands trotz des Ahlwardt-Prozesses und der mancherlei Erörterungen über die Militairvorlage nicht ernstlich angezweifelt, noch sind die Wirren im Innern nicht so hoch gestiegen, dass nicht eine Lösung zu finden wäre, noch ist der grosse Geldmarkt, der nun einmal zur Kriegführung nöthig (das Wort Montecuculli's: „zum Kriegführen gehören drei Dinge: Geld, Geld und wieder Geld“, behält immer noch seinen erprobten Werth), Deutschland nicht versperrt, noch hat

Deutschland seinen gewichtigen Standpunkt im Rathe der Völker. Gerade darum ist es noch Zeit, den selbst im Kreise der zahmsten Diplomaten für „bevorstehend“ gehaltenen Krieg mit Russland und Frankreich zu führen und noch voraussichtlich mit Glück.

Die Meinung, wenn auch einem sonst berufenen Beurtheiler entstammend, dass jeder Tag Friedens ein Gewinn für die Nation sei, besteht vor der realen Wirklichkeit nicht.

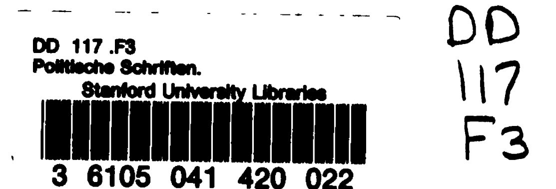
In Wirklichkeit ist jeder Tag des „faulen Friedens“, des „Friedens im Sumpf“ wie schon die Bibel die unerquickliche Situation des indolenten Dahinschleichens und der schwächlichen Zaghaftigkeit nennt, eine Gefahr für das wirthschaftliche Leben der Nation.

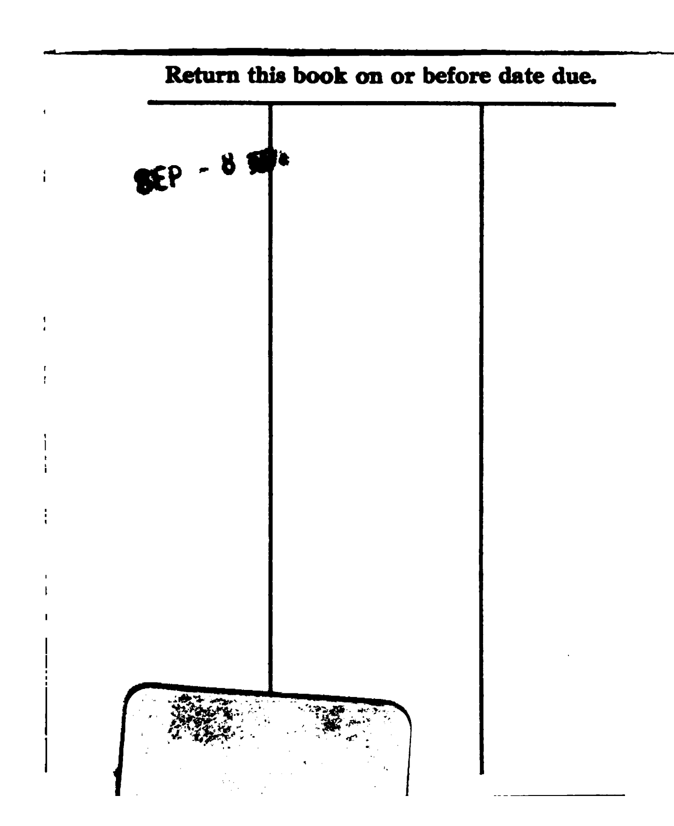
Da denn doch losgeschlagen werden muss — alle Welt, auch die diplomatische sagt es — dann sofort. Mit dem Frühjahr des Jahres 1893 muss uns die Gewissheit kommen, ob wir weiter wie hypnotisirt darauf warten wollen, bis wir verschlungen werden, oder ob wir selbst etwas dazu thun wollen, uns von dem Alpdruck zu befreien.

Soll uns die Gottesgeissel treffen oder wollen wir ihr Drohen nur als „mene mene tekel upharsin“ betrachten und uns auf unsere Würde und Culturmission besinnen?



Inhalts-Verzeichniss.




SEP - 8

